

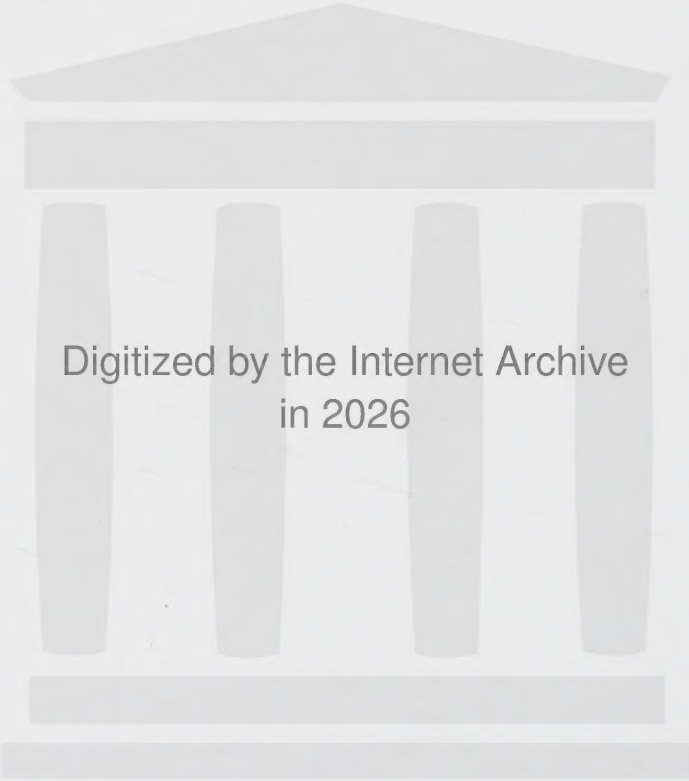
**RECHTSSTREITIGKEITEN IM VIEHHANDEL  
UNTERSUCHUNGEN VON FÄLLEN  
AUS DEN JAHREN 1949 -1976**

Georg Hörl

1982







Digitized by the Internet Archive  
in 2026

Aus der Medizinischen Tierklinik  
Lehrstuhl für Spezielle Pathologie und Therapie  
und Gerichtliche Tiermedizin  
der Tierärztlichen Fakultät der Universität München

Vorstand Prof. Dr. W. Kraft  
Arbeit angefertigt unter Leitung von Prof. Dr. H. Kraft

RECHTSSTREITIGKEITEN IM VIEHHADEL  
UNTERSUCHUNGEN VON FÄLLEN AUS DEN JAHREN 1949 - 1976

INAUGURAL - DISSERTATION  
zur Erlangung der tiermedizinischen Doktorwürde  
der Tierärztlichen Fakultät der  
Ludwig-Maximilians-Universität München

von  
Georg Hörl  
aus  
Dachau

München 1981

Gedruckt mit Genehmigung der Tierärztlichen Fakultät  
der Universität München

Dekan: Prof. Dr. G. Terplan  
Referent: Prof. Dr. H. Kraft  
1. Korreferent: Prof. Dr. J. Boessneck  
2. Korreferent: Prof. Dr. K. Walser

Tag der Promotion: 26. Februar 1982



Meinen Eltern

in Dankbarkeit.



# I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

|                                                      | Seite   |
|------------------------------------------------------|---------|
| 1. EINLEITUNG                                        | - 1 -   |
| 2. LITERATUR                                         | - 2 -   |
| 2.1. Rechtliche Grundlagen                           | - 2 -   |
| 2.1.1. Das Tier im Bürgerlichen Gesetzbuch           | - 2 -   |
| 2.1.2. Kaiserliche Verordnung                        | - 9 -   |
| 2.1.3. Erläuterungen zu den Gesetzestexten           | - 13 -  |
| 2.2. Kritik des geltenden Viehgewährschaftsrechtes   | - 23 -  |
| 3. EIGENE UNTERSUCHUNGEN UND ERGEBNISSE              | - 30 -  |
| 3.1. Material und Methodik                           | - 30 -  |
| 3.2. Ergebnisse                                      | - 31 -  |
| 3.2.1. Tabellen                                      | - 31 -  |
| 3.2.2. Kasuistik                                     | - 48 -  |
| 3.2.2.1. Handel mit landwirtschaftlichen Nutzpferden | - 48 -  |
| 3.2.2.2. Handel mit Reit- und Hobbypferden           | - 94 -  |
| 3.2.2.3. Rinderhandel                                | - 129 - |
| 3.2.2.4. Schweinehandel                              | - 203 - |
| 3.2.3. Sonstiges                                     | - 208 - |
| 4. DISKUSSION                                        | - 222 - |
| 5. ZUSAMMENFASSUNG                                   | - 236 - |
| Summary                                              | - 237 - |
| 6. LITERATURVERZEICHNIS                              | - 238 - |



1. Einleitung

Nicht selten ist der Tierarzt dazu aufgerufen, sich sachverständig zu Rechtsstreitigkeiten im Viehhandel zu äußern. Die Schwerpunkte der forensischen Praxis haben sich im Laufe der Zeit wesentlich verschoben. Als Ursache hierfür sind neben den Fortschritten in der tierärztlichen Diagnostik und Therapie die veränderten Bedingungen in Tierhaltung und Tierhandel anzusehen. So findet das Pferd heute - abgesehen von Einzelfällen - als landwirtschaftliches Nutztier keine Verwendung mehr. Rechtsstreitigkeiten wegen mangelhafter Zugfestigkeit von Pferden gehören daher der Vergangenheit an. Andererseits wird der Tierarzt gerade in jüngster Zeit im Zuge des schwunghaften Handels mit Reitpferden vermehrt mit Gewährschaftsuntersuchungen beauftragt. Im Nutztierhandel stellt der Käufer heute wesentlich höhere Ansprüche als früher. Eine Milchleistung etwa, die den Käufer vor 25 Jahren noch zufriedengestellt hätte, gibt heute Anlaß zu Reklamationen. Um den Unterschied zwischen den früheren und den heutigen Verhältnissen im Viehhandel aufzuzeigen, wurden einschlägige Gerichtsunterlagen aus den Jahren 1949 - 1976 aus tierärztlicher Sicht durchgearbeitet und kritisch besprochen.

## 2. Literatur

### 2.1. Rechtliche Grundlagen

Das Viehgewährschaftsrecht gehört zum Zivilrecht und ist im Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18. August 1896 (11) - im folgenden kurz "BGB" genannt - und in der Verordnung betreffend die Hauptmängel und Gewährfristen beim Viehhandel vom 27. März 1899 (34) - im folgenden kurz "Kaiserliche Verordnung" genannt - geregelt.

BGB und Kaiserliche Verordnung sind am 1. Januar 1900 in Kraft getreten und bestimmen seither in unveränderter Form die Rechtsbeziehungen zwischen Käufer und Verkäufer im Viehhandel.

#### 2.1.1. Das Tier im Bürgerlichen Gesetzbuch

Das BGB umfaßt 2385 Paragraphen in 5 Büchern. Die im Rahmen der vorliegenden Arbeit interessierenden Bestimmungen über Kauf und Tausch fallen unter das Recht der Schuldverhältnisse (Zweites Buch).

#### Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896

Zweites Buch. Recht der Schuldverhältnisse (§§ 241 - 853). Siebenter Abschnitt. Einzelne Schuldverhältnisse (§§ 433 - 853). Erster Titel. Kauf, Tausch (§§ 433 - 515).

I. Allgemeine Vorschriften (§§ 433 - 458)

II. Gewährleistung wegen Mängel der Sache (§§ 459 - 493)

§ 459 Haftung für Sachmängel

(1) Der Verkäufer einer Sache haftet dem Käufer dafür, daß sie zu der Zeit, zu welcher die Gefahr auf den Käufer übergeht, nicht mit Fehlern behaftet ist, die den Wert oder die Tauglichkeit zu dem gewöhnlichen oder dem nach dem Vertrage vorausgesetzten Gebrauch aufheben oder mindern. Eine unerhebliche Minderung des Wertes oder der Tauglichkeit kommt nicht in Betracht.

(2) Der Verkäufer haftet auch dafür, daß die Sache zur Zeit des Überganges der Gefahr die zugesicherten Eigenschaften hat.

§ 460 Kenntnis des Käufers

Der Verkäufer hat einen Mangel der verkauften Sache nicht zu vertreten, wenn der Käufer den Mangel bei Abschluß des Kaufes kennt. Ist dem Käufer ein Mangel der im § 459 Abs. 1 bezeichneten Art infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben, so haftet der Verkäufer, sofern er nicht die Abwesenheit des Fehlers zugesichert hat, nur, wenn er den Fehler arglistig verschwiegen hat.

§ 461 Pfandverkauf

§ 462 Wandelung; Minderung

Wegen eines Mangels, den der Verkäufer nach den Vorschriften der §§ 459, 460 zu vertreten hat, kann der Käufer Rückgängigmachung des Kaufes (Wandelung) oder Herabsetzung des Kaufpreises (Minderung) verlangen.

§ 463 Schadenersatz wegen Nichterfüllung

Fehlt der verkauften Sache zur Zeit des Kaufes eine zugesicherte Eigenschaft, so kann der Käufer statt der Wandelung oder der Minderung Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen. Das gleiche gilt, wenn der Verkäufer einen Fehler arglistig verschwiegen hat.

§ 464 Vorbehalt bei Annahme

Nimmt der Käufer eine mangelhafte Sache an, ob-  
schon er den Mangel kennt, so stehen ihm die in  
den §§ 462, 463 bestimmten Ansprüche nur zu,  
wenn er sich seine Rechte wegen des Mangels bei  
der Annahme vorbehält.

§ 465 Vollziehung der Wandelung oder Minderung

§ 466 Ausschußfrist für Wandelung

§ 467 Durchführung der Wandelung

§ 468 Zusicherung der Grundstücksgröße

§ 469 Wandelung bei Verkauf mehrerer Sachen

§ 470 Erstreckung der Wandelung auf Nebensache

§ 471 Wandelung bei Gesamtpreis

§ 472 Berechnung der Minderung

§ 473 Sachleistungen als Kaufpreis

§ 474 Mehrere Beteiligte

§ 475 Mehrmalige Gewährleistung

§ 476 Vertraglicher Ausschluß der Gewährleistung

§ 477 Verjährung der Gewährleistungsansprüche

§ 478 Erhaltung der Mängelerinrede

§ 479 Erhaltung des Aufrechnungsrechts

§ 480 Gattungskauf

§ 481 Viehkauf

Für den Verkauf von Pferden, Eseln, Mauleseln  
und Maultieren, von Rindvieh, Schafen und

Schweinen gelten die Vorschriften der §§ 459 - 467, 469 - 480 nur insoweit, als sich nicht aus den §§ 482 - 492 ein anderes ergibt.

§ 482 Hauptmängel und Gewährfristen

(1) Der Verkäufer hat nur bestimmte Fehler (Hauptmängel) und diese nur dann zu vertreten, wenn sie sich innerhalb bestimmter Fristen (Gewährfristen) zeigen.

(2) Die Hauptmängel und die Gewährfristen werden durch eine mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassende Kaiserliche Verordnung bestimmt. Die Bestimmung kann auf demselben Weg ergänzt oder abgeändert werden.

§ 483 Beginn der Gewährfrist

Die Gewährfrist beginnt mit dem Ablaufe des Tages, an welchem die Gefahr auf den Käufer übergeht.

§ 484 Mängelvermutung

Zeigt sich ein Hauptmangel innerhalb der Gewährfrist, so wird vermutet, daß der Mangel schon zu der Zeit vorhanden gewesen sei, zu welcher die Gefahr auf den Käufer übergegangen ist.

§ 485 Rechtsverlust

Der Käufer verliert die ihm wegen eines Mangels zustehenden Rechte, wenn er nicht spätestens zwei Tage nach dem Ablauf der Gewährfrist oder, falls das Tier vor dem Ablauf der Frist getötet worden oder sonst verendet ist, nach dem Tode des Tieres den Mangel dem Verkäufer anzeigt oder die Anzeige an ihn absendet oder wegen des Mangels Klage gegen den Verkäufer erhebt oder

diesem den Streit verkündet oder gerichtliche Beweisaufnahme zur Sicherung des Beweises beantragt. Der Rechtsverlust tritt nicht ein, wenn der Verkäufer den Mangel arglistig verschwiegen hat.

#### § 486 Änderung der Gewährfrist

Die Gewährfrist kann durch Vertrag verlängert oder abgekürzt werden. Die vereinbarte Frist tritt an die Stelle der gesetzlichen Frist.

#### § 487 Nur Wandelung, keine Minderung

(1) Der Käufer kann nur Wandelung, nicht Minderung verlangen.

(2) Die Wandelung kann auch in den Fällen der §§ 351 - 353, insbesondere, wenn das Tier geschlachtet ist, verlangt werden; anstelle der Rückgewähr hat der Käufer den Wert des Tieres zu vergüten. Das gleiche gilt in anderen Fällen, in denen der Käufer infolge eines Umstandes, den er zu vertreten hat, insbesondere einer Verfügung über das Tier, außerstande ist, das Tier zurückzugewähren.

(3) Ist vor der Vollziehung der Wandelung eine unwesentliche Verschlechterung des Tieres infolge eines von dem Käufer zu vertretenden Umstandes eingetreten, so hat der Käufer die Wertminderung zu vergüten.

(4) Nutzungen hat der Käufer insoweit zu ersetzen, als er sie gezogen hat.

#### § 488 Ersatz von Nebenkosten

Der Verkäufer hat im Falle der Wandelung dem Käufer auch die Kosten der Fütterung und Pflege, die Kosten der tierärztlichen Untersuchung und Behandlung sowie die Kosten der notwendig gewordenen Tötung und Wegschaffung des Tieres zu ersetzen.

§ 489 Versteigerung des Tieres

Ist über den Anspruch auf Wandelung ein Rechtsstreit anhängig, so ist auf Antrag der einen oder der anderen Partei die öffentliche Versteigerung des Tieres und die Hinterlegung des Erlöses durch einstweilige Verfügung anzuordnen, sobald die Besichtigung des Tieres nicht mehr erforderlich ist.

§ 490 Verjährung der Mängelansprüche

(1) Der Anspruch auf Wandelung sowie der Anspruch auf Schadenersatz wegen eines Hauptmangels, dessen Nichtvorhandensein der Verkäufer zugesichert hat, verjährt in sechs Wochen von dem Ende der Gewährfrist an. Im Übrigen bleiben die Vorschriften des § 477 unberührt.

(2) An die Stelle der in den §§ 210, 212, 215 bestimmten Fristen tritt eine Frist von sechs Wochen.

(3) Der Käufer kann auch nach der Verjährung des Anspruchs auf Wandelung die Zahlung des Kaufpreises verweigern. Die Aufrechnung des Anspruchs auf Schadenersatz unterliegt nicht der in § 479 bestimmten Beschränkung.

§ 491 Gattungstierkauf

Der Käufer eines nur der Gattung nach bestimmten Tieres kann statt der Wandelung verlangen, daß ihm anstelle des mangelhaften Tieres ein mangelfreies geliefert wird. Auf diesen Anspruch finden die Vorschriften der §§ 488 - 490 entsprechende Anwendung.

§ 492 Erweiterte Haftung beim Tierkauf

Übernimmt der Verkäufer die Gewährleistung wegen eines nicht zu den Hauptmängeln gehörenden Fehlers oder sichert er eine Eigenschaft des Tieres zu, so finden die Vorschriften der §§ 487 - 491 und, wenn eine Gewährfrist vereinbart wird, auch die Vorschriften der §§ 483 - 485 entsprechende Anwendung. Die in § 490 bestimmte Verjährung beginnt, wenn eine Gewährfrist nicht vereinbart wird, mit der Ablieferung des Tieres.

§ 493 Kaufähnliche Verträge

III. Besondere Arten des Kaufes (§§ 494 - 514)

1. Kauf nach Probe. Kauf auf Probe (§§ 494 - 496)
2. Wiederkauf (§§ 497 - 503)
3. Vorkauf (§§ 504 - 514)

IV. Tausch (§ 515)

§ 515 Auf den Tausch finden die Vorschriften über den Kauf entsprechende Anwendung.

## 2.1.2. Kaiserliche Verordnung

Zu dem § 482 BGB wurde eine Kaiserliche Verordnung (34) erlassen, welche die Hauptmängel und Gewährfristen der einzelnen Tierarten benennt (Pferde, Esel, Maulesel, Maultiere, Rinder, Schafe, Schweine). Hierbei wird ein Unterschied zwischen Nutz- und Zuchttieren (§ 1) einerseits und Schlachttieren (§ 2) andererseits gemacht. Nutztiere sind solche Tiere, welche am Leben bleiben und dadurch Nutzen bringen sollen, Schlachttiere dagegen solche, welche ohne vorherige sonstige Nutzung alsbald geschlachtet werden sollen und dazu bestimmt sind, als Nahrungsmittel für Menschen zu dienen. Für einzelne Hauptmängel sind Definitionen eingefügt. (Dummkoller, Dämpfigkeit, Kehlkopfpfeifen, periodische Augenentzündung, Tuberkulose, Wassersucht), um für forensische Zwecke eine einheitliche Begriffsbestimmung herbeizuführen. Die Dauer der Gewährfristen ist möglichst kurz bemessen und beträgt meist 14 Tage, beim Schweinerotlauf und der Schweineseuche nur 3 bzw. 10 Tage. Für die Lungenseuche der Rinder ist eine Gewährfrist von 28 Tagen bestimmt.

Kaiserliche Verordnung, betreffend die Hauptmängel und Gewährfristen beim Viehhandel vom 27.3.1899

### § 1

Für den Verkauf von Nutz- und Zuchttieren gelten als Hauptmängel:

- I. bei Pferden, Eseln, Mauleseln und Maultieren:
  1. Rotz (Wurm) mit einer Gewährfrist von 14 Tagen;

2. Dummkoller (Koller, Dummsein) mit einer Gewährfrist von 14 Tagen; als Dummkoller ist anzusehen die allmählich oder infolge der akuten Gehirnwassersucht entstandene, unheilbare Krankheit des Gehirns, bei der das Bewußtsein des Pferdes herabgesetzt ist;
3. Dämpfigkeit (Dampf, Hartschlägigkeit, Bauchschlägigkeit) mit einer Gewährfrist von 14 Tagen; als Dämpfigkeit ist anzusehen die Atembeschwerde, die durch einen chronischen, unheilbaren Krankheitszustand der Lungen oder des Herzens bewirkt wird;
4. Kehlkopfpfeifen (Pfeiferdampf, Hartschnaufigkeit, Rohren) mit einer Gewährfrist von 14 Tagen; als Kehlkopfpfeifen ist anzusehen die durch einen chronischen und unheilbaren Krankheitszustand des Kehlkopfes oder der Luftröhre verursachte und durch ein hörbares Geräusch gekennzeichnete Atemstörung;
5. periodische Augenentzündung (innere Augenentzündung, Mondblindheit) mit einer Gewährfrist von 14 Tagen; als periodische Augenentzündung ist anzusehen die auf inneren Einwirkungen beruhende, entzündliche Veränderung an den inneren Organen des Auges;
6. Koppen (Krippensetzen, Aufsetzen, Freikoppen, Luftschnappen, Windschnappen) mit einer Gewährfrist von 14 Tagen;

II. bei Rindvieh:

1. tuberkulöse Erkrankung, sofern infolge dieser Erkrankung eine allgemeine Beeinträchtigung des Nährzustandes des Tieres herbeigeführt ist, mit einer Gewährfrist von 14 Tagen;

2. Lungenseuche mit einer Gewährfrist von 28 Tagen;

III. bei Schafen:

Räude mit einer Gewährfrist von 14 Tagen;

IV. bei Schweinen:

1. Rotlauf mit einer Gewährfrist von 3 Tagen;
2. Schweineseuche (einschließlich Schweinepest) mit einer Gewährfrist von 10 Tagen.

§ 2

Für den Verkauf solcher Tiere, die alsbald geschlachtet werden sollen und bestimmt sind, als Nahrungsmittel für Menschen zu dienen (Schlachttiere), gelten als Hauptmängel:

- I. bei Pferden, Eseln, Mauleseln und Maultieren:  
Rotz (Wurm) mit einer Gewährfrist von 14 Tagen;
- II. bei Rindvieh:  
tuberkulöse Erkrankung, sofern infolge dieser Erkrankung mehr als die Hälfte des Schlachtgewichtes nicht oder nur unter Beschränkungen als Nahrungsmittel für Menschen geeignet ist, mit einer Gewährfrist von 14 Tagen;
- III. bei Schafen:  
allgemeine Wassersucht mit einer Gewährfrist von 14 Tagen; als allgemeine Wassersucht ist anzusehen der durch eine innere Erkrankung oder durch ungenügende Ernährung herbeigeführte wassersüchtige Zustand des Fleisches;

IV. bei Schweinen:

1. tuberkulöse Erkrankung unter der in der Nr. II bezeichneten Voraussetzung mit einer Gewährfrist von 14 Tagen;
2. Trichinen mit einer Gewährfrist von 14 Tagen;
3. Finnen mit einer Gewährfrist von 14 Tagen.

### 2.1.3. Erläuterungen zu den Gesetzestexten

Im folgenden werden die wichtigsten Begriffe der vorstehend wiedergegebenen Gesetzestexte erläutert.

Der Verkauf der in § 481 BGB genannten Tierarten (wozu u. a. Pferde, Rinder und Schweine gehören) ist nach dem deutsch-rechtlichen Währschaftsprinzip geregelt. Hiernach übernimmt der Verkäufer die Gewährleistung für das Freisein des gekauften Tieres von bestimmten, vom Gesetzgeber besonders benannten Mängeln, sog. Hauptmängeln, und für diese nur dann, wenn sie sich innerhalb einer bestimmten Frist (Gewährfrist) zeigen und innerhalb einer weiteren Frist ordnungsgemäß angezeigt werden. Bei Erfüllung dieser Voraussetzungen wird angenommen, daß der betreffende Mangel zum Zeitpunkt des Überganges der Gefahr vorhanden gewesen ist.

Als Hauptmangel wird nach Fröhner (27) jeder gesetzliche Gewährmangel bezeichnet. Die Hauptmängel samt zugehöriger Gewährfristen sind in der "Kaiserlichen Verordnung" (34) aufgeführt. Für die gesetzlichen Fehler hat der Verkäufer unter allen Umständen und ohne besondere Zusicherung zu haften. Hauptmängel sollen nach Dehner (14) folgenden 4 Eigenschaften genügen:

Sie sollen allgemein verbreitet, erheblich und verborgen sein und die Möglichkeit zur Festsetzung einer Gewährfrist geben.

Die Gewährfrist ist die rechtliche Vermutungsfrist. Gelingt dem Käufer der Nachweis, daß sich der behauptete Fehler innerhalb der Gewährfrist gezeigt hat, so besteht für den Richter die Vermutung (Praesumptio juris), daß dieser Fehler schon zur Zeit der Übergabe vorhanden war. Der Verkäufer kann versuchen, den Gegenbeweis zu führen, was aber erfahrungsgemäß mit

großen Schwierigkeiten verbunden ist. Wird ein Hauptmangel erst nach Ablauf der Gewährfrist festgestellt, so kann der Käufer keine Ansprüche mehr geltend machen.

Der Begriff "sich zeigen" bedeutet nach Fröhner (27), daß der Hauptmangel mit seinen wesentlichsten Merkmalen in die äußere Erscheinung tritt und durch eine tierärztliche Untersuchung oder anderweitig einwandfrei festgestellt wird. Dabei müssen sämtliche Voraussetzungen der Definitionen der Hauptmängel erfüllt sein; einzelne Symptome genügen nicht.

Die Gewährfrist beginnt mit Ablauf des Tages (d. h. 0.00 Uhr), an welchem die Gefahr auf den Käufer übergeht. Der Zeitpunkt des Übergangs der Gefahr wird nach § 446 BGB durch die Übergabe bestimmt. "Übergabe" bedeutet dabei wissentliche Abnahme durch den Käufer oder dessen Beauftragten, ist also nicht gleichzusetzen mit dem "Kaufabschluß" oder mit der einfachen Ablieferung des Tieres. Mit dem Übergang der Gefahr übernimmt der Käufer die Sorge und Pflege für das Tier.

Nach Ablauf der Gewährfrist steht dem Käufer noch eine weitere Frist von 2 Tagen zur Anzeige des Mangels zur Verfügung. Versäumt er diese Anzeigefrist, so verliert er die ihm wegen des Mangels zustehenden Rechte (§ 485 BGB).

Ist jedoch das Tier vor dem Ablauf der Gewährfrist getötet worden oder sonst verendet, so hat die Anzeige spätestens 2 Tage nach dem Tod des Tieres zu erfolgen. Wie bei forensischen Fristen üblich (mit Ausnahme der Gewährfrist!), so tritt auch bei der Anzeigefrist eine Verlängerung um einen Tag ein (§ 193 BGB), wenn der letzte Tag auf einen Sonnabend, Sonntag oder staatlich anerkannten Feiertag fällt.

Die Anzeige kann mündlich (vor Zeugen) oder schriftlich (am besten per Einschreiben) erfolgen. Der bean-

standete Fehler ist hinreichend bestimmt zu nennen; die bloße Anzeige vom Vorliegen eines "Fehlers" genügt nicht. Es empfiehlt sich dringend, die in der Kaiserlichen Verordnung gebrauchten Bezeichnungen zu verwenden.

Als Klagefrist wird diejenige Frist bezeichnet, innerhalb derer die Klage wegen eines Hauptmangels erhoben und dem Verkäufer zugestellt sein muß (27). Nach § 490 BGB beträgt diese Frist 6 Wochen, beginnend mit dem Ablauf der Gewährfrist. Der Anspruch auf Wandelung, Schadenersatz (wegen eines Hauptmangels, dessen Nichtvorhandensein der Verkäufer zugesichert hat) und Nachlieferung eines mangelfreien Tieres (beim Gattungskauf) unterliegt außerdem einer kurzen Verjährungsfrist von 6 Wochen. Hierin unterscheidet sich das Viehgewährschaftsrecht ganz wesentlich von den Bestimmungen des allgemeinen Kaufrechts. Im Handel mit leblosen Sachen sowie mit den nicht in § 481 BGB aufgeführten Tierarten (Hunde, Katzen, Ziegen, Pelztiere, Geflügel, Wild usw.) verliert der Käufer die ihm wegen eines Mangels zustehenden Rechte nämlich erst innerhalb von 6 Monaten von der Ablieferung an.

Da mit Ausnahme der Lungenseuche die Gewährfrist bei keinem Hauptmangel über 2 Wochen beträgt, dauert mithin die Haftpflicht des Verkäufers im Viehhandel im allgemeinen 8 Wochen. 8 Wochen nach der Übergabe ist ein Rechtsstreit wegen eines Hauptmangels gewöhnlich nicht mehr anhängig zu machen (27). Wie Stölzle-Gräminger (63) in ihrem Kommentar zum Viehgewährschaftsrecht betonen, unterliegt auch der Anspruch auf Ersatz der Nebenkosten des § 488 BGB der kurzen 6wöchentlichen Verjährung. Der ordentlichen 30jährigen Verjährung unterliegen dagegen der Anspruch des Verkäufers auf Bezahlung des Kaufpreises, der Anspruch aus der vollzogenen Wandelung, der rechtskräftig

festgestellte Gewährleistungsanspruch sowie Ansprüche des Käufers wegen arglistigen Verschweigens eines Hauptmangels.

Die Verjährung kann unterbrochen werden. Unterbrechungsgründe sind u. a.: Anerkennung des Anspruches, Klageerhebung, Streitverkündung und Antrag auf gerichtliche Beweisaufnahme zur Sicherung des Beweises. Die Unterbrechung oder Hemmung der Verjährung des Anspruches auf Wandelung bewirkt auch die Unterbrechung oder Hemmung der Verjährung des Schadenersatzanspruches und umgekehrt (§§ 477 Abs. 3, 490 Abs. 1 BGB). Es kann also der Käufer, der mit der Wandelungsklage abgewiesen wurde, seinen Anspruch auf Schadenersatz noch geltend machen, auch wenn bezüglich des letzteren die Verjährung an sich schon abgelaufen wäre, weil eben durch die Wandelungsklage auch die für den Schadenersatzanspruch laufende Verjährung unterbrochen wurde.

Eine weitere Besonderheit des Viehgewährschaftsrechtes enthalten die Bestimmungen des § 487 BGB. Hiernach kann der Käufer nur Wandelung (Rückgängigmachung des Kaufvertrages), nicht aber Minderung (Herabsetzung des Kaufpreises) verlangen. Unter Wandelung ist die Rücknahme des Tieres Zug um Zug gegen Rückzahlung des Kaufpreises zu verstehen. Statt der Wandelungsklage ist in einzelnen Fällen Schadenersatzklage möglich, und zwar beim Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft (§§ 463 und 480 BGB) und beim arglistigen Verschweigen von Fehlern. Die Minderungsklage ist bei den in § 481 BGB genannten Tierarten grundsätzlich ausgeschlossen. Allerdings enthalten die Bestimmungen des § 487 BGB nicht zwingendes, sondern dispositives Recht (63). Die Parteien können daher durch besonderen Vertrag eine andere Klageform vereinbaren (Minderung, Wandelung oder Minderung, "ein anderes Tier liefern" u. a.).

Im Falle der Wandelung ist der Käufer berechtigt, neben der Rückzahlung des Kaufpreises auch den Ersatz der Kosten für Fütterung und Pflege, tierärztliche Untersuchung und Behandlung sowie gegebenenfalls Tötung und Wegschaffung des Tieres zu verlangen (§ 488 BGB). Um ein allzu hohes Anwachsen dieser Nebenkosten während der oft langwierigen Rechtsstreitigkeiten zu verhindern, kann auf Antrag einer Partei die öffentliche Versteigerung des Tieres und die Hinterlegung des Erlöses angeordnet werden (§ 489 BGB).

Nutzungen hat der Käufer nur insoweit zu ersetzen, als er sie tatsächlich gezogen hat (z. B. Milch, Mist, Spanndienste). Es ist also der Käufer zur Nutzung grundsätzlich nicht verpflichtet, und er kann deshalb zur Ersatzleistung für nicht gezogene Nutzungen nicht herangezogen werden. Dieser Grundsatz findet dort seine Einschränkung, wo die Nutzung zur ordnungsgemäßen Haltung des Tieres gehört, wie z. B. das regelmäßige Melken bei einer Kuh. Schuldhaftes Unterlassen der Nutzung verpflichtet in diesem Fall den Käufer zum Schadenersatz (63). Der Käufer eines Pferdes ist verpflichtet, für dessen ausreichende Bewegung zu sorgen. Hierbei kann es im Einzelfalle Schwierigkeiten bereiten, die Grenze zwischen bloßer Bewegung zur Gesunderhaltung und wirtschaftlicher Nutzung (Zug- , Reitdienst) zu ziehen.

Nach dem Gesetz haftet der Verkäufer im Handel mit den in § 481 BGB aufgeführten Tieren nur für die Hauptmängel. Diese gesetzliche Haftung kann, da im Viehgewährschaftsrecht volle Vertragsfreiheit besteht (63), durch Vertrag erlassen, beschränkt oder erweitert werden. Während der Verkauf "ohne Garantie" nur eine untergeordnete Rolle spielt, kommt der vertraglichen Haftungserweiterung im Viehhandel entscheidende Bedeutung zu.

Nach § 492 BGB kann der Verkäufer die Gewährleistung wegen nicht zu den Hauptmängeln gehörender Fehler übernehmen (Vertragsmängel) oder bestimmte Eigenschaften des Tieres zusichern. Ein derartiger Sondervertrag kann mündlich (vor Zeugen!) oder schriftlich abgeschlossen werden. Bei der Übernahme der Gewährleistung für Fehler wie auch bei der Zusicherung von Eigenschaften finden die Vorschriften der §§ 487 - 491 BGB (Ausschluß der Minderung, kurze 6wöchentliche Verjährungsfrist) und - wenn eine Gewährfrist vereinbart ist - die Vorschriften der §§ 483 - 485 BGB (rechtliche Vermutung, Anzeigefrist) entsprechende Anwendung. Die weiteren Rechtsfolgen sind jedoch verschieden.

Bei Gewährleistung für einen Fehler treten nach Fröhner (27) die §§ 459 und 460 BGB in Geltung, d. h. die betreffenden Fehler müssen erheblich und verborgen sein. Bei Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft findet lediglich § 463 BGB Anwendung; die Frage der Erheblichkeit und des Verborgenseins spielt hier keine Rolle. Der Verkäufer hat also auch unerhebliche Abweichungen von der zugesicherten Eigenschaft zu vertreten. Ferner haftet er auch dann, wenn dem Käufer das Fehlen der zugesicherten Eigenschaft aus grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist. Schließlich kann der Käufer, wenn dem Tier eine zugesicherte Eigenschaft fehlt, Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen.

Die gerade im Pferdehandel häufig übernommene Gewährleistung "gesund und fehlerfrei" erstreckt sich demnach nur auf erhebliche (und verborgene) Fehler i. S. des § 459 BGB. Bei der Zusicherung "gesund und fehlerfrei" hat der Verkäufer dagegen auch unerhebliche Mängel zu vertreten; lediglich völlig unerhebliche Abweichungen bleiben nach Treu und Glauben außer Betracht (es gibt praktisch kein Tier, daß nicht ir-

gendeinen unerheblichen Fehler aufweisen würde). Dehner (14) stellt denn auch den Sinn derartig allgemein gehaltener Zusicherungen in Frage (§ 306 BGB: "Ein auf eine unmögliche Leistung gerichteter Vertrag ist nichtig.") und möchte den Begriff der Zusicherung auf konkrete Eigenschaften beschränken. Nach Stölzle-Graminger (63) kennt die Praxis den Unterschied zwischen Übernahme der Gewährleistung und Zusicherung von Eigenschaften überhaupt nicht: "... ihr ist Zusicherung und Gewährleistung ein und derselbe Begriff. In der Regel ist daher anzunehmen, daß der Wille der Parteien nur auf das Geringere, die Übernahme der Gewährleistung, gerichtet war."

Als Zusicherung einer Eigenschaft i. S. des § 492 BGB kann nicht jede bei Kaufverhandlungen über den Kaufgegenstand abgegebene Erklärung gelten. Nach einer Reichsgerichtsentscheidung vom 1. April 1903 ist es erforderlich, "daß die Erklärung vom Käufer als vertragsmäßig verlangt vom Verkäufer in vertragsmäßig bindender Weise abgegeben wurde" (Reichsgericht 54, 223). Auf seiten des Käufers muß der Wille vorhanden sein, sich den Verkäufer in einer die gesetzliche Haftung übersteigenden Weise zu verpflichten, auf seiten des Verkäufers der Wille, eine das gesetzliche Maß übersteigende Haftung zu übernehmen. Die Zusicherung muß die bestimmte Bezeichnung der Eigenschaft oder die bestimmte Angabe der als abwesend zugesicherten Mängel enthalten. Allgemeine Anpreisungen, wie sie im Handel üblich sind, sind nicht als verbindliche Zusicherungen aufzufassen, wobei die Grenze allerdings oft schwer zu ziehen ist. Nach Stölzle-Graminger (63) sind bei der Klärung dieser Frage gegebenenfalls die Sachkunde des Käufers und die am Orte des Kaufabschlusses üblichen Redensarten in Betracht zu ziehen. Letztlich aber ist entscheidend, ob nach den Umständen des Einzelfalles unter Berücksich-

tigung der Grundsätze von Treu und Glauben im Verkehr (§§ 133, 157 BGB) eine Gebundenheit des Verkäufers anzunehmen ist.

Von den in den §§ 494 ff BGB angeführten besonderen Arten des Kaufes spielt der Kauf auf Probe im Viehandel eine nicht unbedeutende Rolle. Eikmeier (21) und Fellmer (25) sehen in dem Kauf auf Probe die ideale Vertragsform, um ein Pferd zu erwerben. Während der 10- bis 14tägigen Probezeit hat der Käufer ausreichend Gelegenheit, das Pferd auf seinen Gesundheitszustand und seine Leistungsfähigkeit untersuchen zu lassen. Auch kann er in Ruhe prüfen, ob es reitlich für ihn geeignet ist. Sagt ihm das Pferd aus irgendeinem Grunde nicht zu, so kann er es ohne weiteres zurückgeben. Er braucht hierfür nicht einmal Gründe zu nennen, also insbesondere keinen Mangel zu beweisen. Der Käufer hat lediglich die Futter- und Pflegekosten zu tragen; Nutzungen, die er während der Probezeit gezogen hat, braucht er dem Verkäufer nicht zu vergüten. Der Kauf auf Probe wird erst perfekt, wenn entweder die Probezeit ohne Einspruch des Käufers abgelaufen ist oder wenn der Käufer das Pferd ausdrücklich billigt. Erst von diesem Moment an geht die Gefahr auf den Käufer über. Für den Verkäufer ist der Kauf auf Probe billigerweise nur zumutbar, wenn er die Zuverlässigkeit des Käufers kennt.

Als weitere mögliche Vertragsform beim Pferdekauf nennt Eikmeier (21) den suspensiv bedingten Kauf. Hier vereinbaren die Parteien, daß der Kauf erst wirksam wird, wenn die Untersuchung des Pferdes keine Beanstandungen ergibt. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt das Pferd im Eigentum des Verkäufers. Die Sicherheit dieser Kaufform hängt ganz wesentlich von der Sorgfalt, dem Können und der Erfahrung des Tierarztes bei den i. d. R. umfangreichen Untersuchungen (röntgenologische Untersuchung der Gliedmaßen, Laboruntersuchung) ab.

Gerade bei Rechtsstreitigkeiten im Viehhandel haben die Gerichte häufig zu klären, ob ein unlauteres Verhalten des Verkäufers vorliegt. Sowohl beim Tatbestand des arglistigen Verschweigens als auch der arglistigen Täuschung gilt eine Verjährungsfrist von 30 Jahren. Der Käufer kann hier also noch Ansprüche geltend machen, wenn die ansonsten im Viehhandel gültige Verjährungsfrist von 6 Wochen längst abgelaufen ist. Wie Fröhner (27) und Stölzle-Graminger (63) betonen, kann im Viehgewährschaftsrecht nur bezüglich der Hauptmängel oder der zugesicherten Eigenschaften ein arglistiges Verschweigen verübt werden. Arglistig ist das Verschweigen des Hauptmangels oder des Fehlens der zugesicherten Eigenschaft dann, wenn der Verkäufer im Zeitpunkte des Kaufabschlusses den Hauptmangel oder das Fehlen der zugesicherten Eigenschaft zwar kannte, die Mitteilung hiervon an den Käufer aber in Täuschungsabsicht unterließ. Nicht arglistig ist das Verschweigen eines Hauptmangels oder des Fehlens einer zugesicherten Eigenschaft, wenn der Verkäufer die Mitteilung an den Käufer in gutem Glauben unterließ oder erst nach dem Verkauf davon Kenntnis erhielt. Das Verschweigen eines nicht zu den Hauptmängeln gehörenden Fehlers - und sei er noch so erheblich - ist dagegen nicht arglistiges Verschweigen i. S. des Gesetzes. Für den Verkäufer besteht nämlich nicht die rechtliche Pflicht, dem Käufer einen Nichthauptmangel anzugeben. Dieses Prinzip findet aber nach Stölzle-Graminger (63) dann eine Einschränkung, "wenn im konkreten Falle nach Treu und Glauben im Verkehr der Käufer eine Aufklärung erwarten durfte." Die Rechtsfolgen des arglistigen Verschweigens bestehen neben der Verlängerung der Verjährungsfrist auf 30 Jahre im Erlaß der Mängelanzeige sowie im Anspruch auf Schadenersatz.

Arglistige Täuschung besteht darin, daß der Käufer durch bewußt falsche Angaben getäuscht und dadurch zum Kaufabschluß bestimmt wird, den er bei Kenntnis der wahren Sachlage unterlassen hätte. Es ist also ein Kausalzusammenhang zwischen Täuschung und Kaufabschluß erforderlich, d. h. der Käufer ist durch die Täuschung zum Kaufe mit veranlaßt worden. Bei der arglistigen Täuschung kann der Käufer außer wegen Hauptmängeln und zugesicherter Eigenschaften auch dann klagen, wenn er über andere wesentliche Mängel getäuscht wurde. Im Falle der arglistigen Täuschung hat der Käufer ein Anfechtungsrecht; der wegen arglistiger Täuschung angefochtene Vertrag ist als von Anfang an nichtig anzusehen (§ 123 Abs. 1 BGB: "Wer zur Abgabe einer Willenserklärung durch arglistige Täuschung oder widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden ist, kann die Erklärung anfechten.").

Eingehende Erläuterungen zu den gesetzlichen Bestimmungen - unter teilweiser Berücksichtigung von Leitsätzen aus der höchststrichterlichen Rechtsprechung - finden sich in den Kommentaren zum BGB von Palandt (51) und Kötz, Eith, Müller-Gindullis (36). Die einschlägigen Lehrbücher von Dieckerhoff (18), Malkmus (44) und Fröhner, Neumann-Kleinpaul, Dobberstein (27) behandeln die Fragen des Viehkaufs aus tierärztlicher Sicht. Aufgrund einer Fülle von Beispielen sehr anschaulich sind die Kommentare zum Viehgewährschaftsrecht von Hanke-Fröhner (29), Meisner (47), Stölzle-Graminger (63) und Lerche (41). Aus der Sicht des erfahrenen Fachjuristen hat sich Irepte (66) zu den Grundgedanken des Viehgewährschaftsrechts geäußert. Gerade in jüngster Zeit haben wiederholt Juristen zu Fragen des Tierkaufrechts Stellung genommen; auf dem Gebiet des Pferdekaufs sind hierbei Bornhövd-Hafke (8) und Fellmer (25) zu nennen.

## 2.2. Kritik des geltenden Viehgewährschaftsrechtes

Über die Zweckmäßigkeit des geltenden Tierkaufrechtes ist praktisch vom Tage des Inkrafttretens an (1. Januar 1900) gestritten worden. Die Kritik richtet sich dabei zum einen gegen Unzulänglichkeiten der Hauptmängelliste, zum anderen gegen das deutsch-rechtliche Gewährschaftsprinzip als solches. Die Vorschläge zu einer Neuregelung reichen entsprechend von einer Revision der Hauptmängelliste bis hin zur ersatzlosen Streichung der §§ 481 - 492 BGB und der uneingeschränkten Übernahme des römischen Rechtsprinzips auf den Tierhandel.

Schon im Jahre 1900 hat Malkmus (42) das starre Gebilde der Kaiserlichen Verordnung mit seinen Hauptmängeln und Fristen kritisiert: "Wir dürfen uns darüber nicht im Unklaren sein, daß eine Förderung der Veterinärwissenschaft aus den deutsch-rechtlichen Gewährschaftsprinzipien nicht zu erwarten ist, im Gegenteil wird sie festgehalten durch die Begriffsbestimmungen und die Gewährfristen." Unter anderem bemängelte er, daß Stenosen der Nase weder dem Hauptmangel Kehlkopfpfeifen noch dem Hauptmangel Dämpfigkeit zuzuordnen seien, obwohl diese Erkrankung häufiger vorkomme als der Hauptmangel Rotz. Der Rotz war schon damals ohne große Bedeutung, so daß er nach Malkmus überhaupt nicht in die Hauptmängelliste gehört hätte.

Baum (7) sah in der Aufstellung der Hauptmängelliste die "schwächste und bedenklichste Seite" des geltenden Viehgewährschaftsrechtes. Das System der Hauptmängel könne zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, weil es eine für die Veterinärwissenschaft unlösbare Aufgabe sei, überhaupt ein brauchbares Mängelverzeichnis aufzustellen.

Auf die Unzulänglichkeiten der Kaiserlichen Verordnung hat eine Vielzahl von Veterinärmediziniern - bereits schon ab 1906 - hingewiesen, u. a. Fröhner (26), Malkmus (43), Wachtarz (68), Bothe (9), Ruth (59), Rüssmann (58), Harms (30), Jerichow (33), Lauterbach und Willers (40).

Im Lehrbuch der Gerichtlichen Tierheilkunde von Fröhner, Neumann-Kleinpaul, Dobberstein (27) heißt es hierzu: "Unterwirft man die in der Hauptmängelliste aufgenommenen 15 Mängel einer kritischen Prüfung ..., so erhellt, daß diese Liste in vielen Punkten praktisch überflüssig und wissenschaftlich unhaltbar ist, und daß die rechtliche Vermutung des § 484 BGB vielfach der sachlichen Begründung entbehrt."

Jänz (32) kommt zu dem Ergebnis, daß die Hauptmängel der Verordnung von 1899 ihren Namen größtenteils zu Unrecht führen, da sie entweder den Kriterien der allgemeinen Verbreitung (Rotz und Dummkoller der Pferde, Lungenseuche der Rinder), der grundsätzlichen Erheblichkeit (geringgradige Fälle von Kehlkopfpfeifen, Koppen bei gewöhnlichen Handelspferden) und des Verborgenseins (höhere Grade der Dämpfigkeit) nicht genügen oder ihre Gewährfristen nicht mehr den wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen (der Rotz, das Kehlkopfpfeifen, das Koppen, die Schweinepest können sich erfahrungsgemäß sehr wohl in 14 Tagen entwickeln).

Daß die Hauptmängelliste in der vorliegenden Form völlig ungenügend ist, gilt heute mehr denn je. Bedenkt man, daß die Tuberkulose i. S. der Kaiserlichen Verordnung ("allgemeine Beeinträchtigung des Nährzustandes") mittlerweile getilgt ist, so besteht für den Verkäufer im Rinderhandel heute keine gesetzliche Gewährleistungspflicht mehr. Wie Eikmeier (22) ausführt, bereitet es Schwierigkeiten, die nach dem Wissensstand und den Untersuchungsmethoden des Jahres

1899 geschaffenen Definitionen der Hauptmängel mit den neuzeitlichen Möglichkeiten der klinischen Diagnostik und Therapie in Einklang zu bringen (Zuordnung der chronisch-follikulären Laryngitis zum Hauptmangel Kehlkopfpfeifen, forensische Beurteilung eines operierten Kehlkopfpfeifers, Kupieren der Atembeschwerde eines dämpfigen Pferdes mittels Cortisonbehandlung u. a.).

Im Laufe der nunmehr 80jährigen Diskussion um das Viehgewährschaftsrecht hat es an Änderungsvorschlägen nicht gefehlt. Im Gegensatz zu den meisten seiner Kollegen hat sich Dehner (14) für die grundsätzliche Beibehaltung des deutsch-rechtlichen Währschaftsprinzips im Tierhandel eingesetzt. Der Intention des Gesetzgebers folgend, sah er in der Beschränkung der Haftung des Verkäufers die beste Möglichkeit, die ansonst drohende Flut von Viehhandelsprozessen einzudämmen und für ein hohes Maß an Rechtssicherheit zu sorgen. Allerdings machte Dehner die Beibehaltung des deutsch-rechtlichen Währschaftsprinzips von einer Revision der Hauptmängelliste abhängig. Bei der Auswahl der "gesetzlichen Fehler" sollte man von der Beeinträchtigung des Gebrauchszwecks ausgehen und nicht von Krankheitsbegriffen. Im Übrigen empfahl er, die Haftung des Verkäufers durch die Schaffung "gesetzlicher Zusicherungen" zu ergänzen. Anlässlich der Eröffnung des Symposiums "Tierkaufrecht" am 14.1.1966 in Gießen setzte sich Dehner (15) dafür ein, den "unfruchtbaren Streit um Prinzipien" endlich zu beenden und konkrete Vorschläge zur Änderung und Ergänzung der Hauptmängelliste zu erarbeiten.

Im Unterschied zu Dehner hat sich die Überwiegende Mehrheit der mit Fragen des Viehkaufs beschäftigten Tierärzte und Juristen für eine Übernahme des römischen Rechtsprinzips eingesetzt, wonach der Verkäufer grundsätzlich für alle erheblichen, verborgenen und

zum Zeitpunkt des Übergangs der Gefahr vorhandenen Mängel einzustehen hat. So hielt bereits Völker (67) anlässlich des 25. Jahrestages des Inkrafttretens der Kaiserlichen Verordnung "die Frage eines Prinzipienwechsels für sehr erwägenswert", da die bestehende Regelung die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt habe.

Neumann-Kleinpaul (49) trat für eine Regelung nach römischem Prinzip bei einer kurzen 4- bis 6wöchigen Verjährungsfrist ein. Neben den Schwächen der Hauptmängelliste bemängelte er vor allem, "daß der größte Teil des Publikums heute (1932) noch nicht die nötigen Rechtskenntnisse besitze", um die an sich gegebene Vertragsfreiheit zu nutzen. Zudem betrachtete er die gesetzlich festgelegte Beschränkung der Gutachtertätigkeit als unwürdig für die tierärztliche Wissenschaft wie für den tierärztlichen Stand.

Glässer (28) kam bei einer kritischen Betrachtung der Hauptmängel der Schweine zu dem Schluß, daß die in der Kaiserlichen Verordnung festgesetzten Gewährfristen wissenschaftlich unhaltbar seien. Er setzte sich daher für eine Streichung der §§ 481 - 492 BGB und eine grundsätzliche Neuregelung nach römischem Rechtsprinzip ein.

Dobberstein (19) verlangte ebenfalls eine Neuregelung der gesetzlichen Bestimmungen für den Handel mit lebenden Tieren auf der Grundlage des römischen Rechtsprinzips. Allerdings machte er die Einschränkung, bei Fehlern und Mängeln nur die Wandelungsklage, bei zugesicherten Eigenschaften die Wandelungs- oder Schadenersatzklage zuzulassen und die Klagefrist grundsätzlich auf 4 Wochen zu beschränken. Rechtsstreitigkeiten sollten vor besonderen Viehwährschaftskammern verhandelt werden.

Für eine ersatzlose Streichung der §§ 481 - 492 BGB und eine Haftung des Verkäufers beim Handel mit allen Tiergattungen auf der Grundlage des § 459 BGB bei einer kurzen Verjährungsfrist von 6 Wochen setzte sich Mehrle (46) ein. Auch forderte er die Zulassung der Minderungsklage. Mehrle wandte sich ausdrücklich gegen eine vorläufige Änderung der Hauptmängelliste, da dies die seiner Meinung nach unumgängliche Neuregelung des Viehgewährschaftsrechtes nur verzögern würde.

Fröhner, Neumann-Kleinpaul und Dobberstein vertraten in ihrem Lehrbuch der Gerichtlichen Tierheilkunde (27) die Auffassung, daß den Schwächen des geltenden Viehgewährschaftsrechtes "nicht durch die von den tierärztlichen Standesvertretungen fortgesetzt angestrebte Änderung der von vornherein unhaltbaren Hauptmängelliste abgeholfen werden kann, sondern nur durch eine kardinale Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches, d. h. durch die Streichung der §§ 481 - 492 BGB."

Weyers und Mayer (69) erinnerten anlässlich des 50jährigen Bestehens der Kaiserlichen Verordnung an deren kontroverse Entstehungsgeschichte. Auch sie kamen zu dem Schluß, daß eine grundlegende Änderung der einschlägigen Bestimmungen des BGB wünschenswert wäre. Sie forderten die Übernahme der Bestimmungen des allgemeinen Kaufrechts auf den Tierhandel unter ausdrücklicher Zulassung der Minderungsklage.

Von juristischer Seite hat Ostler (50) in die Diskussion um die Neuregelung des Viehgewährschaftsrechtes eingegriffen. Er sah in der Beschränkung der Haftung auf bestimmte Gewährmängel eine sehr bedenkliche Grundsatzhaltung des geltenden Rechtes. Die starke Betonung des Prinzips der Rechtssicherheit habe zu einer einseitigen Begünstigung der Verkäuferinteressen geführt. Andererseits stelle auch das römi-

sche Rechtsprinzip keine Ideallösung dar, da es keinen Unterschied zwischen leblosen Kaufgegenständen und den lebenden Tieren mache. Ostler forderte daher als Grundlage für eine künftige gesetzliche Regelung ein gemischtes System, wobei neben einer gesetzlichen Gewähr für bestimmte, festgelegte Mängel (mit gewissen Beweiserleichterungen) eine allgemeine Haftung des Verkäufers für alle erheblichen und verborgenen Mängel bestehen sollte. Außerdem trat er für eine erweiterte Haftung bei unredlichem Verhalten des Verkäufers ein. Die bisherige Regelung, wonach arglistiges Verschweigen nur bei Hauptmängeln einen Gewährleistungsanspruch begründe, sei unhaltbar.

Gerade in jüngster Zeit hat sich das Bundesministerium der Justiz mit einer Novellierung der Vorschriften über den Tierkauf beschäftigt. Der Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über den Tierkauf - Stand April 1978 - (12) ist nach römisch-rechtlichen Grundsätzen aufgebaut und beinhaltet die Aufhebung der §§ 482 - 484, der §§ 486, 487, 490 und 492 BGB sowie den Wegfall der Kaiserlichen Verordnung. Zur Erhaltung etwaiger Mängelansprüche soll der Käufer das Tier "unverzüglich nach der Ablieferung" untersuchen lassen. An die Stelle der bisherigen kurzen Verjährungsfrist des § 490 BGB soll die allgemeine 6monatige Verjährungsfrist des Kaufrechts (§ 477 BGB) treten. Die Deutsche Tierärzteschaft (16) hat der Grundkonzeption dieses Entwurfes zugestimmt. Allerdings hat sie sich gegen die Einführung einer generellen Untersuchungspflicht für den Käufer ausgesprochen. Zudem solle sich die Gewährleistung nur auf solche Mängel erstrecken, die innerhalb von 6 Wochen nach Übergang der Gefahr festgestellt werden.

Jacobi (31) hat empfohlen, zur Beseitigung der gegenwärtigen Rechtsunsicherheit im Pferdehandel die Gewährleistung entsprechend allgemeinem Kaufrecht gem. §§ 459 ff BGB einzuführen. -

Was die Notwendigkeit einer Neuregelung des Viehgewährschaftsrechts anbelangt, sind sich Tierärzte wie Juristen einig. Die jüngste Entwicklung läßt eine Übernahme des römischen Rechtsprinzipes auf den Tierhandel erwarten. Es muß allerdings bedenklich stimmen, daß nach mehr als 80jähriger, zum Teil leidenschaftlich geführter Diskussion noch keine endgültige Klarheit herrscht. Gegenüber Hoffnungen auf eine baldige Neuregelung des Tierkaufrechtes scheint Skepsis angebracht. Noch sind die am 1. Januar 1900 in Kraft getretenen Bestimmungen gültig. Ihren Einfluß auf den Tierhandel im Wechsel der Zeiten sollen die nachstehenden Untersuchungen von Rechtsstreitigkeiten aus den Jahren 1949 - 1976 aufzeigen.

### 3. Eigene Untersuchungen und Ergebnisse

#### 3.1. Material und Methodik

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurden 116 Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Pferden, Rindern und Schweinen aus den Jahren 1949 - 1976 untersucht. Die Fälle stammen zum größten Teil aus dem Bereich süddeutscher Gerichte mit Schwerpunkt Oberbayern, zum kleineren Teil aus dem übrigen Bundesgebiet. Die Erhebungen erfolgten überwiegend anhand von Urteilsabschriften, lediglich in einigen Fällen standen die kompletten Verfahrensakten zur Verfügung.

Im einzelnen wurden die Fälle nach folgenden Gesichtspunkten untersucht:

1. Streitgegenstand (Tierart unter Berücksichtigung des Verwendungszweckes)
2. Parteien des Rechtsstreites
3. Klagebegehren
4. beanstandeter Mangel
5. Vertragsform
6. Ausgang des Rechtsstreites
7. forensische Problematik

Die Ergebnisse finden sich in Tabellen und Auswertungen, die Aufschluß über die zeitliche Verteilung der Fälle geben, der im Rahmen dieser Arbeit besondere Bedeutung zukommt.

3.2. Ergebnisse

3.2.1. Tabellen

Tabelle 1: Rechtsstreitigkeiten im Handel mit landwirtschaftlichen Nutzpferden

| Fall-Nr. | Streitgegenstand   | Kläger    | Klagebegehren                           | Beanstandung            | Vertragsform                                                       | Klage<br>stattgegeben/<br>abgewiesen | Problematik                                                                            |
|----------|--------------------|-----------|-----------------------------------------|-------------------------|--------------------------------------------------------------------|--------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------|
| 1        | Kaltblutwallach    | Käufer    | Wandelung                               | Kehlkopfpfiffein        | ohne Gewähr                                                        | abgewiesen                           | vertraglicher Haftungsausschluß                                                        |
| 2        | Kaltblutwallach    | Käufer    | Wandelung                               | Zugständigkeit          | Zusicherung der Zugfestigkeit                                      | stattgegeben                         | Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft                                                 |
| 3        | Kaltblutwallach    | Käufer    | Wandelung                               | Zugständigkeit          | Zusicherung "gut im schweren Zug"                                  | stattgegeben                         | Ausmaß der Zusicherung "gut im schweren Zug"                                           |
| 4        | Kaltblutstute, 3J. | Schuldner | Unzulässigkeit der Zwangs-vollstreckung | Zugständigkeit          | Gewährleistung "reell"                                             | in 2. Instanz stattgegeben           | Ausmaß der Gewährleistung "reell" beim Verkauf eines 3-jährigen Pferdes                |
| 5        | Kaltblutstute, 4J. | Käufer    | Wandelung                               | Zugständigkeit          | Zusicherung "eingespannt an der Hand"                              | stattgegeben                         | Bedeutung der Zusicherung des "Eingespanntseins" beim Verkauf eines 4-jährigen Pferdes |
| 6        | Warmblutstute      | Verkäufer | Kaufpreiszahlung                        | Leinefangen             | Zusicherung "fromm und zugfest" mit einer Gewährfrist von 14 Tagen | stattgegeben                         | gewöhnheitsmäßiges Leinefangen nicht nachgewiesen                                      |
| 7        | Kaltblutwallach    | Käufer    | Wandelung                               | autoscheu und böseartig | Zusicherung "fehlerfrei und brav"                                  | in 2. Instanz stattgegeben           | Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft                                                 |
| 8        | Kaltblutstute      | Verkäufer | Kaufpreiszahlung                        | Nichtfrömmigkeit        | Zusicherung "fehlerfrei, fromm und unverdorben"                    | abgewiesen                           | Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft                                                 |
| 9        | Kaltblutstute, 3J. | Käufer    | Wandelung                               | Nichtfrömmigkeit        | Zusicherung "gesund, fromm und zugfest"                            | abgewiesen                           | Verlust der zugesicherten Eigenschaft erst nach dem Übergang der Gefahr                |
| 10       | Kaltblutstute      | Käufer    | Wandelung                               | "Nachtschläger"         | gesetzliche Gewährleistung                                         | abgewiesen                           | Offenbarungspflicht des Verkäufers                                                     |

Tabelle 1: Rechtstreitigkeiten im Handel mit landwirtschaftlichen Nutzpferden

| Fall-Nr. | Streitgegenstand     | Kläger    | Klagebegehrten               | Bestandung                         | Vertragsform                                                          | Klage<br>stattgegeben/<br>abgewiesen | Problematik                                                                       |
|----------|----------------------|-----------|------------------------------|------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------|--------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------|
| 11       | Kaltblutwallach      | Käufer    | Anfechtung des Kaufvertrages | Leberzirrhose                      | nicht bekannt                                                         | stattgegeben                         | arglistige Täuschung                                                              |
| 12       | Kaltblutwallach      | Verkäufer | Kaufpreiszahlung             | chronische Fesselgelenksentzündung | Zusicherung "stall fromm und zugfest"                                 | abgewiesen                           | Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft                                            |
| 13       | Kaltblutwallach      | Käufer    | Wandelung                    | Hufkrebs                           | gesetzliche Gewährleistung                                            | in 2. Instanz abgewiesen             | Grenze zwischen bloßer Anpreisung und verbindlicher Zusicherung einer Eigenschaft |
| 14       | Kaltblutwallach      | Verkäufer | Kaufpreiszahlung             | falsche Altersangabe               | schriftlicher Kaufvertrag mit Zusicherung verschiedener Eigenschaften | in 2. Instanz abgewiesen             | Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft                                            |
| 15       | Kaltblut-Spitzhengst | Verkäufer | Kaufpreiszahlung             | Kryptorchismus                     | gesetzliche Gewährleistung                                            | stattgegeben                         | Kenntnis des Käufers                                                              |

Tabelle 2: Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Reit- und Hobbypferden

| Fall-Nr. | Streitgegenstand     | Kläger          | Klagebegehren                | Beanstandung                | Vertragsform                                                                       | Klage stattgegeben/abgewiesen | Problematik                                                                             |
|----------|----------------------|-----------------|------------------------------|-----------------------------|------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------|
| 16       | Trakehner-Wallach    | Anspruchsteller | Wandelung                    | Kehlkopfpreifen             | Tauschvertrag mit Umtauschvereinbarung                                             | abgewiesen                    | Umtauschvereinbarung be-<br>seitigt unbedingten Wan-<br>delungsanspruch                 |
| 17       | Hannoveraner-Wallach | Käufer          | Wandelung                    | Leineweben                  | gesetzliche Ge-<br>währleistung                                                    | abgewiesen                    | Grenze zwischen bloßer An-<br>preisung u. verbindlicher<br>Zusage einer Eigenschaft     |
| 18       | Reitpferd            | Käufer          | Forderung                    | Druse                       | Kauf auf Probe                                                                     | stattgegeben                  | Billigung des Kaufes auf<br>Probe unter Vereinbarung<br>eines Rücktrittsrechtes         |
| 19       | Hannoveraner-Wallach | Käufer          | Wandelung                    | Herzfehler                  | Gewährleistung "da<br>ist nichts dran"                                             | stattgegeben                  | Vertragsmangel                                                                          |
| 20       | Hannoveraner-Wallach | Käufer          | Anfechtung des Kaufvertrages | Schulterlahmheit            | schriftlicher Kauf-<br>vertrag mit Zusiche-<br>rung verschiedener<br>Eigenschaften | stattgegeben                  | arglistige Täuschung                                                                    |
| 21       | Warmblutwallach      | Verkäufer       | Kaufpreiszahlung             | Spat und Podo-<br>trochlose | suspensiv be-<br>dingter Kauf                                                      | abgewiesen                    | tierärztliche Sorgfalts-<br>pflicht bei der Ankaufts-<br>untersuchung                   |
| 22       | Reitpferd            | Käufer          | Zahlung von Schadensersatz   | Spat                        | suspensiv be-<br>dingter Kauf                                                      | abgewiesen                    | arglistische Täuschung                                                                  |
| 23       | Warmblutwallach      | Verkäufer       | Kaufpreiszahlung             | Standbödem                  | Gewährleistung "ge-<br>sund u. fehlerfrei"                                         | stattgegeben                  | Vertragsmangel                                                                          |
| 24       | Warmblutstute        | Käufer          | Anfechtung des Kaufvertrages | einseitige Blindheit        | nicht bekannt                                                                      | stattgegeben                  | arglistige Täuschung                                                                    |
| 25       | Vollblutjährling     | Käufer          | Wandelung                    | Kryptorchismus              | gesetzliche Gewährleistung                                                         | abgewiesen                    | Haftung nur für Haupt-<br>mängel                                                        |
| 26       | Hannoveraner-Wallach | Verkäufer       | Kaufpreiszahlung             | Gleichbein-<br>lahmheit     | gesetzliche Gewährleistung                                                         | in 2. Instanz<br>stattgegeben | Grenze zwischen bloßer<br>Anpreisung und verbindli-<br>cher Zusage einer<br>Eigenschaft |

Tabelle 2: Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Reit- und Hobby Pferden

| Fall-Nr. | Streitgegenstand     | Kläger    | Klagebegehren    | Beanstandung                    | Vertragsform                                        | Klage<br>stattgegeben/<br>abgewiesen | Problematik                         |
|----------|----------------------|-----------|------------------|---------------------------------|-----------------------------------------------------|--------------------------------------|-------------------------------------|
| 27       | Hannoveraner-Wallach | Verkäufer | Kaufpreiszahlung | Hahnentritt                     | Zusicherung in allen drei Grundgangarten überragend | abgewiesen                           | wie Fall Nr. 26                     |
| 28       | Ponystute            | Käufer    | Wandelung        | fehlerhafte Trächtigkeitsangabe | Zusicherung der Trächtigkeit                        | abgewiesen                           | erfolgreiche Einrede der Verjährung |
| 29       | Trakehner-Stute      | Käufer    | Wandelung        | fehlerhafte Trächtigkeitsangabe | Zusicherung der Trächtigkeit                        | abgewiesen                           | wie oben                            |

Tabelle 3: Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Rindern

| Fall-Nr. | Streitgegenstand | Kläger    | Klagebegehren             | Beanstandung                                                              | Vertragsform                                          | Klage<br>stattgegeben/<br>abgewiesen | Problematik                                                      |
|----------|------------------|-----------|---------------------------|---------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------|--------------------------------------|------------------------------------------------------------------|
| 30       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                 | tuberkulöse Erkrankung mit allgemeiner Beeinträchtigung des Nährzustandes | gesetzliche Gewährleistung                            | stattgegeben                         | Hauptmangel i.S. des § 482 BGB und der Kaiserl. VO § 1, II. 1    |
| 31       | Nutzkuh          | Verkäufer | Kaufpreiszahlung          | wie oben                                                                  | gesetzliche Gewährleistung                            | abgewiesen                           | hinreichend bestimmte Anzei-ge ("die Kuh hustet")                |
| 32       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                 | wie oben                                                                  | gesetzliche Gewährleistung                            | abgewiesen                           | Rechtsverlust infolge verspäteter Anzeige                        |
| 33       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                 | wie oben                                                                  | gesetzliche Gewährleistung                            | abgewiesen                           | Rechtsverlust infolge verspäteter Anzeige                        |
| 34       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                 | Lungentuberkulose                                                         | nicht bekannt                                         | abgewiesen                           | allgemeine Beeinträchtigung des Nährzustandes nicht nachgewiesen |
| 35       | Schlachtkuh      | Verkäufer | Kaufpreiszahlung          | Tuberkulose                                                               | gesetzliche Gewährleistung                            | abgewiesen                           | Hauptmangel i.S. des § 482 BGB und der Kaiserl. VO § 2, II       |
| 36       | Schlachtrind     | Käufer    | Zahlung von Schadenersatz | Tuberkulose                                                               | Bekanntgabe der positiven Tuberkulinreaktion          | abgewiesen                           | Kenntnis des Käufers                                             |
| 37       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                 | Reaktionstuberkulose                                                      | Gewährleistung "fehlerfrei"                           | in 2. Instanz stattgegeben           | Vertragsmangel                                                   |
| 38       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                 | fragliche Tuberkulinreaktion                                              | Zusicherung der Tuberkulosefreiheit ("grüner Schein") | stattgegeben                         | Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft                           |
| 39       | Färse            | Käufer    | Zahlung von Schadenersatz | Reaktionstuberkulose                                                      | gesetzliche Gewährleistung                            | abgewiesen                           | vertragliche Haftungserweiterung nicht nachgewiesen              |
| 40       | Nutzkuh          | Käufer    | Zahlung von Schadenersatz | Fehlen des "grünen Scheins"                                               | Zusicherung der Tuberkulose- und Bangfreiheit         | stattgegeben                         | Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft                           |

Tabelle 3: Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Rindern

| Fall-Nr. | Streitgegenstand | Kläger    | Klagebegehren                   | Beanstandung                                               | Vertragsform                                                                                                                                                   | Klage<br>stattgegeben/<br>abgewiesen | Problematik                                    |
|----------|------------------|-----------|---------------------------------|------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------|------------------------------------------------|
| 41       | Arbeitsochse     | Käufer    | Wandelung                       | Reaktionstuber-<br>kulose                                  | Zusicherung der Tu-<br>berkulosefreiheit<br>Zusicherung "frei<br>von feststellbarer<br>Tuberkulose und<br>Reaktionstuberku-<br>lose auf Nachunter-<br>suchung" | stattgegeben                         | Fehlen einer zugesicher-<br>ten Eigenschaft    |
| 42       | Nutzkuh          | Käufer    | Forderung                       | fragliche Tu-<br>berkulinreaktion                          |                                                                                                                                                                | stattgegeben                         | Fehlen einer zugesicher-<br>ten Eigenschaft    |
| 43       | Nutzkuh          | Käufer    | Anfechtung des<br>Kaufvertrages | Reaktionstuber-<br>kulose                                  | gesetzliche<br>Gewährleistung                                                                                                                                  | abgewiesen                           | arglistige Täuschung<br>nicht nachgewiesen     |
| 44       | Arbeitsochse     | Verkäufer | Kaufpreis-<br>zahlung           | Rachitis                                                   | Zusicherung der<br>Fahrtüchtigkeit                                                                                                                             | abgewiesen                           | Fehlen einer zugesicher-<br>ten Eigenschaft    |
| 45       | Arbeitsochse     | Käufer    | Forderung                       | mangelhafte Zug-<br>festigkeit, chro-<br>nische Bronchitis | nicht bekannt                                                                                                                                                  | abgewiesen                           | erfolgreiche Einrede<br>der Verjährung         |
| 46       | Einspannkuh      | Verkäufer | Zahlung von<br>Schadenersatz    | einseitige<br>Blindheit                                    | Zusicherung<br>"fehlerfrei"<br>schriftlicher                                                                                                                   | abgewiesen                           | arglistige Täuschung                           |
| 47       | Einspannkuh      | Käufer    | Wandelung                       | Husten, Geschir-<br>rdruck, verspäte-<br>tes Abkalben      | Kaufvertrag mit<br>Zusicherung ver-<br>schiedener Eigen-<br>schaften                                                                                           | in 2. Instanz<br>abgewiesen          | Vollzug der Wandelung                          |
| 48       | Nutzkuh          | Käufer    | Zahlung von<br>Schadenersatz    | verspätetes Ab-<br>kalben                                  | Zusicherung der<br>Trächtigkeit unter<br>Angabe eines be-<br>stimmten Kalbe-<br>termins                                                                        | stattgegeben                         | Ausnahmscharakter der<br>Trächtigkeitsgarantie |
| 49       | Nutzkuh          | Käufer    | Zahlung von<br>Schadenersatz    | Fehlen der zuge-<br>sicherten Träch-<br>tigkeit            | wie oben                                                                                                                                                       | stattgegeben                         | wie oben                                       |

Tabelle 3: Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Rindern

| Fall-Nr. | Streitgegenstand | Kläger    | Klagebegehren             | Beanstandung                          | Vertragsform                                                                 | Klage<br>stattgegeben/<br>abgewiesen | Problematik                                                      |
|----------|------------------|-----------|---------------------------|---------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------|------------------------------------------------------------------|
| 50       | Nutzkuh          | Käufer    | Zahlung von Schadenersatz | verspätetes Abkalben                  | Zusicherung der Trächtigkeit unter Angabe eines bestimmten Besamungsdatums   | abgewiesen                           | Beginn der Verjährungsfrist bei fehlerhafter Trächtigkeitsangabe |
| 51       | Färse            | Käufer    | Wandelung                 | Fehlen der zugesicherten Trächtigkeit | Zusicherung der Trächtigkeit                                                 | abgewiesen                           | wie oben                                                         |
| 52       | Schlachtkuh      | Käufer    | Zahlung von Schadenersatz | Trächtigkeit                          | gesetzliche Gewährleistung                                                   | abgewiesen                           | erfolgreiche Einrede der Verjährung                              |
| 53       | Schlachtkuh      | Käufer    | Zahlung von Schadenersatz | Trächtigkeit                          | gesetzliche Gewährleistung                                                   | abgewiesen                           | Haftung nur für Hauptmängel                                      |
| 54       | Schlachtrind     | Verkäufer | Kaufpreiszahlung          | Trächtigkeit                          | gesetzliche Gewährleistung                                                   | abgewiesen                           | arglistiges Verschweigen                                         |
| 55       | Schlachtkuh      | Käufer    | Zahlung von Schadenersatz | Trächtigkeit                          | unklar                                                                       | abgewiesen                           | erfolgreiche Einrede der Verjährung                              |
| 56       | Färse            | Käufer    | Wandelung                 | Abort                                 | Zusicherung der Trächtigkeit                                                 | abgewiesen                           | forensische Definition des Begriffes "Trächtigkeit"              |
| 57       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                 | Abort                                 | Zusicherung der Gesundheit und Trächtigkeit                                  | stattgegeben                         | Zeitpunkt des Gefahrüberganges                                   |
| 58       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                 | ungenügende Milchleistung             | Zusicherung "tbc-frei und 12 l Milch am Tag"                                 | stattgegeben                         | Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft                           |
| 59       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                 | ungenügende Milchleistung             | volle Euter- und Gesundheitsgarantie sowie "20 l Milch bei bester Fütterung" | stattgegeben                         | Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft                           |

Tabelle 3: Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Rindern

| Fall-Nr. | Streitgegenstand | Kläger    | Klagebegehren              | Beanstandung                                                  | Vertragsform                                                                       | Klage<br>stattgegeben/<br>abgewiesen | Problematik                                                                |
|----------|------------------|-----------|----------------------------|---------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------|
| 60       | Nutzkuh          | Käufer    | Zahlung von Schadensersatz | ungenügende Milchleistung und fehlerhafte Trächtigkeitsangabe | Zusicherung "8 - 9 1 Milch täglich und 6 Monate trächtig"                          | abgewiesen                           | erfolgreiche Einrede der Verjährung                                        |
| 61       | Nutzkuh          | Käufer    | Forderung                  | ungenügende Milchleistung                                     | Kauf auf Probe                                                                     | stattgegeben                         | auflösende Bedingung "14 1 Milch pro Tag"                                  |
| 62       | Nutzkuh          | Verkäufer | Kaufpreiszahlung           | ungenügende Milchleistung und einschließlich Schwangerschaft  | Zusicherung "abkalbeversichert"                                                    | in 2. Instanz stattgegeben           | verbindliche Zusicherung einer bestimmten Milchleistung nicht nachgewiesen |
| 63       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                  | ungenügende Milchleistung                                     | gesetzliche Gewährleistung                                                         | abgewiesen                           | wie oben                                                                   |
| 64       | Kälberkuh        | Käufer    | Wandelung                  | ungenügende Milchleistung                                     | Zusicherung "Kälberkuh"                                                            | stattgegeben                         | Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft                                     |
| 65       | Nutzkuh          | Käufer    | Zahlung von Schadensersatz | Milchfistel                                                   | gesetzliche Gewährleistung                                                         | abgewiesen                           | Offenbarungspflicht des Verkäufers im Viehhandel                           |
| 66       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                  | Gelber Galt                                                   | Zusicherung "ehrlich, redlich und fehlerfrei"                                      | stattgegeben                         | Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft                                     |
| 67       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                  | ungenügende Milchleistung u. Reaktionstuberkulose             | Zusicherung "gesund und 10-11 1 Milch am Tag"                                      | stattgegeben                         | Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft                                     |
| 68       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                  | ungenügende Milchleistung, Reaktions-Tbc u. a.                | unklar                                                                             | abgewiesen                           | erfolgreiche Einrede der Verjährung                                        |
| 69       | 6 Nutzkühe       | Käufer    | Zahlung von Schadensersatz | ungenügende Milchleistung, Euterfehler, verspätetes Abkalben  | Zusicherung bestimmter Milchleistungen sowie Fruchtigkeitsgarantie mit Zeitangaben | abgewiesen                           | erfolgreiche Einrede der Verjährung                                        |

Tabelle 3: Rechtstreitigkeiten im Handel mit Rindern

| Fall-Nr. | Streitgegenstand | Kläger    | Klagebegehren              | Beanstandung                                                                | Vertragsform                                                                   | Klage<br>stattgegeben/<br>abgewiesen | Problematik                                                                         |
|----------|------------------|-----------|----------------------------|-----------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------|
| 70       | 4 Nutzkühe       | Verkäufer | Kaufpreiszahlung           | verspätetes Abkalben, Scheidenvorfall, Dreistrichigkeit und Euterentzündung | nicht bekannt                                                                  | stattgegeben                         | Minderung ist beim Viehkauf kraft Gesetz ausgeschlossen                             |
| 71       | Nutzkuh          | Verkäufer | Kaufpreiszahlung           | ungenügende Milchleistung, verspätetes Abkalben, Scheidenvorfall            | Zusicherung der Trächtigkeit, Tuberkulosefreiheit und der Herdbuch-eigenschaft | abgewiesen                           | Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft                                              |
| 72       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                  | Fremdkörper-Peritonitis                                                     | Gewährleistung "es fehlt nichts"                                               | stattgegeben                         | Vertragsmangel                                                                      |
| 73       | Nutzkuh          | Verkäufer | Kaufpreiszahlung           | Notschlachtung infolge Fremdkörpererkrankung                                | Zusicherung "tbc-frei, vorfallfrei, vierstrichig, trächtig"                    | stattgegeben                         | beanstandeter Mangel fällt nicht unter die vom Verkäufer übernommene Gewährleistung |
| 74       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                  | wie oben                                                                    | nicht bekannt                                                                  | abgewiesen                           | erfolgreiche Einrede der Verjährung                                                 |
| 75       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                  | Scheidenvorfall                                                             | Gewährleistung "fehlerfrei"                                                    | stattgegeben                         | Vertragsmangel                                                                      |
| 76       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                  | Beckenfraktur                                                               | Gewährleistung "da fehlt nichts"                                               | stattgegeben                         | wie oben                                                                            |
| 77       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                  | Krämpfigkeit                                                                | Gewährleistung "fehlerfrei"                                                    | stattgegeben                         | wie oben                                                                            |
| 78       | Nutzkuh          | Käufer    | Wandelung                  | Eingeweidebruch                                                             | Gewährleistung "gesund u. fehlerfrei"                                          | abgewiesen                           | Zeitpunkt des Gefahrüberganges                                                      |
| 79       | Nutzkuh          | Käufer    | Zahlung von Schadensersatz | Notschlachtung, Leberkoma                                                   | gesetzliche Gewährleistung                                                     | abgewiesen                           | vertragliche Haftungserweiterung nicht nachgewiesen                                 |

Tabelle 3: Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Rindern

| Fall-Nr. | Streitgegenstand | Kläger | Klagebegehren                | Beanstandung                 | Vertragsform                    | Klage stattgegeben/abgewiesen | Problematik                                      |
|----------|------------------|--------|------------------------------|------------------------------|---------------------------------|-------------------------------|--------------------------------------------------|
| 80       | Nutzkuh          | Käufer | Wandelung                    | bangfraglich                 | Zusicherung "tbc- und bangfrei" | abgewiesen                    | erfolgreiche Einrede der Verjährung              |
| 81       | Junggrind        | Käufer | Anfechtung des Kaufvertrages | chronische Tympanie          | gesetzliche Gewährleistung      | abgewiesen                    | Offenbarungspflicht des Verkäufers im Viehhandel |
| 82       | Nutzkuh          | Käufer | Zahlung von Schadenersatz    | Schwergeburt (Kaiserschnitt) | Zusicherung der Trächtigkeit    | abgewiesen                    | wie oben                                         |

Tabelle 4: Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Schweinen

| Fall-Nr. | Streitgegenstand  | Kläger    | Klagebegehren                | Beanstandung                      | Vertragsform                  | Klage<br>stattgegeben/<br>abgewiesen | Problematik                                                         |
|----------|-------------------|-----------|------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|--------------------------------------|---------------------------------------------------------------------|
| 83       | 30 Läuferschweine | Käufer    | Wandelung                    | Schweinepest                      | gesetzliche<br>Gewährleistung | stattgegeben                         | Hauptmangel i.S. des § 482<br>BGB und der Kaiserl. VO<br>§ 1, IV. 1 |
| 84       | 4 Zuchtschweine   | Käufer    | Zahlung von<br>Schadenersatz | Schweinepest                      | gesetzliche<br>Gewährleistung | abgewiesen                           | Verstoß gegen die Quaran-<br>tänbestimmungen                        |
| 85       | Zuchteber         | Verkäufer | Kaufpreis-<br>zahlung        | chronische Rot-<br>lauferkrankung | gesetzliche<br>Gewährleistung | in 2. Instanz<br>stattgegeben        | Umtauschvereinbarung                                                |

Die fortlaufende Anordnung der Fälle 1 - 85 in den Tabellen 1 - 4 erfolgte nach folgenden Gesichtspunkten:

Tabelle 1: Rechtsstreitigkeiten im Handel mit landwirtschaftlichen Nutzpferden

|                       |                  |
|-----------------------|------------------|
| Hauptmängel           | Fall Nr. 1       |
| Innere Vertragsmängel | Fall Nr. 2 - 11  |
| Äußere Vertragsmängel | Fall Nr. 12 - 15 |

Tabelle 2: Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Reit- und Hobbypferden

|                                       |                  |
|---------------------------------------|------------------|
| Hauptmängel                           | Fall Nr. 16      |
| Innere Vertragsmängel                 | Fall Nr. 17 - 19 |
| Äußere Vertragsmängel                 | Fall Nr. 20 - 24 |
| Rechtsstreitigkeiten aus Auktionskauf | Fall Nr. 25 - 27 |
| zugesicherte Eigenschaften            |                  |
| (Trächtigkeit)                        | Fall Nr. 28 - 29 |

Tabelle 3: Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Rindern

|                                               |                  |
|-----------------------------------------------|------------------|
| Hauptmängel                                   |                  |
| Hauptmangel Tuberkulose                       |                  |
| bei Nutz- und Zuchttieren                     | Fall Nr. 30 - 34 |
| Hauptmangel Tuberkulose                       |                  |
| bei Schlachttieren                            | Fall Nr. 35 - 36 |
| Vertragsmängel und zugesicherte Eigenschaften |                  |
| Tuberkulose                                   | Fall Nr. 37 - 43 |
| Mangelhafte Zugtauglichkeit                   | Fall Nr. 44 - 47 |
| Zusage der Trächtigkeit                       | Fall Nr. 48 - 57 |
| Ungenügende Milchleistung                     |                  |
| und Fehler des Euters                         | Fall Nr. 58 - 66 |
| Kombination obiger Mängel                     | Fall Nr. 67 - 71 |
| Fremdkörperbedingte Erkrankungen              | Fall Nr. 72 - 74 |
| Verschiedenes                                 | Fall Nr. 75 - 82 |

Tabelle 4: Rechtsstreitigkeiten im Handel mit  
Schweinen

|                          |                  |
|--------------------------|------------------|
| Hauptmangel Schweinepest | Fall Nr. 83 - 84 |
| Hauptmangel Rotlauf      | Fall Nr. 85      |

Aus den oben angegebenen Gruppen wurden 46 beispielhafte Fälle ausgewählt und im Abschnitt 3.2.2. Kasuistik eingehend behandelt.

Jeder einzelne Fall gliedert sich in:

1. Beschreibung (Tatbestand, Entscheidung des Gerichts und Entscheidungsgründe)
2. Besprechung
3. Diskussion

Um unnötige Wiederholungen zu vermeiden, werden Fälle mit gleichliegender forensischer Problematik gemeinsam besprochen und diskutiert. Hierbei finden von Fall zu Fall auch in der Kasuistik nicht näher beschriebene Rechtsstreitigkeiten Berücksichtigung.

Im Abschnitt 3.2.3. Sonstiges sind diejenigen Rechtsstreitigkeiten aufgeführt, die sich aufgrund ihrer besonderen Thematik oder aufgrund unvollständiger Unterlagen nicht wie die vorangehenden Fälle eingliedern ließen. Die Fälle 86 - 105 betreffen überwiegend juristische Aspekte des Viehkaufs. Die abschließende Erwähnung der Fälle 106 - 116, deren Akten bereits ausgeschieden sind, beschränkt sich auf die Angabe von Aktenzeichen und Thematik des Rechtsstreits (Tierart, beanstandeter Mangel).

Bei der Ordnung der Rechtsstreitigkeiten nach Jahrgängen ergab sich folgendes Bild:

Tabelle 5: Zeitliche Verteilung der Rechtsstreitigkeiten

| Jahrgang | Anzahl der Fälle |              |                |           |
|----------|------------------|--------------|----------------|-----------|
|          | Pferdehandel     | Rinderhandel | Schweinehandel | insgesamt |
| 1949     | 1                | -            | -              | 1         |
| 1950     | 1                | 3            | -              | 4         |
| 1951     | 1                | 1            | -              | 2         |
| 1952     | 4                | 2            | 1              | 7         |
| 1953     | -                | 4            | -              | 4         |
| 1954     | 1                | 3            | -              | 4         |
| 1955     | 3                | 4            | -              | 7         |
| 1956     | 1                | 5            | -              | 6         |
| 1957     | -                | 3            | -              | 3         |
| 1958     | 1                | 2            | -              | 3         |
| 1959     | -                | 4            | -              | 4         |
| 1960     | 2                | 5            | 1              | 8         |
| 1961     | 2                | 5            | 1              | 8         |
| 1962     | -                | 3            | -              | 3         |
| 1963     | -                | 1            | -              | 1         |
| 1964     | 1                | 2            | -              | 3         |
| 1965     | 1                | 1            | -              | 2         |
| 1966     | -                | -            | -              | -         |
| 1967     | -                | 1            | -              | 1         |
| 1968     | -                | -            | -              | -         |
| 1969     | -                | -            | -              | -         |
| 1970     | 3                | 1            | -              | 4         |
| 1971     | 1                | 2            | -              | 3         |
| 1972     | 2                | -            | -              | 2         |
| 1973     | 1                | -            | -              | 1         |
| 1974     | 2                | -            | -              | 2         |
| 1975     | 1                | -            | -              | 1         |
| 1976     | -                | 1            | -              | 1         |
| Summe    | 29               | 53           | 3              | 85        |

Wie sich aus Tabelle 5 ergibt, verteilen sich die Rechtsstreitigkeiten im Pferdehandel annähernd gleichmäßig über den Untersuchungszeitraum. Auffallend ist dagegen die Häufung der Rechtsstreitigkeiten im Rinderhandel in den Jahren zwischen 1950 und 1961. Von den im Rahmen der vorliegenden Arbeit insgesamt untersuchten 53 Gewährungsstreitigkeiten im Rinderhandel entfallen 41 auf den Zeitraum von 1950 - 1961. Aus den Jahren 1962 - 1976 lagen demgegenüber nur noch 12 Fälle aus dem Rinderhandel zur Untersuchung vor. Ob dieser Rückgang der Rechtsstreitigkeiten im Rinderhandel allein auf verminderter "Prozeßlust" der Parteien beruht oder auf sachliche Gründe zurückzuführen ist, soll die eingehende Untersuchung der Fälle im Abschnitt 3.2.2. Kasuistik klären.

Tabelle 6: Einteilung der Rechtsstreitigkeiten nach der Art des Klagebegehrens

| Klagebe-<br>gehren                 | Anzahl der Fälle  |                   |                     |                |
|------------------------------------|-------------------|-------------------|---------------------|----------------|
|                                    | Pferde-<br>handel | Rinder-<br>handel | Schweine-<br>handel | insge-<br>samt |
| 1. Wandelung                       | 14                | 25                | 1                   | 40             |
| 2. Kaufpreiszahlung                | 9                 | 8                 | 1                   | 18             |
| 3. Zahlung von<br>Schadenersatz    | 1                 | 15                | 1                   | 17             |
| 4. Anfechtung des<br>Kaufvertrages | 3                 | 2                 | -                   | 5              |
| Summe                              | 27                | 50                | 3                   | 80             |

Teilt man die untersuchten Rechtsstreitigkeiten nach der Art des Klagebegehrens ein, so fällt auf, daß in annähernd der Hälfte aller Fälle der Käufer Wandelung des Kaufvertrages verlangte. An zweiter Stelle stehen Klagen des Verkäufers auf Zahlung des Kaufpreises. In 17 Fällen liegt eine Klage auf Zahlung von Schadenersatz, in 5 Fällen eine Anfechtung des Kaufvertrages vor. In den restlichen Fällen handelt es sich um Forderungen (Fälle Nr. 18, 42, 45 und 61), in Fall Nr. 4 stellte der Kläger Antrag auf Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung.

Als nächstes wurden die Rechtsstreitigkeiten nach der jeweils zugrundeliegenden Vertragsform untersucht. Hierbei ergab sich folgendes Bild:

Tabelle 7: Vertragsformen

| Vertragsform                                | Anzahl der Fälle |            |        |           |
|---------------------------------------------|------------------|------------|--------|-----------|
|                                             | Nutzpferde       | Reitpferde | Rinder | insgesamt |
| 1. ohne Gewähr                              | 1                | -          | -      | 1         |
| 2. gesetzliche Gewährleistung               | 3                | 3          | 14     | 20        |
| 3. "gesund und fehlerfrei"                  | 1                | 2          | 6      | 9         |
| 4. Zusicherung einer bestimmten Eigenschaft | 9                | 4          | 25     | 38        |
| 5. Kauf auf Probe                           | -                | 1          | 1      | 2         |
| 6. Suspensiv bedingter Kauf                 | -                | 2          | -      | 2         |

Wie sich aus Tabelle 7 ergibt, haben die Verkäufer in annähernd der Hälfte aller Fälle eine bestimmte Eigenschaft des Tieres zugesichert. Im Handel mit landwirtschaftlichen Nutzpferden sowie im Rinderhandel ist die Zusicherung einer Eigenschaft die mit Abstand am häufigsten gewählte Vertragsform. Bei den im Rahmen der vorliegenden Arbeit untersuchten Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Reit- und Freizeitpferden halten sich dagegen die Vertragsformen "gesetzliche Gewährleistung" und Zusicherung einer Eigenschaft annähernd die Waage. Am zweithäufigsten wurde von den Parteien die Vertragsform "gesetzliche Gewährleistung" gewählt, und zwar - unter Berücksichtigung der Fälle aus dem Schweinehandel - in 23 von insgesamt 85 untersuchten Fällen.

An dritter Stelle folgen die Verträge, in denen der Verkäufer Gewährleistung i. S. des § 459 BGB übernommen hat ("gesund und fehlerfrei", "fehlt nichts" u. a.). In jeweils einem Fall aus dem Rinder- und Reitpferdehandel lag ein Kauf auf Probe vor, im Reitpferdehandel wurde zudem noch zweimal die Vertragsform "suspensiv bedingter Kauf" gewählt. In lediglich einem Fall war der Verkauf "ohne Gewähr" erfolgt.

In 8 Fällen war die von den Parteien gewählte Vertragsform aus den vorliegenden Unterlagen nicht ersichtlich. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Gerichte, wenn ein etwaiger Anspruch des Klägers verjährt ist, die Frage der Vertragsform gar nicht mehr klären. In einem Fall (Nr. 16) lag ein Tauschvertrag mit Umtauschvereinbarung vor. In Fall Nr. 36 hatte der Verkäufer ausdrücklich die Haftung für Tuberkulose ausgeschlossen.

3.2.2. Kasuistik

3.2.2.1. Rechtsstreitigkeiten im Handel mit landwirtschaftlichen Nutzpferden

Fall Nr. 1

Kaltblutwallach, Fuchsschimmel, St.

Vertraglicher Haftungsausschluß:

"so, wie sie dastehen"

LG Köln, Urteil vom 6.8.1956 - 2 O 204/55

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Am 25.7.1955 kaufte der Kläger von dem Beklagten zwei Pferde - ein Nutz- und ein Schlachtpferd - für insgesamt DM 1.900,--. Wie eine tierärztliche Untersuchung am 6.8.1955 ergab, handelte es sich bei dem Nutzpferd um einen Kehlkopf-pfeifer. Mit Einschreiben vom 8.8.1955 verlangte der Kläger die Rückgängigmachung des Kaufes.

Der Beklagte behauptete, die Parteien hätten beim Kaufabschluß jegliche Haftung des Verkäufers ausdrücklich ausgeschlossen. "So, wie sie dastehen" habe er dem Kläger die beiden Pferde zu dem niedrigen Kaufpreis von DM 1.900,-- überlassen.

Der Kläger entgegnete, ein Ausschluß der Gewährleistungspflicht sei nicht vereinbart worden. Eine solche Vereinbarung wäre auch nichtig, da der Beklagte das Kehlkopfpfeifen arglistig verschwiegen habe. Er habe das Pferd als "ehrlich und reell" verkauft, obwohl er dessen Mangel gekannt habe.

Entscheidung des Gerichts:

Die Klage wurde als unbegründet zurückgewiesen.

Entscheidungsgründe:

Unstreitig hat sich bei dem verkauften Pferd innerhalb der 14tägigen Gewährfrist ein Mangel im Sinne der Verordnung betreffend die Hauptmängel und Gewährfristen beim Viehhandel vom 27.3.1899 gezeigt, den der Kläger auch rechtzeitig angezeigt hat. Die Mängelansprüche des Klägers sind jedoch vertraglich ausgeschlossen worden. Bei den Kaufverhandlungen hatte der Beklagte zunächst einen Preis von DM 2.200,-- für beide Pferde gefordert, der Kläger aber nur DM 1.900,-- geboten. Der Beklagte hatte schließlich erklärt, wenn er sie für DM 1.900,-- verkaufen solle, dann "so, wie sie dastehen". Hierauf hatte der Kläger erwidert, es sei gut, er werde die Pferde abholen lassen und das Geld schicken.

Der Verkauf der Pferde "so, wie sie dastehen" bedeutet Verkauf unter Ausschluß jeder Gewährleistung. Die Äußerung entspricht offensichtlich der beim Verkauf einer leblosen Sache gebräuchlichen Redewendung "so, wie sie steht und liegt". Da Pferde selten zu liegen pflegen, findet die Weglassung dieses Wortes ihre verständliche Erklärung. Der Sinn jener Redewendung ist anerkanntermaßen der Ausschluß jeder Gewährleistung, und zwar auch für verborgene Fehler (JW 33, 1387). Der Gewährleistungsausschluß wäre allerdings gem. § 476 BGB nichtig, wenn der Beklagte das Kehlkopfpfeifen arglistig verschwiegen hätte. Dafür hat sich jedoch kein Beweis ergeben. Der als Zeuge vernommene Tierarzt hat die Möglichkeit bejaht, daß der Beklagte den Mangel nicht gekannt hat. Somit konnte der Beklagte, ohne arglistig zu sein, bei den Kaufverhandlungen erklären, die Pferde seien ehrlich und reell. Im Übrigen ist diese Erklärung rechtlich unerheblich, da sie nicht Gegenstand vertraglicher Vereinbarung geworden, der Kaufvertrag vielmehr später unter Vereinbarung des Gewährleistungsausschlusses zustandegekommen ist.

## 2. Besprechung

Gemäß § 482 BGB hat der Verkäufer im Handel mit den in § 481 BGB aufgeführten Tierarten, wozu Pferde zählen, nur bestimmte Fehler (Hauptmängel) und diese nur dann zu vertreten, wenn sie sich innerhalb bestimmter Fristen (Gewährfristen) zeigen. Diese gesetzliche Gewährleistung kann durch einen Sondervertrag erweitert, aber auch ausgeschlossen werden (27). Letzteres ist im vorliegenden Fall geschehen: Der Verkauf der Pferde "so, wie sie dastehen" bedeutet Verkauf ohne Garantie. Hiermit gleichbedeutend sind die Ausdrücke "für nichts gut sein", "im gegenwärtigen Zustand", "schlecht für gerecht", "wie besehen". Der Käufer kann nur dann Ansprüche geltend machen, wenn der Verkäufer einen Mangel arglistig verschwiegen hat.

§ 476 BGB: Eine Vereinbarung, durch welche die Verpflichtung des Verkäufers zur Gewährleistung wegen Mängel der Sache erlassen oder beschränkt wird, ist nichtig, wenn der Verkäufer den Mangel arglistig verschweigt.

Da sich hierfür nach Auffassung des Gerichts im vorliegenden Fall keine Anhaltspunkte ergeben haben, war das Wandlungsbegehren des Käufers abzuweisen.

## 3. Diskussion

Fall Nr. 1 zeigt, welche Nachteile ein vertraglicher Gewährleistungsausschluß für den Käufer mit sich bringen kann. Zwar hat der Käufer hier einen günstigen Preis erzielt, doch kann er wegen des Mangels des Pferdes keine Ansprüche geltend machen. Dabei ist der Wallach mit einem Hauptmangel (Kehlkopfpeifen) behaftet, für den der Verkäufer kraft Gesetzes sowieso einzustehen hätte ... Da der Nachweis des arglistigen Verschweigens nur schwer zu erbringen ist, sollte sich der Käufer davor hüten, die an sich schon beschränkte Gewährleistung im Viehhandel durch vertragliche Vereinbarungen weiter einzuengen oder gar auszuschließen. Ein zu-

nächst günstig erscheinender Einkauf ist ihm teuer zu stehen gekommen.

Der vorliegende Fall zeigt übrigens auch, wie wichtig es ist, die Bedeutung der im Viehhandel gebräuchlichen Ausdrücke zu kennen ("wie es geht und steht"). Hierauf kann gerade in der heutigen Zeit nicht oft genug verwiesen werden, da sich immer mehr fachfremde Personen an Viehhandelsgeschäften beteiligen (Pferdekauf!).

## Fall Nr. 2

Brauner Kaltblutwallach, 10 J.

Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft:

Mangelhafte Zugfestigkeit

AG Aichach, Urteil vom 19.6.1952 - C 117/52

### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer    Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Der Kläger hatte das streitgegenständliche Pferd am 24.4.1952 von dem Beklagten zum Preis von DM 805,-- erworben und bereits am darauffolgenden Tag unter Zusicherung von Zugfestigkeit, Stall- und Schmiedfrömmigkeit zum Preis von DM 905,-- an den Zeugen W. weiterverkauft. Als er es von diesem wenige Tage später wegen mangelhafter Zugfestigkeit zurücknehmen mußte, verlangte der Kläger seinerseits von dem Beklagten die Wandelung des am 24.4.1952 geschlossenen Kaufvertrages sowie den Ersatz von täglich DM 2,50 Futterkosten, DM 60,-- Transportspesen und DM 100,-- Verdienstausschlag.

Wie der Kläger vorbrachte, habe ihm der Beklagte ausdrücklich für Gesundheit und Fehlerfreiheit, Sattel- und Zugfestigkeit des Wallachs garantiert. Schon kurz nach dem Kauf

habe sich jedoch herausgestellt, daß dieser nicht einmal einen leeren Wagen ziehe.

Der Beklagte erklärte demgegenüber, das Pferd erst 4 Tage vor dem Verkauf an den Kläger von der Landwirtswitwe B. als gesund und einwandfrei gekauft und zu den gleichen Bedingungen an den Kläger verkauft zu haben. Für Zugfestigkeit habe er nicht garantiert. Im Übrigen werde bestritten, daß der Wallach nicht zugfest sei.

#### Entscheidung des Gerichts:

Der Klage ist stattzugeben. Da das verkaufte Pferd die zugesicherte Eigenschaft der Zugfestigkeit nicht besitzt, ist der Kläger berechtigt, Wandelung zu verlangen (§§ 492, 487 BGB).

#### Entscheidungsgründe:

Der Kläger hatte bei den Kaufverhandlungen eine ausdrückliche Garantie für die Zugfestigkeit des Pferdes verlangt. Der Beklagte hatte daraufhin erklärt, er garantiere für den "Notzug", der Kläger könne das Pferd seinem Nachbarn verkaufen. Unter "Notzug" wird in ländlichen Kreisen die Garantie der äußersten Zugfestigkeit verstanden. Ein Pferd, bei welchem für "Notzug" garantiert ist, muß nach der üblichen Verkehrsauffassung auch dann noch ziehen, wenn alle anderen Pferde schon versagen.

Die Zeugen W. und N., die beide ständig mit Pferden umgehen, bekundeten, daß das streitgegenständliche Pferd in keiner Weise als zugfest zu bezeichnen sei. Es gehe wohl zeitweise unter Zug, jedoch nie unter schwerem Zug. Es gehe auch unter leichtem Zug nicht immer, sondern bleibe immer wieder stehen und lasse sich nicht zum Weitergehen bewegen. Der Beklagte konnte sich demgegenüber nur darauf berufen, das Pferd als zugfest gekauft zu haben. Er selbst habe es nicht ausprobiert.

Es kann dahingestellt bleiben, ob der Beklagte vorsätzlich in Kenntnis des Fehlens der zugesicherten Eigenschaft diese dem Kläger zugesichert oder ob er fahrlässig, ohne sich von der Zugfestigkeit des Tieres überzeugt zu haben, die Zusage gegeben hat. Da er zumindest fahrlässig seine vertraglichen Pflichten gegenüber dem Kläger verletzt hat, hat er diesem den entgangenen Gewinn aus dem Weiterverkauf des Pferdes in Höhe von DM 100,-- sowie DM 60,-- Transportspesen zu ersetzen.

2. Die Besprechung und Diskussion von Fall Nr. 2 erfolgt gemeinsam mit Fall Nr. 3.

### Fall Nr. 3

Fuchswallach, Kaltblut, 6 - 7 J.

Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft:

Mangelhafte Zugfestigkeit beim Holzrücken im Wald

LG Memmingen, Urteil vom 4.5.1959 - 1 S 20/59

AG Mindelheim, Urteil vom 6.3.1959 - C 116/58

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer

Klage auf Wandelung

Der Kläger erwarb das streitgegenständliche Pferd am 2.9.1958 von dem Beklagten, einem Pferdehändler, zum Preis von DM 1.200,--. Die Übergabe erfolgte am nächsten Tag.

In dem als "Garantieschein" bezeichneten schriftlichen Kaufvertrag übernahm der Beklagte u. a. die Garantie für "gut im schweren Zug". Mit Einschreiben vom 14.9.1958 forderte der Kläger den Beklagten auf, das Pferd zurückzunehmen, da es der zugesicherten Eigenschaft nicht entspreche. Als der Be-

klagte dies ablehnte, kam es zum Rechtsstreit.

Der Kläger führte an, daß der Wallach nicht zum Herausrücken von Holz aus dem Walde taue, wofür er ihn ausdrücklich gekauft habe. Das Pferd habe bei zwei Versuchen im Wald am 6.9. und 13.9.1958 nicht einmal einen Stamm Holz 2. Klasse mit etwa  $1/20 \text{ m}^3$  gezogen. Da es keinen Nutzen bringe, müsse der Beklagte bis zur Zurücknahme täglich DM 4,-- Futtergeld zahlen.

Der Beklagte behauptete demgegenüber, das streitgegenständliche Pferd habe zur Zeit der Übergabe der Eigenschaft "gut im schweren Zug" voll und ganz entsprochen. Sowohl bei ihm als auch beim Vorbesitzer habe es willig schwerste Zugarbeit verrichtet. Sollte der Wallach beim Kläger tatsächlich versagt haben, so nur, weil dieser ihn verdorben habe. Er habe ihn sofort nach der Übergabe zu einer ungewohnt schweren Arbeit, dem Herausstrecken von Holz, verwendet und sei dabei sehr grob mit ihm umgegangen. Wie der Beklagte weiterhin angab, habe er den Kläger beim Kaufabschluß darauf hingewiesen, daß das Pferd noch nie zum Holzrücken verwendet worden sei und dazu erst angelernt werden müsse.

#### Entscheidung des Gerichts:

Der Wandelungsanspruch des Klägers wurde gem. §§ 492 und 487 BGB als berechtigt anerkannt.

#### Entscheidungsgründe:

Nach einem Gutachten des Landwirtschaftsamtes in B. beinhaltet die Zusicherung "gut im schweren Zug" auch die Fähigkeit und Willigkeit eines Pferdes zum Holzrücken im Walde. Es bedeutet keine Überforderung der Leistungsfähigkeit eines mit dieser Zusicherung verkauften Pferdes, wenn es ohne Eingewöhnung zur Waldarbeit herangezogen wird.

Nach den Aussagen mehrerer Zeugen versagte das Pferd wiederholt bei der Arbeit im Wald, obwohl es vom Kläger sachgemäß behandelt wurde. Es zog nicht einmal ein frei liegendes Stück Langholz von ca.  $1/20 \text{ m}^3$  und einem Gewicht von höch-

stens 10 - 15 Ztr.. Der Sachverständige, Landwirtschaftsrat F., kam in seinem Gutachten zu dem Schluß, bei dem Pferd handle es sich um einen "typischen Zugverweigerer". -

Der Beklagte legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Die Ansicht des Erstrichters, ein Pferd mit der Garantie "gut im schweren Zug" müsse dieser Zusicherung ohne weiteres bei Feld- und Waldarbeit gerecht werden, treffe nicht zu. Eine Garantie für schweren Zug bei Waldarbeit hätte der Aufnahme einer entsprechenden Klausel in den Kaufvertrag bedurft. Im Übrigen könne der Kläger kein Futtergeld verlangen, da er den Wallach ständig in seinem Betrieb eingesetzt habe.

Entscheidung des Berufungsgerichts:

Die Berufung wurde als unbegründet zurückgewiesen.

Entscheidungsgründe:

Der Beklagte muß sich bei der ohne Einschränkung gegebenen allgemeinen Garantie für "gut im schweren Zug" festhalten lassen, um so mehr, als er diese in Kenntnis des künftigen Verwendungszwecks des Pferdes gegeben hat. Hätte er für die Tauglichkeit des Pferdes zum Holzrücken nicht garantieren wollen, so wäre es seine Sache gewesen, einen entsprechenden schriftlichen Vorbehalt in den Kaufvertrag aufzunehmen, zumal etwaige mündliche Nebenabreden nach dem Wortlaut des "Garantiescheins" rechtsunwirksam sind. Der Futtergeldanspruch des Klägers ist dagegen zurückzuweisen, da dieser das Pferd in seinem landwirtschaftlichen Betrieb eingesetzt und entsprechende Nutzungen aus ihm gezogen hatte.

2. Gemeinsame Besprechung der Fälle Nr. 2 und Nr. 3

Beide Rechtsstreitigkeiten haben die mangelhafte Zugfestigkeit eines landwirtschaftlichen Nutzpferdes zum Gegenstand. Da die Zugstätigkeit auch in den nachstehenden Fällen eine

entscheidende Rolle spielt, erscheint es angebracht, auf diesen Begriff näher einzugehen.

Nach Fröhner (27) bezeichnet man als Stätigkeit "die gewohnheitsmäßige Unfolgsamkeit und Widersätzlichkeit beim ordnungsgemäßen, angemessenen Gebrauch (Reit-, Wagen-, Zugdienst), welche die Diensttauglichkeit der Pferde erheblich herabsetzt". Der Begriff "zugfest" bedeutet nach Fröhner willig zum Zug, nicht aber "fähig" zum Ziehen. Die Garantie "gut im Zug" sowie für "schweren Zug" beinhaltet dagegen, daß ein Pferd auch vermöge seiner Körperbeschaffenheit tauglich zum Zug bzw. zum schweren Zug ist.

Dexler (17) versteht unter Stätigkeit "eine erhebliche, habituelle, anfallsweise auftretende Unlenksamkeit eines gesunden Dienstpferdes im gewöhnlichen Gebrauche bei der Unmöglichkeit des Nachweises äußerer Anlässe."

Dehner (13) trifft keine Unterscheidung zwischen Zugwilligkeit und Zugfähigkeit. Er wendet sich gegen die Auffassung, wonach nur ein organisch gesundes Pferd stätig sein könne. Er begreift die Stätigkeit als Sammelbegriff, als forensischen Begriff eben, wobei die Arbeitsuntauglichkeit des Pferdes im Vordergrund steht. Hiernach ist Stätigkeit "jede Verhaltensweise, die geeignet ist, die ordnungsgemäße, gewöhnliche oder nach dem Kaufvertrag vorausgesetzte Arbeitsverwendbarkeit eines Pferdes zu stören oder aufzuheben... Sie kann auf Unerfahrenheit beruhen, angeboren, erworben oder durch organische, funktionelle oder psychische Erkrankungen oder Störungen verursacht sein." Dehner weist darauf hin, daß "fest" im deutschen Sprachgebrauch nicht gleichbedeutend mit "willig", sondern mit "sicher" sei. Der Käufer eines "zugfesten" Pferdes wolle ein arbeitsfähiges, zugfähiges oder zugsicheres Pferd haben. Aus welchen Gründen ein Pferd die gewünschten Eigenschaften nicht besitze, sei für den Käufer dabei ohne Interesse.

In den vorliegenden Fällen wurde jeweils dem mit mangelhafter Zugfestigkeit des erworbenen Pferdes begründeten Wandlungsbegehren des Käufers stattgegeben.

### 3. Gemeinsame Diskussion der Fälle Nr. 2 und Nr. 3

Die Rechtslage im Fall Nr. 2 ist eindeutig. Die mangelhafte Zugfestigkeit des Wallachs muß als erwiesen gelten. Da der Verkäufer die Garantie für äußerste Zugfestigkeit übernommen hatte, hat er hierfür auch einzustehen und das Pferd zurückzunehmen. Der vorliegende Fall zeigt, wie wichtig es ist, die im ländlichen Viehhandel gebräuchlichen Ausdrücke ("Notzug") zu kennen. Mit seinem Einwand, er habe die Zugtauglichkeit des Pferdes selbst nicht überprüft, konnte der Verkäufer nicht gehört werden. Wer eine Eigenschaft eines Tieres in verbindlicher Weise zusichert, ohne sich von ihrem Vorliegen überzeugt zu haben, handelt zumindest fahrlässig, wenn nicht gar unlauter. Der Verkäufer wurde daher zurecht verurteilt, dem Käufer den entgangenen Gewinn aus dem Weiterverkauf des Pferdes zu ersetzen.

Im Fall Nr. 3 bemängelte der Käufer, daß das Pferd nicht zum Herausrücken von Holz aus dem Wald tauglich sei. Seinem Wandlungsbegehren wurde in beiden Instanzen stattgegeben. Die Gerichte folgten dabei der Auffassung eines Gutachtens, wonach die Zusicherung "gut im schweren Zug" die Fähigkeit und Tauglichkeit eines Pferdes zur Waldarbeit mit einschließe. Dem kann meines Erachtens nicht zugestimmt werden, handelt es sich doch beim Holzrücken nicht nur um eine anerkanntermaßen schwere, sondern auch um eine ganz spezielle Form der Zugleistung, die gewöhnlich ein sachgemäßes Anlernen des Pferdes über einen Zeitraum von 4 - 8 Wochen voraussetzt. Selbst ein Pferd, das bei gewöhnlicher Feldarbeit willig schwersten Zugdienst verrichtet, kann nicht ohne Eingewöhnung sofort zur Waldarbeit herangezogen werden. Dem Kläger, der über eine langjährige Erfahrung beim Holzrücken verfügt, mußte dies bekannt sein. Der Verkäufer hatte bei den Kaufverhandlungen ausdrücklich erklärt, daß der Wallach bisher noch nicht zur Waldarbeit verwendet worden war. Wenn der Kläger das Pferd trotzdem erworben hat, so kann er nicht im Nachhinein wegen dessen Untauglichkeit zum Holzrücken Wande-

lung verlangen. Der Kläger hätte sich entweder ein in der Waldarbeit erfahrenes Pferd oder aber rechtzeitig - nicht erst im Herbst - ein junges Pferd kaufen sollen, das er bis zum Winter hätte entsprechend seinen Anforderungen abrichten können.

Fall Nr. 4

Braune Kaltblutstute, Oldenburger, 3 J.

Beinhaltet der Begriff "reell" die Zusicherung der Zugfestigkeit?

Mangelhafte Zugfestigkeit einer jungen Kaltblutstute

LG Mannheim, Urteil vom 30.10.1952 - 6 S 49/52

AG Schwetzingen, Urteil vom 22.4.1952 - 2 C 293/51

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Schuldner      Beklagter/Gläubiger  
Klage wegen Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung

Der Beklagte betrieb gegen den Kläger aus einem früheren Urteil des AG Schwetzingen die Zwangsvollstreckung über einen Betrag von DM 1.850,--. Am 30.4.1951 trafen die Parteien eine schriftliche Vereinbarung, wonach der Kläger an den Beklagten bis zum 15.6.1951 ein 2- bis 5jähriges, reelles Pferd liefern sollte. Damit sollten alle Ansprüche zwischen den Parteien abgegolten sein.

Der Kläger lieferte dem Beklagten am 15.6.1951 gegen 23.30 Uhr (!) eine 3jährige, braune Kaltblutstute, Oldenburger Typ. Da er nicht zusichern konnte, daß das Pferd zugfest war, wies es der Beklagte als nicht vertragsgemäß beschaffen zurück und setzte die Zwangsvollstreckung fort. Der Kläger hält dies für unzulässig. Er ist der Ansicht, rechtzeitig

ein Pferd mit den zugesicherten Eigenschaften angeboten zu haben, da die Zugfestigkeit im Begriff des Reellen nicht eingeschlossen sei.

Entscheidung des Gerichts:

Die Klage ist unbegründet.

Entscheidungsgründe:

Der in Nordbaden wohnhafte Kläger hat unter dem Begriff "reell" verstanden, daß ein mit dieser Eigenschaft zugesagtes Pferd nicht zugfest zu sein braucht. Er hat hierzu zwei entsprechende Gutachten vorgelegt, eines von einem badischen Tierarzt, eines vom Landesverband württembergisch-badischer Viehkaufleute.

Der Beklagte aus der Pfalz hat unter einem reellen Pferd ein zugfestes Pferd verstanden. Die Berechtigung auch seiner Auffassung ist durch zwei Gutachten erhärtet, eines von einem pfälzischen Tierarzt, eines vom Viehhandelsverband Pfalz.

Jeder der Vertragsschließenden wollte mit dem Wort "reell" seinem Willen Ausdruck geben. Wille und Erklärung des einzelnen Vertragsschließenden decken sich also und sind irrtumsfrei. Aber die Willenserklärungen stimmen inhaltlich nicht überein. Es mangelt am Parteikonsens. Da dieser Mangel hinsichtlich eines wichtigen Punktes besteht, fehlt es an der zum Zustandekommen eines Vertrags nötigen Einigung. Ein Vertrag ist demnach am 30.4.1951 nicht zustandegekommen (vgl. RGR-Komm. 9. Aufl. § 155 Anm. 3), weshalb der Kläger weiterhin zur Zahlung von DM 1.850,-- verpflichtet ist. -

Auf die Berufung des Klägers hat das LG Mannheim das erstinstanzielle Urteil aufgehoben und dies wie folgt begründet:

Zu Unrecht nimmt das Amtsgericht an, daß die Vereinbarung vom 30.4.1951 infolge versteckten Dissenses keine rechtlichen Wirkungen zeitige. Zwar weichen die Auffassungen der Parteien über den Begriff "reell" voneinander ab. Es ist jedoch feststehender Grundsatz der Rechtsprechung, daß die in-

haltlich Übereinstimmende Erklärung beider Vertragsparteien so zu verstehen ist, wie sie von der Allgemeinheit nach Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte aufgefaßt wird. In diesem Zusammenhang kommt, wie das Obergutachten des Dt. Viehhandelsbundes e. V. mit Recht ausführt, der Angabe "2- bis 5jährig" in der Vereinbarung vom 30.4.1951 besondere Bedeutung zu. Der Zeitpunkt des Einspannens von Pferden ist nach Rassezugehörigkeit und Konstitution des einzelnen Tieres durchaus verschieden. 2jährige Pferde sind im allgemeinen überhaupt noch nicht eingefahren; wenn es aber trotzdem schon geschehen sein sollte, wird man eine Zugfestigkeit weder erwarten noch garantieren können. Bei 3jährigen Pferden kann man eine Zugfestigkeit nur dann als Garantie erwarten, wenn sie schon tatsächlich im Zug gegangen sind. Der Begriff "reell" bedeutet bei Pferden im Alter von 2 - 3 Jahren soviel wie gesund und unverdorben. Bei der weitläufigen Altersangabe "2- bis 5jährig" ist demnach im vorliegenden Fall die Zugfestigkeit nicht als Vertragsbedingung anzusehen, die durch das Wort "reell" gedeckt wird. Die Vereinbarung vom 30.4.1951 ist danach wirksam zustande gekommen.

Die dem Beklagten angebotene Stute befand sich nach dem tierärztlichen Attest des Dr. D. in ausgezeichnetem Futter- und Kräftezustand. Sie war gesund und hatte ein sehr gutes Aussehen. Auch war sie leicht eingefahren, so daß die Forderung der Zugwilligkeit auf alle Fälle gegeben war. Dadurch, daß er das zur Erfüllung geeignete und ihm noch rechtzeitig angebotene Pferd nicht angenommen hat, kam der Beklagte in Annahmeverzug. Die Zwangsvollstreckung war daher für unzulässig zu erklären.

2. Die Besprechung und Diskussion von Fall Nr. 4 erfolgt gemeinsam mit Fall Nr. 5.

Fall Nr. 5

Fuchsstute, Kaltblut, 3 J. 10 Mon.

Zusicherung einer bestimmten Eigenschaft:

"an der Hand eingespannt"

LG Memmingen, Urteil vom 18.4.1955 - I S 16/55

AG Memmingen, Urteil vom 16.12.1954 - C 282/54

1. Beschreibung

|                                  |                     |
|----------------------------------|---------------------|
| <u>Tatbestand:</u> Kläger/Käufer | Beklagter/Verkäufer |
| Klage auf Wandelung              |                     |

Der Kläger begehrt Wandelung des am 27.2.1954 zwischen den Parteien geschlossenen Kaufvertrages. Er macht geltend, daß die ihm vom Beklagten zum Preis von DM 800,-- verkaufte 4jährige Kaltblutstute sich nicht einspannen lasse und zu keiner Arbeit zu gebrauchen sei. Der Beklagte habe diesen Mangel zu vertreten, da er bei den Kaufverhandlungen zugesichert habe, daß die Stute im Herbst 1953 an der Hand eingespannt gewesen sei.

Der Wandelungsklage wurde in beiden Instanzen stattgegeben.

Entscheidungsgründe:

Bei der Beurteilung der Frage, was nach den Umständen des Falles von dem Beklagten versprochen wurde, ist nicht nur von den Aussagen der Parteien und Zeugen, sondern auch von den allgemeinen Gepflogenheiten beim Pferdekauf auszugehen. Es kommt also insbesondere darauf an, was es bedeutet, wenn bei den Kaufverhandlungen von dem "Eingespanntsein" die Rede war. Nach der Überzeugung des Gerichts handelte es sich für beide Teile klar erkennbar um die Frage, ob der Verkäufer (Beklagter) zusichern kann, daß das Pferd auch als Zugpferd zu gebrauchen ist. Nachdem der Beklagte erklärte, er habe es

eingespannt gehabt, konnte sich der Kläger nach Treu und Glauben darauf verlassen, daß das Pferd auch zum Einspannen geeignet war.

Nach Auffassung des Sachverständigen, Veterinärerrat Dr. M., bedeutet besagte Erklärung des Beklagten, daß die Stute im Herbst 1953 mindestens 3 - 4 Wochen regelmäßig zur Arbeit angelernt worden ist. Der Kläger durfte daher erwarten, daß sich die angelernte Eigenschaft im darauffolgenden Frühjahr sofort zeigen würde. Es handelte sich dabei um die Zusicherung einer Eigenschaft i. S. des § 492 Abs. 2 BGB, weil nicht eine bloße einseitige Zusage oder Anpreisung, sondern eine vom Käufer als vertragsmäßig verlangte und vom Verkäufer in vertragsmäßig bindender Weise abgegebene Erklärung vorlag. Hierfür spricht auch der Kaufpreis der Stute, der dem für ein vollwertiges, brauchbares Zugpferd entsprach. Erwiesenermaßen war die Stute als Zugpferd nicht zu gebrauchen. Sie ließ sich trotz vorsichtigster Behandlung nur schwer anschirren und ging wiederholt mit dem Fahrzeug durch, selbst, wenn ein besonders ruhiges Kaltblutpferd mitangespannt war. Da sie sich bereits beim ersten Einspannversuch nach der Übergabe derart widerspenstig verhalten hatte, und die tierärztliche Untersuchung keine Anzeichen einer rohen Behandlung ergab, ist ein nachträgliches Verderben der Stute auszuschließen.

## 2. Gemeinsame Besprechung der Fälle Nr. 4 und Nr. 5

Die Fälle Nr. 4 und Nr. 5 betreffen die Frage der Zugfestigkeit beim Handel mit jungen Kaltblutpferden. Im Mittelpunkt von Fall Nr. 4 steht die unterschiedliche Auffassung der Parteien von dem Begriff "reell". Im Fall Nr. 5 geht es darum, welche Bedeutung dem Begriff des "Eingespanntseins" beim Verkauf einer jungen Kaltblutstute zukommt.

### 3. Gemeinsame Diskussion der Fälle Nr. 4 und Nr. 5

Im Fall Nr. 4 galt es zu klären, ob der Begriff "reell" die Zusicherung der Zugfestigkeit beinhaltet. Die Parteien haben hierzu unterschiedliche Auffassungen vertreten, die jeweils durch ein Gutachten des regionalen Viehhandelsverbandes (Württemberg-Baden bzw. Pfalz) belegt sind. Das AG Schwetzingen hat sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß der Rhein die Grenze verschiedener Rechtsauffassungen bilde, und die zwischen den Parteien getroffene Vereinbarung über die Lieferung eines "2- bis 5jährigen, reellen Pferdes" infolge versteckten Dissenses für ungültig erklärt. Hier wurde offensichtlich der Grundsatz außer acht gelassen, daß Verträge so auszulegen sind, wie es Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte erfordern (§ 157 BGB). Der allgemein gehaltene Begriff "reell" bedeutet allenfalls, daß das betreffende Tier nicht mit Mängeln behaftet ist, die seinen Wert oder seine Tauglichkeit zu dem gewöhnlichen oder dem nach dem Vertrag vorausgesetzten Gebrauch aufheben oder mindern. Die Verwendbarkeit eines Zugpferdes hängt aber entscheidend von seinem Alter ab. Von einem 2- bis 3jährigen Pferd kann man nach der allgemeinen Verkehrsauffassung nicht erwarten, daß es "zugfest" ist. Der Deutsche Viehhandelsverband hat denn auch in seinem Obergutachten darauf hingewiesen, daß bei einem Pferd im Alter von 2 - 3 Jahren der Begriff "reell" soviel wie "gesund und unverdorben" bedeute. Letzterem hat die dem Beklagten angebotene Oldenburger Stute eindeutig entsprochen, so daß das LG Mannheim meiner Meinung nach zurecht das erstinstanzielle Urteil aufgehoben hat. Der Fall Nr. 4 zeigt anschaulich, welche große Schwierigkeiten im Viehhandel aus derart nichtssagenden Vereinbarungen (weitläufige Altersangabe "2- bis 5jährig", verwässerter Begriff "reell") erwachsen können.

Auch im Fall Nr. 5 geht es um die Zusicherung der Zugfestigkeit beim Verkauf einer jungen Kaltblutstute. Allerdings hatte der Käufer hier ausdrücklich nach dem "Eingepannt-

sein" der Stute gefragt. Er hatte seinen Kaufentschluß für den Verkäufer klar erkennbar von der Beantwortung dieser Frage abhängig gemacht. In der Antwort des Verkäufers, die Stute sei "an der Hand eingespannt" gewesen, ist daher die verbindliche Zusicherung einer Eigenschaft zu erblicken. Der Käufer durfte nach Treu und Glauben erwarten, daß die Stute eine gewisse, ihrem Alter entsprechende Zugfestigkeit aufweisen würde. Für ein rohes, gänzlich unausgebildetes Pferd hätte er sicher keine DM 800,-- bezahlt. Entgegen dieser Zusicherung erwies sich die Stute als rohes, ungelerntes Pferd, so daß der Käufer zurecht die Wandelung verlangt hat. An dieser Stelle sei nochmals auf die Ausführungen Dehners (13) zum Begriff der "Zugfestigkeit" hingewiesen: "Ein ungelerntes, junges Pferd ist für den Käufer stätig, d. h. nicht verwendungsfähig. Wenn der Verkäufer ein derartiges Pferd mit der Zusicherung 'zugfest' verkauft, so muß er sich über die Rechtsfolgen klar sein. Dem Käufer kann nicht zugemutet werden, daß er aus einem rohen, uneingefahrenen Pferd ein brauchbares Pferd macht."

#### Fall Nr. 6

Warmblutstute

Unberechtigte Mängelrüge:

Fehlen der zugesicherten Eigenschaft ("fromm und zugfest")  
nicht nachgewiesen

AG Bamberg, Urteil vom 3.4.1957 - 3 C 528/56

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Verkäufer      Beklagter/Käufer  
Klage auf Kaufpreiszahlung

Am 9.3.1956 erwarb der Beklagte vom Kläger zwei Warmblutstuten, wovon eine hochträchtig war, und ein Fohlen zum Preise

von DM 1.900,--. DM 1.000,-- zahlte er in bar, über die restlichen DM 900,-- stellte er einen Scheck aus. Der Kläger gab für die Stuten die Zusicherung "fromm und zugfest" mit einer Gewährfrist von zwei Wochen. Am Morgen des auf die Übergabe folgenden Tages verunglückte der Sohn des Beklagten mit der trächtigen Stute, worauf diese notgeschlachtet werden mußte. Der Beklagte ließ daraufhin den Scheck über den restlichen Kaufpreis sperren.

Der Kläger behauptet, die verunglückte Stute sei fromm und zugfest gewesen. Sie habe bei ihm nie gegenteilige Eigenschaften gezeigt. Der Beklagte habe den Unfall selbst zu vertreten, da er die Stute unsachgemäß transportiert und ohne hinreichende Gewöhnung mit einem Wallach zusammengespannt habe. Daher sei er auch zur Zahlung des Restkaufpreises verpflichtet.

Der Beklagte macht geltend, daß das verunglückte Pferd ein Zügelfänger gewesen sei und deshalb der zugesicherten Eigenschaft "fromm und zugfest" nicht entsprochen habe. Dieser Mangel sei innerhalb der Gewährfrist aufgetreten und rechtzeitig gleich nach dem Unfall angezeigt worden.

#### Entscheidung des Gerichts:

Der Klage ist stattzugeben. Aufgrund des Kaufvertrages ist der Beklagte verpflichtet, den restlichen Kaufpreis zu zahlen.

#### Entscheidungsgründe:

Der Beklagte kann keine Gewährleistungsansprüche wegen Fehlers einer zugesicherten Eigenschaft geltend machen. Nach einem Gutachten des Bayer. Viehhandelsverbandes e. V. vom 17.5.1956 umfaßt die Zusicherung der Frömmigkeit zwar auch die Nicht-Zügelgängigkeit. Ein Gutachten der Medizinischen Tierklinik der Universität München vom 11.2.1957 kommt jedoch nach eingehender Auswertung der Zeugenaussagen zu dem Schluß, daß nicht als erwiesen angesehen werden kann, daß es

sich bei dem verunglückten Pferd um einen gewohnheitsmäßigen Leinefänger gehandelt hat. Vielmehr ist der Unfall mit großer Wahrscheinlichkeit auf eine einmalige Kurzschlußreaktion des Tieres zurückzuführen, als der Sohn des Beklagten die nach dem Transport nur kurz ausgeruhte, hochtragende Warmblutstute mit einem fremden Wallach ohne Gewöhnung zusammenge-spannt hatte.

## 2. Besprechung

Im vorliegenden Fall war zunächst zu klären, ob die Untugend des Leinefangens unter die vom Verkäufer gegebene Zusicherung ("fromm und zugfest") fällt. Diese Frage ist zweifellos zu bejahen, handelt es sich doch beim Leinefangen um eine besondere Form der Stätigkeit, die die Gebrauchstauglichkeit des betreffenden Pferdes i. d. R. erheblich herabsetzt. Ein Pferd, mit dem nur besonders vertraute und aufmerksame Kutscher, nicht aber Personen mit gewöhnlicher Aufmerksamkeit und Fertigkeit im Fahren umgehen können, darf im Handel nicht als "fromm und zugfest" bezeichnet werden.

Abgesehen hiervon, kann es im vorliegenden Fall nicht als erwiesen gelten, daß es sich bei der verkauften Stute um einen Zügelfänger gehandelt hat. Weder ist das für jede Form der Stätigkeit entscheidende Kriterium der gewohnheitsmäßigen Unfolgsamkeit gegeben - die Stute verunglückte ja bereits beim ersten Einspannen nach der Übergabe - noch ereignete sich der Unfall bei ordnungsgemäßem, angemessenem Gebrauch. Das AG Bamberg hat denn auch der Klage auf Kaufpreiszahlung stattgegeben.

## 3. Diskussion

In diesem Fall verweigerte der Käufer die Zahlung des Kaufpreises, da es sich bei der erworbenen Stute um einen Leinefänger gehandelt habe. Der Käufer hatte sich bei Abschluß des Vertrages ausdrücklich die Eigenschaften "fromm und zug-

fest" zusichern lassen und hierfür eine Gewährfrist von 2 Wochen vereinbart. Die Vereinbarung einer Gewährfrist bringt für den Käufer große Vorteile mit sich. Zeigt sich innerhalb der vereinbarten Gewährfrist ein Fehler, der unter die vertragliche Haftungserweiterung fällt, so besteht für den Richter die Vermutung, daß dieser Fehler schon zur Zeit der Übergabe vorhanden war (§ 484 BGB). Der Verkäufer kann zwar versuchen, den Gegenbeweis zu führen, doch wird ihm dies nur in den wenigsten Fällen gelingen. "Sich Zeigen" bedeutet dabei, daß der Mangel mit seinen wesentlichsten Merkmalen in die äußere Erscheinung tritt und durch eine tierärztliche Untersuchung oder anderweitig innerhalb der Gewährfrist einwandfrei festgestellt wird (27). Dies war im vorliegenden Fall zweifellos nicht gegeben, so daß der Käufer zur Zahlung des Kaufpreises zu verurteilen war. Was das "sich Zeigen" eines Mangels anbelangt, so sind meines Erachtens zurecht strenge Maßstäbe anzulegen; andernfalls könnte der Käufer wegen eines jeden unerheblichen oder nicht eindeutig nachgewiesenen Fehlers Ansprüche geltend machen. Im vorliegenden Fall versuchte der Käufer offensichtlich, sich für den durch eigenen Leichtsinns verschuldeten Unfall beim Verkäufer schadlos zu halten.

Fall Nr. 7

Brauner Kaltblutwallach

Rechtlich verbindliche Zusicherung oder unverbindliche Nebenbedingung?

"fehlerfrei und brav"

LG Kempten, Urteil vom 16.1.1957 - S 75/56

AG Kaufbeuren, Urteil vom 6.3.1956 - C 242/55

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Die Parteien sind Pferdehändler. Der Kläger begehrt Wandelung des am 6.5.1955 abgeschlossenen Kaufvertrages. Der streitgegenständliche Wallach sei autoscheu und bösartig, obwohl der Beklagte ausdrücklich die Eigenschaften "fehlerfrei" und "brav" zugesichert habe.

Entscheidung des Gerichts:  
Die Klage ist abzuweisen.

Entscheidungsgründe:  
Bei den Kaufverhandlungen hatte der Kläger gefragt: "Ist das Pferd brav?", worauf der Beklagte mit "ja" geantwortet hatte. Der Kläger hatte weiter gefragt, ob dem Pferd etwas fehle, worauf der Beklagte erwidert hatte: "Ich habe das Pferd jetzt schon 4 Wochen und nichts gemerkt, daß ihm etwas fehlt". In diesen Äußerungen ist weder die Übernahme der Gewährleistung für einen Nichthauptmangel noch die Zusicherung einer Eigenschaft zu erblicken. Nicht jede bei Gelegenheit von Kaufverhandlungen über den Kaufgegenstand abgegebene Erklärung kann ohne weiteres als Zusicherung nach § 459 BGB betrachtet werden. Um eine solche annehmen zu können, ist es

vielmehr erforderlich, daß die Erklärung vom Käufer als vertragsmäßig verlangt und vom Verkäufer in vertragsmäßig bindender Weise abgegeben wird. Im vorliegenden Fall hat der Kläger durch die Stellung der schlichten Frage, ob das Pferd brav sei, nicht zum Ausdruck gebracht, daß er Wert auf die Eigenschaft brav legt und vom Verkäufer verlangt, daß dieser in vertragsmäßig bindender Weise die Gewähr für das Vorhandensein dieser Eigenschaft übernimmt. Der Kläger hat durch seine Frage lediglich seine Neugierde über den Kaufgegenstand zum Ausdruck gebracht. Durch die Beantwortung der Frage mit "ja" hat der Beklagte lediglich die Neugierde des Klägers befriedigen wollen. -

Der Kläger legte gegen dieses Urteil Berufung ein.

#### Endurteil:

Die Berufung wird anerkannt. Der Beklagte hat die Wandelung zu vollziehen.

#### Entscheidungsgründe:

Im Unterschied zur Auffassung der Erstinstanz ist in der Beantwortung der Fragen des Klägers durch den Beklagten eine verbindliche Zusicherung i. S. des § 459 BGB zu sehen. Erst nachdem der Beklagte die Fragen des Klägers zu dessen Zufriedenheit beantwortet hatte, erfolgte die Einigung über den Kaufpreis. Der Kläger brachte in seinen Fragen nicht etwa nur seine Neugierde über den Kaufgegenstand zum Ausdruck, vielmehr machte er seinen Kaufentschluß von der Beantwortung der Fragen abhängig.

Das verkaufte Pferd hat den zugesicherten Eigenschaften "fehlerfrei und brav" im Zeitpunkt der Übergabe nicht entsprochen. Ein Pferd, das als fehlerfrei verkauft wird, muß autofromm sein. Bereits am Tage der Übergabe zeigte sich der Wallach ausgesprochen autoscheu. Bei Begegnungen mit Autos wurde er regelmäßig unruhig und versuchte, nach rechts oder rückwärts auszubrechen. Das Pferd ist auch nicht stallfromm.

Nach den glaubwürdigen Aussagen mehrerer Zeugen ist es als gefährlicher Schläger und Beißer zu bezeichnen. Diese Untugend zeigte sich bereits am Abend des Übergabetages, als der Wallach mit beiden Füßen gleichzeitig nach dem Pferdeknecht des Beklagten schlug. Auch in der Folgezeit ließ das Pferd niemanden in seinen Stand treten und schnappte nach allen vorübergehenden Personen. Der Pferdehändler E. sagte als Zeuge aus, daß ihm der Wallach bereits auf dem Markt in München als zwar gutes, aber grantiges und unehrliches Pferd ("als Lump") aufgefallen war.

## 2. Besprechung

Die Problematik dieses Falles besteht darin, ob in den Antworten des Beklagten auf die Fragen des Klägers rechtsverbindliche Zusicherungen zu erblicken sind. Nach den Grundgedanken des Viehgewährschaftsrechts sind an eine vertragliche Haftungserweiterung strenge Anforderungen zu richten. Die Grenze zwischen unverbindlicher Anpreisung und Zusicherung einer Eigenschaft i. S. des § 492 BGB ist freilich fließend und muß je nach den konkreten Umständen des Einzelfalles gezogen werden. Daß dies nicht immer einfach ist, zeigt der vorliegende Fall: Während das AG Kaufbeuren die Antworten des Beklagten als unverbindliche Nebenberedung bewertete, sah das LG Kempten hierin die verbindliche Zusicherung der Eigenschaften "fehlerfrei und brav". Besondere Bedeutung kommt der forensischen Beurteilung der vom Kläger beanstandeten Mängel zu. Nach Fröhner (27) ist das Beißen und Schlagen nur dann als Fehler im forensischen Sinne zu betrachten, "wenn es gewohnheitsmäßig (nicht bloß einmal) und ohne äußere Veranlassung geschieht und eine erhebliche Störung der Gebrauchsfähigkeit bedingt." Das Scheuen gilt nur dann als erheblicher Fehler, "wenn Pferde gewohnheitsmäßig vor ganz bekannten und alltäglichen, optischen oder akustischen Erscheinungen Furcht in dem Grade äußern, daß ihre Verwendung wesentlich beeinträchtigt wird." Schwierigkeiten bereitet

zuweilen die Altersbestimmung dieser Untugenden, da sich sowohl die Börsartigkeit als auch das Scheuen unter Umständen schnell entwickeln können. Das LG Kempten sah es im vorliegenden Fall als erwiesen an, daß das verkaufte Pferd den zugesicherten Eigenschaften "fehlerfrei und brav" im Augenblick der Übergabe nicht entsprochen hat, und verurteilte den Beklagten zum Vollzug der Wandelung.

### 3. Diskussion

Die Übernahme der Gewährleistung wegen nicht zu den Hauptmängeln gehörender Fehler sowie die Zusicherung von Eigenschaften nach § 492 BGB muß keinesfalls wörtlich als "Gewährübernahme" oder "Zusicherung" formuliert werden. Maßgebend ist, wie der Käufer die Erklärung des Verkäufers unter den gegebenen Umständen nach Treu und Glauben unter Berücksichtigung der Verkehrssitte verstehen mußte (63).

§ 133 BGB: Bei der Auslegung einer Willenserklärung ist der wirkliche Wille zu erforschen und nicht an dem buchstäblichen Sinne des Ausdrucks zu haften.

§ 157 BGB: Verträge sind so auszulegen, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern.

Im vorliegenden Fall machte der Kläger seinen Kaufentschluß offensichtlich von der Beantwortung seiner Fragen abhängig. Bei den Antworten des Beklagten handelt es sich demnach nicht um eine unverbindliche Nebenberedung, vielmehr sind sie als verbindliche Zusagen i. S. des § 492 BGB zu verstehen. Schließlich widerspräche es jeder vernünftigen Überlegung, wollte man annehmen, ein Pferdehändler befragte einen anderen Pferdehändler "aus bloßer Neugierde" nach den Eigenschaften des zum Verkauf stehenden Pferdes. Das Berufungsgericht hat denn auch die Auffassung der Erstinstanz in diesem Punkt korrigiert.

Daß das strittige Pferd den zugesicherten Eigenschaften zum Zeitpunkt der Übergabe nicht entsprochen hat, muß als erwiesen gelten. Ein zuvor unauffälliges Pferd wird nicht auf dem Transport von München nach Kaufbeuren zum gefährlichen Beißer und Schläger. Entsprechendes gilt für die Untugend des Scheuens. Nähere Erläuterungen zur forensischen Beurteilung der Bösartigkeit bei Pferden erfolgen in Zusammenhang mit Fall Nr. 9.

Meines Erachtens hätte eine Anfechtung des Kaufvertrages wegen arglistiger Täuschung durchaus Aussicht auf Erfolg gehabt. Daß der Beklagte als erfahrener Pferdehändler die Fehler des Wallachs bei einer Besitzzeit von mehr als 4 Wochen nicht bemerkt haben sollte, erscheint mehr als unwahrscheinlich.

Der Kläger hätte sich im vorliegenden Fall eine Menge Ärger ersparen können, wenn er sich bei Kaufabschluß konkrete Eigenschaften (wie z. B. "stallfromm" und "automobilfromm") ausdrücklich hätte zusichern lassen. Beinahe hätte er den erheblich fehlerhaften Wallach behalten müssen, für den er immerhin DM 1.300,-- bezahlt hatte - soviel wie für ein vollwertiges, fehlerfreies Zugpferd.

#### Fall Nr. 9

Fuchsstute, Kaltblut, 3 1/2 J.

Unberechtigte Mängelrüge:

Verlust der zugesicherten Eigenschaft ("fromm und zugfest") erst nach dem Übergang der Gefahr

AG Bad Tölz, Urteil vom 27.3.1953 - C 310/52

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung am 16.7.1952

Wie der Kläger behauptet, habe der Beklagte - ein Pferdehändler - bei Abschluß des Kaufvertrages am 20.5.1952 ausdrücklich die völlige Fehlerfreiheit zugesichert und hierfür eine Garantie von 4 Wochen übernommen. Schon am ersten Tag habe sich aber gezeigt, daß das Pferd nicht fromm sei. Es lasse niemanden in den Stand hinein und schlage bei jeder Gelegenheit aus. Beim Zusammenspannen mit anderen Pferden schlage es über die Deichsel; es bleibe nicht ruhig stehen und sei auch schon durchgegangen.

Der Beklagte gibt an, lediglich für zugfest garantiert zu haben. Zu dem rechtlich allein maßgebenden Zeitpunkt des Gefahrüberganges sei das Pferd nachweisbar in Ordnung gewesen. Der Sohn des Klägers habe sich hiervon bei den Kaufverhandlungen selbst überzeugen können. Die Stute habe ihn ohne weiteres in ihre Boxe treten und sich von ihm sämtliche Füße aufheben lassen. Auch beim Vorbesitzer sei das Pferd immer brav gewesen. Möglicherweise habe es sich infolge der neuen Umgebung oder aufgrund falscher Behandlung im Stall des Klägers einige Male widersätzlich verhalten; ein 3 1/2jähriges Pferd sei erfahrungsgemäß schnell verdorben. Etwaige Ansprüche des Klägers seien überdies verjährt, da bei Abschluß des Kaufvertrages eine Gewährfrist nicht vereinbart worden sei.

Entscheidung des Gerichts:

Die Klage ist abzuweisen.

Entscheidungsgründe:

Der Beklagte hatte dem Kläger zur Überzeugung des Gerichts zugesichert, daß das Pferd fromm und zugfest sei und hierfür eine Garantie von 4 Wochen übernommen. Diese Garantieverpflichtung ist als Vereinbarung einer Gewährfrist aufzufassen, so daß der Kläger etwaige Ansprüche rechtzeitig geltend gemacht hat (§§ 492, 490 BGB).

Der Beklagte konnte allerdings den Beweis dafür erbringen, daß die vom Kläger gerügte Nichtfrömmigkeit zum Zeitpunkt des Gefahrüberganges nicht bestand. Fällt schon auf, daß es

sich bei den vom Kläger geschilderten Ereignissen nur um vereinzelte Vorfälle handelt - so soll das Pferd einmal gegen den Knecht und einmal gegen das Sattelpferd geschlagen haben und zweimal durchgegangen sein - so hat der Vorbesitzer glaubhaft ausgesagt, daß sich die Stute bei ihm stets fromm verhalten hatte. Hinzu kommt, daß sich der Sohn des Klägers beim Kaufabschluß von der Frömmigkeit des Pferdes hatte selbst überzeugen können.

## 2. Besprechung

Im vorliegenden Fall war zunächst zu klären, ob der Käufer etwaige Ansprüche rechtzeitig geltend gemacht hat. Nach Auffassung des AG Bad Tölz hatten die Parteien bezüglich der vom Verkäufer zugesicherten Eigenschaften "fromm und zugefest" eine Gewährfrist von 4 Wochen vereinbart. Die Gewährfrist begann mit dem Ablauf des 21.5.1952 (§ 483 BGB) und endete mit dem Ablauf des 18.6.1952. Die 6wöchige Verjährungsfrist begann demnach am 19.6.1952 und endete mit dem Ablauf des 31.7.1952. Die Klageerhebung am 16.7.1952 ist somit rechtzeitig erfolgt. Dem Verkäufer ist es allerdings gelungen, die rechtliche Vermutung zu widerlegen, wonach ein Mangel, der sich innerhalb der Gewährfrist zeigt, bereits bei Gefahrübergang vorhanden gewesen sein muß (§ 484 BGB).

## 3. Diskussion

Bei den Kaufverhandlungen war zwar von einer "Garantie" die Rede, doch erstrebt der Parteiwille im Viehgewährschaftsrecht nach den Erfahrungen der Praxis regelmäßig Gewährleistung und nicht Abschluß eines Garantievertrages. Nach Stölzle-Graminger (63) besteht das Wesen eines Garantievertrages darin, daß das zugesicherte tatsächliche oder rechtliche Verhältnis für die Zukunft bestehen soll. Die Zusicherung einer Eigenschaft bezieht sich dagegen lediglich auf die Beschaffenheit des Tieres zum Zeitpunkt des Gefahren-

Überganges. Im vorliegenden Fall konnte der Verkäufer beweisen, daß das Pferd im Zeitpunkt der Übergabe der zugesicherten Eigenschaft entprochen hatte. Hierbei war neben den Aussagen der Vorbesitzer das Verhalten der Stute während der Kaufverhandlungen von entscheidender Bedeutung. Zudem ergibt sich aus der Aussage des Käufers, daß von einer gewohnheitsmäßigen Börsartigkeit und einer hierdurch bedingten erheblichen Störung der Gebrauchstauglichkeit nicht die Rede sein konnte. Hier bestehen deutliche Parallelen zu den Beweisschwierigkeiten des Käufers in Fall Nr. 6 (Leinefangen).

Zur "Forensik der Börsartigkeit bei Pferden" haben Zeeb und Göbel (71) interessante ethologische Betrachtungen angestellt. Nach ihrer Auffassung ist die sog. Börsartigkeit bei Pferden nicht als "Charakterfehler" zu bezeichnen. Vielmehr beruht sie auf angeborenen, entwicklungsgeschichtlich zu verstehenden Reaktionsnormen, die bei fehlerhafter Behandlung oder in ungünstigen Umweltsituationen in Erscheinung treten. In diesem Zusammenhang wird auf ein Gutachten des Tierhygienischen Instituts Freiburg aus dem Jahre 1962 verwiesen, wonach es durchaus möglich sei, "daß ein zunächst unauffälliges Pferd bei entsprechender erblicher Disposition durch eine ihm fremde Umgebung und andere Behandlung zum Schläger werden kann." Die angebliche Börsartigkeit der Stute im vorliegenden Fall ist nach alldem als Reaktion des erst 3jährigen Pferdes auf den Besitzerwechsel zu verstehen.

Nicht selten sind bei Stuten Börsartigkeit und Stätigkeit auf ovarielle Störungen zurückzuführen, worauf u. a. Palmer (52, 53) und Bajez (6) verwiesen haben. Als redhibitorischer Fehler ist nymphomanes Verhalten allerdings nur dann anzusehen, wenn es zu einer fortgesetzten und erheblichen Störung der Gebrauchsfähigkeit führt. In einem vom AG Forchheim entschiedenen Rechtsstreit (Fall Nr. 8, AZ C 149/50) hatte sich bei der Schlachtung einer wegen "Nichtfrommseins" angesagten Kaltblutstute herausgestellt, daß deren beide Ovarien grobcystisch degeneriert waren. Die fortgesetzte Unfolgsamkeit

und Widersätzlichkeit des Tieres war demnach nicht als Reaktion der 1 1/2jährigen Stute auf etwaige unsachgemäße Behandlung im Stall des Käufers zu erklären, sondern beruhte vielmehr auf einem bereits vor der Übergabe vorhandenen organischen Leiden. Das AG Forchheim wies daher die auf Kaufpreiszahlung gerichtete Klage des Verkäufers zurück, zumal dieser die Stute als "fehlerfrei, fromm und unverdorben" veräußert hatte.

In einem anderen Rechtsstreit (Fall Nr. 10, AG Vilsbiburg, AZ C 424/49) verlangte der Käufer die Zurücknahme einer 9jährigen Kaltblutstute, da diese "ein Schläger Übelster Sorte" sei. Wie die Beweisaufnahme ergab, handelte es sich um einen sog. Nachtschläger. Das Nachtschlagen ist nach Fröhner (27) ein Symptom von chronischer Kolik und darf nicht als Bösartigkeit gedeutet werden. Das Nachtschlagen ist auch nicht als erheblicher Fehler zu betrachten. Der Käufer konnte daher sein Wandelungsbegehren weder aus dem Gesichtspunkt der vertraglichen Haftung noch aus dem der arglistigen Täuschung durchsetzen.

#### Fall Nr. 11

Kaltblutwallach

Arglistige Täuschung:

Leberzirrhose bei einem Zugpferd

AG München, Urteil vom 16.2.1966 - 1 C 391/65

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Anfechtung des Kaufvertrages

Der Kläger benötigte im Herbst 1964 ein Zugpferd für seinen landwirtschaftlichen Betrieb. Am 20.10.1964 kam zwischen den Parteien ein Kaufvertrag über einen Kaltblutwallach zum Preis von DM 850,-- zustande. Der Kläger bezahlte an den Beklagten sofort DM 500,--.

Bereits beim ersten Einspannen am Tag nach dem Kauf stellte sich heraus, daß das Pferd außerstande war, auch nur leichte Arbeiten zu verrichten. Am 29.10.1964 mußte es auf tierärztliches Anraten notgeschlachtet werden. Bei der Fleischbeschau stellte der Tierarzt Dr. S. Leberzirrhose und eine vermutlich vom agonalen Sturz herrührende Magenruptur fest.

Daraufhin erklärte der Kläger die Anfechtung des Kaufvertrages. Der Beklagte habe beim Verkauf zugesichert, daß das Pferd völlig gesund und fromm sei und daß man es zu jeder Arbeit einspannen könne. Dabei habe er genau gewußt, daß es krank und arbeitsuntauglich gewesen sei. Der frühere Eigentümer habe dem Beklagten nämlich gesagt, er solle schauen, daß er das Pferd weiterbringe, "sonst verrecke es vorher."

Der Beklagte bestritt jegliche Zusicherung und berief sich darauf, daß es im Viehhandel nicht handelsüblich sei, ohne Garantie oder Zusicherung gekaufte Tiere mit Garantie oder Zusicherung weiterzuveräußern. Die bei der Fleischbeschau festgestellten Erkrankungen habe sich das Pferd erst im Stall des Klägers zugezogen.

#### Entscheidung des Gerichts:

Der Klage ist stattzugeben. Die Verpflichtung des Klägers zur Zahlung des Kaufpreises, § 433 Abs. 2 BGB, ist durch die erfolgreiche Anfechtung und hierdurch herbeigeführte Nichtigkeit des Vertrages von Anfang an beseitigt worden, §§ 123, 124, 142 BGB.

#### Entscheidungsgründe:

Nach den Ausführungen des sachverständigen Zeugen, Tierarzt Dr. S., ist die bei dem Pferd festgestellte Leberzirrhose als Ergebnis einer länger andauernden Erkrankung aufzufas-

sen. Daraus ergibt sich zur Überzeugung des Gerichts, daß das Pferd bereits vor der Übergabe an den Kläger mit dem für Arbeitsuntauglichkeit und Notschlachtung ursächlichen Mangel behaftet war.

Die unter Eid vernommenen Zeugen L. und P. bestätigten nach mehrmaliger eindringlicher Eidesbelehrung, daß der Landwirt M. - der Vorbesitzer des Pferdes - dem Beklagten gesagt hatte, er solle schauen, daß er das Pferd möglichst schnell weiterbringe, bevor es verrecke. Weder der Vorbesitzer M. noch der Beklagte konnten eine glaubwürdige Erklärung dafür bieten, warum M. den Wallach nach nur zwei Wochen Besitzzeit - noch dazu ohne Gewinn - weiterverkauft hatte. Es muß somit als erwiesen gelten, daß der Beklagte - zumal als langjähriger und erfahrener Viehhändler - um den bedrohlichen Zustand des Pferdes wußte.

Der Beklagte war nach Treu und Glauben zur Offenbarung gegenüber dem Kläger verpflichtet. Sein Schweigen ist nach Sachlage als Arglist anzusehen, denn er wußte genau, daß der Kläger für ein kurz vor dem Verenden stehendes Pferd keine DM 850,- zahlen würde.

Als Folge der durchgreifenden Anfechtung hatte der Beklagte die empfangene Kaufpreisanzahlung in Höhe von DM 500,- zurückzahlen, § 812 BGB.

## 2. Besprechung

Neben der in den §§ 459 ff, 463 und 481 ff BGB festgelegten auf Vertrag beruhenden Haftung des Verkäufers gibt es noch die außervertragliche Haftung, und zwar in den Fällen von arglistiger Täuschung, Drohung und Betrug. Nach § 123 BGB kann, wer zur Abgabe einer Willenserklärung durch arglistige Täuschung oder widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden ist, die Erklärung anfechten. Arglistige Täuschung liegt dann vor, wenn der Käufer durch bewußt falsche Angaben des Verkäufers zum Kaufabschluß bestimmt wird (Kausalzusammenhang). Nach Stölzle-Graminger (63) kann auch "durch Ver-

schweigen, also durch Unterdrückung wahrer Tatsachen, arglistige Täuschung verübt werden, wenn Treu und Glauben nach der Verkehrsauffassung das Reden erfordern." Die Anfechtung ist zulässig innerhalb eines Jahres von dem Zeitpunkt an, zu dem der Anfechtungsberechtigte die Täuschung entdeckt, längstens aber 30 Jahre lang von der Abgabe der Willenserklärung an (§ 124 Abs. 1 BGB). Das AG München hielt im vorliegenden Fall den Tatbestand der arglistigen Täuschung für erwiesen, so daß der am 20.10.1964 zwischen den Parteien geschlossene Kaufvertrag als von Anfang an nichtig zu betrachten ist.

### 3. Diskussion

Ob das Pferd mit irgendwelchen Zusicherungen oder ohne Garantie verkauft wurde, spielt hier keine Rolle. Wie sich aus den Zeugenaussagen ergibt, wußte der Beklagte, daß das Pferd kurz vor dem Verenden stand. Nach den Grundsätzen von Treu und Glauben wäre er zur Offenbarung verpflichtet gewesen, wobei sich seine Fachkenntnis (Viehhändler) noch erschwerend auswirkt. Daß der Kläger das Pferd nicht erworben hätte, wenn ihm dessen bedrohlicher Zustand bekannt gewesen wäre, steht außer Frage. Der ursächliche Zusammenhang zwischen Täuschung und Kaufabschluß ist eindeutig gegeben. Wenn auch bei Klagezustellung am 30.12.1964 die 6wöchentliche Verjährungsfrist für Gewährleistungsansprüche abgelaufen war, so war doch die Jahresfrist des § 124 Abs. 1 BGB gewahrt. Die anläßlich der Fleischschau am 29.10.1964 festgestellte Leberzirrhose war mit Sicherheit bereits bei der Übergabe des Pferdes am 20.10.1964 vorhanden. Nach Fröhner (27) vermag sich eine ausgedehnte Zirrhose, die bereits zu Folgeerscheinungen geführt hat, nicht innerhalb von 6 Wochen zu entwickeln. Die Altersbestimmung der Leberzirrhose ist allerdings im vorliegenden Fall von untergeordneter Bedeutung, da der Kläger ausdrücklich keine Gewährleistungsansprüche geltend gemacht, sondern den Kaufvertrag wegen arglistiger Täuschung angefochten hat.

Fall Nr. 12

Kaltblutwallach, Rappe

Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft:

Chronische Fesselgelenksentzündung bei einem als "zugfest" verkauften Nutzpferd

AG Wassertrüdingen, Urteil vom 20.11.1956 - C 163/55

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Verkäufer      Beklagter/Käufer  
Klage auf Kaufpreiszahlung

Der Beklagte kaufte am 5.8.1955 vom Kläger einen Rapp-Wallach zum Preis von DM 910,-- . Bei der Übergabe am 6.8.1955 wurden DM 435,-- des Kaufpreises beglichen. Als der Beklagte die Zahlung der restlichen DM 475,-- wegen angeblicher Lahmheit des Pferdes verweigerte, kam es zum Rechtsstreit.

Der Beklagte macht geltend, daß das Pferd infolge chronischer Fesselgelenksentzündung vorne rechts beim Zug lahme. Diesen Mangel habe er bereits in den ersten Tagen nach der Übergabe bemerkt und alsbald dem Kläger durch eine Postkarte mitgeteilt. Der Kläger müsse das Pferd gegen Rückerstattung des Kaufpreises und Ersatz der Futter- und Tierarztkosten zurücknehmen, da er es mit "aller Garantie" verkauft habe.

Der Kläger bestreitet, daß das Pferd bereits bei der Übergabe gelahmt habe. Im Übrigen habe er lediglich für "stallfromm und zugfest" garantiert. Auch sei vereinbart gewesen, daß Beanstandungen nur mit eingeschriebenem Brief erfolgen sollten. Abgesehen davon, daß eine Postkarte nicht ausreiche, habe er eine solche niemals erhalten.

Entscheidung des Gerichts:

Der Anspruch des Klägers auf Zahlung des Restkaufpreises ist zurückzuweisen, weil der Beklagte die Wandelung des Kaufvertrages verlangen kann.

Entscheidungsgründe:

Wie der sachverständige Zeuge, Tierarzt Dr. Z., Überzeugend ausgeführt hat, hat er am 3. Tage nach der Übergabe am rechten Vorderfuß des Pferdes eine chronische Fesselgelenksentzündung festgestellt, die bereits bei der Übergabe vorhanden gewesen sein muß. Der Wallach war allenfalls zu leichtem Zugdienst zu gebrauchen, während er bei jeder stärkeren Belastung deutlich lahm ging. Dieser Mangel fällt unter die vom Kläger übernommene Gewährleistung. Wie der Kläger selbst zugibt, hat er bei den Kaufverhandlungen für "stallfromm und zugfest" garantiert. Der Begriff "zugfest" bedeutet aber nicht nur, daß ein Pferd willig zieht, sondern auch, daß es ausdauernd im Zug ist. Ein Pferd, das bei längerer und anstrengenderer Arbeit infolge seiner körperlichen Beschaffenheit lahmt, kann demnach nicht als zugfest bezeichnet werden. Der Beklagte hat den Mangel auch rechtzeitig und ordnungsgemäß angezeigt. Die Tatsache, daß die Mängelrüge nur mit einer Postkarte erfolgt ist, nimmt ihr selbst dann nicht den Charakter einer ordnungsgemäßen Anzeige, wenn ein eingeschriebener Brief vereinbart gewesen sein sollte. Der Kern einer solchen Vereinbarung ist lediglich der, daß eine Rüge schriftlich zu erfolgen hat. Die Übersendung als Einschreiben ist keine Erklärungs-, sondern nur eine Übersendungsform; ein Abweichen von ihr kann nicht die Erklärung als solche unwirksam machen.

Als Folge der Wandelung hat der Kläger gem. § 488 BGB die Tierarztkosten zu ersetzen. Der Futtergeldanspruch des Beklagten ist dagegen abzuweisen, da er das Pferd über das für die notwendige Bewegung erforderliche Maß hinaus verwendete und der Nutzen noch die Futterkosten deckte.

## 2. Besprechung

Im vorliegenden Fall galt es zu klären, ob die vom Käufer gerügte Fesselgelenksentzündung bereits bei der Übergabe des Pferdes bestanden hatte und - wenn ja - ob dieser Mangel unter die vom Verkäufer gegebene Zusicherung ("zugfest") fällt. Die erste Frage ist durch die Ausführungen des tierärztlichen Sachverständigen eindeutig beantwortet. Das AG Wassertrüdingen hat auch die zweite Frage bejaht und dem Käufer das Recht auf Wandelung zugesprochen. Interessant und für Viehhandelsstreitigkeiten geradezu typisch ist die Auseinandersetzung um die Form der Anzeige. Entweder aus Leichtsinns oder aus Gutgläubigkeit - im Vertrauen auf die Redlichkeit des Verkäufers - hatte der Käufer den Mangel lediglich mit einer Postkarte gerügt, was ihn beinahe um den berechtigten Wandlungsanspruch gebracht hätte.

## 3. Diskussion

Dem Käufer wurde in diesem Rechtsstreit das Recht auf Wandelung zuerkannt, da das von ihm als "zugfest" erworbene Pferd infolge chronischer Fesselgelenksentzündung lahmt. Das AG Wassertrüdingen hat hierbei in Anlehnung an Dehner (13) die Auffassung vertreten, daß der Begriff der "Zugfestigkeit" auch die Zugtauglichkeit beinhaltet. Fröhner (27) faßt diesen Begriff wesentlich enger: "Der Begriff 'zugfest' bedeutet willig zum Zug, nicht etwa fähig zum Ziehen ... Die Garantie für 'gut im Zug' sowie für 'schweren Zug' bedeutet dagegen, daß ein Pferd nicht bloß willig ..., sondern auch vermöge seiner Körperbeschaffenheit tauglich zum Zug ist ...". Meines Erachtens ist dem Gericht hier zuzustimmen; ein infolge chronischer Gelenksentzündung lahmes Pferd kann im Handel nicht als "zugfest" bezeichnet werden.

Soweit man dem Käufer im vorliegenden Fall vorhält, er hätte den Mangel des Pferdes bei Kaufabschluß erkennen müssen, ist auf § 460 Abs. 2 BGB zu verweisen. Danach hat der Verkäufer

auch diejenigen Fehler zu vertreten, die dem Käufer infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben sind, sofern ihre Abwesenheit zugesichert war.

So besonnen, wie der Käufer bei Abschluß des Vertrages (Zusicherung der Zugfestigkeit) und nach Feststellung des Mangels (Zuziehung eines Tierarztes) gehandelt hat, so sorglos ist er bei der Anzeige verfahren. Einmal abgesehen von der rein juristischen Frage, ob eine gewöhnliche Postkarte als Anzeige ausreicht, wenn ein eingeschriebener Brief vereinbart ist, ist dem Käufer in jedem Fall anzuraten, evtl. Fehler des erworbenen Tieres per Einschreiben zu rügen.

#### Fall Nr. 13

Kaltblutwallach, Rotfuchs, 9 J.

Rechtsverbindliche Zusicherung oder unverbindliche Anpreisung?  
"gutes Sattelpferd"

LG Landshut, Urteil vom 14.12.1955 - S 142/53

AG Dingolfing, Urteil vom 28.8.1953 - C 323/52

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Die Parteien sind Viehhändler. Am 8.11.1952 erwarb der Kläger auf dem Pferdemarkt in München von dem Beklagten zwei Pferde zum Gesamtpreis von DM 1.110,--. Von den beiden Tieren war das kleinere - unstreitig ein Schlachtpferd - auf DM 505,--, das größere, ein ca. 9 Jahre alter Wallach, auf DM 605,-- veranschlagt. Während der Kläger das kleinere Pferd anschließend auch zum Schlachten nach Italien veräußerte, suchte er den Wallach als Zugpferd anderweitig zu

verkaufen. Beim Beschlagen stellte sich jedoch heraus, daß dieser an Hufkrebs erkrankt war.

Daraufhin verlangte der Kläger die Rückgängigmachung des Kaufvertrages. Er berief sich darauf, den Wallach als "gutes Sattelpferd" - mithin als einwandfreies Zugtier - erworben zu haben. Infolge der Hufkrebserkrankung, die bereits bei der Übergabe bestanden habe, sei der Wallach jedoch als Nutzpferd untauglich gewesen.

Der Beklagte behauptete dagegen, bei beiden Pferden habe es sich um Schlachttiere gehandelt. Das ergebe sich schon aus dem niedrigen Kaufpreis. Ein Zugpferd von der Größe des Wallachs koste mindestens DM 900,--. Er habe bei den Kaufverhandlungen mit Bezug auf den Wallach lediglich geäußert, dieser sei zum Schlachten eigentlich zu schade, weil er noch ein guter Sattelaule sei.

#### Entscheidung des Gerichts:

Der Wandelungsanspruch des Klägers ist gem. §§ 492, 487 BGB berechtigt.

#### Entscheidungsgründe:

Wie der Beklagte selbst einräumt, hat er den Wallach als "gutes Sattelpferd" verkauft. Die bloße Bezeichnung "Sattelpferd" bietet dem Käufer noch keine Gewähr für die Tauglichkeit des Tieres zu dem betreffenden Vertragszweck, sondern sagt lediglich aus, daß es schon in der angegebenen Weise verwendet worden ist. Die Angabe "gutes Sattelpferd" bedeutet dagegen die Zusicherung einer bestimmten Eigenschaft im Sinne des § 492 BGB. Von einem "guten Sattelpferd" kann man verlangen, daß es körperlich in der Lage ist, als Sattelpferd zu dienen. Der Verkäufer hat danach alle Fehler zu vertreten, die die Gebrauchsfähigkeit des Tieres aufheben oder wesentlich mindern. Ein an Hufkrebs erkranktes Pferd ist in diesem Sinne als erheblich fehlerhaft zu betrachten und kann im Handel nicht als gutes Sattelpferd bezeichnet werden. -

In zweiter Instanz wurde das klägerische Begehren abgewiesen. In den Entscheidungsgründen des LG Landshut heißt es hierzu:

Der Kläger konnte nicht den Beweis dafür erbringen, daß er den Wallach als einwandfreies Zugtier - und nicht als Schlachtpferd - erworben hatte. Der Begriff der Zusicherung erfordert eine vertragsmäßige Abmachung der Kaufpartner. Es muß eine verbindliche Angabe des Verkäufers vorliegen, die nach dem Übereinstimmenden Willen der Parteien Gegenstand und Inhalt des Kaufvertrags ist. Bei der beiläufigen Bemerkung des Beklagten, der von ihm als Schlachtpferd offerierte Wallach sei ein guter Sattelgaul, handelte es sich um die Mitteilung einer bloß subjektiven Meinung des Verkäufers, keinesfalls aber um die verbindliche Zusicherung der Eigenschaft "gutes Sattelpferd". Schließlich widerspräche es jeder vernünftigen wirtschaftlichen Überlegung, wollte man annehmen, ein Viehhändler verkaufe einem anderen Viehhändler ein Nutzpferd - noch dazu "mit Garantie" - zum Schlachtpreis.

## 2. Besprechung

Im Mittelpunkt dieses Falles steht die Frage, ob die Äußerung des Verkäufers, der strittige Wallach sei eigentlich noch ein guter Sattelgaul, als verbindliche Zusicherung einer Eigenschaft zu werten ist. Das Erstgericht hat diese Frage bejaht und hierzu auf den Unterschied zwischen den Begriffen "Sattelpferd" (bloße Angabe des Verwendungszweckes) und "gutes Sattelpferd" (Zusicherung der Tauglichkeit als Sattelpferd) hingewiesen. Das Berufungsgericht hat demgegenüber besagte Äußerung des Verkäufers als unverbindliche, subjektive Mitteilung gewertet und das Wandelungsbegehren des Käufers als unbegründet zurückgewiesen.

### 3. Diskussion

Die Frage, ob es sich bei einer Erklärung des Verkäufers zur Kaufsache um eine unverbindliche Anpreisung oder um die Zusicherung einer Eigenschaft mit den entsprechenden Haftungsfolgen handelt, ist je nach den konkreten Umständen des Einzelfalles zu beantworten. Im vorliegenden Fall ergibt sich sowohl aus der Äußerung des Verkäufers, das Pferd sei zum Schlachten eigentlich zu schade, als auch aus dem niedrigen Kaufpreis, daß es sich bei dem strittigen Wallach um ein Schlachtpferd gehandelt hat. In der beiläufigen Äußerung des Verkäufers, der Wallach sei noch ein guter Satteltgaul, ist daher keinesfalls die verbindliche Zusicherung einer Eigenschaft zu erblicken. Dies gilt um so mehr, als es sich bei beiden Parteien um Viehhändler handelt. Gerade unter Viehhändlern ist es üblich, etwaige Zusicherungen ausdrücklich zu erwähnen (z. B. unter dem Begriff der "Garantie"). Das ist aber im vorliegenden Fall nicht geschehen. Offensichtlich hat hier der Käufer den Versuch unternommen, ein zum Schlachtpreis erworbenes Pferd als Nutzpferd weiterzuveräußern. Als dies wegen der Hufkrebserkrankung des Wallachs scheiterte, suchte er sich unter Berufung auf die angebliche Zusicherung "gutes Sattelpferd" beim Verkäufer schadlos zu halten.

Fall Nr. 14

Kaltblutwallach, Fuchsschimmel  
Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft:  
Falsche Altersangabe im Kaufvertrag

LG Ansbach, Urteil vom 5.6.1953 - S 146/52

AG Ansbach, Urteil vom 17.7.1952 - C 75/52

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Verkäufer      Beklagter/Käufer  
Klage auf Kaufpreiszahlung

Am 10.8.1951 kaufte der Beklagte vom Kläger das streitgegenständliche Pferd zum Preis von DM 1.350,--. Im schriftlichen Kaufvertrag ist dieses wie folgt beschrieben: "Geschlecht: W., Farbe: F.Sch., Alter: 5 - 6 Jahre". Unter "sonstige Zusicherung" sind einzelne Eigenschaften aufgeführt, im Schlußsatz heißt es: "Für obige Garantien gilt eine Gewährfrist von 14 Tagen vom Tage des Kaufes an". Vom Kaufpreis hat der Beklagte den Restbetrag von DM 200,-- trotz mehrfacher Aufforderung nicht bezahlt.

Der Beklagte bestreitet nicht, an sich aus dem Kaufvertrag noch DM 200,-- zu schulden. Er macht jedoch aufrechnungsweise Schadenersatz geltend, da das Pferd zum Zeitpunkt des Kaufes nicht, wie zugesichert, 5 - 6 Jahre, sondern bereits 7 - 8 Jahre alt gewesen sei. Infolge des höheren Alters sei es in seinem Wert um wenigstens DM 200,-- gemindert.

Entscheidung des Gerichts:

Der Klage ist stattzugeben. Der Kläger hat gem. § 433 BGB Anspruch auf Zahlung des Restkaufpreises.

Entscheidungsgründe:

Unstreitig handelt es sich bei der Altersangabe im schriftlichen Kaufvertrag um die Zusicherung einer Eigenschaft. Aber selbst, wenn man unterstellt, daß das Pferd älter als zugesichert war, so kann der Beklagte daraus kein Recht herleiten, da er den Mangel nicht rechtzeitig gerügt hat. Zwar hat er das Pferd mit Schreiben vom 19.8.1951 angesagt, jedoch ohne zu erklären, welche Mängel vorliegen. Dies reicht als Mängelanzeige nicht aus. Erst am 17.9.1951 hat der Prozeßbevollmächtigte des Beklagten ausdrücklich das höhere Alter des Pferdes gerügt. -

In zweiter Instanz wurde der klägerische Anspruch abgewiesen. Das LG Ansbach entschied, daß der Beklagte gegen die Restkaufpreisforderung des Klägers zurecht mit einer Schadenersatzforderung in gleicher Höhe aufrechnen könne (§§ 492, 463, 490/III, 478, 479 BGB).

Entscheidungsgründe:

Das vom Kläger zugesicherte Alter stimmt nicht mit dem tatsächlichen Alter des Pferdes überein. Nach den Überzeugenden Ausführungen mehrerer tierärztlicher Sachverständiger ist der Wallach zum Zeitpunkt der Übergabe ca. 7 - 8 Jahre alt gewesen. Der Beklagte hat diesen Mangel zur Überzeugung des Berufungsgerichts auch rechtzeitig gerügt. Aus der eidlichen Aussage des Beklagten ergibt sich, daß er den Kläger am Abend des 23.8.1951 fernmündlich auf das höhere Alter des Pferdes aufmerksam gemacht hat. Die Ehefrau des Beklagten hat unter Eid ausgesagt, dem Kläger am 25.8.1951 vorgehalten zu haben, daß das Alter des Pferdes nicht stimme. Die allgemein gehaltene Mängelrüge aus dem Schreiben vom 19.8.1951 wurde somit noch innerhalb der Frist des § 485 BGB spezifiziert und rechtswirksam gemacht.

Gem. § 463 BGB hat der Beklagte einen Schadenersatzanspruch in Höhe des durch das höhere Alter bedingten Minderwertes des Pferdes. In Anlehnung an Fröhner, Lehrbuch der Gericht-

lichen Tierheilkunde, hält das Gericht einen Minderwert von wenigstens DM 200,-- für gegeben. Nach Aufrechnung mit dieser Schadenersatzforderung hat der Kläger keinen Anspruch mehr auf Zahlung des Restkaufpreises.

## 2. Besprechung

Bei der Altersangabe im schriftlichen Kaufvertrag handelt es sich zweifelsohne um die Zusicherung einer Eigenschaft, deren Fehlen den Käufer gem. § 463 BGB berechtigt, Wandelung oder Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen. Nach § 492 BGB finden bei der Zusicherung einer Eigenschaft - wenn eine Gewährfrist vereinbart wird - auch die Vorschriften der §§ 483 - 485 BGB entsprechende Anwendung. Dies trifft auf den vorliegenden Fall zu, da sich die im Kaufvertrag vom 10.8.1951 festgelegte Gewährfrist von 2 Wochen auch auf die Altersangabe erstreckt. Nach § 485 BGB verliert der Käufer die ihm wegen eines Mangels bzw. Fehlens einer zugesicherten Eigenschaft zustehenden Rechte, wenn er nicht spätestens 2 Tage nach dem Ablauf der Gewährfrist den Mangel anzeigt. Im vorliegenden Fall ist diese Rügefrist mit dem 26.8.1951 abgelaufen.

Die Geltendmachung etwaiger Ansprüche setzt allerdings nicht nur rechtzeitige, sondern auch spezifizierte Anzeige voraus. Die bloße Anzeige des "Fehlens einer zugesicherten Eigenschaft" genügt nicht. Vielmehr ist "eine Substantiierung der Mängelanzeige erforderlich, damit der Verkäufer zu der Mitteilung Stellung nehmen und die ihm erforderlich scheinenden Maßnahmen ergreifen kann" (27).

Diesen Anforderungen wird die allgemein gehaltene Mängelrüge aus dem Schreiben vom 19.8.1951, wonach das Pferd "den Bestimmungen des Kaufvertrages nicht genüge", sicher nicht gerecht. Das AG Ansbach hat daher der Klage des Verkäufers auf Zahlung des Restkaufpreises stattgegeben. In 2. Instanz konnte der Käufer allerdings den Beweis dafür erbringen, daß die ungenügende schriftliche Mängelrüge noch innerhalb der

Anzeigefrist spezifiziert wurde. Das LG Ansbach hat ihm demzufolge das Recht zuerkannt, gegen die Forderung des Verkäufers mit einer Schadenersatzforderung in gleicher Höhe aufzurechnen.

### 3. Diskussion

Das Währschaftsrecht gehört zum Zivilrecht und ist im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) und in der heute noch gültigen Kaiserlichen Verordnung von 1899 geregelt. Im Zivilrecht ist es ein wichtiger Grundsatz, daß "Verfahrensrecht vor Sachrecht geht" (62). Wer im Viehhandel - sei es in Unkenntnis der Vorschriften oder aus Leichtsinn - einschlägige Fristen nicht einhält oder erforderliche Formen nicht wahrt, läuft daher Gefahr, an sich berechnigte Ansprüche zu verlieren. Der vorliegende Fall bietet hierfür ein anschauliches Beispiel. Infolge zunächst ungenügender Anzeige hatte der Käufer große Schwierigkeiten, seinen Anspruch auf Schadenersatz durchzusetzen. Diese Schwierigkeiten hätte er leicht vermeiden können, wenn er bei der Wahrnehmung seiner Rechte die gleiche Sorgfalt hätte walten lassen wie beim Abschluß des Kaufvertrages.

#### Fall Nr. 15

Kaltblut-Kryptorchide  
Unberechnigte Mängelrüge:  
Kenntnis des Käufers

AG Waldmünchen, Urteil vom 22.9.1960 - C 54/60

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Verkäufer      Beklagter/Käufer  
Klage auf Kaufpreiszahlung

Der Kläger stellte dem Beklagten am 26.7.1959 ein Zugpferd leihweise zur Verfügung. Wie beiden Parteien bekannt war, handelte es sich dabei um einen Kryptorchiden. Am 21.8.1959 kaufte der Beklagte dieses Pferd zum Preis von DM 800,--, wobei er einen Teilbetrag von DM 500,-- sofort bezahlte. Die restlichen DM 300,-- weigerte er sich zu bezahlen, worauf es zum Rechtsstreit kam.

Wie der Beklagte vorbrachte, habe er zwar gewußt, daß es sich bei dem Pferd um einen Spitzhengst handelte. Zu dem überhöhten Preis von DM 800,-- habe er es aber nur deshalb gekauft, weil er während der Grummeternte in Druck gewesen sei und dringend ein Zugpferd gebraucht habe. Obwohl der Kläger erklärt habe, der Hengst könne kastriert werden, habe der Tierarzt Dr. K. eine Kastration des Pferdes abgelehnt. Auch focht der Beklagte den Kaufvertrag an, weil er nicht gewußt habe, daß es sich bei dem von ihm unterschriebenen Schriftstück um einen Kaufvertrag gehandelt habe. Bei der Unterschriftsleistung habe nämlich der Kläger mit seiner Hand den Kopf des Schriftstückes verdeckt.

#### Entscheidung des Gerichts:

Der Klage ist stattzugeben.

#### Entscheidungsgründe:

Eine arglistige Täuschung im Sinne der Bestimmungen der §§ 123, 124 BGB liegt im gegenständlichen Fall nicht vor. Zum einen hätte der Beklagte aus dem Inhalt des von ihm unterzeichneten Schriftstückes erkennen müssen, daß es sich dabei um einen Kaufvertrag handelte; zum anderen hätte er vom Kläger verlangen können, die Hand vom Kopf des Schriftstückes wegzunehmen.

Unbestritten wußte der Beklagte beim Kaufabschluß, daß es sich bei dem Pferd um einen Spitzhengst handelte. Der Verkäufer hat jedoch einen Mangel der verkauften Sache nicht zu vertreten, wenn der Käufer den Mangel bei Abschluß des Kaufes kennt (§ 460 BGB). Eine evtl. Behauptung des Klägers

aber, der Hengst könne kastriert werden, ist keine Zusicherung einer Eigenschaft im Sinne der Bestimmungen des § 492 BGB. Der Beklagte hat also auch aus dem Gesichtspunkt der Gewährleistung keinen Anspruch gegen den Kläger und ist somit zur Zahlung des Kaufpreises verpflichtet.

## 2. Besprechung

Nach § 460 BGB hat der Verkäufer einen Mangel der verkauften Sache nicht zu vertreten, wenn der Käufer den Mangel bei dem Abschluß des Kaufes kennt. Dies trifft im vorliegenden Fall zu. Wie der Beklagte selbst zugibt, war ihm bekannt, daß es sich bei dem verkauften Pferd um einen Kryptorchiden handelte. Eine Haftung des Verkäufers wegen Fehlens einer zugesicherten Eigenschaft oder aus dem Gesichtspunkt der arglistigen Täuschung beim Kaufabschluß hat das AG Waldmünchen verneint und den Beklagten gem. § 433 BGB zur Zahlung des Restkaufpreises verurteilt.

## 3. Diskussion

Offensichtlich ist dem Beklagten der Preis von DM 800,-- für einen kryptorchiden Hengst nachträglich zu hoch erschienen. Nur so ist seine Weigerung zu erklären, den restlichen Kaufpreis zu bezahlen. Abgesehen davon, daß die Minderung beim Viehkauf kraft Gesetzes ausgeschlossen ist, erscheinen die Behauptungen des Beklagten nicht stichhaltig. Die beiläufige Erklärung des Verkäufers, "der Hengst könne kastriert werden", genügt nicht den strengen Anforderungen, die an die Zusicherung einer Eigenschaft i. S. des § 492 BGB zu richten sind. Im Übrigen wäre eine derartige Zusicherung aus tiermedizinischer Sicht wertlos, da an sich jeder Kryptorchide kastriert werden kann. Von arglistiger Täuschung i. S. der §§ 123, 124 BGB kann im vorliegenden Fall nicht die Rede sein. Dem Beklagten war der Mangel des Pferdes bekannt, und wenn er den Kaufvertrag nicht als solchen erkannt haben

will, so lag dies in seinem eigenen Verschulden. Das AG Waldmünchen hat den Beklagten daher zurecht zur Zahlung des Restkaufpreises verurteilt. Wer eine offensichtlich mangelhafte Ware zum überhöhten Preis kauft, kann nicht den Schutz des Viehgewährschaftsrechts beanspruchen. Der Beklagte hätte von vorneherein auf den Kauf des kryptorchiden Hengstes verzichten oder zumindest auf einem niedrigeren Kaufpreis bestehen sollen.

3.2.2.2. Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Reit- und Hobby-  
pferden

Fall Nr. 17

Fuchswallach, Hannoveraner, 7 J.

Unverbindliche Anpreisung oder Zusicherung von Eigenschaften?

"Spitze", "Klasse", "in Ordnung"

AG München, Urteil vom 16.1.1973 - 6 C 1180/71

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer    Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Der Kläger, ein Architekt, erwarb das streitgegenständliche Pferd Ende Juni 1971 vom beklagten Gestüt zum Preis von DM 20.000,--. Der Beklagte hatte bei den Kaufverhandlungen erklärt, der Wallach sei "Spitze", "Klasse", "in Ordnung" und "dem fehlt nichts". Bei der Abholung am 5.7.1971 wurde dem Kläger ein tierärztliches Attest, datiert vom 3.7.1971, überreicht:

"Heute wurde das Pferd ... einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Insbesondere wurden hierbei Herz- und Lungentätigkeit des Pferdes vor und nach der Bewegung geprüft. Es konnten dabei keine Fehler oder Mängel festgestellt werden".

Wenige Tage nach der Übergabe stellte der Kläger fest, daß das Pferd zunächst leichter, dann mit zunehmender Häufigkeit und Dauer "webte". Unter Hinweis auf diese Untugend erklärte er mit Schreiben vom 9.7.1971 die Wandelung des Kaufes.

Entscheidung des Gerichts:

Die Klage wurde als unbegründet zurückgewiesen.

Entscheidungsgründe:

Der Kläger kann wegen des Nicht-Hauptmangels "Weben" keine Ansprüche geltend machen, da entsprechende vertragliche Vereinbarungen fehlen. Das tierärztliche Attest wurde erst bei der Abholung übergeben und war nicht Gegenstand der Verhandlungen, die etwa eine Woche früher stattgefunden hatten. Die Untersuchung umfaßte der Veterinärmedizin überhaupt zugängliche, also wahrnehmbare körperliche Defekte und konzentrierte sich auf die Funktion insbesondere der wichtigsten inneren Organe wie der Lunge und des Herzens. Mit der Bescheinigung erklärte der Verkäufer keinesfalls absolute Mangelfreiheit, sondern Freiheit nur von den Mängeln, auf die sich die Untersuchung bezog. Dazu gehört das Weben nicht. Das Weben tritt nur in gelangweilter Ruhestellung in der Boxe auf und ist, solange es nicht zu konkreten Schäden wie Sehnenentzündung oder Erschöpfungszuständen führt, als physischer Befund nicht zu erkennen.

Den Worten des Beklagten, das Pferd sei "Spitze", es sei "Klasse", es sei "in Ordnung" und "dem fehlt nichts", ist ebenfalls keine unbeschränkte Gewährleistung zu entnehmen. Der Beklagte ist über allgemeine, im Jargon gehaltene Anpreisungen nicht hinausgegangen. Wollte man hierin verbindliche Zusicherungen erblicken, so dürfte kein Händler sein Pferd mehr lobend erwähnen, ohne beim geringsten Mangel die Wandelung zu riskieren. Die Grenze zwischen Anpreisung und rechtlich relevanter Verpflichtung ist freilich fließend und muß je nach den konkreten Umständen des Einzelfalles gezogen werden.

Die Frage, ob im "Weben" ein erheblicher Mangel i. S. des § 459 BGB zu erblicken ist und ob es bei Gefahrübergang bereits vorhanden war, brauchte demnach nicht mehr geklärt zu werden.

## 2. Besprechung

Eine Haftung des Verkäufers für das nicht zu den Hauptmängeln der Pferde zählende "Leineweben" käme nur aufgrund der Bestimmungen des § 492 BGB in Frage. Das AG München vermochte aber weder in dem erst bei der Abholung des Pferdes ausgehändigten tierärztlichen Attest noch in besagten Äußerungen des Verkäufers ("Spitze", "Klasse", "in Ordnung", "dem fehlt nichts") die Übernahme einer derartigen Gewährleistung zu erblicken. Es wies daher das Wandelungsbegehren des Käufers als unbegründet zurück, ohne auf die forensische Beurteilung des "Leinewebens" näher einzugehen.

## 3. Diskussion

Das tierärztliche Attest war nicht Gegenstand der Kaufverhandlungen. Selbst, wenn man es aus den Begleitumständen heraus unter Berücksichtigung der Grundsätze von Treu und Glauben im Verkehr (§§ 133, 157 BGB) als Bestandteil der vertraglichen Absprachen betrachten wollte, so wäre dies auf den Ausgang des Rechtsstreites ohne Einfluß. Das Attest bezieht sich im wesentlichen auf das Fehlen von Hauptmängeln, wozu das "Leineweben" nicht gehört.

Wie aus den Akten hervorgeht, hatten die Parteien im vorliegenden Fall nahezu 2 Stunden lang über den Preis des Pferdes verhandelt. Die Redewendungen "Spitze", "Klasse" und "in Ordnung" fielen dabei ganz beiläufig, die Äußerung "dem fehlt nichts" gar erst nach erfolgtem Handschlag. Von einer vertragsmäßig bindenden Erklärung des Verkäufers, über das gesetzliche Maß hinaus haften zu wollen, kann daher nicht die Rede sein. In der Urteilsbegründung hat das AG München auf vergleichbare Umstände im Gebrauchtwagenhandel hingewiesen; "So reichen etwa im Gebrauchtwagenhandel derartige im Grunde jedes konkreten Inhaltes entbehrende Gemeinplätze grundsätzlich nicht für eine Zusicherung nach § 463 BGB aus ... Es ist daher nicht einzusehen, warum beim Gebrauchtwagen-

genkauf Wendungen wie 'prima', 'Spitze' oder 'fehlt nichts' Anpreisungen sein sollen, beim Pferdekauf aber Zusicherungen. Was bleibt denn sonst im Pferdehandel für die Reklame, die Anpreisung, übrig? ... Alle genannten Entscheidungen (in früheren Viehgewährschaftsfällen, Anmerkung des Verfassers) stammen aus einer Zeit, in der Vorstellungen vom 'ehrbaren Kaufmann' noch eine Rolle spielten. Warum sollen heute an die Aufrichtigkeit eines Viehhändlers höhere Anforderungen gestellt werden als an die Ehrlichkeit dessen, der Teppiche oder Kraftfahrzeuge verkauft?"

Nach alldem brauchte das Gericht im vorliegenden Fall nicht mehr zu klären, ob das "Weben" überhaupt einen Mangel i. S. des § 459 BGB darstellt und - wenn ja - ob dieser Mangel bereits vor der Übergabe bestanden hatte.

Der Käufer hat hier gegen alle Regeln der Vernunft gehandelt: Er hat als fachfremde Person (Architekt) ein Pferd zum Preis von DM 20.000,-- (1971!) per Handschlag erworben, ohne sich für irgendwelche Fehler Gewähr geben zu lassen - ein im heutigen Pferdehandel nicht untypischer Fall.

#### Fall Nr. 19

Dunkelbrauner Wallach, Hannoveraner, 4 J.

Vertragliche Haftungserweiterung:

"da ist nichts dran"

AG Achim, Urteil vom 17.12.1971 - 3 C 152/70

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Am 13.5.1970 erwarb der Kläger vom Beklagten den streitgegenständigen Wallach zum Preis von DM 5.000,--. Mit Schrei-

ben vom 16.6.1970 verlangte der Kläger wegen eines angeblichen chronischen Herzfehlers des Pferdes die Rückgängigmachung des Kaufes sowie den Ersatz der Nebenkosten.

#### Entscheidung des Gerichts:

Der Beklagte wurde antragsgemäß dazu verurteilt, dem Kläger Zug um Zug gegen Rückgabe des verkauften Pferdes den Kaufpreis zurückzuzahlen sowie die Nebenkosten zu erstatten (Futterkosten für den Zeitraum vom 16.5.1970 bis zum 31.10.1971 und Kosten der tierärztlichen Untersuchung in Höhe von insgesamt mehr als DM 4.000,--).

#### Entscheidungsgründe:

Der Kläger hatte bei den Kaufverhandlungen wiederholt erklärt, er brauche ein gesundes Pferd, das für Jagd- und Geländeritte geeignet sei. Auf die sinngemäße Frage, ob der Wallach gesund sei, hatte der Beklagte erwidert: "Da ist nichts dran". Mit dieser Erklärung hat der Beklagte die Gewährleistung dafür übernommen, daß das Pferd zum Zeitpunkt des Kaufabschlusses gesund und für den vom Käufer benötigten Zweck geeignet war. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Verkäufer bei Abgabe der Zusicherung einen etwa vorhandenen Fehler kannte oder nicht.

Aufgrund des Gutachtens einer tierärztlichen Hochschule steht fest, daß das verkaufte Pferd an einem chronischen Herzfehler leidet, der bereits bei der Übergabe an den Kläger am 15.5.1970 vorhanden gewesen sein muß. Der Gutachter kommt zu dem Ergebnis, daß die bei dem Wallach festgestellten Herzgeräusche pathologischer Natur sind, da sie - im Gegensatz zu unerheblichen sog. funktionellen Geräuschen - nicht nur zeitweise vorhanden sind, sondern bei Belastung des Pferdes bestehen bleiben oder sich verstärken. Diese Ausführungen decken sich mit dem Befund des erstuntersuchenden Tierarztes, der bei einer Untersuchung am 16.5.1970 ein "zischendes Nebengeräusch zwischen dem ersten und dem zwei-

ten Herzton in Ruhe und während Frequenzerhöhung" festgestellt hatte.

## 2. Besprechung

Im vorliegenden Fall war zunächst zu klären, ob der Verkäufer aufgrund besonderer vertraglicher Vereinbarungen die Gewährleistung für die Gesundheit des Pferdes übernommen hatte und - wenn ja - ob der vom Käufer gerügte Mangel (chronischer Herzfehler) die Kriterien eines Vertragsmangels (erheblich, verborgen, vor der Übernahme vorhanden) erfüllt. Das AG Achim hat beide Fragen bejaht und dem Käufer das Recht auf Wandelung des Kaufvertrages zuerkannt.

## 3. Diskussion

Der Käufer hat mit seinen wiederholten Erklärungen, er benötige ein gesundes Pferd für Jagd- und Geländेरitte, klar seinen Willen zum Ausdruck gebracht, den Verkäufer in einer die gesetzliche Haftung übersteigenden Weise zu verpflichten. Dessen Äußerung "da ist nichts dran" auf die Frage nach der Gesundheit des Tieres ist demnach als verbindliche Übernahme der Gewährleistung für nicht zu den Hauptmängeln gehörende Fehler i. S. des § 492 BGB zu verstehen.

Der vom Käufer gerügte Mangel fällt unter diese Gewährleistung. Wie sich aus dem tierärztlichen Gutachten ergibt, leidet der Wallach an einem chronischen Herzfehler, der bereits bei der Übergabe vorhanden gewesen sein muß und der seinen Wert und seine Tauglichkeit als Reitpferd erheblich mindert. Bezüglich der Unterscheidung zwischen pathologischen und unerheblichen "funktionellen" Herzgeräuschen wird auf die Ausführungen von Zeller (73) verwiesen.

Der Käufer hat es auch im vorliegenden Fall unterlassen, den Kaufvertrag schriftlich abzuschließen. Immerhin aber hat er seinen Willen, den Verkäufer zur Haftung für die Gesundheit

des Pferdes zu verpflichten, eindeutig zum Ausdruck gebracht und den Kaufvertrag vor Zeugen abgeschlossen.

Die mit der Untersuchung des Wallachs beauftragten Tierärzte haben bei der Abfassung ihrer Atteste teilweise schwerwiegende Fehler gemacht. So hat ein Tierarzt das Nationale des Pferdes unvollständig angegeben, ein anderer hat sich bei der Angabe des Untersuchungsdatums geirrt. Da solche Schriftstücke vor Gericht im Zweifelsfall keinerlei Beweiskraft haben, sei hier an die tierärztliche Sorgfaltspflicht appelliert. Auf die Pflicht zur Führung und Aufbewahrung von Patientenunterlagen im Rahmen von Ankaufsuntersuchungen hat Kraft (37) hingewiesen. Anschauliche Beispiele für eine ordnungsgemäße Angabe des Nationale finden sich in der Broschüre von Meyer, Kummer, Dencker (48).

Im Verlaufe der langen Prozeßdauer von mehr als 1 Jahr haben die Nebenkosten fast die Höhe des Kaufpreises erreicht, wobei v. a. die monatlichen Unterhaltskosten von DM 250,-- zu Buche schlagen. Der Verkäufer, der im Zuge der Wandelung zum Ersatz der Nebenkosten verpflichtet ist, hätte sich viel Geld gespart, wenn er das mangelhafte Pferd auf die Rüge des Käufers hin zurückgenommen hätte. Anscheinend hat der Verkäufer aber darauf vertraut, daß das Gericht in besagter Äußerung "da ist nichts dran" keine vertragliche Haftungserweiterung erblicken würde.

Fall Nr. 21

Warmblutwallach, 8 J.

Suspensiv bedingter Kauf:

Röntgenologische Untersuchung der Gliedmaßen als Voraussetzung der Übernahme

LG Braunschweig, Urteil vom 10.12.1975 - 17 O 138/75

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Verkäufer    Beklagte/Käufer  
Klage auf Kaufpreiszahlung

Am 6.4.1975 kauften die Beklagten vom Kläger einen 8jährigen Wallach zum Preis von DM 50.000,-- . DM 25.000,-- sollten sofort, die restlichen DM 25.000,-- am 15.5.1975 gezahlt werden. Im Kaufvertrag hieß es ferner:

".... Voraussetzung der Übernahme ist: Der Verkäufer läßt das Pferd auf Herz und Lunge untersuchen einschließlich Röntgenaufnahmen der vier Beine. Das Risiko tragen beide Parteien bis 15.5. ds. zur Hälfte ..."

Der Verkäufer ließ das Pferd am 7.4.1975 von dem Tierarzt Dr. B. untersuchen, am 8.4.1975 erfolgte die Übergabe. Die tierärztliche Bescheinigung des Dr. B. wies den Wallach als gesund aus:

"Die von mir vorgenommene klinische Untersuchung des Pferdes ... ergab, daß dasselbe frei war von irgendwelchen Krankheiterscheinungen, insbesondere auch frei von Erscheinungen, die auf das Vorhandensein eines Gewährmangels schließen lassen könnten. Die Röntgenuntersuchung zeigte keine krankhaften Veränderungen an beiden Vorderhufen sowie an den beiden Sprunggelenken."

Am 23.5.1975 ließen die Beklagten das Pferd von dem Tierarzt Dr. E. untersuchen. Dieser kam mit Bescheinigung gleichen Datums zu folgendem Ergebnis: "Die röntgenologische Un-

tersuchung ergab Knochenveränderungen im Sinne von Spat hinten beiderseits. Als Nebebefund wurden deutliche Veränderungen an beiden Strahlbeinen im Sinne einer chronisch deformierenden Hufrollenentzündung und Hufknorpelverknöcherung diagnostiziert." Vom Kauf des Pferdes wurde abgeraten. Als die Käufer daraufhin die Bezahlung des Restkaufpreises verweigerten, kam es zum Rechtsstreit.

#### Entscheidung des Gerichts:

Die Klage ist nicht begründet. Die Beklagten haben mit ihrer Weigerung, den restlichen Kaufpreis zu zahlen, in dieser Höhe ein Recht auf Minderung geltend gemacht. Hierzu sind sie gem. §§ 459, 462 BGB berechtigt.

#### Entscheidungsgründe:

Es muß als erwiesen gelten, daß das verkaufte Pferd bereits zum Zeitpunkt der Übergabe mit Spat behaftet war. Nach den Ausführungen des Sachverständigen, Prof. Dr. X., ließen die Röntgenaufnahmen, die der Kläger am 7.4.1975 von dem Tierarzt Dr. B. hatte anfertigen lassen, eindeutig Veränderungen im Sinne von Spat erkennen. Es ist durchaus möglich, daß der Wallach damals noch frei war von klinischen Erscheinungen einer Spaterkrankung. Gerade um ein Anfangsstadium von Spat feststellen zu können, hatte der Käufer aber die Röntgenaufnahmen gefordert.

Der Verkäufer hat diesen Mangel auch zu vertreten. Mit dem schriftlichen Kaufvertrag vom 6.4.1975 hat er die Gewähr dafür übernommen, daß das Pferd zum Zeitpunkt der Übergabe - soweit nach röntgenologischer Untersuchung feststellbar - an den Beinen gesund war.

Das Minderungsrecht der Beklagten ist auch nicht nach § 487 Abs. 1 BGB ausgeschlossen. Die Vorschriften der §§ 481 ff BGB über die Gewährleistung beim Viehkauf sind vertraglich abdingbar (Palandt, Kommentar zum BGB, 32. Auflage, Anm. 1 zu § 481 BGB). Sie sind hier durch die genannte Vertragsklausel insoweit abbedungen, als bei allen erheblichen Bein-

erkrankungen des Pferdes der Käufer sämtliche Gewährleistungsansprüche nach den allgemeinen Vorschriften der §§ 459 ff BGB haben sollte. Sonst hätten die Parteien nicht den Ausdruck gewählt, daß eine - positiv verlaufende - Untersuchung auf Herz und Lunge einschließlich Röntgenaufnahmen der vier Beine "Voraussetzung der Übernahme" sein sollte. -

Der Verkäufer des Pferdes hat inzwischen gegen den Tierarzt Dr. B. Klage erhoben.

## 2. Besprechung

Nach Auffassung des LG Braunschweig hat der Verkäufer mit dem schriftlichen Kaufvertrag vom 6.4.1975 die Gewähr für die Gesundheit der Gliedmaßen - soweit nach röntgenologischer Untersuchung feststellbar - übernommen. Aufgrund des Sachverständigengutachtens, wonach die am 7.4.1975 angefertigten Röntgenaufnahmen deutliche Veränderungen im Sinne von Spat erkennen ließen, wurde dem Käufer das Recht auf Minderung in Höhe des restlichen Kaufpreises zuerkannt.

## 3. Diskussion

Da die Anfangsstadien von Spat und Podotrochlose nicht mit Lahmheit verbunden sind, klinisch also nicht oder nur bei entsprechender Provokation (Beugeproben) nachweisbar sind, hatte der Käufer eine röntgenologische Untersuchung der Gliedmaßen zur Voraussetzung der Übernahme gemacht. Bei einem Kaufpreis von DM 50.000,-- erscheint dies auch angebracht. Ein derartiger suspensiv bedingter Kauf stellt hohe Anforderung an Können, Sorgfalt und Erfahrung des untersuchenden Tierarztes. Beim suspensiv bedingten Kauf sollten eigentlich keine Rechtsstreitigkeiten entstehen, da ja der Käufer das Tier nicht abzunehmen braucht, wenn die Untersuchung irgendwelche Beanstandungen ergibt. Im vorliegenden Fall hat allerdings der erstuntersuchende Tierarzt die Rönt-

genaufnahmen fehlerhaft interpretiert, wodurch der ganze Rechtsstreit in Gang gesetzt wurde. Der Verkäufer des Pferdes hat, nachdem seine Klage auf Kaufpreiszahlung abgewiesen wurde, gegen diesen Tierarzt Klage erhoben. An die tierärztliche Sorgfaltspflicht werden also gerade im Rahmen von Ankaufsuntersuchungen bei Pferden heute hohe Anforderungen gestellt (31). Wie problematisch die Einbeziehung von Röntgenaufnahmen in die Ankaufsuntersuchung ist, zeigt der vorliegende Fall, in dem von 3 Tierärzten sich teilweise widersprechende Befunde erhoben wurden. Zeller und Hertsch (74) haben in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die Röntgenuntersuchung als Methode der Früherkennung degenerativer Gelenkserkrankungen nicht überschätzt werden sollte.

#### Fall Nr. 23

Warmblutwallach, 4 J.

Vertragliche Haftungserweiterung:

Gewährleistung "gesund und fehlerfrei"

LG München II, Urteil vom 24.10.1962 - 5 O 59/61

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Verkäufer      Beklagter/Käufer  
Klage auf Kaufpreiszahlung

Die Parteien schlossen am 8.11.1960 auf einem Pferdemarkt in Münster/Westf. einen schriftlichen Kaufvertrag folgenden Inhalts:

"E. B. aus P., Obb., kauft heute von Herrn B. aus A. bei Münster/Westf. Wallach, geb. 1.4.1956, zum Preis von DM 1.470,--. Der Verkäufer garantiert, daß das Pferd gesund,

fromm und fehlerfrei ist und beim Beschlagen keine Schwierigkeiten macht ..."

Als bald nach der Übergabe bemerkte der Käufer, daß an den Fesselgelenken des Pferdes nach längerem Stehen jeweils starke Schwellungen auftraten. Unter Hinweis auf dieses "Anlaufen", insbesondere der Hinterbeine, verlangte er mit Schreiben vom 19.11.1960 die Rückgängigmachung des Kaufes. Der Verkäufer wies dieses Wandlungsbegehren als unbegründet zurück und erhob seinerseits Klage auf Kaufpreiszahlung. Das Pferd sei bei der Übergabe fehlerfrei gewesen. Selbst nach mehrtägiger Stallruhe habe es nie angelaufene Beine gehabt. Allenfalls sei es auf dem langen Eisenbahntransport nach Bayern zu Schaden gekommen. Der Käufer könne ohnehin keine Ansprüche geltend machen, da der Gebrauch des Pferdes in keiner Weise eingeschränkt sei.

#### Entscheidung des Gerichts:

Der Klage ist stattzugeben. Der Beklagte kann die Zahlung des Kaufpreises nicht verweigern, da ihm ein Anspruch auf Wandelung des Kaufvertrages nicht zusteht.

#### Entscheidungsgründe:

In dem schriftlichen Kaufvertrag hat der Kläger ausdrücklich die Garantie für Gesundheit, Fehlerfreiheit und Frommheit des Pferdes übernommen. Dem Wortlaut nach könnte zunächst an einen Garantievertrag gedacht werden. Das Wesen eines solchen Garantievertrages besteht darin, daß das zugesicherte tatsächliche oder rechtliche Verhältnis nicht nur im Zeitpunkt des Gefahrüberganges, sondern auch für die Zukunft bestehen soll (Stölzle-Graminger, Viehkauf, 7. Aufl. 1935, S. 380; Palandt, BGB, 20. Aufl. § 459 Anm. 7).

Im Viehgewährschaftsrecht geht der Parteiwille jedoch regelmäßig nicht in diese Richtung. Es wird vielmehr nur Gewährleistung, nicht Abschluß eines Garantievertrages erstrebt (Stölzle-Graminger a. a. O., S. 383). Die Erklärung des

Klägers vom 8.11.1960 bedeutet demnach, daß er i. S. des § 492 BGB hinsichtlich eines nicht zu den Hauptmängeln gehörenden Fehlers die Gewährleistung im Ausmaß des § 459 BGB übernommen hat. Demnach kann er nur dann haftbar gemacht werden, wenn das Tier zum Zeitpunkt des Gefahrüberganges mit einem Fehler behaftet war, der den Wert oder die Tauglichkeit zu dem gewöhnlichen oder dem nach dem Vertrag vorausgesetzten Gebrauch aufhob oder erheblich minderte.

Solcher Art ist der vom Beklagten gerügte Mangel nicht gewesen. Der sachverständige Zeuge, Tierarzt Dr. X., bewertete die statischen Ödeme an den Hinterbeinen des Pferdes als unbedeutenden Schönheitsfehler, da sie die Leistungsfähigkeit des Tieres nicht beeinträchtigt hätten. Ein von einer Tierärztlichen Hochschule erstelltes Gutachten beinhaltet folgendes Ergebnis:

"Bei einem Reitpferd der vorliegenden Preisklasse stellt das nach längerem Stehen regelmäßig auftretende Anschwellen der Hinterbeine bis zu den Fesselgelenken keinen erheblichen Mangel dar, wenn es nicht mit Lahmheit verbunden ist ..."

Nach alldem ist der Beklagte gem. § 433 Abs. 2 BGB verpflichtet, dem Kläger den vereinbarten Kaufpreis von DM 1.470,-- zu bezahlen.

## 2. Besprechung

Im vorliegenden Fall galt es zu klären, welche Bedeutung dem Passus "gesund und fehlerfrei" in einem Pferdekaufvertrag zukommt. Das LG München II hat hierzu die Auffassung vertreten, daß der Verkäufer nur für erhebliche Fehler einzustehen habe. Bei unerheblichen Fehlern, wozu das "Anlaufen" der Hinterbeine gehöre, könne der Käufer die Zahlung des Kaufpreises nicht verweigern.

### 3. Diskussion

Wollte man in der Garantie für Gesundheit und Fehlerfreiheit die Zusicherung von Eigenschaften erblicken, so könnte der Käufer bei Vorliegen eines auch nur unerheblichen Fehlers Wandelung oder Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen. Im Falle der Zusicherung einer Eigenschaft haftet der Verkäufer nämlich auch für eine unerhebliche Abweichung von der zugesicherten Beschaffenheit des Tieres oder für eine unerhebliche Minderung des Wertes (8). In dem Passus "gesund und fehlerfrei" ist daher lediglich die Gewährleistung für Fehler zu erblicken, wobei das Ausmaß der Haftung durch den § 459 BGB bestimmt wird (§ 459 [1], Satz 2: "Eine unerhebliche Minderung des Wertes oder der Tauglichkeit kommt nicht in Betracht."). Bei der Beurteilung der Erheblichkeit spielen nicht nur Art und Ausmaß des Fehlers, sondern auch der Kaufpreis und der Gebrauchszweck des Pferdes eine Rolle. Eikmeier (23) schreibt hierzu: "Unbedingt erforderlich ist, daß sich die Erheblichkeit des Mangels innerhalb der Klagefrist (6 Wochen) zeigt. Man kann eine Erheblichkeit nicht damit begründen, daß die Erkrankung mit großer Wahrscheinlichkeit oder Sicherheit in Monaten oder Jahren zur Minderung oder Aufhebung der Gebrauchsfähigkeit führt. Die beschränkte oder aufgehobene Tauglichkeit, also die Atembeschwerde, die Lahmheit usw. müssen innerhalb der Klagefrist nachweisbar sein." Bei Fröhner (27) heißt es hierzu: "Auch die als Spat, Hasenhacke und Schale bezeichneten Krankheiten am Sprunggelenk und Krongelenk sowie die Überbeine am Metakarpus besitzen nur dann die Eigenschaft eines Gewährmangels, wenn sie Lahmheit verursachen. Eine Spatexostose ohne Lahmheit ist nur bei teuren Luxuspferden ein erheblicher Fehler." Nach alledem stellt das "Anlaufen" der Hinterbeine, wenn es nicht mit Lahmheit verbunden ist, bei einem gewöhnlichen Reitpferd der unteren Preisklasse keinen erheblichen Mangel dar.

Die Gewährleistung "gesund und fehlerfrei" bietet dem Käufer Schutz bei allen verkehrswesentlichen Fehlern und verhindert gleichzeitig, daß die Haftung des Verkäufers in unbilliger Weise (z. B. bei Schönheitsfehlern) in Anspruch genommen wird. Sie stellt aber auch besonders hohe Anforderungen an die Sorgfaltspflicht des beteiligten Tierarztes.

Die nachstehenden Fälle Nr. 25, 26 und 27 betreffen Rechtsstreitigkeiten aus Auktionskauf.

#### Fall Nr. 25

Vollblutjährling, Kryptorchide

Haftungsbeschränkung auf gesetzliche Fehler (Hauptmängel)

BGH-Urteil vom 05.10.1966 - VIII ZR 134/64

(NJW 66, 2352/2353)

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Der Kläger ersteigerte am 29.9.1961 auf der vom Direktorium für Vollblut-Zucht und Rennen e. V. (DVR) veranstalteten Jährlingsauktion den am 21.3.1960 geborenen Hengst "N" aus dem Gestüt der Beklagten zum Preis von DM 17.000,--. In Nr. 14 der Versteigerungsbedingungen war bestimmt: " ... Der Verkäufer haftet für gesetzliche Fehler ...".

Unstreitig handelte es sich bei dem ersteigerten Pferd um einen Kryptorchiden. Im Hinblick auf diesen Fehler begehrte der Kläger Wandelung des Kaufvertrages sowie Erstattung der Futter- und Pflegekosten und verlangte mit der Klage DM 19.718,-- nebst Zinsen Zug um Zug gegen Rückgabe des Hengstes.

Die Klage wurde in allen Instanzen und schließlich auch vom BGH abgewiesen.

Entscheidungsgründe:

Der BGH schloß sich in der Auslegung der Nr. 14 der Versteigerungsbedingungen der Auffassung der beiden Vorinstanzen an, wonach der Veräußerer eines auf der Auktion versteigerten Jährlings nur für die Hauptmängel i. S. der Kaiserlichen Verordnung einzustehen hat, zu denen Kryptorchismus nicht gehört.

Die Revision hatte demgegenüber die Auffassung vertreten, daß unter "gesetzlichen Fehlern" alle Fehler zu verstehen seien, an die in Gesetzen Rechtsfolgen geknüpft werden. Sie verwies auf die 4. Durchführungsverordnung zum Tierzuchtgesetz vom 17.3.1953 (Bundesanzeiger Nr. 137 v. 31.7.1953), wonach ein Hengst nicht gekört werden darf, wenn er an einem erheblichen Mangel der Geschlechtsorgane leidet. Auch aus der Fassung der Bestimmung: "Der Verkäufer haftet für gesetzliche Fehler" und nicht: "für die gesetzlichen Fehler" wollte die Revision entnehmen, daß die Haftung nicht auf Hauptmängel i. S. der Kaiserlichen Verordnung beschränkt sei. Allerdings ist die Nr. 14 der Versteigerungsbedingungen im Jahre 1962 dahingehend ergänzt worden, daß der Verkäufer für das Vorhandensein und die normale Lage beider Hoden zu haften habe. Der BGH sah hierin eine grundsätzliche Neuregelung und nicht etwa die Klarstellung eines bereits früher geltenden Rechtszustandes. Nach der Auskunft des DVR wurde nämlich bis zum Jahre 1961 einschließlich nur die Angabe der gesetzlich festgelegten sog. Gewährmängel gefordert, obwohl bereits vor 1962 mehrfach Streitigkeiten im Anschluß an Verkäufe von Kryptorchiden aufgetreten waren. Von einer einheitlichen Ansicht dahin, bei Kryptorchismus eines verkauften Hengstes greife die Mängelhaftung Platz, konnte daher - jedenfalls bis incl. 1961 - keine Rede sein.

## 2. Besprechung

Im vorliegenden Fall galt es zu klären, ob der Käufer eines Kryptorchiden Hengstes Wandelung verlangen kann, wenn die Haftung des Veräußerers in den Versteigerungsbedingungen ausdrücklich auf "gesetzliche Fehler" beschränkt ist. Das Wandelungsbegehren des Käufers wurde in allen Instanzen und schließlich auch vom BGH als unbegründet zurückgewiesen. Die Gerichte vertraten dabei die Auffassung, daß der Veräußerer nur die Hauptmängel i. S. der Kaiserlichen Verordnung zu vertreten habe. Der BGH wies darauf hin, daß der Verkäufer im Viehhandel für fahrlässig unrichtige Angaben über die Beschaffenheit des Tieres oder für fahrlässiges Verschweigen von Fehlern, die nicht zu den Hauptmängeln gehören, nicht zu haften hat.

## 3. Diskussion

Aus tiermedizinischer wie tierzüchterischer Sicht ist der Kryptorchismus als erheblicher Fehler zu betrachten. Der Käufer hat demnach im vorliegenden Fall für gutes Geld eine mangelhafte Ware erhalten. Die Ablehnung seines Wandelungsanspruchs - mag sie auch aus juristischer Sicht in Ordnung gehen - verstößt gegen das subjektive Rechtsempfinden. Offensichtlich erschien auch dem Veranstalter der Auktion der fehlende Schutz des Käufers bei Kryptorchismus unbefriedigend, wie sich aus der nachträglichen Ergänzung der Versteigerungsbedingungen entnehmen läßt. Allerdings ist auch zu bemerken, daß der Käufer den Mangel des Pferdes bei entsprechender Aufmerksamkeit hätte erkennen müssen.

Fall Nr. 26

Dunkelbrauner Wallach, Hannoveraner  
Unverbindliche Anpreisung oder Zusicherung von Eigenschaften?  
"gleichmäßige Trabarbeit", "viel Galoppiervermögen"

OLG Celle, Urteil vom 18.12.1975 - 7 U 117/74  
(NJW 76, 1507/1508)

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Verkäufer    Beklagter/Käufer  
Klage auf Kaufpreiszahlung

Der Beklagte erwarb am 27.10.1973 auf einer Versteigerung Hannoverscher Warmblutpferde, die von den Klägern durchgeführt wurde, zum Preis von DM 6.000,- den Wallach "F". Vorbesitzer dieses Tieres war der Zeuge S.. Der Versteigerungskatalog schilderte das Pferd wie folgt: "Vorwärtsdrang, der sich gut regulieren läßt. Mut und Ausdauer zeichnen diesen harten Dunkelbraunen aus. Sofort einsatzbereit. Gleichmäßige Trabarbeit, viel Galoppiervermögen". In den Versteigerungsbedingungen hieß es u. a.: "... 9. Die Pferde sind vor der Auktion in bezug auf Gewährmängel auf Augen, Kehlkopfpfeifen und Dämpfigkeit tierärztlich untersucht. Über das Ergebnis dieser Untersuchung wird ein Zeugnis ausgestellt. In diesem Zeugnis etwa festgestellte Mängel werden bekanntgegeben. Im Übrigen werden die Pferde gekauft wie besehen. Der Verkäufer haftet nach den bürgerlich-rechtlichen Bestimmungen über die Haftung für Gewährmängel (§ 482 BGB). Eine weitergehende Haftung erfolgt nicht. Eine Haftung des Veranstalters ist gänzlich ausgeschlossen ...".

Bereits am 29.10.1973 zeigte sich bei dem Wallach vorn links eine Gleichbeinlahmheit, die seine Verwendung als Reitpferd ausschloß. Der Beklagte zeigte den Mangel sofort gegenüber

dem Verkäufer an und verlangte die Rückgängigmachung des Kaufvertrages. Der Verkäufer lehnte dies ab, und die Veranstalter der Auktion erhoben Klage auf Zahlung des Kaufpreises.

In erster Instanz wurde die Zahlungsklage abgewiesen; das OLG Celle als Berufungsgericht hat den Beklagten jedoch antragsgemäß verurteilt.

Entscheidungsgründe:

Der Beklagte kann die Zahlung aus keinem rechtlichen Grund verweigern, hat insbesondere den Kaufvertrag nicht mit Erfolg gewandelt.

Der Beklagte kann seine Gewährleistungsansprüche nicht auf § 482 Abs. 1 BGB stützen. Er hat keinen Hauptmangel i. S. dieser Vorschrift oder der Kaiserlichen Verordnung behauptet. Der Verkäufer hat ferner nicht die Gewährleistung für Nebenmängel übernommen. Insbesondere hat er dies nicht für die Gesundheit des Pferdes getan. Das Ausmaß seiner vertraglichen Haftung ergibt sich aus den Nummern 9 und 10 der Versteigerungsbedingungen. Ferner haftet er für die Richtigkeit der angegebenen Abstammungen, gegebenenfalls der Angaben über Turniererfolge sowie nach den bürgerlich-rechtlichen Bestimmungen. Durch den besonderen Hinweis auf § 482 BGB und die tierärztliche Untersuchung ist hinreichend deutlich herausgestellt, daß eine darüber hinausgehende Haftung nicht erfolgen soll.

Der Verkäufer hat auch keine bestimmte Eigenschaft des Tieres zugesichert. Er hat dies insbesondere nicht im Hinblick auf die Eignung des Pferdes als Reitpferd getan. In der bloßen Angabe des Verwendungszweckes ist noch keine vertragliche Zusicherung zu sehen, ebenso wenig in der Beschreibung des Pferdes auf S. 41 des Kataloges.

Bei Begriffen wie "gleichmäßige Trabarbeit" und "viel Galoppiervermögen" handelt es sich nicht um bindende rechtsgeschäftliche Erklärungen des Verkäufers. Beide Begriffe ent-

halten nicht meßbare Angaben; ihre Auslegung hängt weitgehend von der mehr oder weniger sachverständigen Einschätzung der Interessenten ab. Bei den Personen, an die sich der Katalog wendet, kann besondere Sachkunde vorausgesetzt werden. Derartige Personen machen den Kaufentschluß i. d. R. von ihrem persönlichen Eindruck abhängig. Um ihnen eine Prüfungsmöglichkeit zu geben, werden ihnen die Pferde in der Bewegung an der Hand, unter dem Reiter und im Freispringen vorgeführt. In der Beschreibung des Pferdes auf S. 41 des Versteigerungskataloges ist somit nicht die Zusicherung einer besonderen Eigenschaft i. S. des § 492 BGB anzunehmen.

2. Die Besprechung und Diskussion von Fall Nr. 26 erfolgt gemeinsam mit Fall Nr. 27.

#### Fall Nr. 27

Brauner Wallach, Hannoveraner

Unverbindliche Anpreisung oder Zusicherung einer Eigenschaft?

"Überragend in allen drei Grundgangarten"

LG Verden, Urteil vom 11.10.1973 - 4 C 307/73

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Verkäufer      Beklagter/Käufer  
Klage auf Kaufpreiszahlung

Die Parteien sind Pferdeliebhaber und -züchter. Am 29.4.1973 ersteigerte der Beklagte in N. auf der 12. Versteigerung Hannoverscher Warmblutpferde vom Kläger den Wallach "L" für DM 8.200,--.

In den Versteigerungsbedingungen hieß es u. a.:

- "1. Während der Versteigerung wird das zu verkaufende Pferd unter dem Reiter oder an der Hand vorgestellt. Die Reitpferde sind 4 bzw. 6 Wochen vor der Veranstaltung in der Reitbahn zusammengezogen ...
3. Die Reitpferde sind vor der Auktion auf Gewährmängel tierärztlich untersucht. Über das Ergebnis dieser Untersuchung wird ein Zeugnis ausgestellt. Sichtbare Fehler werden nicht mehr bekanntgegeben. Im Übrigen haftet der Aussteller nach den bürgerlich-rechtlichen Bestimmungen über die Haftung für Gewährmängel."

Das Pferd "L" war im Versteigerungskatalog unter dem Abschnitt Klasse IV - Reitpferde - aufgeführt und wie folgt charakterisiert: "Ausgeglichener Lateran-Enkel aus Züchterstall. Hochnobel und selbstbewußt im Gehabe. In allen drei Grundgangarten überragend, elastisch aus dem Rücken heraus. Als Nachkomme bedeutender Springpferdevererber überdurchschnittliches Springen in großer Manier. Im ganzen ein bedeutendes Pferd. Mehrere Reitjagden mit Erfolg absolviert." Bereits 2 Tage nach der Versteigerung wurde bei dem Pferd Hahnentritt festgestellt. Unter Hinweis auf diesen Mangel verlangte der Beklagte mit Schreiben vom 7.5.1973 die Rückgängigmachung des Kaufvertrages. Wie er geltend machte, sei der Fehler beim Verkauf nicht zu sehen gewesen, da Hahnentritt sich jeweils nur zu Beginn der Bewegung zeige, um sich nach längerem Zureiten zu verlieren. Es habe somit ein eindeutiges Täuschungsmanöver vorgelegen. Der Verkäufer kam diesem Verlangen jedoch nicht nach, sondern erhob Klage auf Kaufpreiszahlung.

#### Entscheidung des Gerichts:

Die Klage ist nicht begründet. Dem Kläger steht der geltend gemachte Kaufpreisanspruch (§ 433 Abs. 2 BGB) nicht zu, weil der Beklagte mit seinem Schreiben vom 7.5.1973 zu Recht die Wandelung gem. den §§ 492, 487 BGB erklärt hat.

#### Entscheidungsgründe:

Unstreitig litt das Pferd "L" an Hahnentritt. Nach Boden-Wimmer, Hippologisches Lexikon, 2. Auflage, Frankfurt/Main und Wien 1961, handelt es sich beim Hahnentritt um "zucken-des Emporheben der Hinterbeine mit Anwinkeln des Sprunggelenkes", wobei diese Unart ein Anzeichen für eine Späterkrankung oder ein Nervenleiden sein kann.

Nach Auffassung des Gerichts sind die Angaben im Versteigerungskatalog keine unverbindlichen Anpreisungen, sondern zumindest teilweise, insbesondere was die Beschreibung des Ganges des Tieres betrifft, Zusicherungen von Eigenschaften. Bei Formulierungen wie "hübsche, formschöne, muskelversprechende Jünglinge" oder "eleganter, bildschöner, pffiffiger Brauner" handelt es sich um unbeachtliche, völlig unnachprüfbare Charakterisierungen, die genauso gut unterbleiben könnten und die an Reklamen für Massenindustrieprodukte erinnern. Der Vermerk "in allen drei Grundgangarten überragend" beinhaltet demgegenüber eine ganz konkrete, sachliche Angabe, die sich speziell auf das Pferd "L" bezieht. Somit handelt es sich hierbei um die verbindliche Zusicherung einer Eigenschaft und nicht um eine allgemeine Anpreisung. Ein Pferd, das wegen Hahnentritts nicht einmal "normal" geht, kann aber nicht "überragend in allen drei Grundgangarten" sein. Diese Zusicherung muß sich der Beklagte zurechnen lassen, auch wenn er keinen Einfluß auf die Gestaltung des Kataloges gehabt hat, da der Auktionator als sein Vertreter und Erfüllungsgehilfe zu betrachten ist.

## 2. Gemeinsame Besprechung der Fälle Nr. 26 und 27

In diesen beiden Fällen galt es zu klären, ob in der Beschreibung eines Pferdes im Versteigerungskatalog eine verbindliche Zusicherung von Eigenschaften erblickt werden kann, die die Haftung des Verkäufers über das in den Versteigerungsbedingungen angegebene Maß hinaus erweitert. Das OLG Celle hat diese Frage im Fall Nr. 26 verneint und den Käufer eines an Gleichbeinlahmheit leidenden Pferdes zur Zahlung des Kaufpreises verurteilt. Das LG Verden hat demgegenüber im Fall Nr. 27 die Katalogbeschreibung "in allen Grundgangarten überragend" als Zusicherung einer Eigenschaft bewertet und dem Käufer eines an Hahnentritt leidenden Pferdes das Recht auf Wandelung zuerkannt.

Zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen zum Auktionskauf. Die Auktionsbestimmungen sind als Allgemeine Geschäftsbestimmungen (AGB) einzustufen. Sie werden vom Veranstalter einseitig aufgestellt und sind für die an der Auktion Beteiligten und die hierbei zustandegekommenen Geschäfte verbindlich. Mit der Abgabe seines Gebotes erkennt der Käufer die Auktionsbedingungen im Wege schlüssigen Verhaltens (also stillschweigend) an. Um eine Schlechterstellung des Käufers zu verhindern, finden derartige AGB dort ihre Grenze, wo sie gegen die Grundsätze von Treu und Glauben (§ 242 BGB) verstoßen. Außerdem wurden im AGB-Gesetz vom 9.12.1976 bestimmte Klauseln für unwirksam erklärt, so etwa der Ausschluß der Haftung für grobe Fahrlässigkeit.

Im Übrigen bleibt es Veräußerer und Ersteher unbelassen, sich auf ergänzende, individuelle Konditionen zu einigen. Diese gehen den Versteigerungsbedingungen immer unbedingt vor.

## 3. Gemeinsame Diskussion der Fälle Nr. 26 und 27

Nach den Grundsätzen von Treu und Glauben ist eine Haftung des Verkäufers für im Auktionskatalog erwähnte konkrete

Eigenschaften eines Pferdes auch dann anzunehmen, wenn die Versteigerungsbedingungen lediglich eine Gewährleistung für Hauptmängel vorsehen. Hier stellt sich allerdings wieder die für das Viehgewährschaftsrecht typische Frage nach der Grenze zwischen unverbindlicher Anpreisung und verbindlicher Zusicherung einer Eigenschaft. Das OLG Celle hat in Fall Nr. 26 der allgemeinen Rechtsauffassung folgend einen strengen Maßstab angelegt und die Angaben im Auktionskatalog als allgemeine Anpreisung gewertet. Aus juristischer Sicht geht dieses Urteil sicher in Ordnung, hat doch z. B. auch in Fall Nr. 17 das AG München Redewendungen des Verkäufers wie "Spitze", "Klasse", "in Ordnung" als nichtssagende Anpreisung gewertet. Dem subjektiven Rechtsempfinden entspricht allerdings eher die Entscheidung des LG Verden, das in der Angabe "Überragend in allen Grundgangarten" die verbindliche Zusicherung einer Eigenschaft erblickte und dem Käufer eines an Hahnentritt leidenden Pferdes das Recht auf Wandelung zuerkannte. Von einem "Reitpferd" erwartet man eben, daß es frei von Mängeln ist, die seine reiterliche Tauglichkeit einschränken.

Meines Erachtens besteht kein wesentlicher Unterschied zwischen den Angaben "Überragend in allen Grundgangarten" in Fall Nr. 27 und den Begriffen "gleichmäßige Trabarbeit" und "viel Galoppiervermögen" in Fall Nr. 26. Der unterschiedliche Ausgang so gleichliegender Fälle erscheint sehr problematisch. Um die hier bestehende Rechtsunsicherheit zu beseitigen, erscheint eine Änderung der Auktionsbestimmungen dringend angebracht. Der Veräußerer eines Reitpferdes sollte über die gesetzliche Haftung hinaus alle erheblichen Gliedmaßenkrankungen zu vertreten haben. Zumindest aber sollten derartige unverbindliche Anpreisungen wie "viel Galoppiervermögen" oder "gleichmäßige Trabarbeit" im Auktionskatalog deutlich als solche gekennzeichnet sein, um den Käufer nicht irrezuführen. Außerdem ist dem Käufer dringend anzuraten, individuelle Abreden mit dem Veräußerer zu treffen, zumal diese den Versteigerungsbedingungen unbedingt vorgehen.

Sowohl die Gleichbeinlahmheit als auch der Hahnentritt waren bereits am zweiten Tag nach der Übergabe festgestellt worden. Die bei Reitpferden grundsätzlich als erheblich zu bewertende Gleichbeinlahmheit kann sich keinesfalls innerhalb dieser kurzen Zeit entwickelt haben (1). Die Vermutung liegt nahe, daß dem Veräußerer der Mangel des Pferdes bekannt war. Der Käufer hätte daher vielleicht nicht auf Wandelung klagen, sondern den Kaufvertrag wegen arglistiger Täuschung anfechten sollen. Was den Hahnentritt anbelangt, so zeigt sich dieser häufig nur im Schritt. Wurde das Pferd im Fall Nr. 27 nur im Trab vorgeführt, so ist hierin unter Umständen ebenfalls ein unlauteres Verhalten des Veräußerers zu erblicken. Wie die Fälle Nr. 26 und 27 zeigen, sollte ein Kaufinteressent die für ihn in Frage kommenden Pferde unbedingt vor der Auktion besichtigen, wozu i. d. R. auch ausreichend Gelegenheit besteht.

Die nachstehenden Fälle Nr. 20 und Nr. 24 betreffen das Problem der arglistigen Täuschung.

#### Fall Nr. 20

Rappwallach, Hannoveraner, 7 J.

Arglistige Täuschung:

Unwahre Herkunftsangabe beim Verkauf eines Reitpferdes

AG Coburg, Urteil vom 7.3.1962 - 4 C 402/61

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Anfechtung des Kaufvertrages

Der Kläger hatte den Beklagten, einen Pferdehändler, beauftragt, einen zuverlässigen Rappen zu besorgen, der als Gewichtsträger geeignet wäre. Am 15.3.1961 kam zwischen den Parteien ein schriftlicher Kaufvertrag über das streitgegenständliche Pferd zum Preis von DM 3.100,-- zustande. In dem Vertrag hieß es u. a.:

" ... Garantiert wird dem Käufer auch für evtl. benannte außergesetzliche Fehler auf die Dauer von 14 Tagen, wobei hervorgehoben wird, daß nur die in dieser Urkunde niedergelegten Garantien Gültigkeit haben und alle anderen Abmachungen wirkungslos werden.

Gesetzliche Garantie, fromm, A-geritten (Dressur und Springen), geländefromm, schmiede- und straßensicher.

Sollte das Pferd der gegebenen Garantie nicht entsprechen, so geht es zurück!"

Wie sich bereits wenige Tage nach der Übergabe herausstellte, war das Pferd wegen chronischer Schulterlahmheit zum Reiten nicht zu gebrauchen. Da sich der Beklagte weigerte, den Rappen zurückzunehmen, kam es zum Rechtsstreit. Der Kläger machte geltend, der Beklagte habe bei den Kaufverhandlungen wahrheitswidrig erklärt, daß das Pferd aus dem Raum Bremen stamme und daß es gesund und als Gewichtsträger geeignet sei. In Wahrheit stamme es aus dem Landkreis Lichtenfels und sei vom Vorbesitzer wegen der Lahmheit verkauft worden.

#### Entscheidung des Gerichts:

Der Anfechtungsklage ist stattzugeben (§ 123 BGB). Infolge Nichtigkeit des Kaufvertrages von Anfang an ist der Beklagte verpflichtet, den Kaufpreis zurückzuzahlen und die Transportkosten zu ersetzen (§ 812 BGB).

#### Entscheidungsgründe:

Der Kläger ist durch arglistige Täuschung über die Herkunft des Pferdes zum Kaufabschluß bestimmt worden. Der Beklagte war an sich nicht verpflichtet, die Herkunft des Pferdes zu

offenbaren; eine solche Offenbarung lag allein in seinem freien Willen. Dies erlaubte es ihm aber nicht, unwahre Herkunftangaben zu machen. Wenn er dem Kläger schon nicht mitteilen wollte, daß er das Pferd von einem Landwirt in einem nur wenige Kilometer entfernten Nachbarort erworben hatte, so durfte er auch nicht der Wahrheit zuwider behaupten, daß es aus dem Raum Bremen komme.

Der Beklagte hat sich dieser Unwahrheit bedient, um dem Kläger die Möglichkeit zu nehmen, sich vor Abschluß des Kaufvertrages beim Vorbesitzer über das Pferd zu erkundigen. Von diesem hätte der Kläger gewiß erfahren, daß der Wallach an chronischer Schulterlahmheit litt und deswegen auch aus der Tierlebensversicherung ausgeschlossen worden war. Ein Wissen hiervon hätte ihn nach der Überzeugung des Gerichtes vom Kauf abgehalten.

2. Die Besprechung und Diskussion von Fall Nr. 20 erfolgt gemeinsam mit Fall Nr. 24.

#### Fall Nr. 24

Warmblutstute, Rappschimmel, 6 J.

Arglistige Täuschung:

Einseitige Blindheit eines Turnierpferdes

LG Bamberg, Urteil vom 26.1.1971 - 2 O 66/70

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer    Beklagter/Verkäufer  
Anfechtung des Kaufvertrages

Der Kläger erwarb das streitgegenständliche Pferd am 9.9.1970 vom Beklagten zum Preis von DM 4.000,--. Die Stute sollte im Turniersport Verwendung finden. Nach 3 Wochen - bis dahin

hatte er nichts Auffälliges bemerkt - erfuhr der Kläger, daß das verkaufte Pferd, wie im örtlichen Reitclub angeblich allgemein bekannt, auf dem linken Auge blind sei. Eine tierärztliche Untersuchung bestätigte die einseitige Blindheit des Pferdes. Daraufhin ließ der Kläger am 5.10.1970 seine Vertragserklärung wegen arglistiger Täuschung anfechten. Der Beklagte habe ihm bei den Kaufverhandlungen wider besseres Wissen zugesichert, daß das Pferd gesund und in Ordnung sei. Der Beklagte behauptet demgegenüber, er habe den Kläger lediglich aufgefordert, sich das Pferd genau anzusehen und es auszuprobieren. Dann hätten sie den Vertrag ohne weitere Vereinbarungen durch Handschrift abgeschlossen. Im Übrigen seien etwaige Ansprüche des Klägers bereits verjährt.

#### Entscheidung des Gerichts:

Der Klage ist stattzugeben. Der Anspruch auf Rückgewähr des Kaufpreises Zug um Zug gegen Rückgabe des Pferdes ergibt sich aus den §§ 123, 142, 812 BGB. Die Rechte aus § 123 BGB werden nicht durch Ansprüche aus den §§ 459 ff BGB ausgeschlossen (Palandt, 29. Aufl., § 123, Anm. 1 b).

#### Entscheidungsgründe:

Unbestritten hatte der Beklagte von der einseitigen Blindheit des Pferdes gewußt. Es kann dahingestellt bleiben, ob er dem Kläger ausdrücklich die Gesundheit des Pferdes zugesichert hat. Eine arglistige Täuschung ist auch im Verschweigen von Tatsachen zu erblicken, wenn gem. § 242 BGB eine Verpflichtung gegeben ist, auf Mängel hinzuweisen (s. Palandt, 29. Aufl., § 123, Anm. 2 c).

Eine solche Pflicht hat der Beklagte im vorliegenden Fall verletzt. Wie ihm bekannt war, sollte die Stute im Turniersport eingesetzt werden. Ein auf einem Auge erblindetes Pferd ist aber für einen sportlichen Verwendungszweck untauglich (Unvermögen des plastischen Sehens).

## 2. Gemeinsame Besprechung der Fälle Nr. 20 und Nr. 24

In beiden Fällen hat der Käufer eines Reitpferdes die Anfechtung des Kaufvertrages wegen arglistiger Täuschung erklärt. Auf die rechtlichen Bestimmungen bezüglich des Tatbestandes der arglistigen Täuschung wurde bereits im Zusammenhang mit Fall Nr. 11 verwiesen. Von besonderem Interesse in den vorliegenden Fällen ist die jeweilige Vertragsform: Im Fall Nr. 20 schlossen die Parteien einen schriftlichen Kaufvertrag, der abgesehen von dem (freilich überflüssigen) Hinweis auf die gesetzliche Garantie keine Angaben bezüglich der Gesundheit des Pferdes enthält, im Fall Nr. 24 erfolgte der Kaufabschluß mündlich, ohne daß sich der Käufer irgendwelche Zusicherungen hätte geben lassen.

## 3. Gemeinsame Diskussion der Fälle Nr. 20 und Nr. 24

In beiden Fällen ist sowohl das unlautere Verhalten des Verkäufers als auch der Kausalzusammenhang zwischen Täuschung und Kaufabschluß offensichtlich. Im Fall Nr. 20 hatte der Verkäufer wahrheitswidrig erklärt, daß das Pferd aus dem Raume Bremen stamme; die Abstammungspapiere wollte er "später nachreichen". In Wirklichkeit stammte das Pferd von einem Bauern aus einem Nachbarort, wo es Überwiegend Zugsdienst geleistet hatte. Diesen um DM 1.300,-- erworbenen lahmen Wallach verkaufte der Beklagte um DM 3.100,-- als "zuverlässigen Gewichtsträger" an den Kläger weiter!

In dem anderen Rechtsstreit hatte der Verkäufer in Kenntnis des künftigen Verwendungszweckes des Pferdes (Turniersport) dessen einseitige Blindheit verschwiegen, obwohl er nach den Grundsätzen von Treu und Glauben zur Offenbarung verpflichtet gewesen wäre. In beiden Fällen haben aber auch die Käufer bei Abschluß des Vertrages fahrlässig gehandelt. In dem schriftlichen Kaufvertrag von Fall Nr. 20 hat der Verkäufer lediglich eine ganz beschränkte Haftung für einige Fehler des Pferdes übernommen, nicht aber eine umfassende Garantie

für Gesundheit und Fehlerfreiheit. Der überflüssige Hinweis auf die "gesetzliche Garantie" paßt zu dem übrigen unlauteren Verhalten des Verkäufers. Etwaige mündliche Nebenabsprachen (etwa, daß das Pferd gesund oder ein Gewichtsträger sei) sind zudem nach dem Wortlaut des schriftlichen Kaufvertrages rechtsunwirksam.

Im Fall Nr. 24 hat der Käufer gar auf jede vertragliche Haftungserweiterung verzichtet. Dieses Verhalten muß als ausgesprochen leichtsinnig gelten, hatte ihn doch der Verkäufer ausdrücklich aufgefordert, sich das Pferd genau anzusehen. Bei einer derartigen Äußerung eines Verkäufers ist immer besondere Vorsicht angebracht. Im übrigen genügt "genaues Hinschauen" während der Kaufverhandlungen bei weitem nicht, um - noch dazu als Laie - etwaige nicht ohne weiteres erkennbare Mängel (wie z. B. einseitige Blindheit) feststellen zu können.

Entweder aus Leichtsinn oder aus Gutgläubigkeit - im Vertrauen auf die Redlichkeit der Verkäufer - haben es die Käufer in beiden Fällen unterlassen, einen vernünftigen Kaufvertrag abzuschließen. Diese Naivität der Käufer ist für den heutigen Reitpferdehandel geradezu typisch. Die Käufer hatten hier das fragwürdige "Glück", unter Berufung auf arglistige Täuschung ihre Ansprüche durchsetzen zu können.

Die beiden folgenden Fälle betreffen die Zusage der Trächtigkeit.

Fall Nr. 28

Ponystute, Rotscheck

Fehlen der zugesicherten Trächtigkeit:

Erfolgreiche Einrede der Verjährung

AG Illertissen, Urteil vom 26.1.1971 - C 91/70

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer    Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Am 30.6.1969 erwarb der Kläger eine Ponystute vom Beklagten zum Preis von DM 900,--. Der Beklagte - ein Pferdehändler - sicherte zu, daß diese trächtig sei und Ende 1969, spätestens anfangs 1970 fohlen werde. Als die Stute Ende März 1970 noch nicht gefohlt hatte, verlangte der Kläger die Rückgängigmachung des Kaufvertrages. Der Beklagte sagte daraufhin zu, ein anderes Pferd zu liefern. Am 13.5.1970 erhob der Kläger Wandelungsklage, da der Beklagte bis dahin noch kein Ersatzpferd angeboten hatte.

Entscheidung des Gerichts:

Die Klage wurde abgewiesen.

Entscheidungsgründe:

Erwiesenermaßen hatte der Beklagte für das Pony eine Trächtigkeitsgarantie gegeben. Etwaige Ansprüche des Klägers hieraus sind verjährt. Die Trächtigkeitsgarantie hat den Beginn der 6wöchigen Verjährungsfrist bis zur Erlangung der Kenntnis von der fehlenden Trächtigkeit hinausgeschoben (Pa-

landt Komm. z. BGB, 29. Aufl., § 492, Anm. 2). Der Kläger wurde nach Aussage mehrerer Zeugen bereits im Januar 1970 davon in Kenntnis gesetzt, daß das Pferd nicht trächtig war. Die Verjährungsfrist begann damit spätestens am 31.1.1970 zu laufen und war zum Zeitpunkt der Klageerhebung längst abgelaufen. Eine Unterbrechung der Verjährungsfrist durch Anerkenntnis des Wandelungsbegehrens von seiten des Beklagten konnte nicht festgestellt werden.

2. Die Besprechung und Diskussion von Fall Nr. 28 erfolgt gemeinsam mit Fall Nr. 29.

#### Fall Nr. 29

Trakehnerstute, 4 J.

Fehlen der zugesicherten Trächtigkeit:

Erfolgreiche Einrede der Verjährung

AG Vohenstrauß, Urteil vom 26.10.1972 - C 35/72

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Der Kläger erwarb am 8.11.1971 zum Preis von DM 5.000,-- von dem Beklagten eine Stute, die dieser in einem Zeitungsinserat als "sehr schöne Trakehner-Stute, 4 J. alt (5 Monate tragend), mit gutem Abstammungsnachweis, einwandfrei im Sattel" zum Verkauf angeboten hatte.

Anfangs März 1972 bemerkte der Kläger, daß die Stute nicht trächtig war. Daraufhin forderte er den Beklagten mehrmals auf, das Pferd zurückzunehmen sowie die Futterkosten für den Zeitraum von 6 Monaten in Höhe von DM 1.050,-- zu ersetzen. Da der Beklagte dies ablehnte, kam es zum Rechtsstreit.

Der Kläger brachte vor, die Stute nur aufgrund der ausdrücklichen Trächtigkeitsszusicherung erworben zu haben. Der Beklagte bestritt, eine derartige Garantie gegeben zu haben. Er habe den Kläger lediglich auf den tiefen Bauch der Stute hingewiesen und ihm mitgeteilt, daß der Deckschein vorliege und die Stute nach Aussage ihres Vorbesitzers nicht nachgeroßt habe. Das Wort "tragend" im Inserat beruhe auf einem Hörfehler der Telefonistin. Im schriftlichen Kaufvertrag sei die Trächtigkeit der Stute ebenfalls nicht zugesichert worden.

#### Entscheidung des Gerichts:

Die Klage ist abzuweisen, da der an sich gegebene Wandlungsanspruch des Klägers verjährt ist (§§ 492, 490, 477 BGB).

#### Entscheidungsgründe:

Erwiesenermaßen hatte der Beklagte für die Trächtigkeit der Stute garantiert. Nach heute wohl übereinstimmender Rechtsauffassung schiebt eine Trächtigkeitssgarantie den Beginn der Verjährungsfrist bis zur Erlangung der Kenntnis der fehlenden Trächtigkeit, äußerstenfalls also bis zum Ablauf der längsten Trächtigkeitsdauer hinaus. Der Kläger hatte die fehlende Trächtigkeit der Stute anfangs März 1972 bemerkt. Von diesem Zeitpunkt an, also wohl spätestens am 10. März 1972, begann die 6wöchige Verjährungsfrist zu laufen, so daß die Verjährung spätestens am 22. April eingetreten war. Gem. § 477 II BGB in Verbindung mit den §§ 202 ff BGB hätte der Kläger noch vor diesem Zeitpunkt entweder Klage erheben oder gerichtliche Beweisaufnahme beantragen müssen; er hat seine Klage aber erst am 23.6.1972 bei Gericht eingereicht.

Die Verjährungseinrede des Beklagten würde nur im Falle der arglistigen Täuschung nicht durchgreifen. Einen Beweis hierfür konnte der Kläger aber nicht erbringen. Vielmehr deutet alles darauf hin, daß der Beklagte selbst von der Trächtigkeit

keit der Stute überzeugt war. Aus der Tatsache allein, daß er später die Übernahme einer Garantie abgestritten hat, läßt sich noch nicht schließen, daß er dem Kläger wider besseres Wissen vorsätzlich oder auch nur mit bedingtem Vorsatz die Trächtigkeit der Stute vorgespiegelt hat.

## 2. Gemeinsame Besprechung der Fälle Nr. 28 und 29

In beiden Fällen hatten die Käufer Wandelung wegen Fehlens der zugesicherten Trächtigkeit verlangt, die Verkäufer hatten demgegenüber die Einrede der Verjährung erhoben. Nach heute übereinstimmender Rechtsauffassung schiebt eine Trächtigkeitsgarantie den Beginn der 6wöchigen Verjährungsfrist, wie sie § 490 BGB vorsieht, bis zur Erlangung der Kenntnis der fehlenden Trächtigkeit, längstens also bis zum Ablauf der Höchstträchtigkeitsdauer hinaus (auf den besonderen Charakter der Trächtigkeitsgarantie wird im Zusammenhang mit den entsprechenden Fällen im Rinderhandel näher eingegangen). Im Fall Nr. 28 erlangte der Käufer im Januar 1970 Kenntnis von der fehlenden Trächtigkeit. Die 6wöchige Verjährungsfrist begann demnach spätestens am 31.1.1970 zu laufen, die Klageerhebung erfolgte aber erst am 13.5.1970. Im Fall Nr. 29 bemerkte der Käufer anfangs März 1972, daß die Stute nicht trächtig war. Auch hier war die Verjährungsfrist zum Zeitpunkt der Klageerhebung (23.6.1972) längst abgelaufen. Da in beiden Fällen eine Unterbrechung der Verjährungsfrist nicht erfolgt war, war das klägerische Wandlungsbegehren jeweils zurückzuweisen.

## 3. Gemeinsame Diskussion der Fälle Nr. 28 und 29

In beiden Fällen haben die Käufer an sich berechnigte Ansprüche wegen Nichtbeachtens der Verjährungsfrist verloren. Sie haben es versäumt, noch vor Ablauf der Verjährungsfrist gem. § 477 II BGB in Verbindung mit den §§ 202 ff BGB Klage

zu erheben oder gerichtliche Beweisaufnahme zu beantragen. Auch ist in keinem der beiden Fälle eine Unterbrechung der Verjährungsfrist durch Anerkenntnis des Wandelungsbegehrens von seiten des Verkäufers erfolgt. Typisch ist das Verhalten der Verkäufer: Im Fall Nr. 28 war der Verkäufer erst beim 5. Telefongespräch erreichbar, um den Käufer dann mit dem vagen Hinweis auf die Lieferung eines anderen Pferdes zu vertrösten, im Fall Nr. 29 verweigerte der Verkäufer eine persönliche Unterredung mit dem Käufer und ließ dessen briefliches Wandelungsbegehren unbeantwortet. Angesichts dieser "Verzögerungstaktik" der Verkäufer erscheint es unverständlich, warum die Käufer nicht rechtzeitig rechtliche Schritte unternommen haben.

Die Käufer haben sich im Übrigen auch bei Abschluß der Verträge sehr leichtsinnig verhalten. Im Fall Nr. 28 begnügte sich der Käufer mit einer mündlichen Trächtigkeitssicherung. Im Fall Nr. 29 wurde zwar ein schriftlicher Kaufvertrag abgeschlossen, doch ist darin die Trächtigkeit der Stute mit keinem Wort erwähnt. Dabei hatte der Käufer bei der Gerichtsverhandlung ausdrücklich betont, die Stute nur aufgrund der Trächtigkeitsgarantie erworben zu haben!

Grundsätzlich sollte der Käufer auf einer schriftlichen Trächtigkeitsgarantie mit Beifügung des Deckscheins oder eines tierärztlichen Attestes bestehen. Bei Fehlen der zugesicherten Trächtigkeit sollte er rechtzeitig Maßnahmen ergreifen, die eine Unterbrechung der Verjährung bewirken.

3.2.2.3. Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Rindern

Fall Nr. 30

Nutzkuh

Hauptmangel Tuberkulose

LG Schweinfurt, Urteil vom 17.12.1953 - 2 S 153/53

AG Gerolzhofen, Urteil vom 21.8.1953 - C 47/53

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Der Kläger begehrt Wandelung des am 9.3.1953 zwischen den Parteien geschlossenen Tauschvertrages. Wie er geltend macht, habe die ihm vom Beklagten überlassene Kuh bereits in den ersten Tagen nach der Übergabe stark gehustet. Eine am 13.3.1953 vorgenommene tierärztliche Untersuchung habe ergeben, daß die Kuh an hochgradiger Tuberkulose leide. Am 16.3.1953 habe er dies dem Beklagten unter Aushändigung eines tierärztlichen Attestes angezeigt und von ihm die Rücknahme der kranken Kuh verlangt. Der Beklagte sei dieser Aufforderung jedoch nicht nachgekommen.

Entscheidung des Gerichts:

Der Klage ist stattzugeben.

Entscheidungsgründe:

Auf den Tausch finden die Vorschriften über den Kauf und insbesondere die Vorschriften über die Verpflichtung des Verkäufers zur Gewährleistung wegen Sachmängel entsprechende Anwendung (§§ 493, 515 BGB).

Nach der VO betreffend die Hauptmängel und Gewährfristen beim Viehhandel vom 27.3.1899 gilt als Hauptmangel bei Rindvieh u. a. eine tuberkulöse Erkrankung, sofern infolge dieser Erkrankung eine allgemeine Beeinträchtigung des Nährzustandes des Tieres herbeigeführt ist, mit einer Gewährfrist von 14 Tagen. Der Kläger hat in vollem Umfange den Beweis dafür erbracht, daß die streitgegenständliche Kuh mit dem bezeichneten Hauptmangel behaftet war. Nach dem positiven Ergebnis der Tuberkulinprobe und der bakteriologischen Untersuchung einer Lungenschleimprobe muß es als erwiesen gelten, daß die Kuh an der Lunge tuberkulös erkrankt war. Bereits bei der ersten Untersuchung am 13.3.1953 hatte der Tierarzt Dr. W. festgestellt, daß sich die Kuh in einem sehr schlechten Nährzustand befand. Nach Sachlage kommt hierfür ein anderer Grund als die Erkrankung an Tuberkulose nicht in Frage; insbesondere fehlen Anhaltspunkte für die vom Beklagten behauptete schlechte Fütterung der Kuh. Zeigt sich nun ein Hauptmangel innerhalb der gesetzlichen Gewährfrist, so wird vermutet, daß er schon zu der Zeit vorhanden war, zu der die Gefahr auf den Käufer übergegangen ist (§ 484 BGB). Dem Verkäufer steht der Gegenbeweis offen. Der Beklagte hat hierzu den Vorbesitzer der strittigen Kuh als Zeugen angeboten. Die Aussage eines am Ausgang des Prozesses nicht uninteressierten Laien reicht aber nicht aus, die auf tierärztlicher Untersuchung beruhenden Feststellungen zu entkräften. Die Klage auf Wandelung erweist sich daher dem Grunde nach als berechtigt (§ 487 BGB). -

Auch im zweiten Rechtszug wurde das Beweisangebot des Beklagten als unbehelflich abgelehnt, so daß die Berufung zurückzuweisen war.

2. Die Besprechung und Diskussion von Fall Nr. 30 erfolgt gemeinsam mit den Fällen Nr. 32 und Nr. 34.

Fall Nr. 32

Nutzkuh

Hauptmangel Tuberkulose

Rechtsverlust infolge verspäteter Anzeige

LG München I, Urteil vom 2.11.1956 - 15 S 366/55

AG München, Urteil vom 4.6.1956 - 9 C 920/55

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Am 2.3.1954 kaufte der Kläger bei dem Beklagten eine Kuh zum Preis von DM 760,--. Der Kaufpreis wurde sofort bezahlt und die Kuh noch am gleichen Tag übergeben.

Am 31.3.1954 verlangte der Kläger vom Beklagten die Rückgängigmachung des Kaufvertrages. Er berief sich dabei auf ein Attest des Tierarztes Dr. .H. vom 25.3.1954, wonach die Kuh an tuberkulöser Erkrankung mit allgemeiner Beeinträchtigung des Nährzustandes litt. Wie der Kläger weiter vorträgt, habe der Beklagte bei den Kaufverhandlungen auf entsprechende Fragen hin erklärt, der Kuh fehle nichts. Auf die auffallende Fußstellung der Kuh angesprochen, die mit den Vorderbeinen über Kreuz gestanden sei, habe der Beklagte erklärt: "Der Kuh fehlt nichts, die ist bloß rach".

Entscheidung des Gerichts:

Die Klage ist abzuweisen.

Entscheidungsgründe:

Etwaige Rechte sind dem Kläger durch Nichteinhaltung der Anzeigefrist verlorengegangen (§ 485 BGB). Die streitgegenständliche Kuh wies einen sog. Hauptmangel auf (§ 482 BGB, § 1 II 1 VO v. 27.3.1899), für welchen eine Gewährfrist von

14 Tagen bestimmt ist. Da die Kuh unstreitig am 2.3.1954 übergeben worden ist, war diese Gewährfrist mit dem 16.3.1954 abgelaufen, so daß der Kläger etwaige Rechte mit Ablauf des 18.3.1954 verloren hätte. Der Kläger hat den Mangel aber erst am 31.3.1954 durch Übergabe eines tierärztlichen Zeugnisses angezeigt.

Die Anzeige am 31.3.1954 wäre nur dann nicht verspätet gewesen, wenn der Beklagte den Mangel arglistig verschwiegen oder wenn er hinsichtlich der Gesundheit der Kuh eine Zusicherung i. S. von § 492 BGB gemacht hätte.

Für ein arglistiges Verschweigen des Mangels liegen Anhaltspunkte nicht vor. In der Äußerung des Beklagten, "der Kuh fehlt nichts" - wenn sie auch auf eine Frage des Klägers hin abgegeben wurde - kann eine Zusicherung i. S. des § 492 BGB nicht erblickt werden. Diese Äußerung hat die Bedeutung einer bloßen Anpreisung und besagt lediglich, daß der Beklagte keine Krankheiterscheinungen bei der Kuh festgestellt hatte.

Die weiteren Äußerungen des Beklagten aufgrund des Hinweises des Klägers auf die Fußstellung der Kuh könnten höchstens eine Zusicherung des Fehlens solcher Krankheiten sein, für die die bemängelte Fußstellung typisch ist. Tuberkulose ist hierzu nicht zu rechnen.

Die Berufung des Klägers gegen dieses Urteil wurde als unbegründet zurückgewiesen.

Auch das Landgericht München I vermochte in der Erklärung des Beklagten, der Kuh fehle nichts, eine vertragsmäßig bindende Haftungserweiterung nicht zu erblicken. Es schloß sich der Auffassung des Erstgerichts an, wonach der Beklagte im vorliegenden Fall nur nach den allgemeinen Vorschriften über den Viehkauf haftet und dem Kläger etwaige Ansprüche hieraus durch Nichteinhaltung der Anzeigefrist verloren gegangen sind.

2. Die Besprechung und Diskussion von Fall Nr. 32 erfolgt gemeinsam mit den Fällen Nr. 30 und Nr. 34.

Fall Nr. 34

Nutzkuh

Gesetzliche Gewährleistung

Hauptmangel Tuberkulose nicht nachgewiesen

LG Amberg, Urteil vom 16.10.1953 - S 45/53

AG Cham, Urteil vom 28.2.1953 - C 120/52

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer    Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Der Kläger kaufte und übernahm vom Beklagten am 1.12.1951 eine im fünften Monat trächtige Kuh zum Preis von DM 850,--. Am 11.12.1951 wurde die Kuh wegen chronisch - rezidivierender Tympanie auf tierärztliches Anraten hin notgeschlachtet. Bei der Fleischschau wurde Tuberkulose der Lunge mit Beteiligung der Mediastinal- und Bronchiallymphknoten festgestellt. Unter Hinweis auf diesen Befund verlangte der Kläger die Wandelung des Kaufvertrages. Die Klage wurde in beiden Instanzen abgewiesen.

Entscheidungsgründe:

Beim Viehkauf hat der Verkäufer grundsätzlich nur die Hauptmängel und diese nur dann zu vertreten, wenn sie sich innerhalb bestimmter Gewährfristen zeigen (§§ 481, 482 BGB). Nach der Kaiserlichen VO betr. die Hauptmängel und Gewährfristen ist beim Verkauf von Rindern als Nutztvieh die Tuberkulose nur dann Hauptmangel, sofern infolge dieser Erkrankung eine allgemeine Beeinträchtigung des Nährzustandes des Tieres

herbeigeführt ist. Die Gewährfrist beträgt 14 Tage. Für weitere Mängel haftet der Verkäufer nur, wenn er eine solche Haftung vertraglich übernommen hat.

Nach dem Schlachtbefund des sachverständigen Zeugen, Dr. M., steht zweifelsfrei fest, daß die Kuh an Lungentuberkulose litt. Die Verkalkung der Mittelfell- und Bronchiallymphknoten rechtfertigt die Annahme, daß die Tuberkulose schon zur Zeit des Gefahrüberganges vorhanden war. Der vom Berufungsgericht gehörte Sachverständige, Dr. H., führte die bald nach der Übergabe bei der Kuh aufgetretenen Blähungen darauf zurück, daß die Pansengase infolge Drucks der erwähnten Lymphknoten auf die Speiseröhre nicht mehr regelmäßig und vollständig entweichen konnten.

Allerdings genügt zur Wandelung eines Viehkaufes die tuberkulöse Erkrankung zur Zeit des Gefahrüberganges allein nicht, sondern einen Hauptmangel stellt sie nur dar, wenn infolge dieser Erkrankung eine allgemeine Beeinträchtigung des Nährzustandes herbeigeführt ist. Eine solche war zur Zeit der Schlachtung der Kuh noch nicht eingetreten, da das Fleisch des Tieres voll genußtauglich war. Bei einer allgemeinen Beeinträchtigung des Nährzustandes bestehen dagegen die gleichen Zustände, die das Fleischbeschaugesetz als "vollständige Abmagerung infolge einer Krankheit" bezeichnet und in welchem Fall der ganze Tierkörper genußuntauglich ist. Verendet aber ein Tier infolge der tuberkulösen Erkrankung oder wird es geschlachtet, bevor sämtliche für das Vorliegen eines Hauptmangels erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind, also insbesondere die allgemeine Beeinträchtigung des Nährzustandes herbeigeführt ist, so ist ein Hauptmangel nicht gegeben (Stölzle, S. 136). Der Kläger beruft sich demgegenüber auf die Ansicht Meisners (Viehgewährschaft S. 210), wonach es nicht erforderlich sei, daß die Abmagerung schon während der Gewährfrist eingetreten sei, es vielmehr genüge, wenn innerhalb der Gewährfrist tuberkulöse Erkrankung in solchem Grade zutage trete, daß sie notwendigerweise zu einer Abmagerung des Tieres führen müs-

se. Dieser Auffassung kann jedoch nicht beigetreten werden, da sie nicht mit dem Wortlaut der Viehmängelverordnung in Einklang steht. Es heißt dort ausdrücklich: "sofern infolge dieser Erkrankung eine allgemeine Beeinträchtigung (...) herbeigeführt ist" und nicht: herbeigeführt wird. Diese Fassung ist auch bewußt so gewählt worden, da es keine Möglichkeit gibt, die Tuberkulose, bei der die allgemeine Beeinträchtigung des Nährzustandes noch nicht vorhanden ist, in ihrem Entwicklungszustande als eine solche zu erkennen, die notwendigerweise zu einer Abmagerung des Tieres führen müßte (Stölzle S. 136).

Da zudem die Voraussetzungen für eine Haftung des Beklagten wegen arglistiger Täuschung fehlen und ein etwaiger vertragsmäßiger Gewährleistungsanspruch des Klägers verjährt ist, war die Klage abzuweisen.

## 2. Gemeinsame Besprechung der Fälle Nr. 30, 32 und 34

In den vorliegenden Fällen hat jeweils der Käufer einer Nutzkuh Gewährleistungsansprüche wegen des Hauptmangels Tuberkulose geltend gemacht. Nach § 1 der Kaiserlichen Verordnung gilt für den Verkauf von Nutz- und Zuchttieren als Hauptmangel bei Rindvieh: "tuberkulöse Erkrankung, sofern infolge dieser Erkrankung eine allgemeine Beeinträchtigung des Nährzustandes des Tieres herbeigeführt ist". Der Nachweis, daß die krankhafte Abmagerung nicht durch andere Krankheiten, sondern ausschließlich durch Tuberkulose verursacht wird, ist sehr schwierig und i. d. R. nur durch die Schlachtung und genaue Zerlegung des Tieres zu erbringen. Auf die Schwierigkeiten bei der Diagnose des Hauptmangels Tuberkulose am lebenden Tier braucht hier allerdings nicht näher eingegangen zu werden. Die Geltendmachung des Wandlungsanspruches wegen des Hauptmangels Tuberkulose setzt die Beachtung der 14tägigen Gewährfrist und der 2tägigen Anzeigefrist voraus (§ 485 BGB). Die Anzeige hat den Mangel in hinreichend bestimmter Form zu nennen.

### 3. Gemeinsame Diskussion der Fälle Nr. 30, 32 und 34

Fall Nr. 30 ist ein anschauliches Beispiel für den Ablauf eines Gewährschaftsprozesses bei Vorliegen eines Hauptmangels. Der Käufer hat den Nachweis erbracht, daß sich bei der Kuh innerhalb der 14tägigen Gewährfrist der Hauptmangel Tuberkulose gezeigt hat. Er hat diesen Mangel auch frist- und formgerecht angezeigt, so daß seinem Wandelungsbegehren stattzugeben war.

In einem anderen Rechtsstreit hat das AG Landsberg/Lech (Fall Nr. 31, AZ: C 6/53) die Worte "die Kuh hustet" als hinreichend bestimmte Anzeige für Tuberkulose erachtet. Nach Stölzle-Graminger (63) ist bezüglich des Inhaltes einer Mängelanzeige auf die Ausdrucksweise der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Es wird hierzu auf eine frühere Entscheidung des Landgerichts München verwiesen: "Der Kläger hat dem Beklagten angezeigt, daß die Kuh 'huste'; mit der Beanstandung des Hustens einer Kuh ist aber in den Kreisen der bäuerlichen Bevölkerung, insbesondere des Erdinger Bezirkes, der Hauptmangel Tuberkulose gemeint und wird dort auch diese Bezeichnung allgemein so verstanden." Um keine Unklarheiten aufkommen zu lassen, sollte sich der Käufer bei der Anzeige eines Hauptmangels an den Wortlaut der Kaiserlichen Verordnung halten.

Im Fall Nr. 32 hat der Käufer seinen an sich berechtigten Wandelungsanspruch infolge verspäteter Anzeige verloren. Die Kuh war am 2.3.1954 übergeben worden, so daß der Käufer den Hauptmangel Tuberkulose spätestens am 18.3.1954 hätte anzeigen müssen. Die Anzeige erfolgte aber erst am 31.3.1954. Der Käufer kann in diesem Fall auch keine Ansprüche aus vertraglicher Haftung geltend machen. Die Äußerung des Verkäufers, "der Kuh fehlt nichts", bezog sich auf deren ungewöhnliche Fußstellung. Eine allgemeine Zusicherung der Fehlerfreiheit kann hierin nicht erblickt werden.

In einem weiteren Rechtsstreit (Fall Nr. 33, AG Dachau, AZ C 494/57) sind dem Käufer die ihm wegen des Hauptmangels Tuberkulose zustehenden Rechte ebenfalls infolge Nichteinhaltung der Anzeigefrist verlorengegangen. Die Fälle Nr. 31, 32 und 33 zeigen anschaulich, welche große Bedeutung der form- und fristgerechten Anzeige im Viehgewährschaftsrecht zukommt.

Bei der Diagnose des Hauptmangels Tuberkulose ist vom Wortlaut der Kaiserlichen Verordnung auszugehen. Danach stellt Tuberkulose bei Nutztieren nur dann einen Hauptmangel dar, wenn infolge dieser Erkrankung eine allgemeine Beeinträchtigung des Nährzustandes des Tieres herbeigeführt ist. Tuberkulöse Erkrankung und allgemeine Abmagerung müssen innerhalb der Gewährfrist von 14 Tagen nachweisbar sein. Da bei der Kuh im Fall Nr. 34 die allgemeine Abmagerung zum Zeitpunkt der Schlachtung noch nicht eingetreten war, fehlt hier ein entscheidendes Kriterium des Hauptmangels Tuberkulose. Das Wandelungsbegehren des Käufers wurde denn auch in beiden Instanzen als unbegründet abgewiesen. Die Kuh war bereits am 10. Tag nach der Übergabe wegen chronisch-rezidivierender Tympanie notgeschlachtet worden. Der Verdacht liegt nahe, daß sie bereits im Stall des Verkäufers entsprechende Symptome gezeigt hatte. Allerdings konnte der Käufer den Nachweis arglistiger Täuschung nicht erbringen, so daß er auch auf diesem Wege keine Ansprüche geltend machen konnte.

Der Vollständigkeit halber seien hier noch zwei Rechtsstreitigkeiten bezüglich des Hauptmangels Tuberkulose bei Schlachttieren erwähnt (Fall Nr. 35, AG Winsen/Luhe, AZ 4 C 300/58; Fall Nr. 36, AG Deggendorf, AZ C 171/61). In beiden Fällen hatte sich bei der Schlachtung Tuberkulose im Sinne der Viehmängelverordnung herausgestellt, und zwar war jeweils der gesamte Tierkörper infolge Tuberkulose als bedingt tauglich beurteilt worden. Erwähnenswert ist der Fall Nr. 35 vor allem wegen der vom Käufer gewählten Form der Anzeige: "Die Kuh hängt voller Geigen". Das AG Winsen/Luhe sah hierin die hinreichend bestimmte Anzeige des Hauptmangels Tuberku-

lose und sprach daher dem Käufer das Recht auf Wandelung des Kaufvertrages zu. Im Fall Nr. 36 konnte der Käufer dagegen keine Ansprüche geltend machen, da ihm der Verkäufer ausdrücklich mitgeteilt hatte, daß es sich bei den verkauften Schlachttieren um Tbc-Reagenten handelte. Der Käufer mußte daher mit der Möglichkeit evtl. fleischbeschaurechtlicher Beanstandungen rechnen. Nach § 460 BGB hat aber der Verkäufer einen Mangel der verkauften Sache nicht zu vertreten, wenn der Käufer den Mangel bei dem Abschlusse des Kaufes kennt.

#### Fall Nr. 37

Nutzkuh

Gewährleistung "fehlerfrei, ohne Husten"

LG Weiden/Opf., Urteil vom 30.10.1953 - 2 S 26/53

AG Kemnath, Urteil vom 5.2.1953 - C 5/53

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Im Dezember 1951 erwarb der Kläger von dem Beklagten eine Kuh mit Kalb; die Übergabe der Tiere erfolgte am 13.12.1951. In dem schriftlichen Kaufvertrag stand der Passus: "Fehlerfrei, ohne Husten". Wie unter den Parteien unstreitig, zeigte die Kuh bei einer am 7. bzw. 10. Tag nach der Übergabe durchgeführten Tuberkulinprobe eine positive Reaktion.

Der Anspruch des Klägers auf Wandelung des Kaufvertrages wurde in erster Instanz abgewiesen. Das AG Kemnath folgte der Auffassung des Beklagten, wonach Reaktionstuberkulose höchstens bei Zuchttieren einen Fehler nach den allgemeinen Grundsätzen des Kaufrechts darstelle; die Kuh sei aber nur

eine Nutzkuh gewesen. Das LG Weiden als Berufungsgericht hat den Beklagten jedoch antragsgemäß verurteilt.

Entscheidungsgründe:

In dem schriftlichen Kaufvertrag vom 13.12.1951 hat der Beklagte die Haftung für alle Nebenmängel der Kuh übernommen, denn anders kann der Passus "fehlerfrei" nicht ausgelegt werden. Die Kuh hatte auch einen Mangel, der ihren Wert nach dem gewöhnlichen Gebrauch minderte (§ 459 BGB). Nach dem unstreitigen Sachverhalt wurde sie spätestens 7 Tage nach der Übergabe an den Kläger mit Tuberkulin geimpft, worauf sie positiv reagierte. Eine positive Tuberkulinreaktion läßt aber den sicheren Schluß zu, daß spätestens 9 Tage vor der Tuberkulininjektion eine tuberkulöse Infektion des Tieres stattgefunden hat. Somit muß als erwiesen gelten, daß die verkaufte Kuh schon zur Zeit der Übergabe tuberkulös infiziert war.

Diese sog. Reaktionstuberkulose ist ein Nebenmangel i. S. des § 492 BGB. Denn ein garantiert fehlerfrei verkauftes Tier muß auch frei von dem Fehler der Reaktionstuberkulose sein. Dieser Standpunkt ist heute vom Viehhandelsverband allgemein anerkannt (s. "Der Bayerische Viehhändler" 3. Jahrgang, Nr. 5, vom 29.5.1953). Die Kammer kann sich der Auffassung der Erstinstanz nicht anschließen, wonach Reaktionstuberkulose nur bei einer Zuchtkuh ein erheblicher Mangel i. S. des § 492 BGB sein soll. Denn sowohl die o.g. Zeitschrift als auch die Staatl. Vet.-Untersuchungsanstalt Nürnberg halten die Reaktionstuberkulose für einen Mangel, ohne Rücksicht darauf, ob das betroffene Tier ein Zucht-, Nutz- oder Schlachttier ist.

Dieser Mangel begründet für den Kläger das Recht auf Wandlung (§§ 492, 487 BGB) und damit gleichzeitig auf Rückzahlung des Kaufpreises (§§ 467, 346 BGB) und Ersatz der Tierarztkosten (§ 488 BGB). Der Anspruch auf Ersatz der Fütterungskosten ist dagegen abzuweisen, da der Kläger während seiner Besitzzeit Nutzungen aus der Kuh gezogen hat (Milch,

Mist, Spanndienste), die in ihrer Werthöhe den Fütterungskosten zumindest gleichkommen.

2. Die Besprechung und Diskussion von Fall Nr. 37 erfolgt gemeinsam mit Fall Nr. 38.

Fall Nr. 38

Nutzkuh, OM-Nr. 438091

Zusicherung einer bestimmten Eigenschaft:

Negative Tuberkulinreaktion

LG München I, Urteil vom 21.3.1960 - 15 S 439/59

AG München, Urteil vom 1.7.1959 - 3 C 1656/58

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Am 26.6.1958 erwarb der Kläger von dem Beklagten die streitgegenständliche Kuh zum Preis von DM 1.650,--. Die Übergabe erfolgte am gleichen Tage. Bei den Verkaufsverhandlungen hatte sich der Beklagte verpflichtet, den amtlichen grünen Schein nachzuliefern. Wenige Tage nach der Übernahme ließ der Kläger bei der Kuh eine Tuberkulinprobe durchführen, worauf sie fraglich reagierte. Daraufhin verlangte der Kläger die Rückgängigmachung des Kaufvertrages. Erst im Verlaufe des Rechtsstreites hat der Beklagte den grünen Schein nachgeliefert.

Entscheidung des Gerichts:

Der Klage ist stattzugeben.

Entscheidungsgründe:

Unstreitig hat der Beklagte bei den Kaufverhandlungen zugesichert, daß für die Kuh der amtliche grüne Schein zur Verfügung gestellt werde. Diese Zusicherung beinhaltet selbstverständlich, daß der Schein auch gültig sein muß. Nicht richtig ist die Ansicht des Beklagten, daß der grüne Schein lediglich die Tbc-Freiheit des Bestandes und nicht des einzelnen Tieres bescheinige. Aus dem Wortlaut des grünen Scheins ergibt sich das Attest für das einzelne Tier. Es heißt darin: "... Das nachstehend bezeichnete Rind ... ist als frei von Tuberkulose befunden worden ..." In Ziffer III auf der Rückseite der Bescheinigung ist bestimmt, daß diese ihre Gültigkeit verliert, wenn eine Untersuchung des Tieres auf Tbc ein anderes als ein negatives Ergebnis hat. Wie unstreitig ist, hat die Kuh kurz nach dem Kauf auf die Tuberkulinprobe fraglich reagiert. Damit konnte ein gültiger grüner Schein nicht mehr übergeben werden. Es hat hierbei nicht darauf anzukommen, ob eine echte oder eine sog. Hühner-Tbc vorgelegen hat, da sich ein anderes als ein negatives Ergebnis bei der Untersuchung gezeigt hat.

Nicht gehört werden kann der Beklagte mit dem Einwand, daß die Kuh zusammen mit Reagenten transportiert worden sei und sich dabei möglicherweise angesteckt habe. Eine Reaktion infolge Ansteckung bei der Verladung hätte nach dem Sachverständigen-Gutachten frühestens 12 - 18 Tage nach der Infektion auftreten können. Die Tuberkulinprobe war aber schon vorher durchgeführt worden und fraglich ausgefallen.

Die Zusicherung, daß der grüne Schein zur Verfügung gestellt werden könne, bedeutet eine wesentliche Eigenschaft der gekauften Sache, da die Voraussetzungen hierfür eine erhebliche preisgestaltende Wirkung im Viehhandel haben. Nachdem diese zugesicherte Eigenschaft fehlt, kann der Kläger Wandelung verlangen. -

Der Beklagte legte gegen das Urteil Berufung ein, worauf der Kläger die Kuh zum Schlachten veräußerte. Das Berufungsgericht wertete dieses Verhalten des Klägers als Verstoß gegen

den Grundsatz von Treu und Glauben und hob mit Entscheidung vom 21.3.1960 das Urteil des Erstgerichts auf. Zur Begründung hat das LG München I u. a. vorgetragen:

Der Kläger hat beim Amtsgericht auf Rückzahlung des Kaufpreises einschließlich Kostenersatz Zug um Zug gegen Rückgabe der Kuh geklagt. Der Klage ist stattgegeben worden. Wenn der Kläger nunmehr mit seinem Antrag auf Zurückweisung der Berufung auf einer Bestätigung des amtsgerichtlichen Urteils besteht, so verstößt er gegen den Grundsatz von Treu und Glauben, da er die Kuh, ohne den Beklagten vorher davon zu unterrichten, zum Schlachten veräußert hat. Sein Verhalten muß so gewertet werden, als ob er auf Wandelung verzichtet hätte (vgl. Stölzle-Graminger, Viehkauf, 7. Aufl., S. 201/202).

## 2. Gemeinsame Besprechung der Fälle Nr. 37 und 38.

Während in den voranstehenden Rechtsstreitigkeiten der Käufer jeweils den Hauptmangel Tuberkulose geltendgemacht hat, betreffen die Fälle Nr. 37 und 38 den Vertragsmangel Tuberkulose. Für letzteren haftet der Verkäufer nur, wenn er entsprechende Gewährleistung übernommen hat. Hierbei kommen verschiedene Vertragsformen in Betracht: Zusicherung der Tuberkulosefreiheit ("nicht tuberkulös"), Zusicherung "frei von klinisch feststellbarer Tuberkulose", Zusicherung "tuberkulin-negativ" ("frei von Reaktionstuberkulose") und Zusicherung der Herkunft aus einem staatlich als tuberkulosefrei anerkannten Bestand. Eine vertragliche Haftung des Verkäufers für Tuberkulose kommt ferner in Betracht, wenn er i. S. des § 492 BGB die Gewähr für alle Fehler übernommen hat. Ausführliche Erläuterungen zur Bedeutung der einzelnen Vertragsformen finden sich bei Dobberstein (20).

In den vorliegenden Fällen Nr. 37 und 38 hatten die Käufer wegen positiver bzw. fraglicher Tuberkulinreaktion der von ihnen erworbenen Kühe Gewährleistungsansprüche geltend gemacht.

Im Fall Nr. 37 galt es, zu klären, ob Reaktionstuberkulose bei einer Milchkuh als erheblicher Fehler i. S. des § 459 BGB zu betrachten ist. Während das AG Kemnath diese Frage verneinte, hat das LG Weiden dem Käufer das Recht auf Wandelung zuerkannt. Im Fall Nr. 38 hat das AG München die Zusage des Verkäufers, er werde den "grünen Schein" nachliefern, als verbindliche Zusicherung einer Eigenschaft gewertet.

### 3. Gemeinsame Diskussion der Fälle Nr. 37 und 38

Übernimmt der Verkäufer die Gewährleistung "fehlerfrei", so hat er nach § 459 BGB alle erheblichen, verborgenen und zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs vorhandenen Mängel zu vertreten. Unstreitig stellt Tuberkulose i. d. R. einen verborgenen Mangel dar, ist doch ihre sichere Feststellung selbst für den tierärztlichen Sachverständigen schwierig und klinisch häufig sogar unmöglich. Da ein Rind frühestens 9 Tage nach der Infektion eine positive Tuberkulinreaktion zeigt (präallergische Phase), muß es im vorliegenden Fall als erwiesen gelten, daß die Kuh bereits zum Zeitpunkt der Übergabe tuberkulös infiziert war. Interessant ist die unterschiedliche Auffassung der beiden Gerichte, was die forensische Beurteilung der Reaktionstuberkulose anbelangt: Während das AG Kemnath hierin allenfalls bei Zuchttieren einen erheblichen Fehler erblickt, ist nach Auffassung der LG Weiden eine positive Tuberkulinreaktion auch bei einer gewöhnlichen Milchkuh als erheblicher Mangel zu bewerten. Hierbei ist anzumerken, daß im Lehrbuch der Gerichtlichen Tierheilkunde von Fröhner, Neumann-Kleinpaul, Dobberstein (27) noch im Jahre 1955 die Auffassung vertreten wurde, daß bei Nutztieren (Milchkühen, Arbeitstieren, Masttieren) alle niederen Grade von Tuberkulose einen unerheblichen Mangel darstellen. Das LG Weiden hat sich demnach in seiner Entscheidung über die damals gültige Rechtsauffassung hinweggesetzt, wonach Tuberkulose bei Nutztieren nur dann einen erheblichen Mangel

darstelle, wenn sie die Tauglichkeit des Tieres zu dem jeweiligen Gebrauch wesentlich mindere.

In einem weiteren Rechtsstreit (Fall Nr. 41, AG Abensberg, AZ C 77/61) hatte der Verkäufer eines Arbeitsochsen die Gewährleistung für Tuberkulosefreiheit übernommen. Bei einer innerhalb von 10 Tagen nach der Übergabe durchgeführten Tuberkulinprobe reagierte der Ochse positiv. Der Anspruch des Käufers auf Wandelung wurde als berechtigt anerkannt. Das AG Abensberg wies in der Urteilsbegründung darauf hin, daß angesichts des laufenden Tuberkulosebekämpfungsverfahrens (1961) der positive Ausfall der Tuberkulinprobe als erheblicher Fehler zu bewerten sei. Demgegenüber hatte Dobberstein (20) im Jahre 1955 die Auffassung vertreten, daß bei Arbeitsrindern (Zugochsen, Einspannkühen) nur diejenigen Formen von Tuberkulose als erheblich zu bezeichnen sind, die die körperliche Leistungsfähigkeit stärker beeinträchtigen (tuberkulöse Neubildungen im Kehlkopf, ausgebreitete Lungentuberkulose, Tuberkulose des Herzbeutels und des Herzmuskels sowie die mit Lahmheit einhergehende Tuberkulose der Knochen, Gelenke und Sehnen). Die erfolgreiche Bekämpfung der Tuberkulose hat es also mit sich gebracht, daß der Begriff des Vertragsmangels Tuberkulose wesentlich erweitert wurde. Reaktionstuberkulose ist heute bei Rindern grundsätzlich als erheblicher Fehler zu bewerten.

Im Fall Nr. 38 hatte der Verkäufer ausdrücklich zugesagt, für die strittige Kuh den "grünen Schein" nachzuliefern. Die hierin zu erblickende Zusicherung der Tuberkulosefreiheit bezieht sich ausdrücklich auf das einzelne Tier. Da die Kuh bereits in den ersten Tagen nach der Übergabe eine fragliche Tuberkulinreaktion gezeigt hatte, ist der Anspruch des Käufers auf Wandelung zurecht anerkannt worden. Aus dem Wortlaut des "grünen Scheins" ergibt sich, daß der Verkäufer jede andere als eine negative Tuberkulinreaktion des betreffenden Tieres zu vertreten hat. Daß das Urteil aus der ersten Instanz auf die Berufung des Beklagten aufgehoben wur-

de, hat juristische Gründe, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll.

In einem weiteren Rechtsstreit (Fall Nr. 39, AG Pfarrkirchen, AZ C 98/60) hat der Käufer wegen Reaktionstuberkulose einer von ihm erworbenen Färsen Anspruch auf Zahlung von Schadenersatz erhoben. Die Klage wurde abgewiesen, da der Käufer den Nachweis einer verbindlichen Zusicherung für Tuberkulosefreiheit nicht erbringen konnte. Der Verkäufer hatte bei den Kaufverhandlungen auf die Frage: "Tbc-frei san's ja?" darauf hingewiesen, daß sein Bestand seit 3 Jahren als tbc-frei anerkannt sei. Eine verbindliche Zusicherung der Tbc-Freiheit speziell der verkauften Kalbin ist hierin nicht zu erblicken. Um eine über die gesetzliche Haftung hinausgehende Gewährleistung annehmen zu können, bedarf es einer vertragsmäßig bindenden und genügend bestimmten Erklärung. Der Käufer hätte in diesem Fall eine verbindliche Zusicherung der Tbc-Freiheit - z. B. in Form des "grünen Scheins" - verlangen sollen.

Kann ein Verkäufer trotz ausdrücklicher Zusicherung der Tbc-Freiheit einen gültigen "grünen Schein" nicht überreichen, so ist der Käufer berechtigt, die Abnahme des Tieres zu verweigern und darüber hinaus Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen (Fall Nr. 40, LG Aachen, AZ 5 S 88/61 zu AG Düren, AZ 1 C 233/60). Nach Auffassung des LG Aachen spielt es dabei keine Rolle, ob die zugesicherte Tbc-Freiheit tatsächlich nicht vorhanden war oder ob lediglich die diese Eigenschaft ausweisenden Gesundheitspapiere nicht beschafft werden konnten.

Die Fälle Nr. 38 und Nr. 40 zeigen anschaulich, welche Vorteile es für den Käufer bietet, sich die Übergabe des "grünen Scheins" zusichern zu lassen. Beiläufigen mündlichen Absprachen wie im Fall Nr. 39 kommt im Streitfall keine haftungsrechtliche Bedeutung zu.

Der Vollständigkeit halber seien zwei weitere Rechtsstreitigkeiten bezüglich Reaktionstuberkulose erwähnt. Im Fall Nr. 42 (AG Würzburg, AZ C 724/62) hatte der Verkäufer zuge-

sichert, daß die Kuh "frei von feststellbarer Tuberkulose und Reaktionstuberkulose auf Nachuntersuchung" sei. Infolge positiver Tuberkulinreaktion am 7. Tag nach der Übergabe mußte er die Kuh zurücknehmen. Im Fall Nr. 43 (AG Vohenstrauß, AZ C 73/60) konnte der Käufer keine Gewährleistungsansprüche geltendmachen, da entsprechende vertragliche Vereinbarungen fehlten. Auch konnte er nicht den Nachweis arglistiger Täuschung erbringen, so daß seine Anfechtungsklage zurückgewiesen wurde.

Von den im Rahmen der vorliegenden Arbeit untersuchten 53 Rechtsstreitigkeiten im Rinderhandel betreffen allein 7 den Hauptmangel und 7 den Vertragsmangel Tuberkulose. Diese Fälle erstrecken sich auf einen Zeitraum von 1953 - 1961. Tuberkulose i. S. der Kaiserlichen Verordnung ist als ausgemerzt zu betrachten, so daß Rechtsstreitigkeiten wegen des Hauptmangels Tuberkulose heute der Vergangenheit angehören. Tuberkulose tritt heute auch klinisch nicht mehr in Erscheinung, allenfalls spielt sie noch eine Rolle in Form der Reaktionstuberkulose. Während man früher eine vertragliche Haftung nur für die fortgeschrittenen Fälle von Tuberkulose annahm, spielt die Frage der Erheblichkeit heute keine Rolle mehr. Unabhängig von der Art der Nutzung ist Reaktionstuberkulose heute grundsätzlich als erheblicher Fehler zu betrachten. Die erfolgreiche Bekämpfung der Tuberkulose der Rinder ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie der Fortschritt in der tierärztlichen Wissenschaft die forensische Praxis zu verändern vermag. Die aus Tabelle 5 ersichtliche Häufung der Rechtsstreitigkeiten im Rinderhandel in den Jahren 1953 - 1961 ist demnach nicht Ausdruck einer besonderen "Prozeßlust", sondern auf die damalige allgemeine Verbreitung der Tuberkulose zurückzuführen.

Fall Nr. 44

Arbeitsochse, Rotscheck, 3 J.

Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft:

Rachitis bei einem Fahrochsen

AG Mindelheim, Urteil vom 7.11.1952 - C 174/52

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Verkäufer      Beklagter/Käufer  
Klage auf Kaufpreiszahlung

Am 10.3.1952 erwarb der Beklagte den streitgegenständigen Ochsen zum Preis von DM 1.260,--. Die Übergabe erfolgte am gleichen Tage, wobei der Beklagte auf den Kaufpreis DM 1.160,-- anzahlte. Den Restbetrag weigerte er sich zu zahlen, sondern verlangte vielmehr wegen angeblicher Rachitis des Ochsen die Rückgängigmachung des Kaufvertrages. Der Kläger wies dieses Begehren als unbegründet zurück und erhob seinerseits Klage auf Kaufpreiszahlung.

Entscheidung des Gerichts:

Die Klage ist abzuweisen, da der Beklagte zurecht die Wandlung des Kaufvertrages gem. den §§ 492, 487 BGB erklärt hat.

Entscheidungsgründe:

Für den Nicht-Hauptmangel Rachitis (Gliedersucht) haftet der Verkäufer nur dann, wenn er vertraglich die Gewährleistung wegen dieser Krankheit übernommen oder eine Eigenschaft zugesichert hat, die das Nichtvorhandensein dieser Krankheit voraussetzt. Der Verkauf eines Tieres zu einem bestimmten Gebrauchszweck, z. B. eines Ochsen zum Fahren, enthält noch nicht die Zusicherung der Tauglichkeit zu dem nach dem Vertrag vorausgesetzten Gebrauch. Eine Haftung nach § 492 BGB tritt vielmehr nur dann ein, wenn die Zweckbestimmung Ver-

tragsinhalt geworden ist. Dies ist aber hier der Fall. Bei den Kaufverhandlungen hatte der Beklagte ausdrücklich gefragt, ob der Ochse zum Fahren geeignet sei. Die Bejahung dieser Frage seitens des Klägers ist als verbindliche Zusage der Fahrtüchtigkeit zu werten. Der Kläger hat demnach alle Fehler zu vertreten, die die Tauglichkeit des Ochsen zum Fahren ausschließen.

Nach dem Gutachten des Sachverständigen Dr. J. steht zweifelsfrei fest, daß der Ochse zum Zeitpunkt der Übergabe an Rachitis erkrankt war. Er war somit mit einem Fehler behaftet, der seine Brauchbarkeit zu dem nach dem Vertrag vorausgesetzten Zweck zumindest erheblich minderte. Der Beklagte verkaufte den Ochsen deshalb auch im Juni 1952 - mit Verlust - zum Schlachten.

Die Einwendung des Klägers, der Beklagte habe den Mangel erst nach 24 Tagen - also zu spät - gerügt, ist rechtsirrig. Im Falle der vertraglichen Haftungsübernahme hat der Verkäufer, wenn eine Gewährfrist nicht vereinbart ist, den Mangel lediglich vor Ablauf der Verjährungsfrist anzuzeigen. Diese beginnt mit der Ablieferung des Tieres und beträgt 6 Monate (§§ 477, 492 letzter Satz BGB). Die Mängelanzeige ist also im vorliegenden Fall rechtzeitig erfolgt.

Der Beklagte hat seinen Wandelungsanspruch auch nicht dadurch verloren, daß er den Ochsen am 30.6.1952 zum Schlachten verkauft hat (§§ 492, 491, 487 BGB). Das ganze Verhalten des Beklagten konnte der Kläger niemals als Verzicht auf Mängelgewähr auffassen.

## 2. Besprechung

In diesem Fall verweigerte der Käufer die Bezahlung des Kaufpreises, da der Ochse infolge Rachitis der zugesicherten Eigenschaft der Fahrtauglichkeit nicht entsprochen habe. Das AG Mindelheim wies die Klage des Verkäufers auf Kaufpreiszahlung als unbegründet zurück und sprach dem Käufer das Recht auf Wandelung zu.

### 3. Diskussion

Nach der Überwiegenden Rechtsprechung ist in dem Verkauf eines Tieres zu einem bestimmten Gebrauchszweck noch nicht die Zusicherung einer Eigenschaft im Sinne des § 492 BGB zu sehen. Der Käufer hatte aber bei den Kaufverhandlungen ausdrücklich gefragt, ob der Ochse zum Fahren geeignet sei. Wenn ihm der Verkäufer hierauf - noch dazu als erfahrener Viehhändler - erklärte, er könne mit dem Ochsen fahren, so ist dies als verbindliche Zusicherung der Fahrtüchtigkeit zu werten. Da der Ochse erwiesenermaßen zum Zeitpunkt der Übergabe den verkehrswesentlichen Fehler der Rachitis aufwies, hat das AG Mindelheim den Anspruch des Käufers auf Wandelung zurecht anerkannt. Der Käufer hatte diesen Anspruch auch rechtzeitig geltend gemacht.

Der vorliegende Rechtsstreit zeigt deutliche Parallelen zum Fall Nr. 12, in dem der Käufer die Bezahlung des Kaufpreises wegen chronischer Fesselgelenksentzündung eines als "zugfest" erworbenen Nutzpferdes verweigert hatte.

In einem anderen Rechtsstreit (Fall Nr. 45/ AG Freising, AZ C 196/59) hatte der Käufer einen Arbeitsochsen wegen mangelhafter Zugfestigkeit und chronischer Bronchitis gerügt, worauf der Verkäufer diesen gegen Rückzahlung des Kaufpreises zurückgenommen hatte. Zum Rechtsstreit war es hier gekommen, als sich die Parteien über die Höhe der vom Verkäufer zu erstattenden Nebenkosten (Futter- und Tierarztkosten) nicht hatten einigen können.

Fall Nr. 46

Einspannkuh

Arglistige Täuschung:

Einseitige Blindheit einer Einspannkuh

AG Haßfurt, Urteil vom 11.2.1966 - C 91/65

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Verkäufer      Beklagter/Käufer

Klage auf Zahlung von Schadenersatz

Der Beklagte hatte den Kläger, einen Viehhändler, beauftragt, ihm eine Einspannkuh zu besorgen. Mitte Juli 1965 kam zwischen den Parteien ein Kaufvertrag über eine Kuh mit Kalb zum Preis vom DM 1.800,-- zustande. Der Beklagte verweigerte jedoch die Abnahme der beiden Tiere, als er feststellte, daß die Kuh auf einem Auge blind war. Daraufhin verkaufte der Kläger die Tiere anderweitig zum Preis von DM 1.600,--.

Der Beklagte machte geltend, vom Kläger arglistig getäuscht worden zu sein. Dieser habe die Kuh in Kenntnis ihres Augenleidens als "fehlerfrei" verkauft.

Der Kläger bestreitet dagegen, von der "belanglosen Augenverletzung" der Kuh gewußt zu haben. Auch habe er keinesfalls deren Fehlerfreiheit zugesichert. Er habe lediglich erklärt, daß er sie "als fehlerfrei gekauft habe und keinen Fehler wüßte". Unter Hinweis auf den Mindererlös von DM 200,-- aus dem Weiterverkauf der Tiere beantragt er, den Beklagten zur Zahlung von Schadenersatz in gleicher Höhe zu verurteilen.

Entscheidung des Gerichts:

Die Klage ist als unbegründet abzuweisen.

Entscheidungsgründe:

Unstreitig war bei den Kaufverhandlungen in bezug auf die Kuh von "fehlerfrei" die Rede. Zweifellos geschah dies in Beantwortung einer entsprechenden Frage des Beklagten. Einem Viehhändler sind die Konsequenzen einer solchen Erklärung bekannt und er gibt sie nicht ab, ohne hierzu vom Kaufinteressenten veranlaßt worden zu sein. Dabei ist es gleichgültig, ob der Kläger lediglich sagte, er habe die Kuh als fehlerfrei gekauft und wüßte keinen Fehler derselben oder ob er sie von sich aus als fehlerfrei bezeichnete. Der Beklagte mußte diese Erklärung in jedem Falle dahin auffassen, daß das Tier fehlerfrei war. Es handelte sich somit um die rechtsverbindliche Zusicherung der Fehlerfreiheit und nicht etwa um eine allgemeine, einseitige Anpreisung.

Die Kuh war aber - vermutlich als Folge einer früheren Verletzung - auf einem Auge nahezu erblindet. Sie war damit mit einem Fehler behaftet, der - zumal bei einer Einspannkuh - als verkehrswesentlich zu bewerten ist. Wenn der Kläger behauptet, hiervon erst bei der Ablieferung des Tieres Kenntnis erlangt zu haben, so kann ihm das Gericht dies nicht glauben. Als erfahrener Viehhändler hat er die Kuh beim Ankauf mit Sicherheit genauer untersucht, als dies der Beklagte seinerseits getan hat. Auch stand die Kuh längere Zeit im Stall des Klägers, und dessen Vater gab zu, von dem Fehler gewußt zu haben. Der Kläger wäre verpflichtet gewesen, den nicht unerheblichen Mangel des Tieres bekanntzugeben und hätte keinesfalls dessen Fehlerfreiheit zusichern dürfen. Sein Verhalten bei den Kaufverhandlungen war unlauter.

Wenn der Beklagte die Abnahme der Kuh verweigerte, so hat er den Vertrag zurecht wegen arglistiger Täuschung durch den Kläger angefochten (§§ 123, 142 BGB).

## 2. Besprechung

Im vorliegenden Fall hatte das AG Haßfurt zu klären, ob der Käufer durch arglistige Täuschung zum Kaufabschluß bestimmt

worden ist. Das AG Haßfurt hat diese Frage bejaht und dementsprechend die Klage des Verkäufers auf Zahlung von Schadenersatz als unbegründet zurückgewiesen.

### 3. Diskussion

Von besonderem Interesse am vorliegenden Fall ist die forensische Beurteilung der Augenkrankheit der Kuh. Hierbei kommt dem Verwendungszweck des Tieres entscheidende Bedeutung zu. Bei einer Einspannkuh ist einseitige Blindheit unstreitig als verkehrswesentlicher Fehler zu betrachten, während Wert und Tauglichkeit einer gewöhnlichen Milchkuh hierdurch im allgemeinen nicht gemindert werden. Daß der Verkäufer von der einseitigen Blindheit der Kuh wußte, ist nach den Umständen des Falles als erwiesen anzusehen. Er hat diesen Mangel des Tieres jedoch nicht nur verschwiegen, sondern in Kenntnis des künftigen Verwendungszweckes der Kuh deren Fehlerfreiheit zugesichert. Ein solches Verhalten ist ohne Zweifel unlauter. Da Überdies anzunehmen ist, daß der Käufer die Kuh nicht (oder zumindest nicht um den hohen Preis von DM 1.800,--) erworben hätte, wenn ihm deren Augenleiden bekannt gewesen wäre, ist der Tatbestand der arglistigen Täuschung gegeben (Kausalzusammenhang). Erschwerend ist hierbei die Fachkenntnis des Verkäufers (Viehhändler) zu berücksichtigen. Im übrigen hätte der Käufer (anstelle der Anfechtungsklage) auch Gewährleistungsansprüche wegen Fehlens einer zugesicherten Eigenschaft geltend machen können.

Fall Nr. 47

Gelbe Franken-Kuh, 8 J.

Einspannkuh

Vollzug der Wandelung

LG Würzburg, Urteil vom 20.4.1956 - 3 S 10/56

AG Würzburg, Urteil vom 5.12.1955 - C 1113/54

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Mit schriftlichem Kaufvertrag vom 3.4.1954 hatte der Kläger von dem Beklagten eine Gelbe Franken-Kuh als "gesund und fehlerfrei, gewöhnt, im 8. Monat trächtig, vierstrichig und ohne Vorfall, zugfest" zum Preis von DM 765,-- erworben.

Bereits wenige Tage nach der Übergabe sagte der Kläger die Kuh wegen Hustens, eitrigen Augen- und Nasenausflusses und fehlender Zugfestigkeit beim Beklagten an. Dieser erklärte sich angeblich bereit, den Kaufvertrag bis zum 17.4.1954 zu wandeln und eine andere Kuh zu liefern. Als sich die Parteien jedoch wegen eines vom Beklagten geforderten Aufgeldes über die Lieferung einer Ersatzkuh nicht einigen konnten, kam es zum Rechtsstreit. Der Kläger machte nun auch geltend, daß die Trächtigkeitsangabe fehlerhaft gewesen sei, da die Kuh bis zur Klageerhebung am 14.6.1954 noch nicht gekalbt hatte.

Entscheidung des Gerichts:

Der Klage ist stattzugeben. Der Beklagte hat dem Kläger Zug um Zug gegen Herausgabe der Kuh das Kaufgeld in Höhe von DM 765,-- zurückzuzahlen sowie Futter- und Pflegekosten für die Zeit vom 3.4.1954 bis zum 10.11.1955 in Höhe von mehr als DM 1.200,-- zu ersetzen.

Entscheidungsgründe:

Unstreitig war die Kuh mit Fehlern behaftet, die der Beklagte aufgrund des schriftlichen Kaufvertrages vom 3.4.1954 zu vertreten hat.

So kann die Kuh keinesfalls als "zugfest" bezeichnet werden. Bei wiederholten Einspannversuchen blieb sie sowohl im Kopf- als auch im Brustgeschirr alle zwei bis drei Meter stehen und verweigerte die Arbeit. Der hierfür ursächliche Geschirrrdruck muß bereits vor der Übergabe vorhanden gewesen sein.

Nach glaubhaften Zeugenaussagen hatte die Kuh schon kurz nach dem Kauf gehustet und eitrigen Augen- und Nasenausfluß gezeigt. Hierbei ist ein sehr strenger Ma3stab anzulegen, da der Beklagte neben anderen Eigenschaften auch die Gesundheit des verkauften Tieres ausdrücklich zugesichert hatte. Laut Gutachten des Tierarztes Dr. S. litt die Kuh an der sog. Händlerkrankheit, d. h. an einer in Händlerstallungen häufig vorkommenden Infektionskrankheit der Atemwege, woraus zu schließen ist, daß die Übertragung der Krankheit bereits im Stall des Verkäufers erfolgt ist.

Der Beklagte war am 15.4.1954 auf die Mängelrüge hin beim Kläger erschienen und hatte sich bereit erklärt, bis spätestens 17.4. die streitgegenständliche Kuh zurückzunehmen und eine andere Kuh zu liefern. Damit ist eine rechtswirksame Wandelung zustandegekommen. Daß sich die Parteien über ein etwaiges Aufgeld nicht hatten einigen können, ist auf die Wirksamkeit des Wandlungsvertrages ohne Einfluß, da es sich bei der Lieferung einer Ersatzkuh um einen gesondert zu vereinbarenden Umtauschvertrag gehandelt hätte. -

Auf die Berufung des Beklagten wurde das erstinstanzielle Urteil aufgehoben. Das LG Würzburg hat seine Entscheidung wie folgt begründet:

Es ist zwar richtig, daß die Vereinbarung über den Umtausch einer mangelhaften Sache einmal eine Wandelung, zum anderen den Abschluß eines neuen Kaufvertrages enthält. Das rechtfertigt es jedoch nicht, die Erklärungen der Parteien aus

ihrem offensichtlichen Zusammenhang herauszulösen und in zwei völlig getrennte Rechtsgeschäfte aufzuspalten. Es ist vielmehr ständige Rechtsprechung, daß bei der Beurteilung der Frage, ob eine Wandelung zustandegekommen ist, die Erklärungen der Parteien in ihrer Gesamtheit zu würdigen sind. So hat das Reichsgericht im Recht 1906 Nr. 2092 ausgeführt, daß eine Wandelung erst dann vollzogen ist, wenn sich die Parteien über alle dieses Rechtsgeschäft betreffenden oder damit zusammenhängenden Punkte geeinigt haben. Es kann daher ein Mangel an Willensübereinstimmung über andere, mit der Wandelung zusammenhängende Punkte das Nichtzustandekommen des ganzen Geschäfts zur Folge haben. Im gleichen Sinne hat das OLG Dresden in OLG 33, 280 einen Rechtsstreit entschieden, in dem der Verkäufer sich zur Rücknahme eines kranken Pferdes bereit erklärt, die Erstattung von Futterkosten aber nicht zugesagt, sondern auf die Vorschläge des Käufers seinerseits mit neuen Vorschlägen geantwortet hatte. Da sich die Parteien im vorliegenden Fall über die Lieferung einer Ersatzkuh wegen der Frage des Aufgeldes nicht hatten einigen können, war eine rechtswirksame Wandelung nicht zustandegekommen. Demzufolge kann der Kläger keinen Anspruch aus bereits vollzogener Wandelung erheben - der der ordentlichen Verjährung von 30 Jahren unterliegen würde - sondern nur Gewährleistungsansprüche mit dem Ziel, die Wandelung erst herbeizuführen. Diesem Anspruch gegenüber hat der Beklagte mit Recht die Einrede der Verjährung erhoben (§§ 492, 490 BGB).

## 2. Besprechung

Im vorliegenden Rechtsstreit hat der Käufer einer Einspannkuh wegen Fehlens zugesicherter Eigenschaften Wandelung des Kaufvertrages verlangt. Während der Klage in erster Instanz stattgegeben wurde, wurde sie in zweiter Instanz auf die vom Verkäufer erhobene Einrede der Verjährung hin zurückgewiesen.

### 3. Diskussion

Dieser Fall ist sowohl aus tierärztlicher wie juristischer Sicht interessant. Der Käufer hatte die mangelhafte Zugfestigkeit der Kuh gerügt. Bei der Zugprobe verweigerte die Kuh sowohl im Kopf- als auch im Brustgeschirr den Dienst; als Ursache hierfür wurden Druckstellen in der Geschirrlage festgestellt. Bei einer als "zugfest" verkauften Einspannkuh ist dies ohne Zweifel als erheblicher Fehler zu bewerten. Der Käufer hat sich die Kuh beim Kauf offensichtlich nicht genau angesehen, denn sonst hätte er diesen Fehler bemerken müssen. Hierbei ist allerdings zu bedenken, daß der Verkäufer das Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft auch dann zu vertreten hat, wenn dieses dem Käufer aus grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist. Was den vom Käufer gerügten Husten sowie den Augen- und Nasenausfluß der Kuh anbelangt, so hat der tierärztliche Gutachter hierin Symptome der sog. Händlerkrankheit erblickt. Nach Rosenberger (57) ist unter "Händlerkrankheit" ("Händlerhusten", "Händlerpneumonie") eine virusbedingte enzootische Bronchopneumonie älterer Rinder zu verstehen. Die Inkubationszeit wird mit 2 - 10 Tagen angegeben. Der sichere Nachweis, daß die Infektion bereits zum Zeitpunkt der Übergabe erfolgt ist, ist bei einer so kurzen Inkubationszeit nur schwer zu erbringen. Allein aus der Diagnose "Händlerkrankheit" läßt sich noch nicht schließen, daß die Übertragung der Krankheit bereits im Stall des Viehhändlers erfolgt ist. Im vorliegenden Fall jedenfalls sah es das Gericht aufgrund des tierärztlichen Gutachtens als erwiesen an, daß die Kuh der zugesicherten Eigenschaft der Gesundheit zum Zeitpunkt der Übergabe nicht mehr entsprochen hat. Anzumerken ist noch, daß der Begriff der "Händlerpneumonie" heute keine wesentliche Rolle mehr spielt. In der heutigen Zeit stehen die infektiösen Faktorenerkrankungen jüngerer Rinder ("crowding disease") im Vordergrund.

Aus juristischer Sicht interessiert am vorliegenden Fall die Frage, ob bei der Unterredung der Parteien am 15.4.1954 eine rechtswirksame Wandelung zustandegekommen ist oder nicht. Daß diese Frage nicht einfach zu klären ist, zeigt die unterschiedliche Auffassung der beiden Gerichte. Meines Erachtens stellt die Vereinbarung über die Lieferung einer Ersatzkuh den Abschluß eines neuen Kaufvertrages dar und hat mit der Wandelung des ursprünglichen Kaufvertrages nichts zu tun. Wandelung heißt Rückgängigmachung des Kaufvertrages Zug um Zug. Der Käufer sollte daher immer darauf bestehen, daß der Verkäufer ein mangelhaftes Tier zurücknimmt. Verweigert der Verkäufer die Zurücknahme des Tieres, so sollte der Käufer unverzüglich die zur Wahrung seiner Rechte erforderlichen Maßnahmen ergreifen (Klageerhebung, Antrag auf gerichtliches Beweissicherungsverfahren). Auf keinen Fall sollte sich der Käufer auf irgendwelche Absprachen bezüglich der Lieferung eines anderen Tieres einlassen. Hierin liegt oft nur der Versuch des Verkäufers, den Ablauf der Verjährungsfrist herbeizuführen (s. Fall Nr. 28 und 29). Abgesehen davon ist es eine alte Erfahrung, daß das als Ersatz gelieferte Tier oft genauso mangelhaft oder gar noch minderwertiger ist.

Abschließend läßt sich zu den Fällen Nr. 44 - 47 sagen, daß die Zuggleistung beim Rind heute keine Rolle mehr spielt. Rechtsstreitigkeiten der angeführten Art gehören der Vergangenheit an. Die Zuggleistung gilt heute beim Rind nicht mehr als Zuchtziel, so daß die klassischen Dreinutzungsrasen wie die "Gelben Franken" (s. Fall Nr. 47) erheblich an Bedeutung verloren haben. Von einem Tierarzt wird heute nicht mehr verlangt, einen Arbeitsochsen auf Dämpfigkeit oder eine Einspannkuh auf Fahrtüchtigkeit zu untersuchen. Auf die vorstehenden Fälle wird daher in der Schlußdiskussion nicht mehr Bezug genommen.

Fall Nr. 48

Nutzkuh

Zusicherung eines bestimmten Kalbetermins

Schadenersatzforderung wegen Nichterfüllung

LG Göttingen, Urteil vom 14.5.1956 - 5 S 50/56

AG Einbeck, Urteil vom 9.3.1956 - 2 C 55/56

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Zahlung von Schadenersatz

Der Kläger kaufte am 18.8.1955 von dem Beklagten, einem Viehhändler, eine trächtige Kuh zum Preis von DM 950,--. In der schriftlichen Verkaufsbestätigung war u. a. vermerkt: "... Die Kuh kalbt 15. - 25. Dezember ..." Das verkaufte Tier hat, entgegen dieser Zusicherung, bis Ende Februar 1956 nicht gekalbt. Der Kläger begehrt Ersatz des ihm hieraus entstandenen Schadens. Wie er geltend macht, sei die Kuh mindestens 2 Monate lang nutzlos "trocken gestanden", was einen Milchsausfall von DM 180,-- bedeute.

Der Beklagte vertritt die Ansicht, daß in der Zusicherung des Kalbetermins nicht nur eine Trächtigkeitsgarantie, sondern darüber hinaus auch die stillschweigende Vereinbarung einer Gewährfrist zu erblicken sei. Da der Kläger nicht innerhalb von 2 Tagen nach dem 25.12.1955 Anzeige erstattet habe, sei er seines Anspruchs auf Schadenersatz verlustig gegangen.

Der Klage wurde in beiden Instanzen stattgegeben.

Entscheidungsgründe:

Der Vermerk auf der Verkaufsbestätigung: "... Die Kuh kalbt 15. - 25. Dezember ..." ist als Zusicherung einer Eigenschaft des verkauften Tieres anzusehen, deren Fehlen den

Kläger berechtigt, gem. §§ 481, 492, 463 BGB Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen.

Dieser Anspruch ist auch nicht verjährt. An sich verjährt ein Schadenersatzanspruch wegen Nichterfüllung gem. §§ 490, 492 BGB in 6 Wochen vom Tage der Ablieferung des Tieres an oder, wenn eine Gewährfrist vereinbart ist, vom Ende dieser Frist an. Eine abweichende Regelung gilt dann, wenn eine Trächtigkeitsgarantie gegeben wird. Das folgt, wie Rechtsprechung und -lehre heute ganz Überwiegend annehmen, aus dem Wesen der Trächtigkeitsgarantie. Denn es handelt sich hier um eine Zusicherung, deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit, auch bei sorgfältiger Prüfung, von einem Laien innerhalb von 6 Wochen nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden kann. Nach allgemeiner Lebenserfahrung setzt vielmehr das untrügliche Offenbarwerden der Trächtigkeit allein oder der Zeitpunkt des Eintritts des Kalbens einen Naturvorgang von höchst unsicherem und oft langdauerndem Ablauf voraus. Jede Berechnung aufgrund einer laienhaften Untersuchung kann deshalb leicht um Wochen oder Monate fehlergehen. Es geht jedoch nicht an, dem Käufer - zumal diesem eine Untersuchungspflicht nicht obliegt - in jedem Falle zuzumuten, einen Spezialisten zur Untersuchung heranzuziehen. Dies um so weniger, als eine solche Untersuchung nicht nur erhebliche Aufwendungen erfordert, sondern darüber hinaus eine für Tier und Frucht nicht ungefährliche Maßnahme darstellt, deren schädliche Folgen dem Käufer zur Last fallen würden. Treffen demnach zwei Vertragspartner eine verbindliche Abmachung über die Trächtigkeitsdauer, so ist es als übereinstimmender Wille der Parteien anzusehen, daß die Verjährungsfrist frühestens von dem Zeitpunkt an, zu dem mit Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Kuh nicht bis zum dem zugesicherten Termin kalben würde, und spätestens mit dem Ablauf des vereinbarten Kalbetermins in Gang gesetzt werden sollte (s. Staudinger-Ostler, 11. Aufl. Anm. 13 zu § 492 BGB). Nach alledem begann die 6wöchige Ver-

jährungsfrist im vorliegenden Falle am 25.12.1955 zu laufen. Die Klageschrift wurde am 3.2.1956, also noch vor Ablauf dieser Frist, beim AG eingereicht.

Der Klageanspruch scheitert auch nicht daran, daß der Kläger nicht innerhalb von 2 Tagen nach dem zugesicherten Kalbetermin dem Beklagten das Ausbleiben des Kalbens angezeigt hat. Denn das würde voraussetzen, daß die Parteien stillschweigend eine bis zu dem zugesicherten Kalbetermin laufende Gewährfrist vereinbart hätten (§§ 492 S. 1, 485 BGB). Einer solchen Annahme stehen jedoch systematische - aus dem Wesen der Gewährfrist sich ergebende - wie tatsächliche Bedenken entgegen.

So rechnet der weniger geschäftsgewandte ländliche Käufer nicht damit, seiner Rechte aus der Trächtigkeitszusage verlustig zu gehen, wenn er nicht unmittelbar nach Ablauf des Kalbetermins das Ausbleiben des Kalbens anzeigt. Das um so weniger, als er aufgrund seiner bäuerlichen Erfahrung weiß, ja sogar damit rechnet, daß sich das Kalben ohne weiteres um einige Tage verschieben kann. Er wird deshalb häufig, bäuerlichem Brauch entsprechend, noch einige Tage warten, um ganz sicher zu sein, bevor er sich mit seiner Rüge an den Verkäufer wendet. Dies macht die Trächtigkeitszusage zu einer gewährfristfeindlichen Zusicherung und steht der Annahme einer stillschweigend vereinbarten Gewährfrist entgegen.

2. Die Besprechung und Diskussion von Fall Nr. 48 erfolgt gemeinsam mit Fall Nr. 50.

Fall Nr. 50

Nutzkuh, Schwarzbuntes Niederungsrind, OM-Nr. 11763

Zugesicherte Eigenschaft:

Trächtigkeit

AG Eckernförde, Urteil vom 23.3.1965 - 6 C 450/62

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer    Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Zahlung von Schadenersatz

Ende August 1962 hatte der Beklagte dem Kläger die streitgegenständliche Kuh mit der ausdrücklichen Zusicherung verkauft, daß sie hochtragend sei und etwa Mitte September 1962 kalben werde. Als Besamungsdatum hatte er den 7.12.1961 angegeben. Als die Kuh bis November noch nicht gekalbt hatte, veranlaßte der Kläger am 29.11.1962 ihre tierärztliche Untersuchung. Dabei stellte sich heraus, daß sie erst ungefähr 30 Wochen, also etwa seit Mitte April 1962, trächtig war. Unter Hinweis auf die fehlerhafte Trächtigkeitsangabe verlangte der Kläger Schadenersatz für Futtergeld, Kosten der tierärztlichen Untersuchung und Gewinnentgang beim Weiterverkauf der Kuh und erhob am 24.12.1962 entsprechende Klage.  
Die Kuh kalbte am 2.2.1963.

Entscheidung des Gerichts:

Der Klage kann nicht stattgegeben werden, da die vom Beklagten erhobene Einrede der Verjährung durchgreift.

Entscheidungsgründe:

Die Rechtsprechung und Überwiegende Lehre sieht den Ablauf der Höchstträchtigkeitsdauer als äußersten Zeitpunkt an, bis zu dem der Beginn der Verjährungsfrist aufgeschoben werden

kann (vgl. LG Ravensburg, Urteil vom 30.5.1956 in RdL, 243 und LG Landshut, Urteil vom 9.11.1959 in RdL 1960, 49; Staudinger 1955 Anm. 13 zu § 492 BGB; Palandt 24. Auflage Anm. 2 zu § 492 BGB und Lerche Viehgewährschaftsrecht 1955, Seite 178). Berechnet nach dem zugesicherten Besamungsdatum lief die Höchstträchtigkeitdauer, die nach dem amtlichen Trächtigkeitsskalender 312 Tage beträgt, im vorliegenden Fall am 24.10.1962 ab. Die Verjährungsfrist begann somit am 25.10.1962 und war zum Zeitpunkt der Klageerhebung bereits abgelaufen.

Es kann dahingestellt bleiben, ob der Beklagte auch einen festen Kalbetermin zugesichert hat. Denn dann würde die Verjährungsfrist spätestens mit dem Ablauf des vereinbarten Abkalbetermins in Gang gesetzt, so daß sie am 30.10.1962 abgelaufen wäre (vgl. LG Göttingen, Urteil vom 14.5.1956, Nds Rpfl 1956, 226).

## 2. Gemeinsame Besprechung der Fälle Nr. 48 und Nr. 50.

In den vorliegenden Fällen haben die Käufer jeweils wegen fehlerhafter Trächtigkeitsangabe Zahlung von Schadenersatz verlangt. Die grundsätzliche Berechtigung ihrer Ansprüche steht außer Zweifel; in beiden Fällen kalbten die Kühe wesentlich später als vom Verkäufer angegeben. Während im Fall Nr. 48 dem klägerischen Begehren in beiden Instanzen stattgegeben wurde, wurde im Fall Nr. 50 auf die vom Verkäufer erhobene Einrede der Verjährung hin die Klage abgewiesen.

## 3. Gemeinsame Diskussion der Fälle Nr. 48 und Nr. 50

Nach heute allgemein anerkannter Auffassung, der sich die Gerichte in den vorliegenden Fällen angeschlossen haben, ist in der Zusicherung der Trächtigkeit mit Angabe eines bestimmten Kalbetermins die Vereinbarung einer Gewährfrist nicht zu erblicken. Dem ist aus tierärztlicher Sicht zuzustimmen. Die Trächtigkeitsdauer weist nicht unerhebliche

physiologische Schwankungen auf (39), so daß sich der Kalbetermin ohne weiteres um einige Tage oder gar Wochen verschieben kann. Der Landwirt rechnet hiermit von Anfang an und wird daher, wenn eine Kuh nicht fristgemäß kalbt, noch einige Tage abwarten. Bei dieser Sachlage würde die Annahme einer stillschweigend vereinbarten Gewährfrist mit der sich daraus ergebenden 2tägigen Rügeverpflichtung des § 485 BGB dem Parteiwillen nicht gerecht werden.

Wird eine Eigenschaft eines Tieres zugesichert, so beginnt die 6wöchige Verjährungsfrist, wenn eine Gewährfrist nicht vereinbart wird, mit der Ablieferung des Tieres (§ 492 BGB). Auf die Zusage der Trächtigkeit läßt sich dieser Grundsatz nicht übertragen. Weder kann ein Laie innerhalb von 6 Wochen die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Trächtigkeitszusicherung selbst feststellen, noch besteht für ihn die rechtliche Pflicht, einen tierärztlichen Spezialisten zur Untersuchung heranzuziehen. Ein Rechtsverlust durch Verjährung kann dem Käufer aber nicht zugemutet werden, solange er noch nicht einmal von dem Fehlen der zugesicherten Eigenschaft weiß. Es entspricht daher dem Grundsatz von Treu und Glauben, wenn die heutige Rechtsprechung den Beginn der Verjährungsfrist bis zu dem Zeitpunkt hinausschiebt, zu dem der Käufer Kenntnis von der Fehlerhaftigkeit der Trächtigkeitszusage erlangt; äußerstenfalls ist dies der Ablauf der Höchstträchtigkeitsdauer.

Im Fall Nr. 48 begann die Verjährungsfrist demnach mit dem Ablauf des 25.12.1955. Die Klageerhebung erfolgte am 3.2.1956, also 2 Tage vor Ablauf der Verjährungsfrist. Im Fall Nr. 50 begann die Verjährungsfrist mit dem Ablauf der Höchstträchtigkeitsdauer, berechnet nach dem zugesicherten Besamungstag. Der Käufer hätte demnach spätestens am 5.12.1962 Klage erheben müssen, tat dies aber erst am 24.12.1962.

Das Verhalten der Käufer in beiden Fällen erscheint leichtfertig. Wenn die Rechtsprechung schon den Beginn der Verjährungsfrist derart weit hinausschiebt, dann sollte der

Käufer etwaige Ansprüche nicht erst 2 Tage vor Ablauf der Verjährungsfrist oder gar erst nach deren Ablauf geltend machen. Von Landwirten sollte man eigentlich gewisse Erfahrungen im Viehhandel und sorgfältige Beachtung der einschlägigen Fristen erwarten.

Daß dem nicht so ist, zeigt ein weiterer Rechtsstreit. Im Fall Nr. 49 (AG Düren, AZ 2 a C 595/55) wurde die Klage erst einen Tag vor Ablauf der Verjährungsfrist eingereicht. Der Verkäufer hatte bei der Übergabe am 24.6.1955 zugesichert, daß die Kuh trächtig sei und am 29.7.1955 kalben werde. Eine Anfang August vorgenommene tierärztliche Untersuchung ergab, daß die Kuh nicht tragend war und auch in den letzten 2 Monaten nicht verkalbt hatte. Die 6Wochenfrist begann in diesem Fall am 30.7.1955 zu laufen. Der Käufer reichte am 8.9.1955, also einen Tag vor Fristablauf, Klage ein. Neben der Trächtigkeitsgarantie mit Angabe eines bestimmten Kalbe- oder Besamungsdatums gibt es noch die Trächtigkeitsszusage ohne Zeitangabe. Nach heutiger Rechtsprechung schiebt eine Trächtigkeitsgarantie ohne Zeitangabe den Beginn der Verjährungsfrist ebenfalls bis zur Erlangung der Kenntnis von der fehlenden Trächtigkeit (längstenfalls bis zum Ablauf der Höchstträchtigkeitsdauer) hinaus. In diesem Zusammenhang erscheint eine Entscheidung des AG Saulgau erwähnenswert (Fall Nr. 51, AZ C 136/55), wonach bei einer Trächtigkeitsszusage ohne Zeitangabe die Verjährungsfrist mit der Ablieferung des Tieres beginne. Ob gegen dieses Urteil Berufung eingelegt wurde, ist aus den vorliegenden Unterlagen nicht ersichtlich.

Auffallend ist noch, daß die Käufer in den Fällen Nr. 48, 49 und 50 jeweils auf Zahlung von Schadenersatz und nicht auf Wandelung geklagt haben.

Fall Nr. 52

Schlachtkuh

Schadenersatzforderung

Trächtigkeit einer Schlachtkuh

AG München, Urteil vom 16.11.1959 - 1 C 2069/59

1. Beschreibung

|                    |               |                     |
|--------------------|---------------|---------------------|
| <u>Tatbestand:</u> | Kläger/Käufer | Beklagter/Verkäufer |
|                    | Forderung     |                     |

Am 26.6.1959 kaufte der Kläger - Inhaber einer Fleischgroßhandlung - im Schlacht- und Viehhof München von dem Beklagten, der den Viehhandel betreibt, eine Kuh durch Vermittlung der Agentur P.. Die Kuh wurde noch am gleichen Tag geschlachtet. Laut amtstierärztlicher Bescheinigung wies sie einen Tragsack mit Inhalt im Gewicht von 15 kg auf, der entsprechend den fleischbeschaurechtlichen Bestimmungen als untauglich zum Genuß für Menschen beurteilt wurde.

Da er die Kuh ausdrücklich als Schlachttier erworben hatte, macht der Kläger ein entsprechendes Mindergewicht von 15 kg mit einem Wert von DM 27,-- geltend. Zur Begründung trägt er vor, daß gemäß einer Vereinbarung vom 3.12.1956 zwischen den am Handel mit Schlachtvieh beteiligten Organisationen und Verbänden (Bauernverband, Viehhandelsverband, Großschlächter u. a.), welche als Bekanntmachung des Schlacht- und Viehhofes München für die Parteien verbindlich sei, bei Käufen von Kühen zu Schlachtzwecken der Verkäufer bei Vorhandensein eines Tragsackes von mehr als 12 kg Gewicht für den Mindererlös hafte.

Zur Einrede der Verjährung bringt der Kläger vor, alsbald nach dem Kauf die Agentur P. von der Trächtigkeit der Schlachtkuh unterrichtet zu haben, worauf ihm die Regelung der Angelegenheit zugesichert worden sei.

Entscheidung des Gerichts:

Die Klage wird abgewiesen.

Entscheidungsgründe:

Die Klage ist unbegründet, da ein allenfallsiger Anspruch des Klägers verjährt ist. Der Kläger kann keinen Hauptmangel geltend machen. Eine Haftung käme somit nur nach § 492 BGB in Frage, da gem. § 481 BGB die Vorschriften der §§ 459 ff BGB für den Verkauf bestimmter Tierarten (u. a. auch Rindvieh) insoweit ausgeschlossen sind, als sich aus den §§ 482 - 492 BGB ein anderes ergibt. Nach § 492 BGB gilt aber auch hierfür die Verjährungsfrist des § 490 BGB.

Mangels einer vereinbarten Gewährfrist beginnt die Verjährungsfrist mit der Ablieferung des Tieres, das ist hier der 26.6.1959. Zum Zeitpunkt der Einreichung des Zahlungsbefehlsantrages am 7.9.1959 und auch zur Zeit der ersten Mahnung vom 12.8.1959 war die Verjährung bereits eingetreten, denn die Verjährungsfrist war bis dahin nicht unterbrochen worden. Es besteht unter den Parteien Einverständnis, daß die Agentur P., wie alle Agenturen, beim Viehhandel lediglich vermittelt, nicht aber Vertreter einer Vertragspartei ist. Anzeigen gegenüber der Agentur haben deshalb gegenüber dem Beklagten keine Rechtswirkung und somit auch nicht in dem Sinne, daß der Beklagte eine etwaige Erklärung des Agenten P., "die Angelegenheit werde geregelt", gegen sich gelten lassen müßte. Es war Sache des Klägers, sich bereits beim Kauf oder alsbald danach über die Person des Vertragspartners zu unterrichten.

## 2. Besprechung

Im vorliegenden Fall begehrte der Käufer Schadenersatz wegen Trächtigkeit einer Schlachtkuh. Nach Auffassung des AG München war ein etwaiger Anspruch des Käufers verjährt, so daß die Klage abgewiesen wurde.

### 3. Diskussion

Während die Trächtigkeit bei einer Nutzkuh als wertsteigernde Eigenschaft betrachtet wird, hat sie bei einer Schlachtkuh den Charakter eines Sachmangels. Da aber die Trächtigkeit der Schlachttiere keinen Hauptmangel i. S. der Kaiserlichen Verordnung darstellt, käme eine Haftung des Verkäufers nur aufgrund ausdrücklicher vertraglicher Vereinbarungen in Frage. Ob in der vom Käufer erwähnten Vereinbarung zwischen den am Schlachtviehhandel beteiligten Organisationen eine derartige Haftungsgrundlage zu erblicken ist, brauchte das Gericht überhaupt nicht zu entscheiden. Der Käufer hatte seine Anzeige nämlich an den Vertreter der Viehagentur und nicht an den Verkäufer der Kuh gerichtet. Aus dem Rechtsstatus der Agenturen ergibt sich, daß diese lediglich vermitteln, nicht aber in Rechtsbeziehungen zum Käufer treten. Eine an die falsche Person gerichtete Anzeige kann jedoch die Verjährungsfrist nicht unterbrechen. Der vorliegende Fall zeigt anschaulich, daß eine Anzeige nicht nur frist- und formgerecht zu erfolgen hat, sondern auch an die richtige Adresse zu richten ist. Auffallend ist noch der niedrige Streitwert von DM 27,--. Vielleicht hatten sich die Parteien von diesem Rechtsstreit eine grundsätzliche Entscheidung über die Frage der Haftung des Verkäufers für Trächtigkeit von Schlachtvieh erhofft; ansonsten erscheint ein Prozeß über einen derart geringen Streitwert wenig sinnvoll.

In einem gleichliegenden Rechtsstreit (Fall Nr. 53, AZ 10 C 171/56) begehrte ein Großschlächter am Nürnberger Schlachthof ebenfalls wegen Trächtigkeit einer Schlachtkuh Zahlung von Schadenersatz (Streitwert DM 14,55). Das AG Nürnberg wies die Klage als unbegründet zurück, da es sich bei dem gerügten Mangel nicht um einen Fehler i. S. der Kaiserlichen Verordnung handle. Das vom Kläger angeführte Schreiben des Bayerischen Großschlächterverbandes vom

6.9.1951, wonach eine vom Amtstierarzt einwandfrei bestätigte Trächtigkeit eines Schlachttieres grundsätzlich in Abzug gebracht werde, vermöge an der gegebenen Rechtslage nichts zu ändern.

Der Vollständigkeit halber seien noch zwei weitere Rechtsstreitigkeiten bezüglich Trächtigkeit von Schlachttieren erwähnt. Im Fall Nr. 54 (AZ 3 C 791/54) sah es das AG Regensburg als erwiesen an, daß der Verkäufer die Trächtigkeit einer zum Schlachten bestimmten Kuh arglistig verschwiegen hatte. Dem Käufer wurde daher ein Recht auf Schadenersatz in Höhe des Gewichtsabzuges zugesprochen. Es muß sich hier um ein krankes Tier gehandelt haben, denn welcher vernünftige Landwirt verkauft schon eine Kuh in Kenntnis der Trächtigkeit zum Schlachten.

In einem weiteren Rechtsstreit (Fall Nr. 55, AG Simbach AZ C 15/62) betreffend Trächtigkeit einer Schlachtkuh wurde der Schadenersatzanspruch des Käufers als verjährt zurückgewiesen. Daraufhin behauptete der Käufer, der Verkäufer habe die Trächtigkeit der Kuh arglistig verschwiegen. Wie die Beweisaufnahme jedoch ergab, hatte der Käufer die Kuh selbst rektal auf Trächtigkeit untersucht (und für "nicht-trächtig" befunden), so daß von einem "arglistigen Verschweigen" nicht die Rede sein konnte.

Erweist sich eine Kuh bei der Schlachtung als trächtig, so ist dies für Käufer und Verkäufer gleichermaßen mit Unannehmlichkeiten verbunden (einmal abgesehen davon, daß es tierschutzwidrig ist, ein trächtiges Tier zu schlachten). Der Landwirt, der eine Kuh zum Schlachten verkaufen will, sollte sie zuvor tierärztlich auf Trächtigkeit untersuchen lassen. Der Aufwand für eine Trächtigkeitsuntersuchung steht in keinem Verhältnis zu dem finanziellen Verlust, den die Schlachtung einer trächtigen Kuh bedeutet.

Fall Nr. 56

Färse, OM-Nr. 803949

Forensische Definition von Trächtigkeit

Abort einer emphysematösen Frucht

AG Geisenfeld, Urteil vom 14.6.1962 - C 36/61

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Am 3.2.1961 schlossen die Parteien einen Kaufvertrag über eine hochträchtige Kalbin zum Preis von DM 1.150,--. Diese wurde am 6.2.1961 vereinbarungsgemäß beim Beklagten abgeholt und in sechsstündiger Fahrt zum Anwesen des Klägers transportiert. Am 7.2.1961 verwarf die Kalbin.

Der Kläger begehrt Wandelung des Kaufvertrages, da die Kalbin zum Zeitpunkt der Übergabe nicht mehr trächtig gewesen sei. Bei der abortierten Frucht habe es sich nämlich um ein Wasserkalb gehandelt, das vor mindestens 14 - 21 Tagen im Mutterleib abgestorben sein müsse. Der Beklagte habe beim Verkauf arglistig verschwiegen, daß die Kalbin schon damals krank gewesen sei und nicht mehr richtig gefressen habe. Der Beklagte trägt demgegenüber vor, daß die Kalbin in ihrem hochträchtigen Zustand einem sechstündigen Transport auf einem Viehwagen nicht mehr hätte unterzogen werden dürfen.

Entscheidung des Gerichts:

Die Klage ist als unbegründet abzuweisen.

Entscheidungsgründe:

Aus dem Gutachten des Sachverständigen ergibt sich zur Überzeugung des Gerichts, daß aus dem Zustand des Kalbes nicht geschlossen werden kann, daß die Kalbin bereits einige Zeit

vor dem 3.2.1961 deutliche Krankheitserscheinungen gezeigt haben muß und insbesondere nicht mehr ordnungsgemäß gefressen hat, so daß nicht bewiesen werden kann, daß das am 7.2.1961 abortierte Kalb schon am 21.1.1961 oder vorher abgestorben sein muß. Der Hoftierarzt des Klägers hat nämlich bekundet, daß es sich bei der von ihm entwickelten Frucht um ein totes, bereits in Verwesung übergegangenes, stark wässriges Kalb gehandelt habe, dem die Klauen abgegangen seien. Der Sachverständige hat aus diesen Umständen geschlossen, daß es sich um ein sog. Dunstkalb gehandelt habe und nicht - wie der Hoftierarzt meinte - um ein Wasser- oder Mondkalb. Nach seinen nicht angreifbaren gutachtlichen Äußerungen pflegt der Fäulnisprozeß in sehr kurzer Zeit aufzutreten und wird fälschlicherweise oft von Laien und auch Fachleuten auf eine wesentlich längere Zeit veranschlagt. Als mögliche Ursache für ein schnelles Absterben der Leibesfrucht hat der Sachverständige insbesondere Übermäßige körperliche Anstrengung des Muttertieres angeführt. Eine solche Anstrengung liege in dem sechsstündigen Transport der Kalbin. Dieser Transport fand aber unbestritten erst nach der Übergabe der Kalbin an den Kläger statt. Der Kläger blieb somit für seine Behauptung, die Färse habe zur Zeit des Gefahrüberganges keine lebende Frucht mehr getragen, den Beweis schuldig, weshalb sein Wandelungsbegehren zurückzuweisen war.

## 2. Besprechung

In dem vorliegenden Rechtsstreit verlangte der Käufer Wandelung, da die streitgegenständliche Kalbin zum Zeitpunkt der Übergabe nicht mehr trächtig gewesen sei. Das AG Geisenfeld vertrat jedoch die Auffassung, daß die Kalbin der zugesicherten Eigenschaft der Trächtigkeit entsprochen habe und wies das klägerische Begehren zurück.

### 3. Diskussion

Aus tierärztlicher Sicht steht im Mittelpunkt dieses Falles die Frage nach der forensischen Definition des Begriffes Trächtigkeit. Nach Malkmus (44) ist unter Trächtigkeit "der Zustand eines weiblichen Tieres zu verstehen, während dessen sich ein Junges im Mutterleibe in der Entwicklung befindet." Während die Tiermedizin durchaus pathologische Formen der Trächtigkeit kennt (Extrauterin gravidität, Eihautwassersucht), gehen die Parteien im Tierkauf grundsätzlich vom Zustand der normalen physiologischen Trächtigkeit aus. Im rechtlichen Sinne ist die Eigenschaft der Trächtigkeit nicht mehr gegeben, sobald die Frucht abgestorben ist. Die Zusage der Trächtigkeit beinhaltet demnach, daß die Gebärmutter im Zeitpunkt des Gefahrüberganges eine lebende Frucht trägt. Gelingt dem Käufer eines als trächtig erworbenen Tieres der Nachweis, daß die Frucht bereits vor der Übergabe abgestorben war, so hat der Verkäufer wegen Fehlens einer zugesicherten Eigenschaft zu haften.

Wie sich aus dem tierärztlichen Gutachten ergibt, handelte es sich bei der abortierten Frucht um ein sog. Dunstkalb. Als Ursache für das Absterben der Leibesfrucht ist nach Auffassung des Gutachters der mehrstündige Transport der hochträchtigen Kalbin anzusehen. Nachdem der Transport erst nach der Übergabe stattgefunden hatte, kann der Käufer keine Ansprüche geltend machen.

Zu bemerken ist noch, daß es vermutlich gar nicht zum Rechtsstreit gekommen wäre, wenn der Hoftierarzt des Käufers nicht die Fehldiagnose "Mondkalb" gestellt hätte (2). Der vorliegende Fall zeigt somit, welche große Verantwortung dem praktischen Tierarzt in Gewährungsstreitigkeiten zukommt. Im übrigen ist aus tierärztlicher Sicht gerade wegen der Gefahr des Verkaltens vom Ankauf hochträchtiger Tiere abzuraten.

In einem vom AG Roding (Fall Nr. 57, AZ C 11/55) entschiedenen Rechtsstreit begehrte der Käufer wegen Abortes einer als "gesund und hochträchtig" erworbenen Kuh die Wandelung des Kaufvertrages. Die Übergabe des Tieres war in diesem Fall erst nach dem Transport, der vom Verkäufer verantwortlich übernommen worden war, erfolgt. Der Käufer hatte die Kuh wegen offensichtlich vom Transport herrührender Verletzungen nur unter Vorbehalt in seinen Stall eingestellt. Als die Kuh 6 Tage nach der Übergabe verwarf, wurde dem Käufer gem. § 464 BGB (Vorbehalt bei Annahme) das Recht auf Wandelung zugesprochen. Im Fall Nr. 56 war demgegenüber die Übergabe des Tieres schon vor dem Transport erfolgt, so daß der Käufer wegen des Abortes keine Ansprüche geltend machen konnte. Im Übrigen ist in derartigen Fällen darauf zu achten, ob nicht ein Versendungskauf nach § 447 BGB vorliegt. Beim Versendungskauf geht die Gefahr nicht mit der Übergabe des Tieres auf den Käufer über, sondern zu dem Zeitpunkt, in welchem der Verkäufer das Tier dem Spediteur ausliefert. Der Käufer trägt in diesem Falle die Transportgefahr.

#### Fall Nr. 58

Nutzkuh

Zugesicherte Eigenschaften

tbc-frei und Milchleistung

AG Aichach, Urteil vom 5.4.1960 - C 173/59

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Der Kläger begehrt Wandelung des am 23.11.1959 zwischen den Parteien geschlossenen Kaufvertrages. Zur Begründung trägt

er vor, die ihm vom Beklagten zum Preis von DM 1.010,-- verkaufte Kuh gebe nur 6 Liter Milch täglich, während eine Milchleistung von täglich 12 Liter zugesichert gewesen sei. Der Beklagte bestreitet, eine bestimmte Milchleistung zugesichert zu haben. Er habe lediglich dafür garantiert, daß die Kuh tbc-frei sei und daß sie nicht koppe. Im Übrigen sei die Kuh beim Kläger schlecht gefüttert und gepflegt worden.

Entscheidung des Gerichts:

Der Klage ist stattzugeben.

Entscheidungsgründe:

Nach den übereinstimmenden Aussagen mehrerer Zeugen hatte der Beklagte bei den Kaufverhandlungen erklärt, daß die Kuh tbc-frei sei und 12 Liter Milch am Tag gebe. Diese Erklärung kann nicht als bloße Anpreisung zum Zweck der Überredung betrachtet werden, sondern ist als bindende Verpflichtung im Rahmen des Kaufvertrages zu werten. Der Kläger hatte nämlich bereits zu Beginn des Kaufgesprächs eine ausdrückliche Garantie für die Milchleistung der Kuh verlangt und seinen Kaufentschluß für den Beklagten klar erkennbar von einer solchen Garantie abhängig gemacht.

Erwiesenermaßen hat die Kuh die zugesicherte Milchleistung von 12 Liter täglich nicht erbracht, ohne daß sich Anhaltspunkte für schlechte Fütterung oder Pflege im Stall des Klägers ergeben hätten. Der sachverständige Zeuge, Tierarzt Dr. P., hat erklärt, die Kuh müsse bereits vor Abschluß des Kaufvertrages überlange Klauen gehabt haben. Ansonsten sei sie gut gepflegt gewesen, wie sich auch die übrigen Tiere des Klägers in einwandfreiem Zustand befunden hätten.

Ebensowenig kann der Einwand des Beklagten durchgreifen, die schlechte Milchleistung der Kuh sei dem Kläger infolge eigener grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben. Der Verkäufer einer Sache wird von der Haftung für eine zugesicherte Eigenschaft nur bei positiver Kenntnis des Käufers vom Nichtvorhandensein dieser Eigenschaft frei, nicht aber bei

grob fahrlässiger Unkenntnis, weil sich i. d. R. der Käufer einer Sache auf die Zusicherung einer Eigenschaft durch den Verkäufer verlassen darf.

2. Die Besprechung und Diskussion von Fall Nr. 58 erfolgt gemeinsam mit den Fällen Nr. 59 und Nr. 60.

Fall Nr. 59

Nutzkuh, OM-Nr. 81768

Zugesicherte Eigenschaft

Milchleistung

AG Schongau, Urteil vom 4.7.1967 - C 28/67

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer    Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Am 16.12.1966 verkaufte der Beklagte an den Kläger eine trächtige Nutzkuh zum Preis von DM 1.400,--. Dabei gab der Beklagte folgende handschriftliche Erklärung ab: "Für die Kuh OM-Nr. 81768 leiste ich volle Euter- und Gesundheitsgarantie sowie 20 Liter Milch bei bester Fütterung. Kalbezeit bis 26.12.1966." gez. Unterschrift. Am 23.12.1966 kalbte die Kuh; das Kalb verendete kurz darauf. Am 27.12.1966 sprach der Kläger beim Beklagten vor und rügte die ungenügende Milchleistung der Kuh. Trotz bester Fütterung gebe sie nur 6 Liter Milch täglich. Auch habe sie schlechte Klauen, so daß sie in der Weidezeit der Herde nicht werde folgen können. Der Beklagte riet dem Kläger, abzuwarten, die Milchleistung werde schon noch besser. Eine Rückgängigmachung des Kaufes lehnte er unter Hinweis auf den Tod des Kalbes ab.

Als die Kuh auch 4 Wochen nach dem Abkalben die zugesicherten 20 Liter Milch nicht annähernd erreichte, erhob der Käufer Klage auf Wandelung des Kaufvertrages. Der Beklagte verwies darauf, daß die Kuh kein Kraftfutter aufgenommen habe. Der Kläger hätte sie deshalb - wie auch wegen der angeblichen Klauenerkrankung - tierärztlich behandeln lassen müssen. Allenfalls sei der Kaufpreis um den Wert des Kalbes in Höhe von DM 300,-- zu kürzen.

Entscheidung des Gerichts:

Die Klage ist begründet.

Entscheidungsgründe:

Der Beklagte hat i. S. von § 492 BGB zugesichert, daß die verkaufte Kuh täglich 20 Liter Milch bei bester Fütterung gebe. Obwohl der Kläger die Kuh mit Heu, Grummet, Silage und nach dem Abkalben zusätzlich mit Milchfutter und Leinsamen fütterte, blieb sie weit unter der garantierten Milchleistung. Der Kläger hat somit das Recht auf Wandelung des Kaufvertrages (§§ 481, 492, 487 BGB). Die Parteien sind verpflichtet, einander die empfangenen Leistungen Zug um Zug zurückzugewähren. Der Rücktritt vom Kaufvertrag wird nicht etwa dadurch ausgeschlossen, daß der Gegenstand, welchen der Berechtigte empfangen hat, durch Zufall untergegangen ist (§ 350 BGB). Den Anspruch auf Rückgewähr des ganzen Kaufpreises hätte der Kläger also selbst dann, wenn nicht nur das Kalb, sondern auch die Kuh zwischenzeitlich verendet gewesen wäre. Der Beklagte kann deshalb für das verendete Kalb keinen Abschlag von DM 300,-- vom ursprünglichen Kaufpreis verlangen.

An der Tatsache, daß die klagsgegenständliche Kuh das Kraftfutter nicht so annahm wie die anderen Kühe seines Bestandes, trifft den Kläger keine Schuld. Nach der Auffassung des Gerichts hätte daran auch die Zuziehung eines Tierarztes nichts zu ändern vermocht. Aller Wahrscheinlichkeit nach hatte es bereits der Beklagte versäumt, die Kuh hinreichend

mit Kraftfutter vertraut zu machen, als sie sich noch bei ihm befand. Eine etwaige Klauenerkrankung der Kuh hätte der Beklagte gleichfalls zu vertreten, da er eine volle Gesundheitsgarantie geleistet hatte.

2. Die Besprechung und Diskussion von Fall Nr. 59 erfolgt gemeinsam mit den Fällen Nr. 58 und Nr. 60.

Fall Nr. 60

Nutzkuh

Zugesicherte Eigenschaften

Milchleistung und Trächtigkeit

AG Weilheim, Urteil vom 3.11.1961 - C 161/61

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer    Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Zahlung von Schadenersatz

Der Kläger kaufte vom Beklagten am 16.3.1961 eine Kuh zum Preis von DM 1.170,--; die Übergabe erfolgte am 23.3.1961. Der Beklagte hatte angeblich zugesichert, daß die Kuh 8 - 9 Liter Milch täglich gebe und 6 Monate trächtig sei.

Wegen des Fehlens der zugesicherten Eigenschaften machte der Kläger mit Zahlungsbefehl vom 4.4.1961 eine Wertminderung in Höhe von DM 250,-- geltend. Zur Begründung führte er an, die Kuh habe nur 4 - 5 Liter Milch täglich gegeben und sei beim Verkauf erst 5 Monate trächtig gewesen. Der Beklagte erhob gegen diesen Zahlungsbefehl fristgerecht Einspruch.

Daraufhin verlangte der Kläger mit Schriftsatz vom 26.5.1961 beim zuständigen Amtsgericht anstelle der Wertminderung

Schadenersatz in Höhe von insgesamt DM 269,-- (Futtergeld, Transport- und Tierarztkosten).

Entscheidung des Gerichts:

Die Klage kann keinen Erfolg haben.

Entscheidungsgründe:

Für nicht zu den Hauptmängeln gehörende Fehler und zugesicherte Eigenschaften eines Tieres beginnt die Verjährungsfrist für den Anspruch auf Wandelung und den Anspruch auf Schadenersatz gem. § 492 BGB mit der Ablieferung des Tieres und endet gem. § 490 BGB nach 6 Wochen. Der Kläger hat den Schadenersatzanspruch erst am 26.5.1961 geltend gemacht, also nach Ablauf der Verjährungsfrist. Eine Hemmung oder Unterbrechung der Verjährung im Sinne der §§ 490 Abs. 1 Satz 2, 477 Abs. 3 BGB ist durch die Zustellung des Zahlungsbefehls vom 4.4.1961 nicht eingetreten, da damals ausdrücklich Minderung verlangt wurde. Die Minderung ist jedoch beim Viehkauf gem. § 487 Abs. 1 BGB kraft Gesetzes ausgeschlossen. Das Minderungsbegehren kann auch nicht in ein Wandlungsbegehren umgedeutet werden, da der Kläger selbst eine Wandelung ausdrücklich nicht verlangt hat.

Die Verjährungseinrede des Beklagten erweist sich daher als begründet. Die Klage muß ohne Beweiserhebung über Grund und Höhe des Schadens als unbegründet abgewiesen werden.

2. Gemeinsame Besprechung der Fälle Nr. 58, 59 und 60.

Bleibt eine Kuh unter der vom Verkäufer verbindlich zugesicherten Milchleistung, so ist zunächst zu klären, ob dies nicht etwa auf erst nach der Übergabe eingetretene Umstände zurückzuführen ist. Hierbei sind insbesondere akute Mastitiden, fieberhafte Allgemeinerkrankungen, schmerzhaftes Leiden (Klauenerkrankungen) sowie evtl. ungenügende Fütterung und Pflege im Käuferstall zu berücksichtigen. Ferner ist ein unsachgemäßer Umgang mit dem Tier (grobe Behandlung, durch den

Melkakt hervorgerufene schmerzhaft Zustände) auszuschließen. Das "Aufziehen" der Milch stellt nach Fröhner, Neumann-Kleinpaul und Dobberstein (27) nur dann einen redhibitorischen Mangel dar, "wenn eine gesunde Milchkuh ohne nachweisbare äußere Veranlassung und gleich beim ersten Melken sowie fortgesetzt die Milch in dem Grade aufzieht, daß dadurch das Melken erheblich verzögert oder unvollständig wird." Wie Baier und Walser (3, 4, 5) betonen, entspricht es der allgemeinen Käufererwartung, daß sich eine Milchkuh bei ruhiger und sachgemäßer Behandlung auch in einem fremden Stall ordnungsgemäß melken läßt.

In den vorliegenden Rechtsstreitigkeiten hatten die Käufer jeweils Gewährleistungsansprüche wegen ungenügender Milchleistung der von ihnen erworbenen Kühe geltend gemacht. Während in den Fällen Nr. 58 und 59 den Käufern das Recht auf Wandelung wegen Fehlens einer zugesicherten Eigenschaft zuerkannt wurde, hat der Käufer im Fall Nr. 60 seine Ansprüche verspätet geltend gemacht.

### 3. Gemeinsame Diskussion der Fälle Nr. 58, 59 und 60

Im Fall Nr. 58 hat die Kuh die verbindlich zugesicherte Leistung von 12 Liter Milch täglich nicht erreicht, ohne daß sich Anhaltspunkte für unsachgemäße Fütterung oder Pflege ergeben hätten. Der Verkäufer kann sich auch nicht auf mangelhafte Klauenpflege berufen, da die Kuh nach den Ausführungen des tierärztlichen Sachverständigen bereits vor der Übergabe überlange Klauen aufgewiesen haben muß. Nach § 460, Abs. 2 BGB hat der Verkäufer auch dann zu haften, wenn dem Käufer das Fehlen der zugesicherten Eigenschaft infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist. Der Verkäufer kann daher nicht mit seinem Einwand gehört werden, daß der Käufer die schlechte Milchanlage der Kuh hätte erkennen müssen. Aus tierärztlicher Sicht erscheint allerdings unvernünftig, warum der Käufer angesichts der verwahrlosten Klauen nicht von vornherein vom Erwerb der Kuh abgesehen hat.

Im Fall Nr. 59 ist die rechtliche Lage ebenfalls eindeutig. Hier hatte der Verkäufer nicht nur eine bestimmte Milchleistung zugesichert, sondern darüber hinaus volle Euter- und Gesundheitsgarantie geleistet. Die Kuh blieb weit hinter der zugesagten Milchmenge, ohne daß sich Anhaltspunkte für einen der oben erwähnten leistungsmindernden Umstände ergeben hätten. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, daß der Verkäufer auch unerhebliche Abweichungen von der zugesicherten Beschaffenheit eines Tieres zu vertreten hat; haftungsrechtlich spielt die Erheblichkeit also keine Rolle.

Der Fall Nr. 60 ist weniger aus tierärztlicher, denn aus juristischer Sicht interessant. Im Viehgewährschaftsrecht kann der Käufer bei Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft entweder Wandelung oder Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen. Die Minderungsklage ist grundsätzlich ausgeschlossen. Im vorliegenden Fall hat der Käufer wegen ungenügender Milchleistung und fehlerhafter Trächtigkeitsangabe zunächst ausdrücklich Minderung (Herabsetzung des Kaufpreises) verlangt. Eine Hemmung oder Unterbrechung der Verjährung des Anspruches auf Wandelung oder Schadenersatz ist hierdurch nicht eingetreten. Die 6wöchige Verjährungsfrist des § 490 BGB war daher längst abgelaufen, als der Käufer am 26.5.1961 nachträglich Klage auf Zahlung von Schadenersatz erhob. Das Gericht brauchte daher gar nicht erst zu prüfen, ob die Ansprüche des Käufers überhaupt berechtigt waren. Der vorliegende Fall zeigt, daß es im Viehgewährschaftsrecht nicht nur wichtig ist, etwaige Mängel frist- und formgerecht zu rügen, sondern im Streitfall auch die zulässigen Klageformen zu berücksichtigen.

In einem anderen Rechtsstreit (Fall Nr. 61, AG Ebersberg, AZ C 373/71) hatten die Parteien vereinbart, daß der Kaufvertrag erst wirksam werden sollte, wenn die Kuh nach dem Abkalben eine tägliche Milchleistung von 14 Litern erbringe. Die Kuh gab aber nur 5 Liter Milch täglich, so daß der Kaufvertrag als nicht zustande gekommen anzusehen war. Der Verkäufer mußte die Kuh gegen Rückerstattung des Kaufpreises

zurücknehmen. Meines Erachtens ist es wenig sinnvoll, beim Verkauf einer trockenstehenden Kuh für die Zeit nach dem Abkalben eine bestimmte Milchleistung zuzusichern. Verträge der vorliegenden Art stellen Überdies eine Ausnahme dar, da im Viehhandel üblicherweise nur für die Beschaffenheit des Tieres zum Zeitpunkt der Übergabe gehaftet wird.

In zwei weiteren Rechtsstreitigkeiten (Fall Nr. 62, LG Ellwangen [Jagst], AZ S 29/65; Fall Nr. 63, AG Trostberg, AZ C 223/70) sahen es die Gerichte nicht als erwiesen an, daß der Verkäufer eine bestimmte Milchleistung zugesichert hatte. Das LG Ellwangen wies darauf hin, daß an die vertragliche Haftungserweiterung im Viehhandel strenge Anforderungen zu stellen seien; ein beim Verkauf einer Milchkuh Übergebener Leistungsnachweis beziehe sich lediglich auf deren bisherigen Milchertrag, stelle somit keineswegs die Zusicherung einer Eigenschaft i. S. des § 492 BGB dar. In dem gleichliegenden Fall Nr. 63 hat das AG Trostberg die Auffassung vertreten, daß in der Äußerung des Verkäufers, die Kuh gebe bei ihm täglich 18 Liter Milch, nicht die verbindliche Zusicherung einer Eigenschaft zu erblicken sei. Diese beiden Fälle zeigen anschaulich, worauf es im Viehhandel letztlich immer ankommt: Der Käufer muß eindeutig seinen Willen zum Ausdruck bringen, den Verkäufer in einer das gesetzliche Maß übersteigenden Weise zu verpflichten.

In einem vom AG Schwabmünchen entschiedenen Rechtsstreit (Fall Nr. 67, AZ C 124/50) wurde der Verkäufer dazu verurteilt, eine Kuh wegen Fehlens der zugesicherten Eigenschaften "gesund und 10 - 11 Liter Milch am Tag" zurückzunehmen. Die Kuh hatte bei einer in den ersten Tagen nach der Übergabe durchgeführten Tuberkulinprobe positiv reagiert und außerdem nur 2 Liter Milch täglich gegeben. Bei der Zusicherung einer Eigenschaft spielt die Frage der Erheblichkeit keine Rolle. Da der Verkäufer die Gesundheit der Kuh ausdrücklich zugesichert hatte, brauchte das Gericht in diesem Fall nicht zu klären, ob Reaktionstuberkulose einen erheblichen Fehler darstellt (grundsätzlich andere Rechtslage als

in Fall Nr. 37, in dem der Verkäufer lediglich die Gewährleistung für "fehlerfrei" übernommen hatte).

Fall Nr. 64

Nutzkuh, Rotscheck  
Zugesicherte Eigenschaft  
Milchleistung ("Kälberkuh")

LG Deggendorf, Urteil vom 24.2.1954 - S 6/52  
AG Regen, Urteil vom 18.11.1952 - C 488/51

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer    Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Der Kläger begehrt Wandelung des am 24.9.1951 zwischen den Parteien geschlossenen Tauschvertrages. Er macht geltend, er habe vom Beklagten eine ausgesprochene Kälberkuh verlangt, um in den Genuß erhöhter Milchleistung zu kommen. Die ihm vom Beklagten überlassene Kuh habe aber trotz guter Fütterung und Haltung nur 2 Liter Milch täglich gegeben, so daß er bezweifle, ob es sich wirklich um eine "frischmelkende" Kuh gehandelt habe. Die von ihm an den Beklagten vertauschte Kuh habe dagegen 10 Liter Milch täglich gegeben. Der Beklagte müsse daher auch die gezogenen Nutzungen ersetzen, also den Unterschied in der Milchleistung der beiden Kühe. Dies ergebe bei Zugrundelegung eines Milchpreises von 0,35 DM pro Liter einen Betrag von DM 2,80 täglich.

Entscheidung des Gerichts:

Dem Verlangen des Klägers nach Wandelung des Tauschvertrages ist stattzugeben. Gemäß §§ 487 Abs. 4 und 515 BGB hat der

Beklagte auch die gezogenen Nutzungen, d. h. den Wert der gewonnenen Milch, zu ersetzen.

Entscheidungsgründe:

Die an den Kläger vertauschte Kuh hatte etwa 10 Tage vor Abschluß des Vertrages gekalbt, war also wörtlich genommen eine "Kälberkuh". Der Ausdruck "Kälberkuh" beinhaltet darüber hinaus jedoch noch eine weitere Eigenschaft, nämlich die der gesteigerten Milchergiebigkeit. Die streitgegenständliche Kuh hatte aber nach glaubwürdigen Zeugenaussagen ein Euter "wie ein Spülhader", also ein welches Euter, und zwar trotz Gesundheit, guten Nährzustandes, reichlicher Fütterung und sorgfältiger Haltung. Eine solche Kuh kann im forensischen Sinn nicht als frischmelkend gelten (Fröhner, Lehrbuch der Gerichtlichen Tierheilkunde, 9. Aufl., 1948, S. 217, Ziff. 3). Der Beklagte durfte die von ihm vertauschte Kuh nicht als "ausgesprochene Kälberkuh" bezeichnen, weil sie trotz des Abkalbens aufgrund schlechter Milchanlage niemals eine erhöhte Laktation hätte erreichen können. Der Ersatz für die gezogenen Nutzungen aus der vom Kläger an den Beklagten gegebenen Kuh errechnet sich in Anlehnung an Fröhner nach einem Tagesdurchschnitt von 5 Liter für 300 Tage. Für diesen Zeitraum hat der Beklagte die Kuh genutzt und daher den Unterschiedsbetrag von 3 Liter = DM 1,05 zur Milchproduktion der Kälberkuh zu ersetzen, für 300 Tage also DM 315,--.

Die Berufung des Beklagten gegen dieses Urteil wurde als unbegründet zurückgewiesen.

Auch nach Auffassung des Berufungsgerichtes beinhaltet der Begriff "Kälberkuh" die Gewährleistung für erhöhte Milchergiebigkeit. Wenn bei Abschluß des Vertrages nicht ausdrücklich von einem bestimmten Milchertrag die Rede war, so deshalb, weil bei einer "Kälberkuh" ein Höchstmaß an Milchproduktion als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Nach der Bekundung des sachverständigen Zeugen, Vet.-Rat Dr. M., er-

wartet man in der hiesigen Gegend von einer "Kälberkuh" in den ersten 4 Wochen nach dem Abkalben durchschnittlich 12 Liter Milch täglich. Da der Käufer einer "Kälberkuh" von einem solchen Regelwert auszugehen pflegt, kann eine Kuh nicht als "frischmelkend" bezeichnet werden, wenn sie erheblich hinter dem durchschnittlichen Milchertrag einer normalen "Kälberkuh" zurückbleibt. Die streitgegenständliche Kuh gab aber nur 2 Liter Milch täglich, also so viel wie eine schlechte Ziege oder ein schlechtes Milchschaaf.

## 2. Besprechung

Im vorliegenden Fall galt es zu klären, ob der Begriff "Kälberkuh" die Gewährleistung für erhöhte Milchergiebigkeit beinhaltet. Sowohl das LG Deggendorf als auch das AG Regen haben diese Frage bejaht und dem Käufer das Recht auf Wandlung zuerkannt.

## 3. Diskussion

Nach Fröhner (27) bezeichnet man eine Kuh dann als "frischmelkend" oder "neumelkend" ("Kälberkuh"), wenn sie vor nicht länger als 3 - 4 Wochen gekalbt hat. In dieser Periode liefert eine Kuh gewöhnlich den höchsten Milchertrag. Das Euter einer Kälberkuh ist durch pralle Füllung und Spannung, ödematöse Schwellung und intensive Milchproduktion gekennzeichnet. Diese Symptome sind abhängig von Rasse, individueller Veranlagung, Gesundheitszustand, Fütterung, Haltung u. a.. Eine Kuh kann daher, wie Fröhner betont, auch bei welchem Euter frischmelkend sein. Nur dann, wenn bei einer gesunden, in gutem Nährzustand befindlichen, reichlich gefütterten und sorgfältig gehaltenen Kuh von vornherein ein welches Euter vorliegt, ist anzunehmen, daß die Kuh im forensischen Sinn nicht frischmelkend ist.

In der Angabe "Kälberkuh" ist unstreitig die verbindliche Zusicherung einer Eigenschaft i. S. des § 492 BGB zu erblicken, deren Fehlen den Käufer dazu berechtigt, Gewährleistungsansprüche geltend zu machen. Nach der allgemeinen Verkehrsauffassung kann der Käufer von einer "Kälberkuh" erwarten, daß sie sich im Stadium erhöhter Milchergiebigkeit befindet. Eine gesunde Kuh, die 10 Tage nach dem Abkalben trotz guter Fütterung und Pflege nur 2 Liter Milch gibt, wird diesen Erwartungen nicht gerecht. Der Verkäufer hat sich auch in diesem Fall darauf berufen, daß der Käufer die schlechte Milchanlage der Kuh bei Vertragsschluß hätte erkennen müssen. Doch hat der Verkäufer, sofern eine Eigenschaft des Tieres zugesichert ist, auch bei grob fahrlässiger Unkenntnis des Käufers zu haften.

Die Erwartungen, die ein Käufer an ein "Kälberkuh" richtet, ändern sich im Laufe der Zeit. In dem vorliegenden Rechtsstreit aus dem Jahre 1954 hatte das LG Deggendorf die durchschnittliche tägliche Milchleistung einer "Kälberkuh" mit 12 Litern angegeben. In der heutigen Zeit erwartet der Käufer von einer "Kälberkuh" eine wesentlich höhere tägliche Milchleistung. Ebenso dürfte es sich mit der Zusicherung "gute Milchkuh" verhalten, was den vom Käufer erwarteten Milchertrag anbelangt.

In diesem Zusammenhang sei noch auf den Fall Nr. 71 verwiesen (LG Nürnberg-Fürth, AZ 3 S 60/58, AG Schwabach, AZ 1 C 29/56), in dem es zu klären galt, was unter dem Begriff "Herdbuchkuh" zu verstehen ist. Das AG Schwabach hat die Auffassung vertreten, daß in der Angabe des Verkäufers, es handle sich um eine "Herdbuchkuh", lediglich die Zusicherung der Herdbucheigenschaft als solcher, d. h. also, der Eintragung ins Herdbuch, zu verstehen sei. Nach Auffassung des LG Nürnberg-Fürth ist dagegen die Angabe "Herdbuchkuh" als verbindliche Zusicherung der Eigenschaften, d. h. also der Leistungen, einer Herdbuchkuh zu werten. Der Käufer einer "Herdbuchkuh" könne daher erwarten, daß diese in ihrer Milchleistung deutlich über dem Landesdurchschnitt liege und

daß sie zu Zuchtzwecken geeignet sei. Dem LG Nürnberg-Fürth ist hierin meines Erachtens zuzustimmen. Eine "Herdbuchkuh" hat im Viehhandel - ähnlich wie eine "Kälberkuh" oder eine "gute Milchkuh" - einen erhöhten Verkehrswert. Die Kuh in Fall Nr. 71 hatte weniger als 5 Liter Milch täglich gegeben und war zudem mit Scheidenvorfall behaftet gewesen. Sie hatte demnach praktisch nur Schlachtwert, so daß dem Käufer zu recht ein Anspruch auf Schadenersatz wegen Fehlens einer zugesicherten Eigenschaft zugesprochen wurde.

Im Handel mit Nutzkühen kommt Begriffen wie "frischmelkend", "gute Milchkuh" oder auch "Herdbuchkuh" große Bedeutung zu. Die Erwartungen, die mit diesen Angaben verbunden werden, ändern sich freilich im Laufe der Zeit, vor allem hinsichtlich Milchmenge und Fettgehalt.

#### Fall Nr. 66

Milchkuh

Zugesicherte Eigenschaft

"ehrlich, redlich und fehlerfrei"

AG Sonthofen, Urteil vom 6.4.1962 - C 292/61

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer    Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Der Kläger begehrt Wandelung des am 28.4.1960 zwischen den Parteien geschlossenen Kaufvertrages. Wie er geltend macht, habe die ihm vom Beklagten zum Preis von DM 1.450,-- verkaufte Kuh bereits beim ersten Melken nach der Übergabe keine einwandfreie Milch gegeben.

Entscheidung des Gerichts:

Der Klage ist stattzugeben.

Entscheidungsgründe:

Zwischen den Parteien besteht Einigkeit darüber, daß die strittige Kuh vom Beklagten als "ehrlich, redlich und fehlerfrei" verkauft worden war. Aufgrund des Überzeugenden Gutachtens des Sachverständigen, Tierarzt Dr. E., muß es als erwiesen gelten, daß die Kuh bereits zum Zeitpunkt der Abholung an Befall mit Galtstreptokokken litt. Sie war somit mit einem Fehler behaftet, der ihren Wert und ihre Tauglichkeit zum vertraglich vorausgesetzten Gebrauch aufhob. Vertraglich vereinbart war nämlich ein ehrliches, redliches und fehlerfreies Tier. Darunter versteht man beim Milchvieh selbstverständlich nur Tiere, die gesund sind und gute Milch geben. Gemäß § 462 BGB ist der Kläger daher wandelungsberechtigt.

2. Besprechung

Im vorliegenden Fall wurde dem Käufer einer Milchkuh das Recht auf Wandelung zuerkannt, da diese entgegen der Zusicherung "ehrlich, redlich und fehlerfrei" an Mastitis erkrankt war.

3. Diskussion

Bei Euterfehlern handelt es sich ausschließlich um Vertragsmängel. Es ist also in jedem Fall der Nachweis zu erbringen, daß der behauptete Mangel erheblich, verborgen und zum Zeitpunkt der Übergabe vorhanden gewesen ist. Der tierärztliche Sachverständige steht insbesondere bei der Festlegung des Alters einer Euterentzündung häufig vor großen Schwierigkeiten (5). Je größer der Zeitabstand zwischen Kaufabschluß und Untersuchung ist, um so schwerer wird es, das Alter eines Mangels zu bestimmen. Wie Baier und Walser (5) betonen, ist

der tierärztliche Sachverständige auf diesem Gebiet mit dem Verlangen nach forensisch sicheren Aussagen häufig Überfordert.

Im vorliegenden Fall zeigte bereits das erste Gemelk nach der Übergabe deutliche Veränderungen ("Schlotzen"). Hieraus und aus dem bakteriologischen Befund (Galtstreptokokken) läßt sich mit Sicherheit schließen, daß die Kuh zum Zeitpunkt der Übergabe euterkrank war. Die Angabe "ehrlich, redlich, fehlerfrei" beinhaltet die verbindliche Zusicherung einwandfreier Milchqualität. Der Wandelungsanspruch des Käufers wurde somit zurecht anerkannt. Die Erheblichkeit des "Gelben Galttes" ist im Übrigen darin zu sehen, daß durch den Zukauf einer einzigen galtkranken Kuh ein zuvor eutergesunder Bestand verseucht werden kann.

Da in der heutigen Zeit ein erhöhter Zell- und Keimgehalt der Milch noch wesentlich schwerer wiegt als früher (laufende Qualitätskontrollen, Bezahlung der Milch nach Güteklassen), sollte sich der Käufer einer Milchkuh nicht mehr mit Begriffen wie "ehrlich, redlich, fehlerfrei" begnügen, sondern die ausdrückliche Zusicherung der Eutergesundheit unter Vorlage eines tierärztlichen Attestes (einschließlich des Befundes einer bakteriologischen Untersuchung) verlangen.

#### Fall Nr. 72

Nutzkuh

Vertragsmangel

Fremdkörper-Peritonitis

AG Dachau, Urteil vom 29.9.1954 - C 378/54

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Am 14.7.1954 erwarb der Kläger von dem Beklagten eine Kuh mit Kalb zum Gesamtpreis von DM 900,--. Am 28.7.1954 verendete die Kuh. Die Sektion ergab eine für ihren Tod ursächliche Fremdkörper-Peritonitis, die mindestens seit zwei Monaten bestanden hatte sowie Lungentuberkulose mit allgemeiner Beeinträchtigung des Nährzustandes.

Mit Klage vom 23.8.1954 begehrte der Käufer Wandelung des Kaufvertrages und Ersatz der Futter-, Transport- und Tierarztkosten. Er berief sich darauf, daß der Beklagte auf die zweimalige Frage, warum die Kuh so leer sei, geantwortet habe, die Kuh habe gerade abgekalbt; außer Reaktionstuberkulose fehle ihr nichts. Den zunächst erhobenen Vorwurf des arglistigen Verschweigens ließ der Kläger später fallen.

Der Beklagte betonte demgegenüber den vertragsmäßigen Ausschluß der Haftung für Tuberkulose, da er den Kläger auf die positive Tuberkulinreaktion der Kuh hingewiesen habe. Die Peritonitis habe er ebenfalls nicht zu vertreten, da sie nicht zu den Hauptmängeln gehöre und er keine weitergehende Haftung übernommen habe. Im Übrigen sei der Tod der Kuh eine Transportfolge.

#### Entscheidung des Gerichts:

Der Klage ist stattzugeben.

#### Entscheidungsgründe:

Mit seiner Erklärung, der Kuh fehle außer Reaktionstuberkulose nichts, hat der Beklagte zwar nicht die Haftung für alle überhaupt möglichen Fehler übernommen, so doch aber für diejenigen, die im Verkehr als wesentlich anzusehen sind; dazu zählt in jedem Fall eine Fremdkörper-Peritonitis. Die Parteien hatten ausführlich über die Eigenschaften der Kuh nicht nur den Preis - in allen Einzelheiten verhandelt. Der Kläger hatte seinen Kaufentschluß von der Beantwortung der zweimaligen Frage, warum die Kuh so leer sei, abhängig gemacht. Daher ist in der Erklärung des Beklagten: "der Kuh fehlt nichts" nicht etwa eine übertreibende Anpreisung all-

gemeiner Art zu sehen, sondern die Übernahme der Gewährleistung im Sinne von § 492 BGB. Die zugehörige Verjährungsfrist von 6 Wochen hat der Kläger gewahrt.

Etwaige Rechte wegen des Hauptmangels Tuberkulose, der bei der Kuh ebenfalls vorlag, sind dem Kläger dagegen durch Nichteinhaltung der Anzeigefrist verlorengegangen (§ 485 BGB). -

Auch in zweiter Instanz wurde der Beklagte antragsgemäß verurteilt. Das LG München II hat allerdings den klägerischen Anspruch auf Ersatz der Transportkosten zurückgewiesen. Zum einen, weil in § 488 BGB die Transportkosten nicht erwähnt sind, zum anderen, weil der Käufer im Viehhandel nur Wandelung oder Schadenersatz, nicht aber beides zugleich, verlangen kann.

## 2. Besprechung

Im vorliegenden Fall galt es zu klären, ob der Verkäufer aufgrund vertraglicher Vereinbarungen die Gewährleistung für nicht zu den Hauptmängeln gehörende Fehler übernommen hatte und - wenn ja - ob der gerügte Mangel die Kriterien eines Vertragsmangels erfüllt. Das AG Dachau hat diese Fragen bejaht und dem Käufer das Recht auf Wandelung zuerkannt.

## 3. Diskussion

Wie bereits an mehreren vorangehenden Fällen aufgezeigt wurde, sind an die vertragliche Haftungserweiterung im Viehhandel strenge Anforderungen zu richten. Im vorliegenden Fall hatte der Käufer zweimal gefragt, "warum die Kuh so leer" sei. Die Äußerung des Verkäufers, der Kuh fehle nichts, erfolgte also nicht etwa beiläufig, sondern in Beantwortung einer spezifizierten Frage des Käufers. Im übrigen stellt ein erfahrener Viehhändler derartige Fragen ganz bewußt, um sich für den Fall etwaiger Mängel abzusichern. Mit der besagten Äußerung, der Kuh fehle nichts, hat der Verkäufer



die ihm vom Beklagten zum Preis von DM 1.010,-- verkaufte Kuh an Scheidenvorfall leide und daß sie keine Kälberkuh sei. Der Beklagte habe aber beim Verkauf ausdrücklich zugesichert, daß die Kuh einwandfrei sei und ihr gar nichts fehle, daß sie eine Kälberkuh sei und daß sie zum Einspannen taugte und gehe wie ein Roß.

Entscheidung des Gerichts:

Der Klage ist stattzugeben.

Entscheidungsgründe:

Die Klage ist gem. §§ 492, 487 BGB begründet, weil der Beklagte die Gewährleistung wegen Fehler, die nicht zu den Hauptmängeln bei Rindern gehören, übernommen hat, die Kuh jedoch beim Verkauf Fehler aufgewiesen hat, die ihren Wert und ihre Tauglichkeit zu dem nach dem Vertrag vorausgesetzten Gebrauch erheblich minderten.

Der Beklagte hatte die Kuh bei den Kaufverhandlungen nicht nur allgemein angepriesen, sondern ausdrücklich ihre Fehlerfreiheit zugesichert. So hatte er glaubhaften Zeugenaussagen zufolge erklärt, daß die Kuh einwandfrei sei und keine Tbc habe, daß sie wie ein Roß gehe und das Kalb erst 4 oder 5 Wochen von ihr weg sei.

Wie der sachverständige Zeuge, Tierarzt Dr. A., bestätigte, kam bereits am Abend des Übergabetermins, als sich die Kuh niedergelegt hatte, der Scheidenvorfall zum Vorschein. Eine mit Scheidenvorfall behaftete Kuh ist aber wegen der möglichen nachteiligen Folgen (v. a. Unfruchtbarkeit) als minderwertig zu betrachten.

Für die klägerischen Behauptungen spricht auch das eigene Verhalten des Beklagten. Dieser hatte auf die Vorhaltungen des Klägers hin geantwortet: "Wir werden miteinander schon fertig, ich gebe Dir eine andere Kuh". Zu einer solchen Zusage hätte der Beklagte - noch dazu als erfahrener Viehhändler - keine Veranlassung gehabt, wenn er tatsächlich keinerlei Gewährleistung übernommen hätte. In diesem Sinne ist

auch der Kaufpreis zu betrachten, der dem für eine einwandfreie Kälberkuh entspricht.

Es kann dahingestellt bleiben, ob der Beklagte von dem Scheidenvorfall der Kuh gewußt hat oder nicht. Auch Unkenntnis entbindet nicht von der Gewährleistung, wenn Fehlerfreiheit zugesichert ist. Es ist Sache des Verkäufers, sich vor einer solchen Zusicherung von der Fehlerfreiheit zu überzeugen.

Da der Kläger seine Ansprüche rechtzeitig geltend gemacht hat und in der o. a. einseitigen Äußerung des Beklagten (... "ich gebe Dir eine andere Kuh") eine Umtauschvereinbarung nicht erblickt werden kann, ist der Beklagte antragsgemäß dazu zu verurteilen, in die Wandelung des Kaufes einzuwilligen.

## 2. Besprechung

Im vorliegenden Fall galt es zu klären, ob Scheidenvorfall bei einer als "einwandfrei" verkauften Nutzkuh als erheblicher Fehler zu betrachten ist. Das AG Regensburg hat diese Frage bejaht und dem Käufer das Recht auf Wandlung zuerkannt.

## 3. Diskussion

Übernimmt der Verkäufer die Gewährleistung "fehlerfrei", so hat er im Sinne des § 459 BGB alle erheblichen, verborgenen und zum Zeitpunkt des Gefahrüberganges vorhandenen Fehler zu vertreten. Nach Baier und Walser (5) ist bei Zuchttieren der Scheidenvorfall, auch der unvollständige, grundsätzlich als erheblicher Mangel zu betrachten. Bei gewöhnlichen Milchkühen und Mastkühen ist dagegen der unvollständige Prolaps als unerheblich anzusehen. Nachdem der Käufer die streitige Kuh zur Zucht verwenden wollte und der Kaufpreis dem für eine einwandfrei Kälberkuh entsprach, hat das AG Regensburg den Scheidenvorfall zurecht als erheblichen Fehler bewertet. Daß dieser Mangel bereits bei der Übergabe bestanden hatte,

ergibt sich aus dem tierärztlichen Attest. Offenichtlich handelte es sich im vorliegenden Fall um einen habituellen Scheidenvorfall. Wie sich aus den Zeugenaussagen ergibt, trat der Scheidenvorfall nur am liegenden Tier in Erscheinung. Daher konnte der Käufer den Mangel beim Kauf auch nicht erkennen. Zu erwähnen ist noch, daß der Verkäufer bei der Ablieferung der Kuh zum Sohn des Käufers gesagt hatte, man solle ihr "hinten viel Stroh hingeben, damit sie nicht rutsche". Offensichtlich wußte der Verkäufer von dem Scheidenvorfall der Kuh; durch das Höherlegen wollte er verhindern, daß der Mangel in Erscheinung trat. Der Verkäufer hat meines Erachtens unlauter gehandelt. Zwar besteht im Viehgewährschaftsrecht für den Verkäufer nicht die Pflicht, einen jeden ihm bekannten Mangel zu offenbaren, doch hätte er die Kuh in Kenntnis des Scheidenvorfalles nicht ausdrücklich als "fehlerfrei" bezeichnen dürfen. Auch spricht gegen den Verkäufer, daß er die Kuh auf die Mängelrüge hin nicht zurücknahm, sondern den Käufer mit der wiederholten Erklärung, eine andere Kuh zu liefern, vertröstete.

Abschließend seien noch drei weitere Rechtsstreitigkeiten erwähnt, in denen die Käufer wegen verschiedener Vertragsmängel jeweils Wandelung begehrten. Im Fall Nr. 76 (AG Trostberg, AZ C 269/50) hatte der Verkäufer auf die Frage des Käufers nach der auffallenden Fußstellung der Kuh erklärt: "Da fehlt nichts". Wenige Tage nach dem Kauf wurde festgestellt, daß die Kuh eine Beckenfraktur aufwies. Der Verkäufer mußte die Kuh gegen Rückzahlung des Kaufpreises und Erstattung der Nebenkosten zurücknehmen (in diesem Fall hätte vermutlich auch eine Anfechtung des Kaufvertrages wegen arglistiger Täuschung zum Erfolg geführt). Im Fall Nr. 77 (LG Weiden, AZ 2 S 109/57 zu AG Kemnath, AZ C 99/57) hatte der Verkäufer einer Kuh die Gewährleistung "fehlerfrei" übernommen. Kurz nach dem Kauf wurde bei der Kuh Krämpfigkeit festgestellt. Da bei der Krämpfigkeit der Rinder im fortgeschrittenen Stadium Futteraufnahme, Nährzustand und Milchleistung beeinträchtigt sind und es gegen dieses

Leiden keine sichere Therapie gibt (57), wurde dem Käufer das Recht auf Wandelung zuerkannt. Im Fall Nr. 78 (AG Ebern, AZ C 99/50) hatte der Verkäufer einer hochträchtigen Kuh für "gesund und fehlerfrei" garantiert. Am 5. Tag nach der Übergabe wurde bei der Kuh ein Eingeweidebruch diagnostiziert. Das Wandelungsbegehren des Käufers wurde als unbegründet zurückgewiesen, da lt. tierärztlichem Gutachten nicht auszuschließen war, daß sich die Kuh den Eingeweidebruch erst nach der Übergabe zugezogen hatte (Ausgleiten der hochträchtigen Kuh). In einem weiteren Rechtsstreit (Fall Nr. 79, AG Pfarrkirchen, AZ C 116/71) konnte der Käufer nicht den Nachweis dafür erbringen, daß der Verkäufer i. S. des § 492 BGB die Gewährleistung für nicht zu den Hauptmängeln gehörende Fehler übernommen hatte. Der Verkäufer hatte auf die Äußerung des Käufers: "fehlen tut nichts?" lediglich erwidert: "Was soll denn fehlen?". Das AG Pfarrkirchen hat hierin zurecht eine vertragliche Gewährleistungsübernahme nicht erblickt. Nur die bejahende Antwort auf die Frage, ob ein Tier gesund und fehlerfrei ist, kann zur Bejahung der Zusicherung führen. Der Käufer konnte daher in Fall Nr. 79 keine Schadenersatzansprüche geltend machen, als die Kuh am 2. Tag nach der Übergabe notgeschlachtet werden mußte (Schlachtbefund: hochgradige Leberdegeneration).

Fall Nr. 81

Jungrind

Verkauf ohne vertragliche Haftungserweiterung

Offenbarungspflicht des Verkäufers (chronische Tympanie)

AG Schweinfurt, Urteil vom 12.11.1956 - C 637/56

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer    Beklagter/Verkäufer  
Anfechtung des Kaufvertrages

Der Kläger erwarb am 12.5.1956 von dem Beklagten, einem kaufmännischen Angestellten, ein Jungrind zum Preis von DM 285,--. Am 18.5.1956 mußte dieses Rind wegen chronischer Tympanie notgeschlachtet werden.

Der Kläger verlangt nun von dem Beklagten aus dem Gesichtspunkt der arglistigen Täuschung die Rückzahlung des Kaufpreises abzüglich des Schlachterlöses von DM 48,17. Der Beklagte habe vor dem Handschlag ausdrücklich zugesichert, daß das Rind gesund sei und fressen würde. Es habe aber bereits vor Abschluß des Kaufvertrages zweimal an Blähungen gelitten und sei deshalb als Nutztier nicht zu gebrauchen gewesen.

Der Beklagte behauptet, das Rind ohne jede Zusicherung verkauft zu haben. Wie aus dem Kaufpreis ersichtlich, habe es sich um ein Schlachttier gehandelt. Von einer künftigen Verwendung des Rindes als Nutztier sei bei Vertragsschluß keine Rede gewesen.

Entscheidung des Gerichts:

Die Klage ist abzuweisen.

Entscheidungsgründe:

Zwar hat der Beklagte bei den Kaufverhandlungen nicht auf die frühere Tympanie des Tieres hingewiesen, doch rechtfertigt

tigt dies nicht eine Anfechtung wegen arglistiger Täuschung. Das Verschweigen oder Unterdrücken von Tatsachen stellt nämlich nur dann eine arglistige Täuschung dar, wenn eine Aufklärungspflicht besteht und der Verkäufer sich bewußt ist, daß der Käufer das Tier wegen der bereits bestehenden Mängel nicht für seine Zwecke brauchen kann (vgl. Palandt 15. Aufl. Anm. 2 c zu § 123 BGB und Lerche "Viehgewährschaftsrecht 1955", S. 55). Ob der Beklagte überhaupt verpflichtet war, den Kläger auf die zweimaligen Blähungen hinzuweisen, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist ihm nicht nachzuweisen, daß ihm bewußt war, daß das Rind nicht zu dem vom Kläger beabsichtigten Zweck verwendet werden konnte. Nach der glaubwürdigen Aussage des Beklagten ist nämlich über den künftigen Verwendungszweck des Rindes nicht gesprochen worden. Verkaufte er es, aber in der Annahme, es solle als Schlachttier dienen, so bestand für ihn kein Anlaß, den Kläger von den zweimaligen Blähungen des Rindes zu unterrichten. Der Anspruch auf Rückgewähr des Kaufpreises ist auch nicht nach den §§ 481, 487, 492 BGB begründet. Weder liegt ein Hauptmangel i. S. der Verordnung vom 27.3.1899 vor, noch hat der Beklagte - wie sich aus den Aussagen mehrerer Zeugen ergibt - die Gesundheit des Rindes zugesichert.

2. Die Besprechung und Diskussion von Fall Nr. 81 erfolgt gemeinsam mit Fall Nr. 82.

Fall Nr. 82

Nutzkuh

Schadenersatzforderung

Offenbarungspflicht des Verkäufers (Kaiserschnitt)

LG München II, Urteil vom 7.4.1977 - 6 S 1087/76

AG Dachau, Urteil vom 6.7.1976 - 1 C 173/76

1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer    Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Zahlung von Schadenersatz

Am 6.5.1975 erwarb der Kläger von dem Beklagten eine hochträchtige, 6jährige Kuh zum Preis von DM 2.800,--. Am 20.5.1975 wurde an dieser in der Universitäts-Tierklinik München ein Kaiserschnitt vorgenommen, wobei Laparatomienarben und Verwachsungen festgestellt wurden, die unzweifelhaft von einer früheren Sectio herrührten. Infolge verzögerter Abheilung und unbefriedigender Milchleistung wurde die Kuh im Oktober 1975 zum Schlachten abgegeben.

Der Kläger begehrt nun vom Beklagten unter Hinweis auf Tierarztkosten und angeblichen Gewinnentgang Schadenersatz in Höhe von DM 2.500,--. Bei dem eindeutigen Verkauf der Kuh zu Zuchtzwecken sei der Beklagte verpflichtet gewesen, auf den früheren Kaiserschnitt hinzuweisen.

Entscheidung des Gerichts:

Die Klage ist unbegründet.

Entscheidungsgründe:

Nach der herrschenden, allerdings bestrittenen, Ansicht ist ein Schadenersatzanspruch nach § 463, Abs. 2 BGB durch die Sonderregelungen für den Viehkauf der §§ 481 ff BGB ausgeschlossen. Nach dem Wortlaut des Gesetzes ist auch für Män-



Den Verkäufer einer Sache trifft nicht schlechthin die Pflicht, den Käufer über jeden ihm bekannten Mangel der Kaufsache aufzuklären. Eine solche Aufklärungspflicht besteht vielmehr nur dort, wo Treu und Glauben nach der Verkehrsauffassung die Offenbarung gebieten (Staudinger-Ostler, BGB, 11. Aufl. Rdziffer 117 zu § 433; Palandt-Putzo, BGB, 35. Aufl., Anm. 4 zu § 460). Unter Berücksichtigung dieses Grundsatzes ist im vorliegenden Fall eine Offenbarungspflicht des Beklagten hinsichtlich des vom Käufer behaupteten Mangels nicht anzunehmen. Da die streitgegenständliche Kuh mindestens zweimal normal gekalbt hatte, mußte der Beklagte nicht damit rechnen, daß wieder ein Kaiserschnitt erforderlich würde. Im Übrigen kann der Verkäufer im Viehhandel regelmäßig davon ausgehen, daß die Abwesenheit von Fehlern, die nicht Hauptmangel oder Gegenstand einer besonderen Zusage sind, für den Kaufentschluß des Käufers nicht entscheidend ist.

## 2. Gemeinsame Besprechung der Fälle Nr. 81 und 82

Die Fälle Nr. 81 und Nr. 82 sollen hier gemeinsam behandelt werden, da die Käufer jeweils unlauteres Verhalten des Verkäufers behauptet haben. Im Fall Nr. 81 handelt es sich um eine Anfechtung des Kaufvertrages, im Fall Nr. 82 um eine Klage auf Zahlung von Schadenersatz. Die Gerichte verneinten in beiden Fällen eine Offenbarungspflicht des Verkäufers und wiesen das klägerische Begehren jeweils als unbegründet zurück.

## 3. Gemeinsame Diskussion der Fälle Nr. 81 und 82

Arglistiges Verschweigen kann nach den Sonderregelungen des Viehkaufrechts nur bezüglich der Hauptmängel oder der zugesicherten Eigenschaften verübt werden (63). Arglistig ist das Verschweigen des Hauptmangels oder des Fehlens der zugesicherten Eigenschaft, wenn der Verkäufer im Zeitpunkte des

Kaufabschlusses den Hauptmangel oder das Fehlen der zugesicherten Eigenschaft kannte, die Mitteilung hierüber aber in Täuschungsabsicht unterließ.

Weder im Fall Nr. 81 (chronische Tympanie) noch im Fall Nr. 82 (früherer Kaiserschnitt der Kuh) lag ein Hauptmangel vor. Auch hat der Verkäufer in keinem der beiden Fälle eine bestimmte Eigenschaft des Tieres zugesichert. Nach allgemein anerkannter Rechtsprechung ist in dem Verkauf eines Tieres zu einem bestimmten Verwendungszweck nicht die Zusicherung einer Eigenschaft i. S. des § 492 BGB zu erblicken. Eine Haftung der Verkäufer aus dem Gesichtspunkt des arglistigen Verschweigens kommt demnach in beiden Fällen nicht in Frage. Der Tatbestand der arglistigen Täuschung ist dann gegeben, wenn der Käufer durch bewußt falsche Angaben zum Kaufabschluß bestimmt wird. Bei der arglistigen Täuschung kann der Käufer außer wegen Hauptmängeln und zugesicherten Eigenschaften auch dann klagen, wenn er über andere wesentliche Mängel getäuscht wurde. Weder im Fall Nr. 81 noch im Fall Nr. 82 hat der Verkäufer bewußt falsche Angaben gemacht. Nach Stölzle-Graminger (63) kann allerdings auch im Verschweigen von Tatsachen eine arglistige Täuschung erblickt werden, wenn eine Pflicht zur Offenbarung besteht. Hierzu haben die Gerichte in den vorliegenden Fällen mit Recht darauf verwiesen, daß im Viehgewährschaftsrecht für den Verkäufer nicht die rechtliche Pflicht besteht, einen jeden ihm bekannten Mangel - und sei er noch so erheblich - zu offenbaren. Eine Haftung der Verkäufer käme demnach nur in Frage, wenn sie gegen den Grundsatz von Treu und Glauben verstoßen hätten. Hierbei ist festzustellen, daß die Position des Käufers immer ungünstig ist, wenn er nicht konkrete Ansprüche geltend machen kann, sondern sich auf die Verletzung des Grundsatzes von Treu und Glauben berufen muß. Im Fall Nr. 81 war bei den Kaufverhandlungen von dem künftigen Verwendungszweck des Jungrindes nicht ausdrücklich gesprochen worden. Wenn der Verkäufer das Tier aber in der An-

nahme verkaufte, es sei zur Schlachtung bestimmt, so bestand für ihn keine Pflicht zur Offenbarung.

Im Fall Nr. 82 neigt man vom subjektiven Rechtsempfinden eher dazu, ein unlauteres Verhalten des Verkäufers anzunehmen. Der Verkäufer kann allerdings zurecht darauf verweisen, daß man bei einer Kuh, bei der einmal ein Kaiserschnitt erforderlich war, nicht zwingend mit einer erneuten derartigen Geburtsschwierigkeit zu rechnen hat, wenn sie mehrmals normal gekalbt hat. Gerade aus tierärztlicher Sicht kann dem nicht widersprochen werden. Wenn die Kuh mehrmals (wie oft, geht aus den Unterlagen nicht hervor) normal gekalbt hatte, so ist die Indikation für den einmaligen Kaiserschnitt sicher nicht bei der Kuh zu suchen.

Interessant erscheinen die vorliegenden Fälle vor allem dann, wenn man sie den Fällen Nr. 20 und 24 gegenüberstellt. Was dort über die Leichtfertigkeit der Käufer gesagt wurde, gilt auch hier. Insbesondere im Fall Nr. 82 erscheint es unverständlich, warum sich der im Umgang mit Tieren und im Viehhandel nicht unerfahrene bäuerliche Käufer beim Kaufgespräch nicht über die Gesundheit der Kuh und etwaige frühere Erkrankungen erkundigt hatte. Wie die Erfahrung lehrt, ist beim Ankauf hochträchtiger Kühe immer besondere Vorsicht geboten - welcher Bauer verkauft oder kauft schon eine kurz vor dem Abkalben stehende Kuh. Der erfahrene Landwirt weiß doch, daß er unter solchen Umständen ggfs. mit Schwierigkeiten (Eutererkrankungen, Stoffwechselstörungen, Verwerfen) rechnen muß. Der Vollständigkeit halber sei hier noch ein weiterer Rechtsstreit erwähnt, der ebenfalls die Frage der Offenbarungspflicht des Verkäufers im Viehhandel betrifft. Im Fall Nr. 65 (AG Dillingen a. d. Donau, AZ C 247/60) hatte das Gericht zu entscheiden, ob der Verkäufer bezüglich einer Milchfistel zur Offenbarung verpflichtet gewesen wäre. Das AG Dillingen hat diese Frage verneint und hierzu ausgeführt: "Eine arglistige Täuschung durch Verschweigen liegt nur dann vor, wenn Treu und Glauben nach der Verkehrsauffassung das Reden erfordern. Nach der Verkehrsauffassung darf aber der

Käufer von dem Verkäufer keine Offenbarung aller Umstände, die für des Käufers Entscheidung erheblich sein könnten, erwarten. Vielmehr ist nach den Verhältnissen des einzelnen Falles zu beurteilen, ob der Käufer nach der Verkehrsauffassung das Offenbare eines dem Verkäufer bekannten Umstandes erwarten durfte ... Beim Viehkauf ist es die Regel, daß das Vieh besichtigt wird. Jedenfalls kann von einer arglistigen Täuschung dann nicht gesprochen werden, wenn gewisse Mängel bei der Untersuchung erkannt wurden oder jedenfalls erkennbar waren, ferner bei bloßer (selbst grober) Fahrlässigkeit des Verkäufers ..." Im vorliegenden Fall hatte der Käufer das Euter der Kuh bei den Kaufverhandlungen eingehend besichtigt. Wenn er die Milchfistel dabei nicht erkannt hat, so kann er nicht nachträglich arglistige Täuschung geltend machen, zumal für den Verkäufer eine Verpflichtung zur Offenbarung nicht bestanden hatte. Auch in diesem Fall (Nr. 65) hatte der Käufer versäumt, sich bestimmte Eigenschaften des Tieres (z. B. eben Eutergesundheit) zusichern zu lassen. Wie gerade die zuletzt behandelten Fälle zeigen, gehen die Gerichte in Viehgewährschaftsfällen streng von der Intention des Gesetzgebers aus. Das AG Dachau hat in der Urteilsbegründung zu Fall Nr. 82 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Gesetzgeber durch die Beschränkung der Haftung des Verkäufers eine Vielzahl von Prozessen mit schwieriger Beweislage verhindern wollte. Im Zweifelsfalle werden die Gerichte daher von einer beschränkten Haftung des Verkäufers ausgehen. Gerade deshalb sollte sich der Käufer im Viehhandel die ihm wichtig erscheinenden Eigenschaften des Tieres ausdrücklich zusichern lassen; das Viehgewährschaftsrecht bietet ihm - zurecht! - keinen Schutz bei leichtfertigem Verhalten bei Kaufabschluß.

### 3.2.2.4. Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Schweinen

#### Fall Nr. 83

30 Läufer Schweine

Hauptmangel Schweinepest

AG Schweinfurt, Urteil vom 27.7.1953 - C 1070/52

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Käufer      Beklagter/Verkäufer  
Klage auf Wandelung

Der Kläger betreibt eine Schweinemästerei. Am 12.11.1952 kaufte er von dem Beklagten 30 Jungschweine zu DM 65,-- das Stück. Die Tiere wurden am gleichen Tage übergeben und in die Stallungen des Klägers zu dem vorhandenen Bestand von 27 Mastschweinen verbracht.

Mit Klage vom 24.11.1952 begehrte der Kläger die Wandelung des Kaufvertrages, da in der Zeit vom 14. - 24.11.1952 neun der beim Beklagten gekauften Tiere verendet seien. Die Sektion dieser Tiere habe ergeben, daß sie an Schweinepest gelitten hätten. Der Beklagte habe hierfür gemäß § 1, Abs. IV, 1. der VO betr. die Hauptmängel und Gewährfristen beim Viehhandel vom 27.3.1899 zu § 482 BGB einzustehen. Die Wandelung werde hinsichtlich aller von dem Beklagten gelieferten Schweine geltend gemacht, da diese alle an Schweinepest gelitten und sofort hätten geschlachtet werden müssen. Wie der Beklagte ausführte, stammten die an den Kläger verkauften Schweine aus einem Transport von etwa 110 Tieren. Dieser Transport sei mehrmals amtstierärztlich untersucht worden; dabei seien keinerlei Anzeichen einer Erkrankung festgestellt worden. Im Herkunftsgebiet der Tiere sei die Schweinepest schon seit Jahren nicht mehr aufgetreten. Auch

seien von den Abnehmern der restlichen 80 Schweine keine Be-  
anstandungen erfolgt. Die Seuche müsse daher schon vor dem  
Zukauf unter den im Stall des Klägers befindlichen Schweinen  
bestanden haben oder anderweitig - z. B. über Personenver-  
kehr oder die vom Kläger verfütterten Kantinenabfälle - ein-  
geschleppt worden sein.

Entscheidung des Gerichts:

Die Klage ist begründet.

Entscheidungsgründe:

Bei der Zerlegung der verendeten Läufer am 21.11.1952 hatte  
der sachverständige Zeuge, Vet.-Rat Dr. K., als Todesursache  
Schweinepest festgestellt. Da die Inkubationszeit für  
Schweinepest nach dem heutigen Stand der Wissenschaft  
10 - 15 Tage beträgt, muß die Ansteckung dieser Tiere be-  
reits vor der Übergabe an den Kläger erfolgt sein. Eine An-  
steckung über verfütterte Kantinenabfälle ist auszuschlie-  
ßen, da dann auch die älteren, vor dem Zukauf bereits vor-  
handenen Mastschweine hätten erkranken müssen. Gegen eine  
solche Annahme spricht auch, daß die ersten Läufer bereits  
zwei Tage nach der Übergabe verendeten.

Somit steht fest, daß die an den Kläger verkauften Schweine  
mit einem Fehler gemäß § 482 BGB in Verbindung mit § 1, Abs.  
IV 1. der Kaiserlichen VO behaftet waren. Der Beklagte hat  
hierfür einzustehen, da der Mangel innerhalb der Gewährfrist  
von 10 Tagen aufgetreten und rechtzeitig angezeigt worden  
ist. Der Kläger kann daher gemäß § 487 BGB Wandelung ver-  
langen, wobei sich dieser Anspruch auf sämtliche beim Be-  
klagten erworbenen Tiere erstreckt.

2. Besprechung

Im vorliegenden Fall hat der Käufer Wandelung wegen des  
Hauptmangels Schweinepest verlangt. Nach § 1. IV. der Kai-  
serlichen Verordnung gilt für den Verkauf von Nutz- und

Zuchttieren als Hauptmangel bei Schweinen: 1. Rotlauf mit einer Gewährfrist von 3 Tagen und 2. Schweineseuche (einschließlich Schweinepest) mit einer Gewährfrist von 10 Tagen. Über die Auslegung dieses Sammelbegriffes, der in der Kaiserlichen Verordnung nicht näher definiert ist, bestehen unterschiedliche Auffassungen. Hierauf sowie auf die Schwierigkeiten bei der Diagnose des Hauptmangels Schweinepest braucht im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht eingegangen zu werden. Bei der Schweinepest handelt es sich nach Rolle und Mayr (56) um eine "virusbedingte, fieberhafte, zyklische Allgemeinerkrankung mit perakutem, akutem und subakutem oder chronischem Verlauf, die unter natürlichen Bedingungen nur beim Schwein vorkommt und sehr verlustreich ist. Je nach Verlaufsform stehen hämorrhagisch-septikämische, lokale Entzündungen des Digestions- und Respirationstraktes oder zentralnervöse Erscheinungen im Vordergrund." Hier sah es das AG Schweinfurt als erwiesen an, daß sich bei den streitgegenständlichen Schweinen innerhalb der 10tägigen Gewährfrist der Hauptmangel Schweinepest gezeigt hat. Da der Käufer die 2tägige Anzeigefrist beachtet hat, wurde ihm das Recht auf Wandelung zuerkannt.

### 3. Diskussion

Die Übergabe der Tiere erfolgte am 12.11.1952; am 14.11.1952 traten die ersten Todesfälle auf. Als Todesursache wurde bei der Sektion eindeutig Schweinepest festgestellt. Zeigt sich aber ein Hauptmangel innerhalb der Gewährfrist, so wird vermutet, daß er bereits bei der Übergabe vorhanden war (§ 484 BGB). Der Verkäufer kann versuchen, den Gegenbeweis zu erbringen, was ihm allerdings im vorliegenden Fall nicht gelungen ist. Da die Inkubationszeit für Schweinepest nach dem damaligen Stand der Wissenschaft (1953) mit 10 - 15 Tagen angegeben wurde, sah es das Gericht als erwiesen an, daß die Ansteckung der Tiere bereits vor der Übergabe erfolgt war. Nach dem heutigen Stand der Wissenschaft beträgt die Inkuba-

tionszeit bei Schweinepest 3 - 8 Tage (56). Da im vorliegenden Fall die ersten Läuferschweine schon am 2. Tag nach der Übergabe verendeten, ist also auch aus heutiger tierärztlicher Sicht das Urteil berechtigt. Die in der Kaiserlichen Verordnung angegebene 10tägige Gewährfrist für Schweinepest muß aus heutiger Sicht freilich zu lange erscheinen. Wie im vorliegenden Urteil ausdrücklich erwähnt, erstreckt sich der Anspruch auf Wandelung auf alle beim Beklagten erworbenen Tiere. Da bei Ausbruch von Schweinepest bestimmte viehseuchenrechtliche Bekämpfungsmaßnahmen ergriffen werden (Sperrung und evtl. Keulung des Bestandes), wäre es interessant, zu klären, ob der Käufer bezüglich der vor dem Zukauf vorhandenen 27 Schweine Schadenersatz verlangen kann. Aus den Unterlagen zu Fall Nr. 83 geht hierzu nichts hervor.

In einem anderen Rechtsstreit bezüglich des Hauptmangels Schweinepest (Fall Nr. 84, AZ 2 O 300/66) hat das LG Augsburg festgestellt, daß derartige Schadenersatzansprüche nur im Falle der positiven Vertragsverletzung infragekommen. Wenn der Verkäufer gegen die Quarantänebestimmungen des Viehseuchengesetzes verstoßen hat, kann der Käufer bezüglich der vor dem Zukauf im Bestand befindlichen Schweine Schadenersatz verlangen. Bezüglich der zugekauften Schweine steht dem Käufer nur das Recht auf Wandelung zu. Im Fall Nr. 84 waren die Gewährleistungsansprüche bezüglich der zugekauften 4 Zuchtschweine verjährt. Da dem Verkäufer außerdem ein Verstoß gegen das Viehseuchengesetz nicht nachzuweisen war, wurde der klägerische Anspruch auf Zahlung von Schadenersatz zurückgewiesen.

In einem weiteren Rechtsstreit aus dem Schweinehandel (Fall Nr. 85, AG Landau/Isar, AZ C 51/61) verweigerte der Käufer wegen chronischer Rotlaufferkrankung eines von ihm erworbenen Zuchtebers die Bezahlung des Kaufpreises. Im Mittelpunkt dieses Rechtsstreites stehen überwiegend juristische Fragen (Vollzug der Wandelung), so daß auf den Fall Nr. 85 nicht näher eingegangen zu werden braucht.

Abschließend sei noch auf die Untersuchungen von Boye (10) aus dem Jahre 1978 über den Schweinehandel in Süddoldenburg hingewiesen. Boye hatte festgestellt, daß der Anteil der "Schweinehandelsprozesse" an den Zivilprozessen ausgesprochen gering ist. Eine geringe "Prozeßlust" in dieser Sparte des Viehhandels ist auch aus der vorliegenden Arbeit ersichtlich. Im Übrigen stehen heute auch im Schweinehandel Vertragsmängel im Vordergrund, worauf unter anderem Schleyer (60) und Schulze (61) hingewiesen haben.

### 3.2.3. Sonstiges

Während es sich bei den bisher behandelten Fällen Nr. 1 - 85 um ausgesprochene Viehgewährschaftsstreitigkeiten handelte, betreffen die folgenden Fälle überwiegend juristische Aspekte des Viehkaufs. Es handelt sich dabei um Fragen des Gefahrüberganges und des Vertragsabschlusses, um Schadenersatzansprüche wegen Nichterfüllung von Kaufverträgen, um finanzielle Differenzen u. a.. Hiervon werden die Fälle Nr. 86 und 88 ausführlich behandelt, die übrigen Fälle werden nur in ihren wesentlichen Punkten erwähnt.

#### Fall Nr. 86

Schlachtpferd

Annahmeverzug des Käufers

Verenden eines Schlachtpferdes vor der Übergabe

LG Bremen, Urteil vom 7.10.1966 - 1 S 239/66

AG Bremen, Urteil vom 9.6.1966 - 2 C 28/1966

#### 1. Beschreibung

Tatbestand: Kläger/Verkäufer    Beklagter/Käufer

Klage auf Kaufpreiszahlung

Der Kläger verkaufte dem Beklagten am 10.11.1965 ein Schlachtpferd zum Preis von DM 860,--. Die Parteien vereinbarten, daß das Pferd zunächst noch bei dem Kläger bei freiem Futter und freier Pflege stehen bleiben und daß es erst in der folgenden Woche vom Beklagten abgeholt werden sollte. Statt das Tier abzuholen, erschien der Beklagte in der nächsten Zeit zweimal bei dem Kläger mit Interessenten, an die er das Pferd weiterverkaufen wollte. Bei diesen Be-

suchen und auch telefonisch forderte der Kläger den Beklagten auf, das Pferd doch nun abzuholen, was ihm stets für die nächsten Tage zugesagt wurde.

Am 10.12.1965 verendete das Pferd an einer Darmruptur.

Der Kläger verlangt nun von dem Beklagten den Kaufpreis von DM 860,--.

Der Beklagte ist der Meinung, die Gefahr des zufälligen Untergangs sei noch nicht auf ihn übergegangen gewesen. Er könne sich mit Recht weigern, den Kaufpreis zu zahlen, da der Kläger nicht mehr zur Erfüllung des Vertrages in der Lage sei. Weiterhin macht der Beklagte geltend, daß ihn der Kläger schriftlich unter Fristsetzung zur Abnahme des Pferdes hätte auffordern müssen.

#### Entscheidung des Gerichts:

Der Klage ist stattzugeben.

#### Entscheidungsgründe:

Der Kläger hatte dem Beklagten gem. §§ 930, 690 BGB nur das Eigentum, noch nicht aber den unmittelbaren Besitz an dem Pferd verschafft. Grundsätzlich trägt zwar der Verkäufer gem. § 446 BGB die Gefahr des zufälligen Untergangs, solange er dem Käufer noch nicht den unmittelbaren Besitz verschafft hat, also unabhängig von der Eigentumsverschaffung (Palandt, Anm. 3 zu § 446 BGB), doch ist hier die Gefahr schon früher auf den Beklagten übergegangen, da dieser in Verzug damit geraten ist, das Pferd abzuholen.

Ob in den wiederholten Aufforderungen, das Pferd abzuholen, eine Mahnung zu erblicken ist, kann dahingestellt bleiben, da die Leistungszeit - wenn auch nur mittelbar - nach dem Kalender bestimmt war: "in der folgenden Woche nach Abschluß des Kaufvertrages" (s. auch Palandt, Anm. 4 a zu § 284 BGB). Daher bestand für den Kläger auch keine Pflicht zur Fristsetzung. -

Die Berufung des Beklagten gegen dieses Urteil wurde als unbegründet zurückgewiesen. Auch nach Auffassung der Beru-

fungsinstanz steht dem Kläger der vereinbarte Kaufpreis weiterhin zu, da sich der Beklagte, als das Pferd einging, im Annahmeverzug befand.

## 2. Besprechung

Im vorliegenden Fall verweigerte der Käufer eines Pferdes die Bezahlung des Kaufpreises, da dieses noch vor der Übergabe verendet war. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß der Käufer mit der Annahme des Pferdes in Verzug geraten war und gab der Klage des Verkäufers auf Zahlung des Kaufpreises statt.

## 3. Diskussion

Dieser Fall betrifft ein zentrales Problem des Viehkaufs, nämlich das des Gefahrüberganges. Nach § 446 BGB geht die Gefahr des zufälligen Unterganges und einer zufälligen Verschlechterung mit der Übergabe der verkauften Sache auf den Käufer über. Unter Übergabe ist die Verschaffung des unmittelbaren Besitzes an der Sache zu verstehen, d. h. also i. d. R. die einfache, körperliche Übergabe. Abweichend von den Bestimmungen des § 446 BGB erfolgt der Übergang der Gefahr bei Verzug des Käufers bereits vor der Übergabe. Nach § 300 BGB geht die Gefahr zu dem Zeitpunkt auf den Käufer über, in dem dieser mit der Annahme des Tieres in Verzug kommt. In Verzug kommt der Käufer dann, wenn er die am rechten Ort und zur rechten Zeit angebotene Leistung nicht annimmt. Im vorliegenden Fall hatten die Parteien vereinbart, daß der Käufer das Pferd in der Woche nach Kaufabschluß abholen sollte. Der Käufer ist dem aber nicht nachgekommen und hat vielmehr den Versuch unternommen, das Pferd weiterzuverkaufen. Damit ist er mit der Annahme in Verzug geraten, so daß er das Verenden des Tieres selbst zu tragen hat. Eine Haftung des Verkäufers während des Annahmeverzuges käme nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit in Frage. Im vorliegenden Fall

(Darmruptur) müßte demnach geklärt werden, ob Erkrankung und Verenden des Pferdes auf unsachgemäßer Fütterung oder unterlassener Behandlung beruhten. Da sich hierfür keine Anhaltspunkte ergeben haben, war dem Anspruch des Verkäufers auf Zahlung des Kaufpreises stattzugeben.

Aus ähnlicher Sicht ist der nachfolgende Fall Nr. 87 zu sehen:

In einem vom AG Augsburg entschiedenen Rechtsstreit (AZ 2 C 1613/52) hatte ein Metzger von einem Landwirt einen Schlachtbullen erworben. Auf die Bemerkung des Metzgers, "er könne den Stier noch nicht brauchen", hatte der Verkäufer lediglich geantwortet, der Bulle "stehe gut da und im Futter mache er ihm nichts aus". Als der Bulle 2 Tage nach Kaufabschluß infolge eines Hornstoßes notgeschlachtet werden mußte, konnte der Verkäufer keine Ansprüche auf Zahlung des Kaufpreises geltend machen. Ein Annahmeverzug des Käufers lag in diesem Fall nicht vor, so daß der Verkäufer die Gefahr des zufälligen Unterganges zu tragen hatte.

#### Fall Nr. 88

Brauner Wallach  
Vertragsabschluß

LG Bayreuth, Urteil vom 4.10.1967 - S 59/67  
AG Kulmbach, Urteil vom 19.6.1967 - C 105/67

#### 1. Beschreibung

Der Kläger, ein Viehhändler, benötigte für einen seiner Kunden ein nicht allzu teures Pferd. Im Januar 1967 erhielt er den Hinweis, daß der Beklagte ein passendes Pferd zu ver-

kaufen habe. Der Sohn des Klägers, 20 Jahre alt, suchte den Beklagten daraufhin mehrmals auf.

Wie der Kläger behauptet, seien sich die Parteien am 19.3.1967 durch Handschlag über den Kauf eines braunen Wallachs zum Preis von DM 1.000,-- einig geworden. Der Beklagte bestreitet dagegen das Zustandekommen eines Kaufvertrages und weigert sich, das Pferd herauszugeben. Er behauptet, der Sohn des Klägers habe ihm die Mistgabel weggerissen und in die gewaltsam festgehaltene Hand eingeschlagen mit den Worten: "Ich gebe Dir DM 1.000,-- und der Gaul gehört mir."

Der Antrag des Klägers, den Beklagten zur Herausgabe des Pferdes und zur Zahlung von Schadenersatz zu verurteilen, wurde in beiden Instanzen als unbegründet abgewiesen.

#### Entscheidungsgründe:

Zugegebenermaßen hat sich der Beklagte bei den wiederholten Unterredungen mit dem Sohn des Klägers höchst ungeschickt, um nicht zu sagen, albern, verhalten. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme muß es als erwiesen gelten, daß der Beklagte niemals die Absicht hatte, sein Pferd zu verkaufen. Gleichwohl hat er den Verkauf nicht etwa rundweg abgelehnt, wie es vernünftig gewesen wäre, sondern einen Kaufpreis von DM 1.000,-- verlangt - offenbar in der Hoffnung, den Sohn des Klägers von weiteren Kaufversuchen abzuhalten. Dieser hatte zunächst auch nur DM 850,-- für das Pferd geboten. Auch am 19.3.1967 nannte der Beklagte als Kaufpreis den Betrag von DM 1.000,--. Mit den Worten, er wolle das Pferd für weniger als DM 1.000,-- nicht hergeben, streckte er die Hand aus. In diese ihm entgegengestreckte Hand schlug der Sohn des Klägers ein und erklärte, das Pferd sei für DM 1.000,-- gekauft. Der Beklagte erwiderte sofort, er werde das Pferd auch nicht um DM 1.000,-- abgeben.

Bei dieser Sachlage kann in dem Hinhalten der Hand kein Verhalten des Beklagten erblickt werden, aus dem unzweideutig

der Wille hervorgeht, das Kaufangebot des Klägers anzunehmen. Vielmehr ist davon auszugehen, daß der Beklagte in unbedachter Weise seine Hand dem Sohn des Klägers entgegengestreckt hat. Aus der Tatsache, daß dieser unversehens in die ihm entgegengestreckte Hand eingeschlagen hat, kann nach den vorhandenen Umständen auf eine entsprechende Willenserklärung des Beklagten nicht geschlossen werden. Der Beklagte war offensichtlich dem zwar noch jungen, aber äußerst geschickten und beweglichen Sohn des Klägers in der Verhandlungsführung weit unterlegen.

Nach allem ist ein wirksamer Kaufvertrag zwischen den Parteien mangels Annahme des Vertragsantrages des Klägers durch den Beklagten nicht zustandegekommen (§§ 146, 147 BGB). Der Kläger kann daher weder Erfüllung noch Ersatz eines etwaigen Verzugschadens von dem Beklagten verlangen.

## 2. Besprechung

Hier bestritt der Beklagte, daß zwischen den Parteien ein wirksamer Kaufvertrag zustandegekommen sei. Die Gerichte schlossen sich in beiden Instanzen der Auffassung des Beklagten an und wiesen das klägerische Begehren nach Herausgabe des Pferdes und Zahlung von Schadenersatz als unbegründet zurück.

## 3. Diskussion

Nach allgemeinem Vertragsrecht bedarf es zum Vertragsschluß zweier einander entsprechender Willenserklärungen der Parteien. Der Verkäufer macht das Angebot, den Kaufgegenstand unter bestimmten Bedingungen und zu einem festgesetzten Preis zu verkaufen und der Käufer erklärt die Annahme dieses Angebotes. Entsprechendes gilt, wenn umgekehrt der Käufer dem Verkäufer das Angebot macht und der Verkäufer es annimmt. Nur in wenigen Fällen ist für Angebot und Annahme eine besondere Form, etwa die Schriftform oder die notariell-

le Beurkundung, erforderlich. Im Viehkauf gelten solche Sondervorschriften nicht. Ein Viehkaufvertrag wird daher regelmäßig bereits durch mündliche Vereinbarung wirksam, wobei es des vielgerühmten Handschlags an sich gar nicht bedarf. Der Handschlag ist nur ein beweiskräftiges Zeichen vor Zeugen, nicht aber Voraussetzung, um einen Handel wirksam zu machen (8).

Im vorliegenden Fall sahen es die Gerichte als erwiesen an, daß der Beklagte gar nicht die Absicht hatte, das Pferd zu verkaufen. Mangels Annahme des Vertragsangebotes sei ein wirksamer Kaufvertrag demnach nicht zustandegekommen. Diese Entscheidung mag zwar formell in Ordnung gehen, doch widerspricht sie dem subjektiven Rechtsempfinden. Wenn der Beklagte das Pferd schon nicht verkaufen wollte, dann hätte er dies bei den wiederholten Vorsprachen des Klägers auch zum Ausdruck bringen müssen. Meines Erachtens war nicht etwa der Beklagte der geschickten Verhandlungsführung des Klägers unterlegen, vielmehr hat man den Eindruck, daß sich der Beklagte einen Spaß daraus gemacht hat, den Käufer hinzuhalten. Wenn auch zum Wirksamwerden eines mündlich geschlossenen Kaufvertrags ein Handschlag gar nicht erforderlich ist, so kommt ihm doch im ländlichen Viehhandel eine große Bedeutung zu. Der Beklagte mußte dies als im Viehhandel sicher nicht unerfahrener Landwirt wissen, so daß der Rechtsstreit meines Erachtens durchaus anders hätte entschieden werden können.

Die folgenden Fälle sollen nur in ihren wesentlichen Aspekten dargestellt werden. Im Mittelpunkt der Fälle Nr. 89, 90 und 91 steht wiederum die Problematik des Vertragsabschlusses. Im Fall Nr. 89 (AG Freyung, AZ C 195/60) behauptete der Kläger, daß zwischen den Parteien ein Kaufvertrag über eine Einspannkuh zum Preis von DM 1.000,-- zustandegekommen sei. Der Beklagte stellte dies in Abrede und behauptete, daß ihm der Kläger die Kuh lediglich "auf Probe" mitgegeben habe; der Preis von DM 1.000,-- sei nur für den Fall vereinbart

worden, daß er das Tier behalte. Das AG Freyung sah es aufgrund der Beweisaufnahme als erwiesen an, daß zwischen den Parteien ein wirksamer Kaufvertrag zustandegekommen war und verurteilte den Beklagten antragsgemäß zur Bezahlung des Kaufpreises. Das Gericht berücksichtigte dabei insbesondere, daß sich die Parteien im Anschluß an die Besichtigung der Kuh in die örtliche Gastwirtschaft begeben hatten, wo der Kläger den Beklagten zechfrei gehalten hatte. Das Gericht wertete diesen "Trunk" als wesentliches Indiz für den Abschluß eines Kaufvertrages. Auch wies es darauf hin, daß es der Verkehrssitte im ländlichen Viehhandel widerspreche, ein Tier "auf Probe" zu kaufen. Im vorliegenden Fall hatte der Beklagte verschiedene Mängel der Kuh gerügt (Scheidenausfluß, geringe Milchleistung). Da er mangels vertraglicher Vereinbarungen keine Gewährleistungsansprüche geltend machen konnte, suchte er sich offensichtlich darauf hinauszureden, daß zwischen den Parteien ein Vertrag überhaupt nicht zustandegekommen war.

In einem anderen Rechtsstreit (Fall Nr. 90, LG Passau, AZ 2 S 73/73 zu AG Passau, AZ C 839/72) behauptete der Kläger, daß zwischen den Parteien ein Kaufvertrag über 3 Pferde zum Preis von insgesamt DM 5.000,-- zustandegekommen sei. Der Beklagte bestritt dies; er habe nur aus Scherz gesagt: "Ich kauf' dir die drei Zossen ab, dann ist dein Stall leer." Der Kläger begehrte in diesem Fall ausdrücklich nicht Zahlung des Kaufpreises Zug um Zug gegen Aushändigung der Pferde, sondern Schadenersatz wegen Nichterfüllung des Kaufvertrages (Gewinnentgang, Futterkosten). Die Klage wurde in beiden Instanzen abgewiesen. Zur Begründung wurde darauf verwiesen, daß der Kläger gem. § 326 Abs. 1 BGB erst dann Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen kann, "wenn er dem Beklagten zur Bewirkung der Leistung eine angemessene Frist mit der Erklärung bestimmt hat, daß er die Annahme der Leistung nach dem Ablauf der Frist ablehne." Eine der-

artige Fristsetzung war aber im vorliegenden Fall nicht erfolgt.

In einem weiteren Rechtsstreit (Fall Nr. 91, LG Memmingen, AZ 2 O 109/60) folgte das Gericht der Auffassung des Beklagten, wonach ein Kaufvertrag zwischen den Parteien nicht zustandegekommen sei. In diesem Fall hatte der Beklagte wiederholt erklärt, er könne dem Kläger die beiden Pferde nicht verkaufen, da sie bereits einem anderen Viehhändler versprochen seien. Zudem hatte der Beklagte den Handschlag ausdrücklich verweigert. In der einseitigen Erklärung des Klägers, "um DM 1.400,-- sind die Pferde gekauft", vermochte das Gericht das wirksame Zustandekommen eines Kaufvertrages nicht zu erkennen.

In einem anderen Rechtsstreit (Fall Nr. 92, AG Griesbach, AZ C 12/60) begehrte der Kläger (Käufer) Zahlung von Schadenersatz wegen Nichterfüllung des Kaufvertrages. Die Klage wurde als unbegründet zurückgewiesen. Wie die Beweisaufnahme ergab, hatte der Beklagte (Verkäufer) bei Kaufabschluß ausdrücklich verlangt, daß die Tiere (2 Bullen und 1 Rind) innen 1 Woche abgeholt werden müßten. Als die Tiere nicht fristgerecht abgeholt wurden, verkaufte sie der Beklagte anderweitig weiter. Der Beklagte war hierzu nach Auffassung des Gerichts berechtigt. Ein unter einer aufschiebenden Bedingung (z. B. Vereinbarung einer bestimmten Abholfrist) geschlossenes Rechtsgeschäft wird nicht wirksam, wenn die Bedingung nicht eintritt (§ 158, Abs. 1 BGB).

In einem vom AG Ebern entschiedenen Rechtsstreit (Fall Nr. 93, AZ C 99/50) hatte der Beklagte (Verkäufer) bei Kaufabschluß verlangt, daß der verkaufte Bulle innerhalb von 4 Tagen abgeholt werden müsse. Der Kläger (Käufer) kam dem jedoch trotz mehrmaliger Aufforderung nicht nach, so daß der Beklagte den Bullen anderweitig veräußerte. Die Klage des Käufers auf Zahlung von Schadenersatz wurde wegen des erwiesenen Abnahmeverzugs als unbegründet zurückgewiesen.

In einem anderen Fall (Nr. 94, AG Haag i. Obb., AZ C 23/63) konnte der Beklagte (Verkäufer) 8 Schlachtschweine nicht zum vereinbarten Termin abliefern, da er mit seinem Traktor im Schnee stecken blieb. Das Gericht wies die Schadenersatzforderung des Käufers als unbegründet zurück. Zur Begründung verwies es auf § 275 BGB, wonach der Schuldner von der Verpflichtung zur Leistung frei wird, "soweit die Leistung infolge eines nach der Entstehung des Schuldverhältnisses eintretenden Umstandes, den er nicht zu vertreten hat, unmöglich wird."

Im Fall Nr. 95 (LG Memmingen, AZ 2 O 246/58) wurde die Klage des Verkäufers auf Zahlung des Kaufpreises zurückgewiesen. Wie die Beweisaufnahme ergab, hatte der Verkäufer die Kuh irrtümlicherweise nicht beim Käufer, sondern in einem anderen Anwesen abgeliefert. Da die Parteien einen bestimmten Liefertermin vereinbart hatten, war der Käufer zur verspäteten Abnahme der Kuh nicht verpflichtet.

Im Mittelpunkt von Fall Nr. 96 (AG Landsberg/Lech, AZ C 567/51) stehen finanzielle Differenzen. Die Parteien hatten einen Vertrag über die Lieferung von 10 Schlachtpferden geschlossen. Zum Rechtsstreit kam es, als sie sich über die Höhe des Kaufpreises nicht einigen konnten. Da dieser Fall überwiegend juristische Fragen betrifft, braucht er hier nicht näher erörtert zu werden.

Die Fälle Nr. 97, 98 und 99 betreffen die viehhandelstypische Frage, ob in dem Verkauf eines Tieres zu einem bestimmten Verwendungszweck die Zusicherung einer Eigenschaft erblickt werden kann. Im Fall Nr. 97 (AG Vilsbiburg, AZ C 73/54) hatte der Käufer wegen ungenügender Milchleistung der von ihm erworbenen Kuh die Bezahlung des Kaufpreises verweigert. Er vertrat dabei die Auffassung, daß er ausdrücklich eine "Nutzkuh" verlangt habe, was ihm der Verkäufer auch zugesichert habe. In Wirklichkeit habe es sich bei der streitgegenständlichen Kuh um eine "Schlachtkuh" gehandelt. Das AG Vilsbiburg verurteilte den Käufer zur Zahlung des Kaufpreises. Zur Begründung verwies es darauf, daß der

Verkäufer im Viehhandel ausdrücklich nur die Hauptmängel zu vertreten habe. Die bloße Angabe "Nutzkuh" reiche nicht aus, um eine weitergehende Haftung des Verkäufers zu begründen. Meines Erachtens ist diese Entscheidung zurecht erfolgt. Es widerspräche der Intention des Gesetzgebers, wollte man allein schon in der Angabe "Nutzkuh" die Zusicherung einer bestimmten Eigenschaft erblicken. Anders ist dagegen die rechtliche Lage in Fall Nr. 98 (AG Aichach, AZ C 269/74). Hier hatte der Käufer einen "Futterstier" verlangt; bei den Kaufverhandlungen hatte er ausdrücklich erklärt, daß der ihm angebotene Bulle zur Mast geeignet sein müsse. Der Verkäufer hatte daraufhin erklärt, daß der Bulle hierzu tauglich sei. Damit ist der Gebrauchtzweck zum Vertragsinhalt geworden. Der Beklagte konnte daher zurecht die Bezahlung des Kaufpreises verweigern, als der Stier bereits am 5. Tag nach der Übergabe infolge chronischer Bauchfellentzündung notgeschlachtet werden mußte. Meines Erachtens hätte in diesem Fall eine Anfechtung des Kaufvertrages wegen arglistiger Täuschung zum Erfolg führen können (anders als in Fall Nr. 81).

In einem anderen Rechtsstreit (Fall Nr. 99, AZ C 46/69) hat das AG Mindelheim dem Käufer das Recht auf Wandelung zugesprochen, als die von ihm erworbene "Schlachtkuh" 2 Tage nach der Übergabe verendete und sich bei der Sektion der Befund "Fremdkörperperitonitis" ergab. Auch diese Entscheidung ist meiner Meinung nach zurecht erfolgt. Der Verkauf eines Tieres zum Schlachten beinhaltet zwar noch nicht die Zusicherung, daß das Fleisch genußtauglich ist, doch verstößt der Verkauf einer kurz vor dem Verenden stehenden Kuh als "Schlachtkuh" auf jeden Fall gegen den Grundsatz von Treu und Glauben.

Die Fälle Nr. 100 (AG Weilheim, AZ C 497/53) und 101 (AG Erding, AZ C 278/64) betreffen wieder überwiegend juristische Fragen (Vollzug der Wandelung durch konkludente Handlung bzw. Unterbrechung der Verjährungsfrist), so daß sie hier nicht näher ausgeführt werden.

Die Fälle Nr. 102 (AG Augsburg, AZ 2 C 2710/70) und 103 (AG Köln, AZ 48 C 2230/55) betreffen unlauteres Verhalten der Verkäufer. Im Fall Nr. 102 hatte der Verkäufer von 38 Mastkälbern ein falsches Gewicht angegeben. Im Fall Nr. 103 hatte der Verkäufer eine Kuh in Kenntnis ihrer purulenten Mastitis und der Penicillin-Behandlung zum Preis einer gesunden Schlachtkuh verkauft.

Unter den im Rahmen der vorliegenden Arbeit untersuchten Rechtsstreitigkeiten befanden sich noch zwei Fälle, die zwar nur mittelbar den Tierkauf betreffen, die aber trotzdem nicht unerwähnt bleiben sollen. Die Fälle Nr. 104 (AG Eichstätt, AZ C 36/66) und Nr. 105 (AG Landshut, AZ C 821/74) betreffen Fragen der Tierhalterhaftung. In beiden Fällen hatte sich ein Bulle beim Verladen losgerissen und einen PKW beschädigt. Nach Auffassung der Gerichte hatten in beiden Fällen die Käufer bereits die tatsächliche Verfügungsgewalt über das Tier übernommen, so daß sie für den Schaden zu haf-ten hatten.

Von den restlichen - zumeist älteren - Rechtsstreitigkeiten standen nur unvollständige Unterlagen zur Verfügung. Die Fälle Nr. 106 - 116 werden daher lediglich hinsichtlich Aktenzeichen und Thematik des Rechtsstreits erwähnt.

#### Pferde

Fall Nr. 106:      Zugpferd  
                  Mondblindheit  
                  AG Kulmbach, AZ Cs 741/50 (Strafsache)

Fall Nr. 107:      Zugpferd  
                  zugesicherte Eigenschaft: "zugfest"  
                  AG Amberg, AZ Ds 29/52 (Strafsache)

- Fall Nr. 108: Zugpferd  
Mauke  
AG Augsburg, AZ 2 C 1850/53
- Fall Nr. 109: Zugpferd  
zugesicherte Eigenschaft: "zugfest im  
Geschirr"  
LG Itzehoe, AZ 2 O 93/54

Rinder

- Fall Nr. 110: Arbeitsochse  
Hörnerriß  
AG Mellrichstadt, AZ Ns 72/50 (Strafsache)
- Fall Nr. 111: Schlachtochse  
Vorhautentzündung  
AG Hengersberg, AZ C 16/52
- Fall Nr. 112: Nutzkuh  
Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft:  
ungenügende Milchleistung  
AG Augsburg, AZ 2 C 32/52
- Fall Nr. 113: Nutzkuh  
Eutererkrankung  
AG Bückeburg, AZ 3 C 529/52
- Fall Nr. 114: Einspannkuh  
Arglistige Täuschung:  
Unrichtige Altersangabe, Blindheit  
AG Volkach, AZ C 9/56

Fall Nr. 115:      Nutzkuh  
                    chronische Euterentzündung  
                    AG Mindelheim, AZ C 142/59

Fall Nr. 116:      Kälberkuh  
                    ungenügende Milchleistung  
                    AG Eutin, AZ 3 C 49/60

#### Diskussion

Es war die Aufgabe der vorliegenden Arbeit, den Einfluß des geltenden Rechts auf die Abwicklung von Viehhandelsgeschäften im Wandel der Zeiten aufzuzeigen. Anhand von 116 Rechtsstreitigkeiten wurde untersucht, wie sich die forensische Tätigkeit des Tierarztes infolge veränderter Käuferwünsche, veränderter Bedingungen in der Landwirtschaft, aber auch infolge des Fortschrittes der tierärztlichen Wissenschaft gewandelt hat. Dabei hat sich herausgestellt, daß manche früher gewichtige Probleme heute keine Rolle mehr spielen, daß manche Fragen unverändert weiter bestehen und daß sich einige ganz neue Aspekte der tierärztlichen Tätigkeit ergeben haben.

Das Bürgerliche Gesetzbuch unterscheidet zwischen "Vieh" (Pferde, Esel, Maulesel und Maultiere, Rindvieh, Schafe und Schweine) und den übrigen Tiergattungen. Nach dem Gesetz hat der Verkäufer im Viehhandel bestimmte Fehler, die sog. Hauptmängel, stillschweigend zu vertreten. Jede weitergehende Haftung bedarf ausdrücklicher vertraglicher Vereinbarungen. Von den hier zitierten Rechtsstreitigkeiten haben 14 einen Hauptmangel zum Gegenstand. Sowohl im Fall Nr. 1 als auch im Fall Nr. 16 hat der Käufer eines Pferdes Ansprüche wegen des Hauptmangels Kehlkopf-pfeifen geltend gemacht. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit kommt beiden Fällen keine besondere Bedeutung zu, da sie Überwiegend juristische Aspekte betreffen. In Fall Nr. 1 hatte der Verkäufer jegliche Haftung ausgeschlossen ("so, wie sie da stehen"), im Fall Nr. 16 (AG Erding, AZ C 193/16) ging es um die Frage, ob überhaupt ein Kaufvertrag zustande gekommen war. Im Übrigen wird auf die Untersuchungen von Mayer (45) und Tellheim (64) verwiesen, wonach die Hauptmängel bei Ankaufsuntersuchungen von Pferden nur einen ge-

ringen Prozentsatz der Beanstandungen ausmachen. Wie bereits oben aufgeführt, ist Tuberkulose i. S. der Kaiserlichen Verordnung ausgemerzt. Die Fälle Nr. 30 - 37 sind demnach nur mehr von historischem Interesse. Der Fortschritt in der tierärztlichen Wissenschaft hat hier zu einer Einschränkung der forensischen Praxis geführt. Die früheren Beweisprobleme (Fall Nr. 34/Nachweis der allgemeinen Beeinträchtigung des Nährzustandes) stellen sich dem heutigen Tierarzt nicht mehr. Dennoch weisen auch diese Fälle "zeitlose Aspekte" auf. Den Fragen der fristgerechten (Fall Nr. 32 und 33) und hinreichend bestimmten Anzeige (Fall Nr. 31 und 35) eines Mangels kommt heute die gleiche Bedeutung zu wie früher. Im Übrigen zeigen die Fälle Nr. 30 und 31 wie auch der Fall Nr. 83 (Hauptmangel Schweinepest), daß der Käufer, wenn die Diagnose des Hauptmangels erbracht ist, i. d. R. ohne große Schwierigkeiten zu seinem Recht kommt. Die Mängelvermutung des § 484 BGB gilt heute genauso wie früher.

Die Überwiegende Zahl der vorliegenden Fälle betrifft die Problematik der vertraglichen Haftung. Hier bestehen zum Teil ganz wesentliche Unterschiede zwischen den heutigen und den früheren Verhältnissen. Für welche Fehler sich ein Käufer Gewähr geben bzw. welche Eigenschaften des Tieres er sich zusichern läßt, hängt in erster Linie vom Verwendungszweck des Tieres ab. Diesbezüglich haben sich in den Jahren seit 1949 ohne Zweifel einschneidende Veränderungen vollzogen. Wie bereits oben erwähnt, spielt die Eigenschaft der Zugtauglichkeit beim Rind heute keine Rolle mehr, so daß Prozesse wie in den Fällen Nr. 44 - 47 sowie Nr. 110 und 111 heute nicht mehr denkbar sind. Das Pferd hat seine vormals überragende Bedeutung als Zugtier verloren. Allerdings finden Kaltblutpferde in Einzelfällen auch heute noch in der

Waldarbeit Verwendung, so daß ein Rechtsstreit wegen mangelnder Tauglichkeit eines Pferdes zum Holzrücken wie in Fall Nr. 3 nicht nur von historischem Interesse ist. Kaltblutpferde werden gerade heute aus wiederbelebter Tradition, aber auch zu Repräsentationszwecken (Brauereirösser) vermehrt gehalten. Da überdies der Fahrsport eine Renaissance erlebt, ist es durchaus vorstellbar, daß ein Tierarzt in der heutigen Zeit damit beauftragt wird, ein Pferd auf Zugtauglichkeit zu untersuchen. So könnte z. B. auch ein Fall von "Leinefangen" bei einem Kutschpferd vorkommen. Um ein Pferd auf Fahrtauglichkeit untersuchen zu können, muß sich der in der Pferdepraxis tätige Tierarzt die notwendigen Kenntnisse über Anschirrung und Fahren verschaffen, sei es durch eigene Praxis und/oder aus der Literatur (54). Auf der anderen Seite kann bei einem Reitpferd auch heute noch Stätigkeit z. B. in Form des Sattelzwangs auftreten. Die klassischen Definitionen der gerichtlichen Tierheilkunde sind demnach nach wie vor aktuell. Betrachtet man die früheren Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Nutzpferden, so fällt auf, daß verhältnismäßig oft der Mangel "Bösartigkeit" gerügt wurde (Fälle Nr. 7, 8, 9, 10). Dies ist sicher darin begründet, daß ein widersätzliches Pferd nicht oder nur in beschränktem Maße zur Arbeit verwendet werden kann. Interessant aus heutiger Sicht erscheint der Fall Nr. 7, in dem die mangelhafte Verkehrssicherheit eines Zuggpferdes gerügt wurde. Gerade in der heutigen Zeit ist es außerordentlich wichtig, daß ein Reitpferd verkehrssicher ist. Wie Fall Nr. 17 ("Weben") zeigt, können die Untugenden der Pferde auch jetzt noch Gegenstand eines Rechtsstreits sein. Die Feststellung von Zeeb und Göbel (71), wonach ein Tierarzt auf dem Gebiet der gerichtlichen Tierheilkunde immer wieder mit ethologischen Problemen konfrontiert wird, hat unverändert

Gültigkeit. Die Beweisprobleme sind dabei grundsätzlich die gleichen (z. B. Ausschluß des nachträglichen Verderbens eines Pferdes wie in Fall Nr. 9). Dabei ist durchaus vorstellbar, daß gerade heute sog. Stätigkeit eines Pferdes durch unsachgemäße Behandlung seitens unkundiger Pferdebesitzer verursacht wird.

Mit dem Rollenwandel des Pferdes vom Nutztier zum Freizeitpartner des Menschen haben sich die Käuferwünsche erheblich geändert. Während für den bäuerlichen Käufer die Zugtauglichkeit des Pferdes im Vordergrund stand, ist heute die Eignung als Reitpferd die wichtigste Eigenschaft.

An der Spitze der gerügten Mängel bei Reitpferden stehen in den untersuchten Fällen die Gliedmaßenerkrankungen (Fall Nr. 20, 21, 22, 23, 26, 27 und 28). Dies erscheint verständlich, da ein lahmes Pferd nicht zum Reiten tauglich ist. Hierbei ist zu bedenken, daß nicht in jedem Fall die Lahmheit oder Bewegungsstörung (z. B. Hahnentritt, Fall Nr. 27) beim Kauf zu erkennen ist.

Im Rinderhandel spielt heute, da sowohl die Rinderpest als auch die Tuberkulose (i. S. der Kaiserlichen Verordnung) getilgt ist, nur noch die vertragliche Haftung eine Rolle. Dabei ist interessant, wie sich die Bewertung des Vertragsmangels Tuberkulose im Laufe der Zeit geändert hat. Während noch im Jahre 1955 in der einschlägigen Literatur (20) die Auffassung vertreten wurde, daß Reaktionstuberkulose nur bei wertvollen Zuchttieren einen erheblichen Mangel darstelle, bewerteten die Gerichte in den vorliegenden Fällen (mit Ausnahme des AG Kemnath in Fall Nr. 37) eine positive Tuberkulinreaktion grundsätzlich als erheblich. Unter den zitierten Fällen aus dem Rinderhandel überwiegen (abgesehen von Tuberkulose) die Zusage der Trächtigkeit und die Zusicherung einer bestimmten Milchleistung. Rechtsstreitigkeiten dieser

Problematic gibt es heute nach wie vor. Was die Zusicherung der Milchleistung anbelangt, so haben sich allerdings beträchtliche quantitative Veränderungen vollzogen.

Bei Rechtsstreitigkeiten bezüglich Vertragsmängel bzw. wegen des Fehlens zugesicherter Eigenschaften kommt der Vertragsform entscheidende Bedeutung zu. Nach den Bestimmungen der §§ 481 ff BGB hat der Verkäufer im Viehhandel kraft Gesetzes lediglich die Hauptmängel zu vertreten. Eine weitergehende Haftung kommt nur in Frage, wenn der Verkäufer i. S. des § 492 BGB die Gewährleistung für nicht zu den Hauptmängeln gehörende Fehler übernimmt oder bestimmte Eigenschaften eines Tieres zusichert. Wie die vorliegende Arbeit zeigt, erwachsen gerade aus mangelhaft abgefaßten Kaufverträgen sehr viele Schwierigkeiten. Dabei bestehen zum Teil große Unterschiede zwischen den früheren und den heutigen Verhältnissen.

Dies gilt im Prinzip für den Handel mit Pferden. Wie sich aus Tabelle 5 ergibt, wurde im Handel mit landwirtschaftlichen Nutzpferden am häufigsten die Vertragsform "Zusicherung einer bestimmten Eigenschaft" gewählt. Die i. d. R. in Viehhandelsgeschäften erfahrenen bäuerlichen Käufer haben es demnach verstanden, sich die ihnen am wichtigsten erscheinenden Eigenschaften des Pferdes in verbindlicher Weise zusichern zu lassen. Der Käufer hatte in diesen Rechtsstreitigkeiten "nur" das Fehlen der zugesicherten Eigenschaft nachzuweisen, nicht aber die grundsätzliche Berechtigung seines Anspruches. Lediglich in Fall Nr. 13 konnte der Käufer die von ihm behauptete Zusicherung "gutes Sattelpferd" nicht beweisen. Im Übrigen zeigen gerade die Fälle aus dem Nutzpferdehandel, wie wertvoll eindeutige Definitionen sind - im Gegensatz zu

volkstümlichen Ausdrücken, die oft unterschiedlich ausgelegt werden.

Für die untersuchten Rechtsstreitigkeiten im Rinderhandel gilt ebenfalls, daß sich die Käufer sehr oft die wertbestimmenden Eigenschaften des Tieres in eindeutiger Weise zusichern ließen. Die Problematik besteht auch hier Überwiegend im Nachweis des Fehlens der zugesicherten Eigenschaften bzw. im Nachweis der Erheblichkeit und in der Altersbestimmung des Vertragsmangels.

Betrachtet man dagegen die vorliegenden Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Reitpferden, so fällt auf, daß der Käufer die Möglichkeit der vertraglichen Haftungserweiterung häufig nur unzureichend nutzt. Demzufolge hat der Käufer in diesen Fällen gleichsam eine doppelte Beweislast: Er hat nicht nur den Nachweis der Mangelhaftigkeit des Pferdes zu erbringen, sondern vor allem, daß für etwaige Ansprüche überhaupt eine vertragliche Grundlage besteht.

Ein typisches Beispiel hierfür bietet der Fall Nr. 17: Ein fachfremder Käufer bezahlt DM 20.000,--, ohne sich in verbindlicher Weise für die Gesundheit und Fehlerfreiheit des Pferdes garantieren zu lassen. Oft nützt der Verkäufer die Unerfahrenheit und Unkenntnis des Käufers aus. In dem schriftlichen Kaufvertrag von Fall Nr. 20 findet sich z. B. der Passus: "der Verkäufer haftet für gesetzliche Fehler". Dem unkundigen Käufer, der um die stillschweigende Haftung des Verkäufers für Hauptmängel nicht weiß, wird hierdurch eine gar nicht gegebene umfassende Haftung vorgetäuscht. Im Fall Nr. 29 war die Eigenschaft der Trächtigkeit mit keinem Wort im schriftlichen Kaufvertrag erwähnt, obwohl der Käufer gerade auf diese Eigenschaft des Tieres Wert gelegt hatte.

Die Unachtsamkeit bei der Abfassung der Kaufverträge wiegt umso schwerer, als die Käufer bei Kaufabschluß vorhandene Mängel der Pferde häufig nicht bemerken. Letzteres beruht zum Teil auf mangelnder Pferdekennntnis, zum Teil auf grober Fahrlässigkeit. So erscheint es unverständlich, warum ein Käufer das ihm angebotene Pferd vor Abschluß des Vertrages nicht reitet (oder es sich zumindest in der Bewegung vorführen läßt). Bei entsprechender Aufmerksamkeit hätte z. B. der Käufer im Fall Nr. 20 die einseitige Blindheit des Pferdes bemerken müssen, zumal ihn der Verkäufer aufgefordert hatte, sich das Pferd genau anzusehen.

Gerade aus tierärztlicher Sicht ist es unvernünftig, ein offensichtlich krankes oder noch nicht ausgeheiltes Tier zu erwerben. Derartige Verträge führen fast notwendigerweise zu einem Rechtsstreit. So hatte in Fall Nr. 18 (AG Schweinfurt, AZ C 274/72) der Käufer ein drusekrankes Pferd unter der Bedingung erworben, daß es der Verkäufer "zurücknehmen müsse, wenn es nicht ausheile". Als das Pferd nicht ausgeheilt werden konnte, konnte der Käufer erst auf dem Wege eines Prozesses die Rückgängigmachung des Kaufes herbeiführen. Im Fall Nr. 22 (AG Kiel, AZ 13 C 299/74) hatte der Käufer ein Pferd erworben, das kurz zuvor an beiden Sprunggelenken operiert worden war. Bald nach dem Kauf stellte sich heraus, daß das Pferd infolge Spat nicht zum Reiten zu verwenden war. Da er das Pferd in Kenntnis der Operation erworben hatte, konnte der Käufer keine Ansprüche geltend machen.

Wie die Auswertung der untersuchten Fälle weiter ergeben hat, stehen im Mittelpunkt der Rechtsstreitigkeiten im Viehhandel häufig formaljuristische Probleme. Hierher gehört vor allem die Beachtung der einschlägigen Fristen. Wie bereits anläßlich Fall Nr. 14

erwähnt, ist das Viehgewährschaftsrecht Bestandteil des Zivilrechts. Im Zivilrecht geht Verfahrensrecht vor Sachrecht, so daß die Nichtbeachtung von Fristen zum Verlust an sich berechtigter Ansprüche führen kann. In den Fällen Nr. 32 und 33 haben die Käufer jeweils den Hauptmangel Tuberkulose verspätet angezeigt, so daß sie keine Ansprüche mehr geltend machen konnten. Auffallend hoch ist die Anzahl der Rechtsstreitigkeiten, in denen Gewährleistungsansprüche infolge erfolgreicher Einrede der Verjährung zurückgewiesen wurden. In erster Linie gilt dies für die Zusage der Trächtigkeit. So haben die Käufer in den Fällen Nr. 28 und 29 (Pferdehandel) sowie Nr. 50 und 51 (Rinderhandel) ihre Ansprüche wegen fehlerhafter Trächtigkeitgarantie jeweils erst nach Ablauf der 6wöchigen Verjährungsfrist geltend gemacht. Wie bereits oben angeführt, gibt es bezüglich des Beginnes der Verjährungsfrist im Falle der Trächtigkeitgarantie gewisse Sonderregelungen. Die Kenntnis hiervon ist offensichtlich auch unter den bäuerlichen Käufern nicht allgemein verbreitet. In drei weiteren Rechtsstreitigkeiten aus dem Rinderhandel (Fall Nr. 68, AG München, AZ 9 C 578/53; Fall Nr. 69, LG München II, AZ 3 O 585/56; Fall Nr. 80, AG Immenstadt, AZ C 253/63) hatten die Käufer ihre Ansprüche jeweils erst nach Ablauf der Verjährungsfrist angemeldet. Auffallend ist, daß auch die bäuerlichen Käufer, bei denen man gewisse Erfahrungen im Viehhandel voraussetzen darf, die einschlägigen Fristen in vielen Fällen nicht beachten. Häufig lassen sich die Käufer vom Verkäufer mit dem Hinweis auf die Lieferung eines anderen Tieres vertrösten.

Eine fehlerhafte Anzeige ist einer unterlassenen Anzeige rechtlich gleichzustellen (21). So hat in Fall Nr. 52 der Käufer die Mängelrüge wegen Trächtigkeit einer Schlachtkuh nicht an den Verkäufer, sondern an

die Viehagentur gerichtet. Da eine an die falsche Adresse gerichtete Anzeige rechtlich wirkungslos ist, wurde das klägerische Begehren auf die Einrede der Verjährung hin zurückgewiesen. Die Anzeige hat den Mangel hinreichend bestimmt zu nennen. Im Fall Nr. 14 hat der Kläger seine zunächst ungenügende Anzeige gerade noch rechtzeitig spezifiziert und damit rechtswirksam gemacht (unrichtige Altersangabe). In den Fällen Nr. 31 und Nr. 35 hätten die Käufer beinahe ihre an sich berechtigten Ansprüche verloren, da sie sich bei der Anzeige des Hauptmangels Tuberkulose nicht an den Wortlaut der Kaiserlichen Verordnung hielten, sondern die Redewendungen "die Kuh hustet" bzw. "die Kuh hängt voller Geigen" wählten. In diesem Zusammenhang sei nochmals darauf verwiesen, wie unsinnig es ist, solche volkstümlichen Ausdrücke zu verwenden. Sie bergen immer die Gefahr einer regional und landmannschaftlich unterschiedlichen Auslegung in sich.

Zu den formalen Fehlern, die zum Rechtsverlust führen können, zählt noch die Wahl einer falschen Klageform. Die Minderungsklage ist im Viehkauf kraft Gesetzes ausgeschlossen. In den Fällen Nr. 60 und Nr. 70 (LG München II, AZ 5 O 38/60) haben die Käufer jeweils Klage auf Minderung erhoben. Die Minderungsklage kann aber die Verjährung eines Wandlungsanspruches nicht unterbrechen, so daß die Kläger in beiden Fällen letztlich die mangelhaften Tiere behalten mußten.

Während in den meisten Fällen formaljuristische Fragen im Vordergrund stehen, gibt es aber auch Rechtsstreitigkeiten im Viehhandel, die überwiegend tierärztliche Fragen betreffen. Ein anschauliches Beispiel hierfür liefert der Fall Nr. 21. Die Parteien hatten bei diesem Pferdekauf die Vertragsform "suspensiv bedingter Kauf" gewählt. Bei dieser Vertrags-

form werden hohe Anforderungen an die Sorgfaltspflicht des Tierarztes gestellt (21). In dem zitierten Fall hatte sich der Käufer eines DM 50.000,-- teuren Reitpferdes an sich sehr vernünftig verhalten, indem er die Übernahme des Tieres von einer röntgenologischen Untersuchung der Gliedmaßen abhängig gemacht hatte. Zum Rechtsstreit war es nur wegen der Fehldiagnose des erstuntersuchenden Tierarztes gekommen. Der Fall Nr. 21 zeigt also, daß ein Käufer auch bei vernünftigem Verhalten bei Vertragsabschluß Schwierigkeiten bekommen kann. Aus tierärztlicher Sicht ist dieser Fall sehr interessant, weil er die Problematik der Ankaufsuntersuchung beim Pferd aufzeigt. Einerseits soll der Tierarzt die neuzeitlichen Untersuchungsmethoden nutzen, zu denen z. B. auch die Labordiagnostik (38) gehört, andererseits kann die unterschiedliche Interpretation der Befunde zu einer erheblichen Rechtsunsicherheit führen. Insbesondere ist die Aussagekraft von röntgenologischen Befunden umstritten (74). In diesem Zusammenhang sei noch kurz darauf verwiesen, daß auch bezüglich der forensischen Beurteilung des Kehlkopfpeifens gerade heute Schwierigkeiten auftreten können (22, 72).

Unter den im Rahmen der vorliegenden Arbeit untersuchten Rechtsstreitigkeiten befanden sich 5 Anfechtungsklagen (Fälle Nr. 11, 20, 24, 43 und 81). Auch in den Fällen Nr. 46 und 82 hatte der Käufer unlauteres Verhalten des Verkäufers behauptet; allerdings wurde hier Klage auf Zahlung von Schadenersatz erhoben. Unlauteres Verhalten des Verkäufers hat es im Viehhandel zu allen Zeiten gegeben. Der Käufer sollte sich daher vor allzu großer Leichtgläubigkeit hüten. Im Fall Nr. 24 z. B. hätte der Käufer bei der Aufforderung des Verkäufers, "sich das Pferd genau anzusehen", hellhörig werden müssen. Bei sorgfältiger Betrachtung des Pferdes, vor allem aber, wenn er das

Pferd geritten hätte, wäre die einseitige Blindheit meines Erachtens zu erkennen gewesen. Insbesondere aber hätte sich der Käufer im Vertrag ausdrücklich die Gesundheit des Pferdes zusichern lassen sollen. Ansprüche wegen arglistigen Verschweigens bzw. wegen arglistiger Täuschung sind im Viehhandel nicht leicht durchzusetzen (s. Fall Nr. 81 und 82). Der Verkäufer ist nicht verpflichtet, einen jedem ihm bekannten Mangel zu offenbaren. Abgesehen von den Fällen offensichtlichen Betrugs und arglistiger Täuschung (bewußt falsche Angaben) muß dem Verkäufer jeweils nachgewiesen werden, daß er gegen den Grundsatz von Treu und Glauben verstoßen hat. Ein derartiger Nachweis ist aber i. d. R. nur schwer zu erbringen, selbst wenn die Wahrscheinlichkeit besteht, wie z. B. auch die vorliegenden Fälle Nr. 81 und 82 zeigen. Der Käufer sollte daher immer auf einer vertraglichen Haftungs-erweiterung bestehen, da Gewährleistungsansprüche wesentlich leichter durchzusetzen sind. Es kommt allerdings auch vor, daß der Käufer dann, wenn etwaige Gewährleistungsansprüche verjährt sind, auf den Vorwurf der arglistigen Täuschung "ausweicht", (z. B. in Fall Nr. 43). Zu erwähnen ist noch, daß sich unter den Fällen Nr. 1 - 85 kein Betrug befand; unter den im Abschnitt "Sonstiges" angeführten älteren Rechtsstreitigkeiten, von denen nur unvollständige Unterlagen vorlagen, befanden sich immerhin 3 Strafsachen (z. B. der Fall eines Ochsen mit Hörnerriß) sowie 1 Fall von arglistiger Täuschung (Blindheit einer Einspannkuh).

Kurz soll noch auf die Frage von Handelsbräuchen und Verkehrssitten im Viehhandel eingegangen werden. Anhand von Fall Nr. 88 wurde auf die Bedeutung des Handschlags im ländlichen Viehhandel verwiesen. Der Handschlag ist zum Wirksamwerden eines mündlich ge-

schlossenen Kaufvertrages nicht unbedingt erforderlich. Vielmehr ist der Handschlag als sichtbare Bekräftigung des Vertragsschlusses aufzufassen. Aus dem ländlichen Viehhandel ist der Handschlag, dem etwas Urwüchsiges anhaftet, freilich auch heute nicht wegzudenken. Zutreffend schreibt daher Koelbl (35) in ihrem Buch über "Bayerische Märkte": "Aus dem 'Bauernmarkt' früherer Zeiten ist auch in Cham längst ein 'Händlermarkt' geworden. Aber das Relikt früherer Zeiten, jedes Tier mit Handschlag auszuhandeln, wird heute mit unverminderter Heftigkeit weiter praktiziert. Bis ein Kauf oder Verkauf zustande kommt, wird geraume Zeit gehandelt, der Handschlag mehrmals gewechselt, aber auch unterbrochen und nach einer Pause wieder aufgenommen. Mit saftigen Bemerkungen werden die Verkaufsbemühungen von den umstehenden Händlern unterstützt." Diese Beschreibung ist mit anschaulichen Photographien illustriert. Ebenso eindrucksvoll sind die Zeichnungen über einen ländlichen Viehmarkt in dem Buch "Auf dem Lande" von Poortvliet (55). Die Zeichnungen über den Handschlag sind betitelt mit dem Wort "hand-eln" - anschaulicher kann man den Zusammenhang zwischen Handschlag und Viehhandel nicht darstellen!

Zum Thema "Handelsbrauch" sei noch vermerkt, daß der "Umtrunk", wie er in Fall Nr. 89 erwähnt wird, heute i. d. R. nicht mehr so üblich ist. Hierbei handelt es sich um ein Relikt aus der "guten alten Zeit", das in den nüchternen Alltag von heute nicht mehr paßt. Abschließend soll noch darauf verwiesen werden, daß volkstümliche Ausdrücke heute keine so große Rolle im Viehhandel mehr spielen, wie sie z. B. Ludwig Thoma (65) anschaulich schildert. Allerdings stiften solche Gepflogenheiten durch die Auslegung unklarer Begriffe nur Verwirrung.

Erwähnt werden soll noch, daß ein Großteil der zitierten Rechtsstreitigkeiten in Amtsgerichten geführt wurde, die mittlerweile aufgelöst sind. Auch soll noch darauf hingewiesen werden, daß im Rinderhandel heute viele Gewährschaftsfälle (z. B. Trächtigkeitszusagen) durch Schiedsgerichte der Zuchtverbände geregelt werden.

Als Fazit der vorliegenden Arbeit ist zu sagen, daß in der Überwiegenden Mehrzahl der untersuchten Rechtsstreitigkeiten formaljuristische Probleme im Vordergrund stehen und nicht tierärztliche Fragen.

Häufig liegen unzulängliche Kaufverträge vor, die im Streitfall dem Käufer keinen ausreichenden Schutz bieten, zumindest aber die Arbeit der Gerichte erheblich erschweren. Der Käufer versäumt oft, die Möglichkeiten, die ihm das Gesetz bezüglich einer vertraglichen Haftungserweiterung bietet (§ 492 BGB), auszuschöpfen. Entweder fehlen derartige Vereinbarungen völlig oder sie sind so unbestimmt gefaßt, daß ihnen keine rechtliche Wirkung zukommt. In vielen Fällen bedingt die Nichtbeachtung von Verfahrensfragen (Fristen) den Verlust an sich berechtigter Ansprüche. Gerade aus unzulänglich abgefaßten Kaufverträgen und Mißachtung von Verfahrensfragen resultieren Urteile, die das subjektive Rechtsempfinden verletzen und zu unberechtigter Kritik am geltenden Viehgewährschaftsrecht führen. Dabei sind es in erster Linie nicht Schwächen des Rechtssystems, sondern menschliche Schwächen, aus denen die Probleme erwachsen. Gerade bei den im heutigen Tierhandel auftretenden Schwierigkeiten handelt es sich oft um mangelhafte Aufklärung der Parteien. Auch der Tierarzt hat im Rahmen des Tierkaufs die Verpflichtung zur Aufklärung. Er sollte darauf hinweisen, daß sich die Parteien hinsichtlich Vertragsform und Fristen juristisch beraten lassen. Infolge der meist fehlenden

juristischen Beratung der Parteien kommt es nicht selten zu überflüssigen Rechtsstreitigkeiten mit für beide unbefriedigendem Ausgang und letzten Endes ist das Tier der Leidtragende.

5. Zusammenfassung

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurden 116 Rechtsstreitigkeiten im Handel mit Pferden, Rindern und Schweinen aus den Jahren 1949 - 1976 aus tierärztlicher Sicht kritisch untersucht. Dabei hat sich ergeben, daß Hauptmängel eine untergeordnete Rolle spielen. Die Überwiegende Mehrzahl der Fälle betrifft Vertragsmängel und zugesicherte Eigenschaften.

Im Vordergrund der Rechtsstreitigkeiten stehen formaljuristische Probleme, insbesondere Fragen der Vertragsform und der Beachtung der einschlägigen Fristen.

Bei den untersuchten Fällen handelt es sich überwiegend um Probleme, die heute nicht mehr zur Diskussion stehen (Zugpferde - Zugochsen - Tuberkulose).

Daß die Rechtsstreitigkeiten zustande kamen, liegt fast ausnahmslos an der mangelnden Sachkunde der Parteien. Arglistige Täuschung und Betrug konnte bei den 116 Fällen nur dreimal nachgewiesen werden, obgleich fünfmal Klage aus diesen Gründen erhoben worden war.

Wenngleich aus tierärztlicher Sicht der Anlaß der Rechtsstreitigkeiten sich mittlerweile gewandelt hat, ist nach wie vor Verkäufer wie Käufer zu empfehlen, sich bei der Abfassung von Verträgen keiner volkstümlichen Ausdrucksweise zu bedienen, sondern klar definierbare Begriffe zu wählen und die Tiere vom Tierarzt untersuchen zu lassen.

### Summary

Within the scope of the present work, 116 legal litigations - as far as the trade with horses, cows and swine is concerned - were critically examined from the view of veterinaries between 1949 and 1976. The result is that main defects play a subordinate part. The prevailing greater part of the cases concern agreement defects and assured characteristics.

Placed into the foreground of the legal litigations are technical problems, above all questions of the kind of agreement and the consideration of the respective terms of period.

At the investigated examinations there are mainly the questions of problems which are not any more up-to-date (draught-horses - draught-oxen - tuberculosis).

The reason because the legal litigations arouse is almost only due to the short-coming knowledge of the parties.

Craftly deception and trickery could only be proved three times of these 116 cases, although five times institute proceedings were carried out due to these reasons.

Though - from the view of the veterinaries - the reason for the legal litigations has changed in the meantime, one has to recommend the seller as well as the buyer - as before - not to use popular expressions concerning the drawing up of contracts, but picking out definable conceptions. Furthermore it is advisable to have the animals examined by a veterinary.

6. Literaturverzeichnis

1. Adams, O. R.      Lahmheit bei Pferden.  
Schaper, Hannover 1980
2. Baier, W. u.      Tierärztliche Geburtskunde.  
Schaetz, F.      Enke, Stuttgart 1981
3. Baier, W. u.      Beiträge zur tierärztlichen Foren-  
Walser, K.      sik der Euterstörungen, I. Berl.  
Münch. Tierärztl. Wschr. 77 80 -  
82 (1964)
4. dieselben      Beiträge zur tierärztlichen Fo-  
rensik der Euterstörungen, II.  
Berl. Münch. Tierärztl. Wschr. 79  
431 - 434 (1966)
5. dieselben      Haftpflicht und Gewährrschaft im  
Fortpflanzungsgeschehen der Haus-  
tiere.  
Parey, Berlin 1968
6. Bajez, E.      Bemerkungen zu Eierstocksverände-  
rungen als Stätigkeitsursache bei  
Stuten.  
Tierärztl. Umsch. 12  
328 - 329 (1957)

7. Baum, R.                    Genügen die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich über die Gewährleistungspflicht des Verkäufers beim Handel mit Haustieren den Anforderungen des Verkehrs?  
Dtsch. Tierärztl. Wschr. 19  
113 - 117 (1911)
8. Bornhövd, J. u.    Recht und Reiter.  
Hafke, H.-Chr.    Parey, Berlin 1978
9. Bothe, B.            Können bei einer Neufassung der KVO die Hauptmängel "Period. Augenentzündung" und "Koppen" in ihrem bisherigen Wortlaut wieder aufgenommen werden?  
Vet.-Diss., Giessen 1949
10. Boye, H.-P.        Ein Beitrag zur Kasuistik im Schweinehandel erarbeitet am Beispiel Süddoldenburg.  
Vet.-Diss., Hannover 1978
11. - - -                Bürgerliches Gesetzbuch  
18.8.1896, RGBI 195
12. Bundesministerium für Justiz    Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über den Tierkauf -  
Stand: April 1978 -  
- 3430/9 - 1 - 11 027/78 -

13. Dehner, O. Gedanken über die Begriffe "Stätigkeit" und "Zugfestigkeit" bei Pferden.  
Tierärztl. Umsch. 7 317 - 321  
(1952)
14. derselbe Gedanken über eine Neuregelung der Währschaftsgesetzgebung für den Handel mit Tieren.  
Tierärztl. Umsch. 10  
41 - 45; 75 - 79; 114 - 117 (1955)
15. derselbe Einige grundsätzliche Bemerkungen zu einer Neuregelung des Tierkaufrechts.  
Berl. Münch. Tierärztl. Wschr. 79  
210 - 212 (1966)
16. Deutsche Tier- Schriftliche Mitteilung, 1978  
ärzteschaft
17. Dexler, O. Psychologische Betrachtungen über die Stätigkeit der Pferde.  
Dtsch. Tierärztl. Wschr. 18  
593 - 596; 609 - 612; 625 - 626  
(1910)
18. Dieckerhoff, W. Gerichtliche Thierarzneikunde.  
Schoetz, Berlin 1902
19. Dobberstein, J. Betrachtungen zur Währschaftsgesetzgebung beim Viehhandel.  
Enke, Stuttgart 1955

20. derselbe Die forensische Bedeutung der Tuberkulose bei Nutz- und Zuchtrindern.  
Dtsch. Tierärztl. Wschr. 62  
457 - 460; 485 - 489 (1955)
21. Eikmeier, H. Forensische Fragen beim Pferdekauf.  
tierärztl. prax. 2 51 - 57 (1974)
22. derselbe Chronische follikuläre Laryngitis und Hauptmangel "Kehlkopfpfeifen".  
Berl. Münch. Tierärztl. Wschr. 89  
174 - 176 (1976)
23. derselbe Forensische Probleme der Ankaufuntersuchung - Allgemeines.  
Prakt. Tierarzt 58 165 - 166  
(1977)
24. derselbe Forensische Probleme bei der Untersuchung des Atmungsapparates.  
Prakt. Tierarzt 58 188 - 193  
(1977)
25. Fellmer, E. Rechtskunde für Pferdehalter und Reiter / 1 Pferdekauf.  
Ulmer, Stuttgart 1978
26. Fröhner, E. Ist die KVO vom 27.3.1899 betreffend die Hauptmängel und Gewährfristen beim Viehhandel einer Revision bedürftig?  
Berl. Tierärztl. Wschr. 22  
371 - 372 (1906)

27. Fröhner, E. u.      Lehrbuch der Gerichtlichen Tier-  
Neumann-Klein-      heilkunde.  
paul, K. u.      Parey, Berlin 1955  
Dobberstein, J.
28. Glässer, K.      Zu den Hauptmängeln der Kaiserli-  
chen Verordnung von 1899, insbe-  
sondere denen des Schweines.  
Berl. Münch. Tierärztl. Wschr. 65  
201 - 204 (1952)
29. Hanke, O. u.      Das Sonderrecht des Viehkaufs.  
Fröhner, R.      Vahlen, Berlin 1910
30. Harms, A.      Entsprechen die Definitionen des  
Hauptmangels des Pferdes "Koppen"  
der Kaiserlichen VO vom 27.3.1899  
noch heute den wissenschaftlichen  
Erkenntnissen?  
Vet.-Diss., Hannover 1952
31. Jacobi, R.      Die Ankaufsuntersuchung beim Pferd  
unter Berücksichtigung der Sorg-  
faltspflicht des untersuchenden  
Tierarztes.  
Vet.-Diss., Hannover 1976
32. Jänz, W.      Untersuchung einiger Krankheiten  
auf ihre Erheblichkeit, Verborgen-  
heit und die Möglichkeit ihrer  
Altersbestimmung in forensischer  
Hinsicht.  
Vet.-Diss., Humboldt Universität  
Berlin 1961

33. Jerichow, W. Fehler und Schwächen des deutsch-rechtlichen Währschaftsprinzips unter besonderer Berücksichtigung der Verordnung betreffend die Hauptmängel und Gewährfristen beim Viehhandel.  
Vet.-Diss., Humboldt Universität Berlin 1964
34. Kaiserliche Verordnung Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 402 - 3, 27.3.1899
35. Koelbl, H. Bayerische Märkte.  
Hugendubel, München 1979
36. Kötz, H. u. BGB mit Leitsätzen.  
Eith, W. u. Beck, München 1978  
Müller-Gindullis, D.
37. Kraft, H. Forensische Probleme der Ankaufsuntersuchung. Über die Rechtsnatur; die Pflicht zur Führung und Aufbewahrung der Patientenunterlagen; die tierärztliche Bescheinigung.  
Prakt. Tierarzt 58 206 - 209 (1977)
38. Kraft, W. Labordiagnostik bei der Ankaufsuntersuchung.  
Prakt. Tierarzt 58 193 - 194 (1977)

39. Küst, D. u.            Fortpflanzungsstörungen bei den  
    Schaeetz, F.            Haustieren.  
                            Enke, Stuttgart 1977
40. Lauterbach, D.u. Ist die Definition des Hauptman-  
    Willers, I.            gels "Tuberkulöse Erkrankung beim  
                            Rindvieh" noch zeitgemäß?  
                            Dtsch. Tierärztl. Wschr. 77  
                            424 - 426 (1970)
41. Lerche, F.            Viehgewährschaftsrecht (Viehkauf).  
                            de Gruyter, Berlin 1955
42. Malkmus, B.            Zur Diagnose der Hauptmängel beim  
                            Viehkauf.  
                            Dtsch. Tierärztl. Wschr. 89  
                            117 - 119; 125 - 128; 137 - 140  
                            (1900)
43. derselbe            Revision der Hauptmängelliste.  
                            Dtsch. Tierärztl. Wschr. 19  
                            261 - 267 (1911)
44. derselbe            Handbuch der Gerichtlichen Tier-  
                            heilkunde.  
                            Schaper, Hannover 1921
45. Mayer, H.            Über die Art und die Häufigkeit  
                            innerer Erkrankungen bei der An-  
                            kaufsuntersuchung des Pferdes.  
                            Prakt. Tierarzt 58 168 - 172  
                            (1977)

46. Mehrle, F. Ein Vorschlag zur Änderung des Gewährschaftsrechtes beim Tierkauf. Tierärztl. Umsch. 15 299 - 301 (1959)
47. Meisner, Chr. Viehgewährschaftsrecht. Schweitzer, München, Berlin und Leipzig 1927
48. Meyer, E. u. Farbe und Abzeichen bei Pferden. Kummer von, U.u. Schaper, Hannover 1973  
Dencker, C.
49. Neumann-Kleinpaul, K. Über die deutsche Währschafts-gesetzgebung beim Tierkauf. Berl. Tierärztl. Wschr. 48 365 - 369 (1932)
50. Ostler, F. Kritik am Viehgewährschaftsrecht. Berl. Münch. Tierärztl. Wschr. 70 86 - 90 (1957)
51. Palandt, O. Bürgerliches Gesetzbuch Kurzkomentar. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München, Berlin 1966
52. Palmer, R. Eierstocksveränderungen als Stätigkeitsursache bei einer Stute. Tierärztl. Umsch. 11 412 - 415 (1956)
53. derselbe Antwort auf die Entgegnung von Dr. E. Bajez. Tierärztl. Umsch. 12 329 (1957)

54. Pape, M. Die Kunst des Fahrens.  
Franckh'sche Verlagsbuchhandlung,  
Stuttgart 1976
55. Poortvliet, R. Auf dem Lande.  
Parey, Berlin 1978
56. Rolle, M. u. Mikrobiologie, Infektions- und  
Mayr. A. Seuchenlehre.  
Enke, Stuttgart 1978
57. Rosenberger, G. Krankheiten des Rindes.  
Parey, Berlin 1970
58. Rüssmann, G. Kritische Betrachtungen der Haupt-  
mängel "Dämpfigkeit" und "Kehl-  
kopfpfeifen" in der Fassung der  
Kaiserlichen Verordnung vom  
27. März 1899.  
Vet.-Diss., Giessen 1951
59. Ruth, P. Kritische Betrachtungen Über den  
Hauptmangel "Tuberkulöse Erkrank-  
kung" bei Nutz- und Zuchtrindern  
und Gedanken Über die Möglichkeit  
eines Einbaues der Viehgewähr-  
schaftsbedingungen in die Tuberku-  
losebekämpfung beim Rind.  
Vet.-Diss., Giessen 1951
60. Schleyer, D. Der Zuchteberkauf aus forensischer  
Sicht unter besonderer Berücksich-  
tigung von Motilitätsstörungen.  
Prakt. Tierarzt 56 662 - 664  
(1975)

61. Schulze, W. Forensische Fragen beim Eberkauf.  
Prakt. Tierarzt 53 181 (1972)
62. Schulze, W. u. Forensische Fragen in der Schweine-  
Boye, H.-P. haltung mit besonderer Berücksichtigung des Kaufrechtes.  
Prakt. Tierarzt colleg. vet. 58  
19 - 21 (1977)
63. Stölzle, H. u. Viehkauf.  
Graminger, M. de Gruyter, Berlin 1935
64. Tellhelm, B. Art und Häufigkeit chirurgischer  
Erkrankungen bei Ankaufsuntersuchungen.  
Prakt. Tierarzt 58 172 - 174  
(1977)
65. Thoma, L. Erster Klasse.  
Gesammelte Werke, Zweiter Band  
Piper, München 1956
66. Trepte, A. Grundgedanken der Regelung des  
Viehgewährschaftsrechts.  
AVZ 10 15 - 16 (1967)
67. Völker, R. Inwieweit haben sich die Sonderbestimmungen des BGB über den Viehkauf bewährt?  
TR 30 253 - 258 (1924)
68. Wachtarz, G. Kritische Studie über die Hauptmängel bei Schweinen.  
Vet.-Diss., Giessen 1948

69. Weyers, H. u.      50 Jahre Kaiserliche Verordnung  
Mayer, F.            über Hauptmängel und Gewährfristen  
beim Viehkauf.  
Berl. Münch. Tierärztl. Wschr. 63  
21 - 22 (1950)
70. Zeeb, K.            Das Verhalten des Pferdes bei der  
Auseinandersetzung mit dem Men-  
schen.  
Vet.-Diss., München 1959
71. Zeeb, K. u.        Ethologische Betrachtungen zur Fo-  
Göbel, F.            rensik der Bösartigkeit bei Pfer-  
den.  
Berl. Münch. Tierärztl. Wschr. 76  
396 - 400 (1963)
72. Zeller, R.        Kehlkopfpeifen - Diagnose, Diffe-  
rentialdiagnose, forensische Be-  
deutung.  
tierärztl. praxis 1 163 - 168  
(1973)
73. derselbe          Die Untersuchung von Herz und  
Kreislauf bei der Ankaufsunter-  
suchung.  
Prakt. Tierarzt 58 185 - 187  
(1977)
74. derselbe u.        Röntgenologische Veränderungen am  
Hertsch, B.          Strahlbein und ihre Beurteilung.  
Prakt. Tierarzt colleg. vet. 58  
14 - 19 (1976)

## L E B E N S L A U F

Name: Georg Eduard Michael Hör1

Geburtsdatum: 9.2.1953

Geburtsort: Dachau

Staatsangehörigkeit: deutsch

Konfession: röm.-kath.

Eltern: Georg Hör1, Tierarzt  
Michaela Hör1, geb. Auer, Hausfrau

Familienstand: ledig

Schulbildung:

|             |                         |
|-------------|-------------------------|
| 1959 - 1963 | Volksschule Dachau-Nord |
| 1963 - 1972 | Gymnasium Dachau        |
| 1972        | Reifeprüfung            |

Studium:

|             |                                                                       |
|-------------|-----------------------------------------------------------------------|
| 1972 - 1977 | Studium der Tiermedizin an der Ludwig-Maximilians-Universität München |
| 26.10.1977  | Staatsexamen                                                          |
| 6.12.1977   | Bestallung als Tierarzt                                               |

Beruf:

Seit 1.3.1978 Assistent in der väterlichen Praxis



Herrn Prof. Dr. H. Kraft danke ich aufrichtig für die Überlassung des Themas, die stets gewährte Unterstützung und die wertvollen Anregungen.

Ferner gilt mein Dank Herrn Dr. jur. A. Reiners für die Beschaffung von Aktenzeichen und die Beratung bei der Abfassung der Arbeit.









